

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Donnerstag, 22. August 2024 · Nr. 195/34 E1

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

3,70 € F.A.Z. im Internet: faz.net

Neuer beendet Karriere in der Nationalelf

F.A.Z. FRANKFURT. Torhüter Manuel Neuer beendet seine Karriere in der deutschen Fußball-Nationalmannschaft. Das hat der Achtunddreißjährige am Mittwoch in einer Videobotschaft auf seinem Instagram-Kanal bekannt gegeben. „Jeder, der mich kennt, weiß, dass mir diese Entscheidung nicht leichtgefallen ist“, sagte der Profi des FC Bayern München. Neuer hat für Deutschland 124 Länderspiele bestritten, 61 davon als Kapitän. Sein letztes Spiel in Nationaltrikot war die 1:2-Niederlage gegen Spanien im EM-Viertelfinale am 5. Juli in Stuttgart. Seit der Weltmeisterschaft 2010 in Südafrika stand Neuer bei acht großen Turnieren als Nummer eins im Tor. 2014 war der gebürtige Gelsenkirchener Teil der Mannschaft, die in Brasilien Weltmeister wurde. Neuer ist nach Toni Kroos und Thomas Müller der letzte Weltmeister von Rio, der aus der DFB-Auswahl ausscheidet. Kapitän İlkay Gündoğan hatte am Montag seinen Rücktritt aus der Nationalmannschaft bekannt gegeben. Als erster Anwärter auf die Nachfolge von Neuer als Torwart der Nationalmannschaft gilt der 32 Jahre alte Marc-André ter Stegen, der beim FC Barcelona spielt. Neuer steht beim FC Bayern München noch bis Sommer 2025 unter Vertrag. (Siehe Sport.)

Das wahre Hindernis liegt im Gewissen



Sind wir verteidigungsbereit? Angesichts des Kriegs in der Ukraine ist unter jungen Deutschen die Debatte darüber entbrannt, ob sie im Ernstfall ihr Land mit der Waffe verteidigen würden. Dass die Bundeswehr bei der Rekrutierung auf moralische Zurückhaltung stößt,

ist bekannt. Deshalb organisiert sie sogenannte „Discovery Days“, bei denen man Soldatenaufgaben kennenlernt – hier im vergangenen Mai in Prenzlau. Aber was bedeutete es, wenn niemand zu kämpfen bereit wäre? Ein Mittzwanziger macht sich dazu Gedanken auf Seite 9. Foto Sophie Kirchner

Jena ist nicht Weimar

Von Jasper von Altenbockum

Das hätte die AfD wohl gerne: In Thüringen herrschten Zustände wie in der Weimarer Republik, ließ einer ihrer Politiker verlauten, nachdem der Landesvorsitzende Björn Höcke in Jena gewaltsam daran gehindert worden war, an einer Wahlkampfveranstaltung teilzunehmen. Politische Gewalt von rechts wie links, mit Toten und Verletzten, gehörte zum Alltag der Weimarer Republik, auch deshalb, weil sich Radikale und Extremisten davon eine „reinernde“ Wirkung und eine angeblich bessere Ordnung versprochen. Davon ist die Bundesrepublik weit entfernt, nicht aber von der Sehnsucht nach einem politischen Gewitter, das in den Phantasien vieler Köpfe die Schwüle der Demokratie durch die klare Luft von Harmonie und Führertum ablöst. Es ist paradox, dass der Protest, der daraus erwächst und nicht frei ist von Koketterie mit dem Autoritären, besonders dort blüht, wo die BRD mit der DDR gleichgesetzt wird.

Befürchtungen wie die vor der Europawahl, der Wahlkampf gleite ins Kriegerische ab, haben sich nicht be-

wahrheit. Doch Gewaltbereitschaft ist zu spüren, wenn der Direktor der Buchenwald-Gedenkstätte mit dem Tode bedroht wird oder „Die Partei“ einen Werbespot ausstrahlen möchte, in dem mit der „Knarre“ auf AfD-Wähler gezielt wird. Das ist nicht weit von Aufrufen aus dem linksextremistischen Milieu entfernt, mit Gewalt gegen Politiker der AfD vorzugehen – wie nun in Jena. Fatal ist, dass die Polizei in diesem Fall kapitulieren musste. Versagt die Polizei, stachelt das Radikale jeder Couleur an, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Das wäre die nächste Drehung der Gewaltspirale.

Viele Wahlkämpfer reagieren darauf mit der Mahnung, bei diesen Wahlen gehe es um „alles“, um die Stabilität der Demokratie. Wenn sich Umfragen bewahrheiten sollten, dass knapp die Hälfte der Wähler populistischen Protest wählen, könnten sich diese Wahlkämpfer als Mahner in der Wüste wiederfinden. Der Wahlkampf in Thüringen, Sachsen und Brandenburg wäre dann nur der Auftakt für eine Demokratie, die nicht „Weimar“, aber auch nicht mehr die alte ist.

Ein Tag in Potsdam

Von Jürgen Kaube

Kann ein rekonstruiertes Gebäude die unheilvolle Geschichte seines Originals heilen? Wenn heute der wiederhergestellte Turm der Potsdamer Garnisonkirche mit einer Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier eröffnet wird, schwebt diese Frage über dem Festakt.

Denn die Garnisonkirche war die prominenteste Militärrkirche Preußens. 1735 wurde sie nach Entwurf von Philipp Gerlachs erbaut, des Lieblingsarchitekten des „Soldatenkönigs“ Friedrich Wilhelm I. Dessen Sohn Friedrich der Große wurde gegen seinen testamentarischen Willen neben seinem Vater in der Garnisonkirche bestattet. So entstand ein politischer Wallfahrtsort. Mars und Minerva als Kanzelschmuck, das wurde insbesondere im wilhelminischen Reich mit Wohlgefallen betrachtet.

Die Garnison der Kirche war in der Weimarer Republik das 9. Infanterieregiment, unter dessen Offizieren sich zahlreiche antirepublikanische Adlige befanden. Am 21. März 1933 reichten sich Hitler und Hindenburg vor der Königsgruft die Hände. Seitdem steht der „Tag von Potsdam“ für den Einzug der preußischen Militäreliten in den Faschismus. Zwischen 1933 und 1935 bildete das Regiment die Soldaten für die „Leibstandarte SS Adolf Hitler“ aus.

Insofern ist es nachvollziehbar, dass der im April 1945 nach britischen Bombenangriffen ausgebrannte Kirchenbau vom Mai 1968 an gesprengt wurde, um den „Geist von Potsdam“ loszuwerden. Wo einst das Kirchenschiff war, wurde ein Rechenzentrum in Form eines wenig aussagekräftigen Bürogebäudes errichtet. Der alte Glaube sollte durch einen neuen Glauben an den sozialistischen Fortschritt ersetzt werden. Ein beeindruckendes Umlaufmosaik mit dem heute sehr diskutierbar gewordenen Titel „Der Mensch zwingt den Kosmos“ verzierte das Rechenzentrum.

Die Rekonstruktion des Kirchenturms, der daneben aufragt, begleiten bis heute heftige Kontroversen. Die einen sehen in ihr die ästhetische Wiedergutmachung eines barbarischen Aktes. Die anderen argwöhnen, hier werde der Rückweg in den Nationalismus angetreten; wenn nicht bewusst, so doch ohne Sensibilität für die Gespenster der Vergangenheit. Die einen freuen sich über die Ergänzung der alten Stadtsilhouette Potsdams, die anderen weisen darauf hin, dass der erste Impuls zur Rekonstruktion von einem rechtsextremen Fallschirmjäger aus dem Westen Deutschlands kam. In den Sockel des neu erbauten Turms ist die Inschrift „Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens“ (Lukas 1, 79) ein-

graviert worden. Verlässlich schepfernde Historiker folgen einer umgekehrten Beschwörung, wenn sie behaupten, hier werde Preußen verkürt und der Turm selbst habe einen Rechtsdrall.

Er hat ihn so wenig, wie die Evangelischen in Potsdam genug Kirchgänger haben, um auch eine Rekonstruktion des Kirchenschiffes füllen zu können. Deshalb wird der Besuch des Turmes mit Sätzen wie „Der beste Ausblick auf Vergangenheit und Zukunft“ oder „Das Wow-Wahrzeichen“ beworben, von dem aus man alle anderen Sehenswürdigkeiten ringsum in den Blick bekommt. Tourismus ist der neue, friedliche Geist von Potsdam. Ansonsten das Übliche: Workshops, „moderne Gottesdienste“, Podien und

Der Turm der einstigen Garnisonkirche ist wiedererstanden. Doch welcher Geist mit ihm?

der Plan eines „Hauses der Demokratie“, in dem dann wiederum Workshops und Podien stattfinden.

Das alles wird der Geschichte des Gebäudes so wenig gerecht wie das magische Bewusstsein derer, die behaupten, es liege ein Tabu auf ihm. Würden tatsächlich Rechte von seiner militaristischen Vergangenheit angesteckt, müsste das übrigens unter den Umständen der heftigen Ukraine-Aversion in der AfD zu nachgerade überraschenden Effekten führen.

Die Sorge, mit dem Kirchturm sei die Heraufkunft eines Neupreußentums zu befürchten, greift darum pathetisch ins Leere. Schon bei der Befüllung des rekonstruierten Berliner Stadtschlosses hatte die Politik sich für völkerkundliche Objekte entschieden – und damit weitgehend gegen Preußen. Das Humboldt-Forum ist, entgegen seiner Selbstbeschreibung, dasjenige des Sammlers und Weltreisenden Alexander von Humboldt und nicht das seines Bruders Wilhelm, des preußischen Ministers und Bildungsreformers.

Die schillernde Geschichte Preußens, die Militär- und Aufklärungsgeschichte ist, Schul- und Universitätsgeschichte, die Geschichte des Landrechts wie der politischen Verirrungen, ist nichts, womit in der gegenwärtigen Kulturpolitik ein Blumentopf zu gewinnen wäre. Denn dazu müsste man sich frei zu den Ambivalenzen dieser Geschichte verhalten, ohne positive und negative Beschwörungen oder Klischees. Ob das unter den Bedingungen eines „Wow-Wahrzeichens“ gelingen kann, steht dahin. Doch man soll die Hoffnung nicht aufgeben.

Im Graubereich des Krieges

Künstliche Intelligenz: Was das internationale Recht zu autonomen Waffensystemen sagt – und was nicht. Staat und Recht, Seite 6

Der Baltische Weg

Zwei Millionen Esten, Letten und Litauer fassten sich am 23. August 1989 bei den Händen. Ein Schritt Richtung Freiheit. Politik, Seite 3

Französische Freikörper

Damit wurde es selbst an der Côte d'Azur erst richtig Sommer: Eine Ausstellung in Marseille widmet sich FKK. Feuilleton, Seite 9

400 Millionen zur Rettung

Für die finanziell Not leidende Meyer Werft in Papenburg zeichnet sich der Einstieg des Staats immer klarer ab. Wirtschaft, Seite 15

Viele offene Fragen

Die Bekanntmachung des Dopingverfahrens gegen Jannik Sinner hält die Tenniswelt in Atem. Sport, Seite 28

Weniger Abgeordnete

Wegen des neuen Wahlrechts wird sich voraussichtlich vor allem für große Städte künftig viel ändern. Rhein-Main-Zeitung, Seite 1

Briefe an die Herausgeber, Seite 18

Medwedjew kategorisch gegen Gespräche

rve. FRANKFURT. Der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates, Dmitrij Medwedjew, lehnt Verhandlungen mit der Ukraine kategorisch ab. Auf Telegram schrieb der frühere Präsident am Mittwoch, „bis zur vollständigen Vernichtung des Feindes“ könne es „keinerlei Gespräche“ geben. Bis zum ukrainischen Vorstoß in das Kursker Gebiet habe die „theoretische Gefahr“ bestanden, dass Russland in eine „Gesprächsfalle“ gerate, mit „unnötigen Gesprächen über Frieden, die von der internationalen Gemeinschaft vorgeschlagen werden“. (Siehe Seite 3; Kommentar Seite 8.)

Blockaden und Gewaltdrohungen im Thüringer Wahlkampf

Höcke-Auftritt verhindert / Allensbach: Mehr Ostdeutsche misstrauen Demokratie

F.A.Z. FRANKFURT. Knapp zwei Wochen vor der Landtagswahl in Thüringen haben rund 2000 Demonstranten am Dienstagabend einen Auftritt des thüringischen AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke in Jena verhindert. Die Polizei habe Pfefferspray und Schlagstöcke eingesetzt, um Sitzblockaden aufzulösen, sagte ein Sprecher. Aus Sicherheitsgründen sei Höckes Auftritt in einem Stadtteilzentrum aber dann abgesagt worden. Der AfD-Spitzenkandidat sei nicht zum Veranstaltungsort gelangt.

Der anwesende Juso-Vorsitzende Philipp Türmer kritisierte, die Polizei habe beim Versuch geholfen, Höcke in dessen Dienstwagen durch die Gegendemonstration zu bringen. Das Auto sei „mit einer hohen Geschwindigkeit“ auf die Demon-

tranten zugefahren und habe einige von ihnen „touchiert“. Die Polizei in Jena widersprach Türmers Darstellung.

Der Stiftungsdirektor der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Jens-Christian Wagner, sieht sich Drohungen ausgesetzt, nachdem er in einem Brief an 350.000 Thüringer Haushalte vor der AfD gewarnt hatte. Laut Wagner wurde in Mittelbau-Dora ein Bild von ihm auf eine Todesmarschstele geklebt.

Eine neue Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der F.A.Z. zeigt, dass es bei der Haltung zur Demokratie deutliche Unterschiede zwischen Ost und West gibt. So stimmen 27 Prozent der Westdeutschen, aber 54 Prozent der Ostdeutschen der Aussage „Wir leben nur scheinbar in einer Demokratie,

tatsächlich haben die Bürger nichts zu sagen“ zu. Die Reihenfolge der am häufigsten genannten Sorgen Ukrainekrieg, Inflation und Migration ist hingegen ähnlich.

Der Ökonom Joachim Ragnitz, Leiter des Ifo-Instituts in Dresden, sagte der F.A.Z., das Erstarren von AfD und BSW im Osten lasse sich nicht mit akuten wirtschaftlichen Problemen erklären. Regionen, in denen die AfD stark sei, seien oft nicht benachteiligt. „Es ist, was die Einkommen angeht, eher eine gefühlte Benachteiligung und die Sorge um den Verlust des bisherigen Status.“ Ragnitz rechnet aber nicht damit, dass der Osten Deutschlands im Lebensstandard je auf 100 Prozent des Westniveaus kommen werde. (Siehe Seiten 2 und 8 sowie Feuilleton, Seite 11, und Wirtschaft, Seite 16.)

SPD sieht sich bei Datenspeicherung bestätigt

Hartmann fordert FDP zum Einlenken auf / Neues Bundestagsgutachten

mgt. BERLIN. Die SPD sieht sich durch ein Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages in ihrem Einsatz für die Vorratsdatenspeicherung bestätigt und fordert von der FDP, den Widerstand aufzugeben. Sie könne sich nicht „hinter der Formulierung des Koalitionsvertrages verstecken“, sagte Sebastian Hartmann der F.A.Z. Er ist innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Die Parteien hätten sich darauf geeinigt, eine Speicherung von Verkehrsdaten „unter Beachtung der EuGH-Rechtsprechung“ zu normieren. „Wer das blockiert, schwächt den starken Rechtsstaat“, so Hartmann.

Mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) befasst sich auch das Gutachten, das der F.A.Z. vorliegt. Die Wissenschaftlichen Dienste

stellen klar, dass die Richter im April erstmals entschieden haben, dass eine Vorratsdatenspeicherung nicht nur zur Verhinderung und Verfolgung schwerer Kriminalität zulässig sein kann, sondern auch bei „Straftaten im Allgemeinen“. Das Gutachten hebt auch hervor, dass der EuGH einen Zugang zu IP-Adressen bei „internetbezogenen Straftaten“ für die „einzige effektive“, zumindest „die am wenigsten einschneidende“ Maßnahme hält. Würde sie bei online begangenen Straftaten nicht gestattet, bestünde „eine echte Gefahr der systemischen Straflosigkeit“, hatten die Richter entschieden.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) vertritt seitdem die Auffassung, dass die Vorratsdatenspeicherung bei schwerer Kriminalität nun erst recht zu-

lässig und nötig sei. Eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums teilte der F.A.Z. am Mittwoch mit, dass man sich weiterhin dafür einsetze.

Eine Sprecherin des FDP-geführten Bundesjustizministeriums verwies dagegen auf den Koalitionsvertrag. Darin hätten sich die Parteien gegen eine anlasslose Speicherung entschieden. Bei der Vorratsdatenspeicherung handele es sich um eine „pauschale Überwachungsmaßnahme“, die alle Bürger unter „Generalverdacht“ stelle und dem „liberalen Rechtsstaat“ widerspreche. Aus dem EuGH-Urteil folge auch nicht, „dass eine Speicherung von IP-Adressen eingeführt werden müsste“. Diese Entscheidung überlasse das Gericht den Mitgliedstaaten. (Siehe Seite 4.)

Lebenserwartung in Deutschland steigt wieder

hell. FRANKFURT. Nach dem Ende der Corona-Pandemie ist die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland wieder gestiegen. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden berechnete sie für Frauen mit 83,3 und für Männer mit 78,6 Jahren. Damit ist die Lebenserwartung bei beiden Geschlechtern im Jahr 2023 um etwa 0,4 Jahre gestiegen. Von 2020 bis 2022 war die Lebenserwartung aufgrund der Pandemie gesunken. „Das Niveau aus dem Jahr 2019 ist noch nicht wieder erreicht – es zeigt sich jedoch ein deutlicher Aufholeffekt“, schreibt das Bundesamt. (Siehe Deutschland und die Welt.)

Mann im Frankfurter Hauptbahnhof erschossen

ajue. FRANKFURT. Ein 27 Jahre alter Mann ist Dienstag Abend im Frankfurter Hauptbahnhof durch drei Schüsse in den Kopf getötet worden. Zahlreiche Reisende wurden Zeugen der Tat an Gleis 9 des Bahnhofs. Polizisten konnten den mutmaßlichen Täter stellen. Laut Staatsanwaltschaft sind Schütze wie Opfer türkische Staatsangehörige. In welchem Verhältnis sie zueinander standen, sei bislang nicht bekannt. Der 54 Jahre alte Schütze sei in Baden-Württemberg gemeldet. Auch zu einem möglichen Motiv machte die Frankfurter Staatsanwaltschaft keine Angaben. (Siehe Rhein-Main-Zeitung.)



Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, Telefax: (069) 75 91 - 21 80 oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien 4,50 € / Kanaren, Balearen 4,70 € / Schweiz 5,50 sfrs



Das politische Kapital: Die sächsischen Linken-Spitzenkandidaten Hartmann und Schaper mit Thüringens Ministerpräsident Ramelow im vorigen November in Chemnitz Foto dpa

Katja Maurer hat sich das Kurhaus Simone ausgesucht. Das Café in Erfurts Innenstadt nahe der Krämerbrücke ist ein Treffpunkt für junge Leute. Die Linken-Politikerin Maurer ist 33 Jahre alt. Trotzdem ist sie schon seit einigen Jahren Fraktionsvorsitzende im Erfurter Stadtrat und Vizefraktionschefin im Thüringer Landtag. Sie kann reden und argumentieren. Kein Wunder, dass ihr Name immer wieder fällt, wenn es in Thüringen um die Zukunft der Linken geht.

Zukunft? Welche Zukunft? Die Linke liegt im Bund bei drei Prozent. Und auch Thüringen, ihre letzte Bastion, in der ihr einziger Ministerpräsident regiert, wird gerade geschleift. Noch auf etwa 15 Prozent kommt Bodo Ramelow's Partei in den Umfragen. Das ist die Hälfte der 31 Prozent, die sie vor fünf Jahren erzielte. Damit liegt die Linke hinter der AfD, der CDU und dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). Wie auch immer nach der Landtagswahl am 1. September die Machtverhältnisse aussehen werden, die rot-rot-grüne Regierung in Thüringen ist mit hoher Wahrscheinlichkeit Geschichte. Die Thüringer SPD hat sich diese Woche schon von einer solchen Perspektive verabschiedet. Und als ob das alles nicht reichen würde, haben jetzt noch die Bundesvorsitzenden der Linken, Janine Wissler und Martin Schirdewan, das Handtuch geworfen. Mitten im Wahlkampf. „Wir haben unsere Führungsfiguren so lange verschlossen, bis wir keine mehr hatten“, sagt Maurer. Eine bittere Bilanz für eine Partei, die sich der Solidarität verschrieben hat. Maurer weiß, wovon sie redet. Sie hat für die Thüringer Linken-Politikerin Susanne Hennig-Wellsow gearbeitet, die vor der vergangenen Bundestagswahl als Parteichefin nach Berlin ging und dort scheiterte. Eine der vielen in der Linken-Spitze, die von eigenen Leuten demontiert wurden.

Als Maurer in die Linke eintrat, erlebte die Partei goldene Zeiten. Nachdem die CDU sich im innerparteilichen Streit zerlegt hatte, regierte eine rot-rot-grüne Mehrheit mit Ramelow an der Spitze. Die Linke konnte vor Kraft kaum laufen. Maurer, die in Kasachstan geboren wurde und mit ihrer Mutter, einer Russlanddeutschen, nach der Geburt nach Deutschland übersiedelte, wollte von den erfahrenen Politikern lernen. Nun bangt sie darum, dass ihr Listenplatz elf nicht für den Einzug in den Landtag reichen könnte. Von den Bewegungskollegen, die vor allem auf außerparlamentarische Aktionen setzen, hält Maurer nicht viel. „Die Linke muss entscheiden, ob sie in den Parlamenten Politik machen oder eine Protestpartei sein will. Ich sehe die Zukunft in den Parlamenten“, sagt sie. Dabei gehört sie zu denen, die einen klar linken Kurs vertreten. „Erfolgreich können wir nur am linken politischen Rand sein, nicht in der Mitte. Wir brauchen nicht noch eine sozialdemokratische Partei.“

Aber stimmt das? War die Linke in Thüringen nicht so erfolgreich, weil Bodo Ramelow vielen als der beste Sozialdemokrat des Landes galt? Maurer findet die Vorwürfe, die Linke habe in der Regierung ideologisch agiert, jedenfalls ungerichtet. „In Thüringen sind wir sehr pragmatisch gewesen, um etwa den

Abgestürzt ins Ungewisse

Die Linke war eine Macht im Osten. In Thüringen wankt ihre letzte Bastion, in Sachsen droht das parlamentarische Aus. Wie konnte es dazu kommen?

Von Markus Wehner, Erfurt/Leipzig

Haushalt zu verabschieden.“ Ramelow sieht das ebenso. Der Ministerpräsident betont in seinen Auftritten, dass seine Minderheitsregierung 146 Gesetze verabschiedet habe, davon eine ganze Reihe mit der CDU. Ramelow ist immer noch der beliebteste Politiker des Landes. Die Partei setzt ganz auf ihn, um nicht komplett in der politischen Bedeutungslosigkeit zu versinken. Die größten der 52.700 Plakate, die im Wahlkampf von der Linken aufgehängt wurden, zeigen Ramelow mit Slogans wie „Anstand und Haltung“ oder „Nähe und Vertrauen“, die Linke taucht darauf nicht auf. Eines trägt den Schriftzug „Christ, Sozialist, Ministerpräsident“. Ramelow will authentisch sein, er liebt zudem die Provokation. Seine Popularität erlaubt es ihm, dass er seiner wenig beliebten Partei seine Kampagne ausdrücken kann. Vielleicht geht es ihm um Pflückerfüllung, aber auch darum, die Bodo-Ramelow-Story irgendwie erfolgreich abzuschließen.

Frei von der Stimmung im Land ist der 68 Jahre alte Ministerpräsident allerdings nicht. Sein Eintreten für Waffenlieferungen an die Ukraine ist in Ostdeutschland höchst unpopulär. Und so weicht Ramelow diese Position mit diversen Botschaften auf. Einmal lobte er den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán für dessen Reisen nach Moskau und Peking, die nicht mit Brüssel abgesprochen waren. Ein anderes Mal schlug er einen Nichtangriffspakt Berlins mit Moskau vor. Ramelows Auftritte im Wahlkampf wirken allerdings so, als habe er sich damit abgefunden, dass diese Wahl nicht zu gewinnen ist.

Zu schaffen macht der Linken vor allem das BSW. Es kommt in Thüringen auf Umfragewerte von 18 bis 20 Prozent. Der Absturz der Linken hängt zu einem großen Teil mit dem Aufstieg der Wagenknecht-Partei zusammen. Anders als zunächst vermutet, wählen nur wenige AfD-Anhänger BSW, aber viele bisherige Linken-Wähler, was die Kommunalwahlen in Thüringen gezeigt haben. Dass Katja Wolf, die ehemalige Oberbürgermeisterin von Eisenach, als Spitzenkandidatin zum BSW gewechselt ist, nehmen ihr viele in der Linken übel. Der Übertritt wird als

So sieht es auch Susanne Schaper. Die Landesvorsitzende der sächsischen Linken kommt zu einem Treffen in einem Café in der Leipziger Innenstadt zusammen mit Ko-Landeschef Stefan Hartmann. Beide sind die Spitzenkandidaten im Wahlkampf. Angesichts der Umfrageergebnisse ihrer Thüringer Parteifreunde könnten sie beinahe neidisch sein. Denn die Linke in Sachsen liegt in Umfragen zwischen vier und fünf Prozent und muss um den Einzug in den Landtag bangen. Schon das Ergebnis von 2019 – es waren 10,4 Prozent – wurde damals als Katastrophe empfunden. Schaper, 46, wohnt in Chemnitz, hat lange als Krankenschwester gearbeitet und dann ein Zusatzstudium absolviert. Sie agiert als Frontfrau im Wahlkampf. „Für uns ist kein Mensch einen Cent weniger wert, weil er als Flüchtling kommt. Und wir werden nicht in die Debatte einstimmen, wie wir die Flüchtlinge am besten kasernieren und am schnellsten rauswerfen können“, sagt sie. Sie gibt aber zu, dass die Linke es selbst versäumt hat, sich mit dem Thema Migration auseinanderzusetzen.

Auch Hartmann, der sich selbst als „Maschinist“ im Wahlkampf bezeichnet, sagt, die Linke habe ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Und gibt den Kollegen aus dem Westen die Schuld dafür. „Schon 2015/16 haben die ostdeutschen Fraktionschefs der Linken gefordert, ein Einwanderungs- und Integrationsgesetz zu erarbeiten. Doch das war in der Partei von einigen aus dem Westen nicht gewünscht. Jetzt haben wir nur eine Haltung anzubieten statt Konzepte und Lösungen.“ Der 56 Jahre alte Leipziger arbeitet für den Bundestagsabgeordneten und früheren Fraktionschef Dietmar Bartsch, seine Frau Susanna Karawankij ist seit 2021 Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft in Bodo Ramelows Kabinett in Erfurt. Den Grund für die Misere der Linken im Osten sieht Hartmann im falschen Kurs, den die Bundespartei verfolgt habe. „In der Partei gab es schon vor Jahren die Parole, dass der Osten als Thema ausgedient habe. Schließlich wollte man im Westen überall mehr als fünf Prozent erzielen. Aber dazu ist es nicht gekommen. Spätestens 2019 hätte man da umsteuern müssen.“

Eine Rettung vor dem parlamentarischen Aus könnte es für Sachsens Linke noch geben. In den vergangenen Bundestagswahlen konnte die Linke, die mit 4,9 Prozent an der Fünfprozenthürde scheiterte, dank dreier Direktmandate in den Bundestag einziehen. Für den Landtag in Sachsen reichen zwei gewonnene Wahlkreise. Für die Linke gilt ein Wahlkreis in Leipzig als sicher, ihn hat die linke Aktivistin Juliane Nagel schon zweimal gewonnen. Der Verein Compact unterstützt gezielt jeweils die Kandidaten zweier Wahlkreise der Linken und der Grünen, damit beide Parteien in den Dresdner Landtag einziehen sollen. Ob diese Rechnung aufgeht, ist allerdings ungewiss. Hartmann sagt dazu: „Direktmandate sind für uns wichtig, aber wir werden keinen Wahlkampf machen, der sich nur auf die Großstädte konzentriert.“

Polizei sagt Auftritt Höckes in Jena wegen Protesten ab

Juso-Chef Türmer wirft AfD-Politiker Gewalt vor

Am Dienstagabend ist eine Veranstaltung der AfD mit dem thüringischen Landesvorsitzenden Björn Höcke in Jena abgesagt worden, weil dieser von Demonstranten daran gehindert wurde, ins Veranstaltungszentrum LISA zu gelangen. Im Stadtteilzentrum LISA war ein Bürgerabend der AfD mit Höcke als Hauptredner angekündigt. Laut der Jenaer Polizei nahmen etwa 2000 Personen an der Gegenveranstaltung unter dem Titel „Jena bleibt weltoffen“ teil. Ihnen gegenüber standen etwa 190 Teilnehmer des AfD-Bürgerabends.

Demonstranten versammelten sich vor Zufahrtswegen zum Gelände. Die Lage spitzte sich zu, als Höcke im Auto vor einem Zufahrtsweg ankam. Laut Polizei versuchten Demonstranten, ihm den Weg zu versperren. Das sei ihnen auch „kurzzeitig“ gelungen. „Aufgrund der Vielzahl der Personen, der Unübersichtlichkeit“ sei die Polizei in Absprache mit Höckes Personenschutzkommando zu der Einschätzung gekommen, dass man Höckes sichere Anreise nicht gewährleisten könne. Deswegen entschieden sich die Veranstalter, den Bürgerabend früher als geplant zu beenden.

Unter den Demonstranten war auch Philipp Türmer, Vorsitzender der Jusos. Er habe vor einem Zugangsweg gesessen, als Höcke im Auto vor der Menschenmenge ankam, sagte Türmer der F.A.Z. „Mit einer hohen Geschwindigkeit“ sei das Auto von Höcke auf die

Demonstranten zugefahren. Einige von ihnen seien von dem Fahrzeug „touchiert“ worden. Höcke sei dann mit seinen Personenschützern aus dem Auto gestiegen. Die Männer hätten versucht, Höcke durch die Menge zu geleiten. Dabei hätten sie Demonstranten geschlagen. Aus Sicht der AfD stellten sich die Ereignisse anders dar. Der Pressesprecher der AfD Thüringen, Torben Braga, sagte der F.A.Z., als Höcke mit seinem Personenschutz aus dem Auto gestiegen sei, seien sie selbst von den Demonstranten angegriffen worden.

Die Polizei dementiert derartige Berichte – sowohl die der Demonstranten als auch die der AfD. „Es gab keinen Versuch, dass eine Menschenmenge oder auch nur eine Person angefahren werden sollte“, sagte ein Sprecher der Polizei Jena der F.A.Z. Zur Auflösung der Sitzblockaden seien zwar Schlagstöcke und Pfefferspray eingesetzt worden. Verletzte habe es nach Informationen der Polizei aber keine gegeben. Auch Angriffe der Demonstranten auf Höcke oder seine Personenschützer seien der Polizei nicht bekannt. Jegliche Auseinandersetzungen seien lediglich verbaler Natur gewesen. Es seien insgesamt zwölf Straftaten und eine Ordnungswidrigkeit seitens der Teilnehmer der Kundgebung und der Veranstaltung selbst festgestellt worden, sagte der Sprecher. cbs.

Drohungen nach Brief an Wähler Gedenkstätten-Leiter warnte Thüringer vor der AfD

Der Leiter der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Jens-Christian Wagner, hat nach einem offenen Brief an Wähler in Thüringen Drohungen erhalten. Auf dem Kurznachrichtendienst X schrieb Wagner, dass am Dienstag in der Gedenkstätte Mittelbau-Dora ein Foto von ihm auf eine Todesmarschstele geklebt worden sei. Die Stele erinnert an die Opfer der Todesmärsche aus den Lagern des KZ-Komplexes Mittelbau-Dora. Zudem habe eine Frau aus Weimar – „eine Montagspaziergängerin“ – in einer E-Mail an ihn geschrieben, dass der nach einer schweren Erkrankung verstorbene SPD-Landtagsabgeordnete Thomas Hartung die „Quittung für sein Handeln“ bekommen habe, und dass Wagner seine Strafe auch noch erhalten würde.

Der Historiker hatte 350.000 Briefe an Thüringer Haushalte verschickt, in denen Bürger wohnen, die älter als 65 Jahre sind. In dem Brief äußerte Wagner seine Sorge vor der Landtagswahl am 1. September. Wagner wirft der AfD Verharmlosung des Nationalsozialismus vor und bezieht immer wieder Stellung gegen die Partei. Mit der AfD trete am 1. September eine Partei an, die das Leiden der Opfer des Nationalsozialismus auch in den thüringischen

Konzentrationslagern Buchenwald und Mittelbau-Dora aus der Erinnerung tilgen wolle, schrieb er in dem Brief. Laut aktuellen Umfragen könnte die AfD mit rund 30 Prozent bei der Landtagswahl stärkste Kraft werden. Die Thüringer AfD wird vom Landesverfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft.

Finanziert wurde der Versand der Briefe nach Angaben der Gedenkstätte von privaten Spenden der Kampagnenorganisation „Compact“. Der Briefweg sei bewusst gewählt worden, um auch die Thüringer Bürger zu erreichen, die nicht in den sozialen Medien aktiv sind. Die Drohungen seien vermutlich direkte Reaktionen darauf. So habe beispielsweise die E-Mail „explizit auf die Postwurfsendung Bezug“ genommen, sagte ein Sprecher der F.A.Z. Dem Sprecher zufolge wurden bisher zwei Strafanzeigen bei der Polizei erstattet.

Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Grüne) bezeichnete die Drohungen gegen Wagner als „inakzeptabel“. Teile der Gesellschaft hätten den Anstand verloren, schrieb Göring-Eckardt auf X. „Sie wollen einschüchtern und Verteidiger der Demokratie & der Erinnerungskultur mundtot machen.“ croc.

„Würde der Wirtschaft guttun“ Woidke stellt Bürgergeld für Ukrainer infrage

fhau. BERLIN. Der brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hat weitere Bürgergeldzahlungen an ukrainische Flüchtlinge infrage gestellt. „Die Entscheidung war damals richtig, weil wir schnell helfen mussten. Heute müssen wir uns fragen, ob diese Form der Unterstützung noch zeitgerecht ist“, sagte er der Zeitschrift „Stern“. Woidke verknüpfte das mit dem Hinweis darauf, dass die Ukrainer statt des Bürgergelds auch Lohn für Arbeit beziehen könnten. In anderen EU-Ländern seien viel mehr Menschen aus der Ukraine in Arbeit als in Deutschland. Dies müsse sich ändern. „Das würde unserer Wirtschaft guttun – wir brauchen Arbeitskräfte – und die Integration fördern.“

Nach Beginn des russischen Angriffskriegs 2022 hatte die Bundesregierung entschieden, dass ukrainische Flüchtlinge in Deutschland kein Asyl beantragen müssen. Sie erhalten automatisch ein Aufenthaltsrecht und beziehen Bürgergeld anstatt Leistungen für Asylbewerber. In den vergangenen Monaten hatten Politiker aus CDU, FDP und AfD gefordert, das Bürgergeld für ukrainische Flüchtlinge einzuschrän-

ken oder zu streichen. Dass Woidke in ihre Forderung einstimmt, dürfte auch mit dem großen Gewicht des russischen Kriegs in der Ukraine und seiner Folgen im brandenburgischen Landtagswahlkampf zu tun haben. Der SPD-Ministerpräsident bemüht sich um Abgrenzung zum Bundeskanzler und der Ampelkoalition, deren Agieren in SPD-Kreisen als nicht hilfreich für die Wiederwahl Woidkes beurteilt wird. Vor ein paar Tagen hatte der Brandenburger schon in für seine Verhältnisse ungewohnt deutlichen Worten zu verstehen gegeben, er sei froh, wenn er mal ein paar Tage nichts höre von der Bundesregierung.

Auch abgesehen von den ukrainischen Flüchtlingen sprach sich Woidke für Verschärfungen beim Bürgergeld aus, um den Druck auf sogenannte Totalverweigerer zu erhöhen. Es seien „wichtige Korrekturen“ vorgenommen worden, sagte der SPD-Politiker. „Wenn hart arbeitende Menschen nur durch staatliche Leistungen wie Wohngeld und Kinderzuschlag im Monat mehr haben als diejenigen, die bewusst nicht arbeiten gehen und lieber Bürgergeld beziehen – dann wird das zu Recht als unfair empfunden.“

STIMMEN DER ANDEREN

Bidens Rückzug verdient Anerkennung
Die „Washington Post“ kommentiert den Auftritt des scheidenden Präsidenten auf dem Parteitag der Demokraten:

„Im Nachhinein betrachtet hätte Biden nicht zur Wiederwahl antreten sollen. Die Debatte vom 27. Juni war schlimmer als nur ein schlechter Abend, wie der Präsident hinterher behauptete. Der Einundachtzigjährige hatte schon lange Anzeichen des Nachlassens gezeigt, aber sein innerer Kreis arbeitete daran, seinen Niedergang zu verbergen. Er und das Land wären besser dran gewesen, wenn Biden sein angedeutetes Versprechen aus dem Wahlkampf 2020 gehalten hätte, eine „Übergangsfigur“ zu sein, indem er sich vielleicht nach dem überraschend guten Abschneiden der

Demokraten bei den Zwischenwahlen 2022 zurückgezogen hätte. Die Bereitschaft Bidens, die Macht abzugeben, wenn auch eher durch parteiinterne Machenschaften als durch die Wahlurne, verdient Anerkennung. Sie schafft einen starken und für Biden vorteilhaften Kontrast zu Trump, der sich weigerte, seine Niederlage im Jahr 2020 anzuerkennen, und stattdessen am 6. Januar 2021 einen Mob in Washington aufwiegelte. Die letzten Wochen haben gezeigt, wie Bidens Rückzug den Weg für eine neue Generation demokratischer Führungskräfte geebnet hat.“

Waffenruhe wäre auch gut für US-Demokraten
„De Volkskrant“ (Amsterdam) verweist auf einen anderen Aspekt des Parteitags:

„Es sei ‚die beste und vielleicht letzte Chance‘ für einen Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas. Aussagen wie diese und Variationen davon wiederholt US-Außenminister Antony Blinken in diesen Tagen auf seiner neunten Nahostreise seit dem Ausbruch des Krieges, der auf den Hamas-Terroranschlag vom 7. Oktober letzten Jahres folgte. Mit dem Hinweis auf die letzte Chance meint Blinken die drohende Eskalation durch einen Krieg zwischen Israel und der Hizbullah oder durch einen iranischen Vergeltungsschlag nach der Ermordung des Hamas-Anführers Ismail Haniyeh. Klar ist aber auch, dass dies zweieinhalb Monate vor den US-Präsidentenwahlen die letzte Chance für eine Waffenruhe unter der aktuellen US-Regierung ist. Insofern betreibt

Blinken mit seinen diplomatischen Bemühungen in Jerusalem, Doha und Kairo auch Parteipolitik für die Demokraten.“

Die meisten sind wie Tim Walz
„Dagens Nyheter“ (Stockholm) blickt auf den Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten:
„Wenn man die Nachrichten und Debatten in irgendeinem westlichen Land verfolgt, ist es leicht, ein negatives Bild vom männlichen Geschlecht zu bekommen. Auch außerhalb der Kriminalrichterstattung, in der junge Männer als Täter extrem überrepräsentiert sind, stößt man in der Öffentlichkeit auf streitende Strömungen einer toxischen Männlichkeit. ... Am deutlichsten ist all das in den USA. Vor knapp zwei

Wochen betrat ein ganz anderer Typ Mann die große politische Bühne. Kamala Harris hat den Gouverneur von Minnesota, Tim Walz, zu ihrem Vizepräsidenten kandidaten auserkoren, und der Kontrast hätte nicht größer sein können. Walz ist, kurz gesagt, durch und durch Amerikaner auf eine ausgesprochen männliche Art und Weise. Seine Männlichkeit ist jedoch Lichtjahre von der entfernt, die wir in der Öffentlichkeit gewohnt sind. ... Er ist jemand, der dir hilft, das Auto zu reparieren, und den Nachbarn natürlich seine Heuschrecke ausleiht. Die öffentliche Debatte – nicht zuletzt im Internet – hat viele zu der Überzeugung geführt, dass die ständig brodelnde Wut der Normalzustand sei. Tim Walz erinnert uns daran, dass die allermeisten Männer tatsächlich nicht so sind.“

Von Litauen nach Sibirien und zurück

Die Sowjets deportierten Irena Saulutė ans Nordpolarmeer. Und doch konnte sie dabei sein, als sich die Balten vor 35 Jahren die Unabhängigkeit zurückholten – mit einer Menschenkette.

Von Stefan Locke, Kaunas/Vilnius



Für Freiheit und Unabhängigkeit: Tausende bildeten am 23. August 1989 eine Menschenkette in Tallinn. Foto Picture Alliance



Wurde als Kind deportiert: Irena Saulutė Foto Stefan Locke



Komponist und Musiker: Jievaras Jasinskis Foto Stefan Locke

Jievaras Jasinskis war vier Monate alt, als er gemeinsam mit vielen anderen Geschichte schrieb. „Für mich ist das bis heute ziemlich mysteriös“, sagt der 35 Jahre alte Musiker bei einem Treffen in Vilnius. „Ich war körperlich dort, aber erinnere mich natürlich nicht daran.“ Er zeigt eine Schwarz-Weiß-Fotografie auf dem Handy, auf dem seine Eltern, Großeltern und zwei Schwestern außerhalb von Vilnius an einer Autobahn stehen. Die Großmutter hält ihn auf dem Arm, während ringsherum Gedränge herrscht. Es ist der 23. August 1989. Fast zwei Millionen Balten bildeten an jenem Tag eine 650 Kilometer lange Menschenkette von Tallinn im Norden über Riga bis nach Vilnius, um für die Unabhängigkeit ihrer Länder von der Sowjetunion zu demonstrieren.

Es sei heute kaum zu glauben, wie sich so viele Menschen damals ohne Handy und Internet organisiert haben, sagt Jasinskis. Er ist freischaffender Musiker und eine Woche vor dem Jahrestag voll auf damit beschäftigt, letzte Absprachen für das große Jubiläumskonzert zu treffen, das an diesem Freitag anlässlich des 35. Jahrestags des „Baltischen Weges“ in Vilnius stattfindet. Jasinskis hat dafür die Musik geschrieben, und weil er genauso alt wie das Ereignis ist, wurde er zugleich zu einer Art Symbol für das Jubiläum. Sein Baby-Bild vom „Baltic Way“ ist auf Plakaten und Broschüren zu sehen. „Mein ganzes Leben lang habe ich die Geschichte gehört, wie ich damals mit dort war“, sagt er. Und obwohl er nichts dafür kann, ist er doch auch ein bisschen stolz. Denn jener Tag war der Anfang vom Ende der Besatzung, unter der die Balten 50 Jahre leben mussten.

An den Beginn dieser Besatzung kann sich Irena Saulutė noch sehr gut, oder vielmehr: schmerzhaft, erinnern. Die 96 Jahre alte Frau steht im Freilichtmuseum bei Kaunas vor einer aus Torziegeln errichteten Jurte. Fast jeden Tag kommt sie mit dem Bus hierher, um Besucher zu führen. „So eine mussten wir uns damals selbst bauen“, erzählt sie mit Blick auf die Jurte. Damals, das heißt in Jakutien, im Osten Sibiriens, wohin die Sowjets sie 1941 als zwölf Jahre altes Mädchen mit ihrer Mutter und dem 16 Jahre alten Bruder deportiert hatten. Es war der 13. Juni 1941, in der Nacht nach ihrem letzten Schultag vor den Sommerferien, als die sowjetische Geheimpolizei NKWD in der Wohnung ihrer Familie in Kaunas auftauchte und alle „aufforderte“, mitzukommen.

„Wir hatten keine Zeit, noch etwas mitzunehmen“, sagt Saulutė. Die Erlebnisse sprudeln nur so aus ihr heraus. Sie führt durch „ihr“ Museum, von der Jurte zu den Gedenkstätten an die Deportierten bis hin zu einem Originalviehwagen der russischen Eisenbahn. Flink steigt sie die kleine Treppe hinauf, zeigt auf die mit Stacheldraht gesicherten Luken auf jeder Seite sowie zwei Löcher im Boden. Die waren für die Notdurft der 64 Insassen, allesamt Frauen, Jugendliche, Kinder. Die Männer, auch Saulutės Vater, waren zuvor separiert worden; sie sah ihn nie wieder. Vier Wochen lang fuhren sie in Richtung Osten, wohin, wurde nicht mitgeteilt. „Die Unwissenheit war schrecklich“, sagt Saulutė. „Das hat uns zermürbt, und wir waren überzeugt: Wir werden alle erschossen.“

Nahrung bekamen sie nicht, Wasser fingen sie mit Händen durch die schmalen Luken auf, wenn es regnete. Bei Ortsdurchfahrten wurden die Luken geschlossen, damit niemand sah, wer in den Waggons war, auf denen mit weißer Farbe „Kriminelle und Prostituierte“ geschrieben stand. Alle drei bis vier Tage öffneten Uniformierte die schweren Schiebetüren und fragten, ob es Leichen gebe. Alle Babys und die meisten der älteren Frauen seien gestorben, erzählt Saulutė. Bei jedem Halt hätten sie sich gefragt: Werden wir aussortiert? Sind wir jetzt dran? „Es war wie in einem Gehege voller Löwen, die ständig um einen kreisten.“ Die roten Haare ihrer Mutter wurden nach vier Wochen schlohweiß, sie selbst verlor ihre Haarfarbe mit 17 Jahren. „Als ich später geheiratet habe, war ich schon grau“, sagt sie und lacht. Sie spricht geradezu vor Energie, um ihr Leben zu erzählen.

Ziemlich genau ein Jahr vor ihrer Deportation, am 15. Juni 1940, hatte die Rote Armee die baltischen Staaten besetzt. Grundlage war der „Nichtangriffspakt“, den Deutschland und die Sowjetunion am 23. August 1939 schlossen. Beide Staaten vereinbarten darin, neutral zu bleiben, selbst wenn einer von ihnen einen Krieg beginnt. Das Abkommen ebnete Hitler den Weg für den Überfall auf Polen. Zugleich teilten beide Regime in einem lange geheim gehaltenen Zusatzprotokoll sowie einem weiteren Abkommen Osteuropa unter sich auf: Deutschland sollte Westpolen inklusive Warschau bekommen, die Sowjetunion Ostpolen sowie die baltischen Staaten, Finnland und Rumänien.

Als die Sowjetunion im Sommer 1940 zuerst Litauen und wenige Tage später Lettland und Estland besetzte, ging sie nach ähnlichem Muster vor wie Russland seit 2014 in der Ostukraine, sagt der Historiker Arūnas Bubnys, heute Direktor des Forschungszentrums für Widerstand und Völkermord in Litauen. Die drei Staaten hatten ihre Neutralität proklamiert, doch Moskau forderte Stützpunkte für die Rote Armee, was in der Besatzung mündete. „Unmittelbar danach begannen die Repressionen“, sagt Bubnys. Zuerst seien alle Mitglieder der unabhängigen Regierungen verhaftet und dann „Referenden“ angesetzt worden, in deren Ergebnis die Länder um den Beitritt zur Sowjetunion „baten“. Anfang August 1940 hatte sich Stalin zuerst Litauen und danach auch Lettland und Estland einverleibt.

Viele Balten versuchten daraufhin, außer Landes zu kommen. „Mein Vater sagte: Wenn alle fliehen, wer wird dann die Russen aufhalten?“, erzählt Saulutė. Ihr Vater war Reserveoffizier der litauischen Streitkräfte und stand auf einer Liste, mit der die Sowjets die Länder systematisch nach deren „bürgerlichen“ Köpfen durchkämmten. Ein knappes Jahr lang tauchte die Familie auf dem Land unter, doch das half am Ende nichts. Als die Deportationen begannen, saß Saulutės Familie im ersten Zug. Eine Woche später überfiel Deutschland die Sowjetunion. Vom Kriegsbeginn hörte sie in den Waggons aus Lautsprechern, wenn der Zug durch Orte fuhr. „Ich erinnere mich daran sehr genau“, sagt Saulutė. „Ich wünschte mir damals, die Deutschen wären schneller gewesen. Wir hofften auf den Krieg, um die Russen loszuwerden.“

Nicht wenige Balten hätten gedacht, die Deutschen kämen, um sie zu befreien, sagt Bubnys. Das war ein fataler Trugschluss. Allein in Litauen ermordeten die Nazis 240.000 Menschen, davon die meisten Juden, sie steckten 30.000 Einwohner in Konzentrationslager und brachten 60.000 zur Zwangsarbeit nach Deutschland. Davon erfuhr Saulutė viele Jahre lang nichts. Nach einem Monat kam ihr Zug in der Region Altai an der Grenze zur Mongolei an. Zwei Wochen übernachteten sie im Freien, ernährten sich von Gras, das sie am Lagerfeuer kochten. Viele Deportierte starben aufgrund des Regens und der Kälte. Zwei Wochen später brachen sie zu Fuß

in eine Bergstadt im Altai-Gebirge auf, wo sie ein Jahr lang bleiben und die Erwachsenen Zwangsarbeit verrichten mussten.

1942 wurden sie abermals in Viehwaggons gesteckt. Das Ziel nach zwei Monaten Fahrt ins Ungewisse war Nordjakutien, am so ziemlich kältesten Punkt Sibiriens, wo die Lena ins Nordpolarmeer mündet. Ein Lager gab es dort nicht. „Wir mussten es selbst bauen“, erzählt Saulutė. Nach zwölf Stunden Baumfällen oder Fischfang kümmerten sie sich um die Unterkünfte. „Zuerst mussten wir die für die Aufseher bauen, danach für uns.“ Sie mussten sich beeilen, die Sommer in Sibirien sind kurz, der Boden nicht lange weich, um aus ihm Torfstücke zum Jurtenbau herauszulösen. „Schon Anfang September hat es geschneit.“ Die gefällten Bäume durften sie nicht für ihre Jurten verwenden, nur das Holz, das der Fluss anschwemmte, war ihres. „Jedes Stück war sehr kostbar.“

Ein Drittel der ans Lena-Delta Deportierten überlebte den ersten Winter nicht, sagt Saulutė. Auch ihre Mutter starb an Unterernährung und Skorbut, sie wurde 44 Jahre alt. In einer Nacht schaffte sie es gemeinsam mit ihrem Bruder, ein Grab ins Eis zu schlagen und die Mutter zu beerdigen. Fast sechs Jahre blieb sie in der Arktis, wechselte jedes Jahr auf eine andere Insel, musste Bäume fällen, Fische fangen und auf Schiffe verladen. Als Lohn erhielten sie drei Rubel im Monat. „Ein Brot kostete 4,50 Rubel“, sagt Saulutė.

Erst 1958, 17 Jahre nach ihrer Deportation konnte Saulutė endgültig zurückkehren. Offiziell galt sie weiter als „Volksfeind“, Sie legte sich eine erfundene Biographie zu, was gängige Praxis unter Deportierten gewesen sei. „Mich gab es eigentlich nicht.“ Und über ihre Erlebnisse sprechen durfte sie schon gar nicht. Mit gefälschten Dokumenten absolvierte sie eine medizinische Ausbildung, arbeitete in einer Arztpraxis und später als Sanitäterin in einem Betrieb. Das gewünschte Medizinstudium wurde ihr von einem Parteisekretär verwehrt, der schon 20 Jahre zuvor Universitätsdozenten denunziert hatte, die dann auch deportiert worden waren.

Über die Ursache des Ganzen aber, den „Nichtangriffspakt“, der in den baltischen Staaten nach den Unterzeichnern „Molotow-Ribbentrop-Pakt“ genannt wird, durfte nicht gesprochen werden. Am 23. August 1979, dem 40. Jahrestag des Abkommens, gelang es einer Gruppe von 45 Dissidenten, in der westlichen Presse den „Baltischen Appell“ zu veröffentlichen, in dem sie forderten, den Vertrag samt Zusatzprotokoll zu publizieren und zu annullieren, was mit der Verfolgung der Unterzeichner endete. Die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten bestritten vehement die Existenz des Zusatzprotokolls und diffamierten Berichte darüber als Fälschung und westliche Propaganda.

„In Dissidentenkreisen war die Wahrheit bekannt“, sagt Audronius Ažubalis. Der 66 Jahre alte Abgeordnete und frühere Außenminister Litauens hatte als junger Mann in Vilnius Kontakte zur Opposition. „Die meisten Menschen hier wussten nichts, unsere Geschichte war ein versiegeltes Buch.“ Erst als Michail Gorbatschow Mitte der Achtzigerjahre die Archive öffnete, brach sich die Wahrheit Bahn. „Die Leute begannen nun zu verstehen, warum wir in der Sowjetunion gelandet sind, dass es nicht unsere Schuld war, dass wir unsere Unabhängigkeit verloren haben.“ Am 23. August 1987 nahm Ažubalis an der ersten öffentlichen Demonstration „gegen diesen schändlichen Pakt“ teil. 200 Menschen versammelten sich im Zentrum von Vilnius. „Die Atmosphäre war extrem angespannt“, erinnert er sich. Polizei und KGB aber griffen nicht ein.

Am gleichen Tag ein Jahr später kamen mehr als 100.000 Menschen in der litauischen Hauptstadt zusammen. Erstmals wurde der Pakt nun öffentlich als Verbrechen verurteilt, der zur Versklavung der baltischen Länder geführt hatte. Die Politik der Öffnung machte den Balten Mut, nun auch ihre Unabhängigkeit zurückzufordern. Dafür planten sie am 50. Jahrestag der Unterzeichnung, am 23. August 1989, eine Menschenkette durch das gesamte Baltikum. Ausgerechnet das dichte Netz an Massenorganisationen erleichterte die Organisation: Der Aufruf verbreitete sich in Kollektiven, Betriebe stellten Busse, Menschen bildeten Fahrgemeinschaften. Ažubalis etwa fuhr mit Frau und Eltern im Moskwitsch seines Vaters 40 Kilometer weit, ehe sie einen Platz in der Kette fanden. „Die Leute waren zwar vorsichtig, aber die Angst war verschwunden“, erzählt er.

Viele Menschen hatten die Nationalflaggen Litauens, Lettlands und Estlands mitgebracht, die in der Sowjetunion verboten waren. An eine beinahe euphorische Atmosphäre erinnert sich Bubnys, der sich mit Kollegen etwa 20 Kilometer nördlich von Vilnius in die Kette einreihete. „Das war die schönste Zeit meines Lebens“, sagt er heute. „Es gab eine große Einigkeit innerhalb des Landes, das war einmalig.“ Auch Saulutė schaffte es, einen Platz zu finden. Sie erinnert sich an Agrarflugzeuge, die Blumen über den sich versammelnden Menschen abwarfen.

Am Ende hielten sich auf einer Strecke von 650 Kilometern zwischen Tallinn über Riga bis Vilnius zwei Millionen Menschen an den Händen, ein Drittel der Einwohner der baltischen Staaten. Es war die machtvollste Demonstration des „Baltischen Weges“, auch wenn es bis zur tatsächlichen Unabhängigkeit noch fast zwei weitere Jahre dauern sollte. Dass die Sowjetunion Ende 1989 und ein Jahr später auch die Bundesrepublik den Vertrag für nichtig erklärten, war ein wichtiger Schritt dazu. 2009 hatte sogar Wladimir Putin in einem Namensbeitrag für die polnische Zeitung „Gazeta Wyborcza“ den Pakt verurteilt, in der heutigen russischen Geschichtsschreibung und in den Schulen jedoch wird wieder die zu Sowjetzeiten „bewährte“ Erklärung geliefert: Der Pakt sei nötig gewesen, um Zeit zu gewinnen und sich gegen einen deutschen Angriff zu wappnen.

Saulutė winkt ab, wenn sie das hört. Putin, sagt sie, leugne längst auch, dass es Deportationen gegeben hat. Stattdessen seien es Umsiedlungen gewesen, in den Zügen habe es Ärzte und Lebensmittel gegeben, und sollte doch einmal jemand gestorben oder erschossen worden sein, habe es sich um Banditen und Kapitalisten gehandelt. Sie wolle die Wahrheit erzählen, solange sie noch könne. Nie wieder soll ihr Land besetzt werden. Deshalb spendet sie von ihrer kleinen Rente regelmäßig fünf Euro für die Verteidigung der Ukraine. „Mein Leben ging bis zum Sommer 1940“, sagt sie. „Danach bin ich durch Schlimmeres als die Hölle gegangen.“ Die Hoffnung jedoch habe sie nie aufgegeben. „Heute kann ich reden, wie ich will.“

Der Musiker Jievaras Jasinskis sagt, er sei „superstolz“ auf sein Land, das so entschieden die Ukraine unterstützt. „Wirklich, ich könnte nicht stolzer sein.“ Vielen in seiner Generation, die in einem freien Land aufwuchsen, sei heute sehr bewusst, dass diese Freiheit nicht selbstverständlich ist. „Wir wissen, worum es jetzt geht.“ Auch das werde bei seinem großen Konzert am Jahrestag zum Ausdruck kommen.

Die Feinde Russlands

Putin spricht in Beslan über Kursk

Von Reinhard Veser

Viereinhalb Minuten dauert das Video, das der Kreml von der Begegnung Wladimir Putins mit den Müttern von Beslan veröffentlicht hat. In dieser Zeit spricht nur er. Was die Frauen zu sagen hatten, hätte nicht in das Bild gepasst, das der Kreml verbreiten wollte. Dem in Russland verfolgten Medium „Agentstwo“ sagte eine der drei Frauen, sie hätten Putin an ein nicht eingelöstes Versprechen erinnert, das er ihnen vor 19 Jahren gegeben hat: dass er persönlich dafür sorgen werde, dass die ganze Wahrheit über den Terroranschlag von Beslan ans Licht komme. In der kleinen Stadt im Nordkaukasus hat am 1. September 2004 ein Kommando islamistischer Terroristen in einer Schule mehr als 1100 Menschen als Geiseln genommen, die sich zur feierlichen Eröffnung des Schuljahres versammelt hatten. Mehr als 330 Menschen, darunter 186 Kinder, kamen um, als die Sicherheitskräfte die Geiselnahme am 3. September gewaltsam beendeten.

Putin sprach bei dem Treffen in Beslan am Dienstag, knapp zwei Wochen vor dem 20. Jahrestag, von einer „nicht verheilten Wunde im historischen Gedächtnis ganz Russlands“. Er erinnerte nicht nur an das Leiden der Opfer und ihrer Familien, sondern „natürlich auch an die Kämpfer der Geheimdienste, die mit ihren Körpern die Kinder gedeckt haben“. Als Retter von Kindern gelten die Geheimdienste freilich nur in der offiziellen Darstellung: Laut Recherchen russischer Menschenrechtler und einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte aus dem Jahr 2017 tragen die Sicherheitskräfte massive Mitschuld daran, dass die Zahlen der Toten und Verletzten so hoch war. So haben sie Gespräche über die Freilassung größerer Gruppen von Geiseln verhindert; vor allem aber spricht vieles dafür, dass bei der Erstürmung der Schule nicht die Rettung der Geiseln, sondern die Tötung der Geiselnahmer im Vordergrund stand. Ein Brand des Daches der Turnhalle, in der sich Hunderte Menschen befanden, wurde mutmaßlich durch Beschuss von außen verursacht, die Schule wurde mit Granatwerfern und Panzern beschossen. Die Organisationen der Hinterbliebenen des Anschlags waren in den vergangenen Jahren Repressionen ausgesetzt, weil sie eine Aufklärung dieser Vorgänge verlangten.

Putin sprach bei dem Treffen mit den Müttern von Beslan mehr über Russlands Feinde als über die Opfer des Anschlags. So stellte er eine Verbindung zwischen dem Anschlag von Beslan und der Gegenwart her: 2004 hätten die Terroristen aus dem Ausland „jede mögliche Hilfe“ bekommen, sagte er. Diese Feinde versuchten auch heute, „unser Land ins Wanken zu bringen“, sagte Putin: „Und so, wie wir mit den Terroristen gekämpft haben, müssen wir heute mit denen kämpfen, die im Kursker Gebiet Verbrechen begehen.“

Aus Beslan reiste Putin weiter nach Tschetschenien. Dort führte der russische Staat in den Neunzigerjahren und zu Beginn von Putins Herrschaft zwei blutige Kriege gegen Unabhängigkeitsbestrebungen, während von Tschetschenien aus Islamisten Terroranschläge in russischen Städten organisierten. Das heutige Republikoberhaupt Raman Kadyrow bezeichnet sich indes gerne als getreuesten Soldaten Putins. Kadyrow und Putin sahen sich gemeinsam die „Wladimir-Putin-Universität für Spezialleistungen“ an. Dort wurden nach Angaben des Kremles seit 2022 mehr als 47.000 Mann ausgebildet, die gegen die Ukraine eingesetzt wurden.

Die von Kadyrow für ihre Kampfstärke gerühmten tschetschenischen Einheiten stehen aber bei russischen Kriegsloggern und Ukrainern im Ruf, in den sozialen Medien aktiver zu sein als an der Front. Sie werden oft als „TikTok-Kämpfer“ verspottet. So geriet die tschetschenische Sondereinheit „Achmat“ unter Rechtfertigungsdruck, weil sie den Ukrainern im Kursker Gebiet, wo sie für die Grenzsicherung zuständig war, keinen Widerstand geleistet haben soll. Der Kommandeur der Truppe, General Apti Alaudinow, äußert sich nun regelmäßig zur Lage an der Front. Er hat am Dienstag gesagt, Russland werde zwei bis drei Monate benötigen, um die ukrainischen Truppen aus dem Kursker Gebiet zu vertreiben. Laut einem Bericht des russischen Exilmediums „Medusa“ entspricht das der Linie, die der Kreml seinen Propagandisten vorgegeben hat: Die Rückgewinnung des Gebiets benötige einige Zeit, die Russen müssten sich gedulden. Das Vordringen der Ukrainer solle, so Medusa, als „neue Realität“ dargestellt werden.

Scholz zu Gast in Moldau

Kanzler sichert Kiew weiter Unterstützung zu

boll. CHIȘINĂU. Vor dem Hintergrund der deutschen Haushaltsdebatte um die Ukraine-Hilfen hat Bundeskanzler Olaf Scholz bei einem Besuch in der Republik Moldau beiden Ländern die anhaltende Solidarität Deutschlands angesichts der russischen Bedrohung zugesichert. „Deutschland wird in der Unterstützung der Ukraine nicht nachlassen, und wir werden der größte nationale Unterstützer in der Ukraine sein“, sagte der SPD-Politiker nach einem Treffen mit der moldauischen Staatspräsidentin Maia Sandu in der Hauptstadt Chișinău.

Die Präsidentin dankte für die deutsche Hilfe und verband das mit einem kaum verhüllten Appell an Scholz, im Engagement für die Ukraine nicht nachzulassen. „In diesen schwierigen Zeiten schätzen wir die große Unterstützung Deutschlands für die Ukraine“, sagte sie. „Indem Sie die Ukraine unterstützen, unterstützen Sie auch Moldau.“ Die Deckelung der deutschen Militärhilfen für Kiew, über die am Wochenende zuerst die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung berichtet hatte, wollte Sandu im Einzelnen jedoch nicht kommentieren. Sie wolle keine Ratschläge erteilen, wie man einen Haushalt aufstellt, betonte sie.

Scholz sicherte zugleich die deutsche Unterstützung für den europäischen Kurs Moldaus zu. „Deutschland steht eng an der Seite von Moldau“, sagte er. Die proeuropäische Präsidentin muss sich am 20. Oktober der Wiederwahl stellen, sie hat den Termin zugleich mit einem Referendum über die angestrebte EU-Mitgliedschaft verbunden. Scholz forderte die moldauischen Bürger auf, an diesem Tag „die Bestrebungen des eigenen Landes mit einem Herzensvotum zu unterstützen“. Er verwies auch auf Versuche von russischer Seite, die Abstimmungen durch Desinformationskampagnen zu beeinflussen.

Scholz und Sandu betonten zugleich, dass sie das geplante Migrationsabkommen zwischen beiden Ländern rasch zum Abschluss bringen wollen. Es soll die Asymigration aus dem als sicher eingestuften Land beenden und die Fachkräftemigration erleichtern. Sandu zeigte sich erfreut, dass bereits jetzt so viele moldauische Arbeitskräfte in Deutschland ein gutes Zuhause gefunden hätten. Langfristig gelte es aber, durch bessere Lebensbedingungen in Moldau die Abwanderung zu bremsen.

Deutlich mehr Schleusungen

Die Polizei hat 2023 deutlich mehr Schleuserkriminalität in Deutschland registriert. Insgesamt wurden rund 7920 Fälle von Einschleusungen aktenkundig, was einem Plus von gut 60 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht, wie das Bundeskriminalamt (BKA) am Mittwoch in Wiesbaden mitteilte. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Tatverdächtigen um rund ein Viertel auf 4404. Die meisten Verdächtigen bei Schleusungsdelikten waren demnach syrische, deutsche, türkische und ukrainische Staatsangehörige. Die Ermittler nannten es besorgniserregend, dass die Menschen bei immer mehr Fällen in Behältnissen transportiert worden seien, die eine Gefahr für Leib und Leben bedeuten. „Am häufigsten wurden hierfür Kleintransporter genutzt, die sich leicht anmieten lassen und für die keine spezielle Fahrerlaubnis benötigt wird“, erläuterte das BKA. Unter anderem drohten bei solchen Fahrten Sauerstoff- oder Wassermangel sowie Unterkühlung oder Verletzungen bei Unfällen. Die durchschnittliche Anzahl der auf der Ladefläche eines Kleintransporters festgestellten Personen hat sich von zehn auf neunzehn nahezu verdoppelt. dpa

Ein rotes Tuch für die FDP

Der Konflikt über die Vorratsdatenspeicherung ist festgefahren. Nun sieht sich die SPD durch ein Gutachten bestätigt.

Von Marlene Grunert, Berlin

Zwischen Bundesinnen- und Bundesjustizministerium sind Spannungen nicht ungewöhnlich. Dem einen geht es besonders um die Sicherheit, dem anderen um das Recht. Unter einem FDP-Justizminister wie Marco Buschmann kommen Freiheitsversprechen hinzu. Und je schlechter die Umfrageergebnisse sind, desto wichtiger wird die Schärfung des eigenen Profils. Besonders festgefahren ist in dieser Wahlperiode der Konflikt über die Vorratsdatenspeicherung. Für Buschmann ist sie ein rotes Tuch; Innenministerin Nancy Faeser (SPD) plädiert dafür. Im April schied die Auseinandersetzung zulasten der SPD beendet. Nun greift sie das Thema wieder auf. Anlass ist ein Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages, das der F.A.Z. vorliegt. Darin geht es um ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), das manche Juristen für eine „Abkehr“ von der restriktiven Linie des Gerichts halten. Die Wissenschaftlichen Dienste sprechen von einer „Erweiterung und Konkretisierung“ der Rechtsprechung.

Der Fall, um den es am EuGH ging, spielte in Frankreich. Dort hatten Bürgerrechtler dagegen geklagt, dass eine Behörde zur Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen auf Vorratsdaten zurückgreifen darf. Die Richter in Paris ließen daraufhin klären, ob die französischen Regeln mit Europarecht vereinbar sind. Aus Sicht des EuGH sind sie das. Ende April stellten dessen Richter klar, dass eine Vorratsdatenspeicherung nicht nur zur Bekämpfung schwerer Kriminalität zulässig ist, sondern auch zur „Bekämpfung von Straftaten im Allgemeinen“. Voraussetzung sei, dass der Zugriff auf die Vorratsdaten keine „schweren Eingriffe in das Privatleben des Betroffenen“ bedeute. Es müsse ausgeschlossen sein, dass durch eine Verknüpfung von IP-Adressen mit anderen gespeicherten Daten „die Möglichkeit besteht, genaue Schlüsse“ zu ziehen.

Im Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste heißt es nun, von einer „Aufgabe“ der bisherigen Rechtsprechung könne keine Rede sein, weil den Richtern ein vergleichbarer Fall noch nicht vorgelegen

habe. Nun hätten sie „erstmals“ entschieden, dass die Vorratsdatenspeicherung auch bei „Straftaten im Allgemeinen“ zulässig sein könne. Aus Sicht der SPD, die eine Vorratsdatenspeicherung zur Verhütung und Bekämpfung schwerer Kriminalität befürwortet, ist das bedeutsam.

Bislang stützte sich Faeser auf einen schwächeren Hinweis des EuGH von 2022. Damals erklärten die Richter eine Regelung der großen Koalition größtenteils für unionsrechtswidrig. Nur unter bestimmten Voraussetzungen sei eine allgemeine und unterschiedslose Vorratsdatenspeicherung zulässig, hieß es. Auf diese Ausnahmen stützte Innenministerin Faeser ihre Haltung. Seit dem neueren Urteil heißt es in der SPD: Wenn der EuGH die Vorratsdatenspeicherung schon zur Verhinderung und Bekämpfung „allgemeiner“ Straftaten erlaube, gelte das erst recht für schwere Kriminalität wie Menschenhandel oder Kinderpornographie. FDP und Grüne bleiben

demgegenüber bei ihrer Ablehnung – für beide Parteien geht es bei der Vorratsdatenspeicherung um das Selbstverständnis als Bürgerrechtspartei.

Wenige Wochen vor dem neuen Urteil konnten sie sich im April mit dem Quick-Freeze-Verfahren durchsetzen. Es soll zum Einsatz kommen können, wenn es um schwere Straftaten geht, Mord und Totschlag etwa. Kommunikationsunternehmen sollen dann beauftragt werden, bestimmte Verkehrsdaten, etwa IP-Adressen und Telefonnummern, „einzufrieren“, damit sie für spätere Ermittlungen zur Verfügung stehen. Nötig ist ein richterlicher Beschluss. Anschließend sollen Strafverfolgungsbehörden einen Monat Zeit haben, um die eingefrorenen Daten zur Auswertung zu bekommen.

Sozialdemokraten (und Union) machen stets darauf aufmerksam, dass manche Unternehmen die Daten mittlerweile nicht mal mehr ein paar Tage speichern; in diesen Fällen gebe es wenig einzu-

frieren. Wohl auch deshalb verwies die SPD, unmittelbar nachdem der Kompromiss im April gefunden war, auf anstehende „intensive Beratungen“.

Am Mittwoch teilte eine Sprecherin des Innenministeriums mit, dass man sich dort weiterhin für eine Vorratsdatenspeicherung einsetze. Sie verwies auf einen Aspekt des EuGH-Urteils, den auch die Wissenschaftlichen Dienste hervorheben: Zum wiederholten Mal stellen die Richter fest, dass der Zugang zu IP-Adressen bei online begangenen Straftaten „die einzige Ermittlungsmaßnahme darstellen kann, die eine effektive Identifizierung der Person ermöglicht, der diese Adresse zugewiesen war, als die Tat begangen wurde“. Das spreche dafür, dass die Vorratsdatenspeicherung etwa bei Urheberrechtsverletzungen „zwingend erforderlich“ und verhältnismäßig sei. Würde sie nicht gestattet, bestünde „eine echte Gefahr der systemischen Straflosigkeit“, heißt es im Urteil weiter. Bei „internetbezogenen Straftaten“ sei die Vorratsdatenspeicherung die einzig effektive, zumindest aber „die am wenigsten einschneidende“ Maßnahme.

Darauf verweist auch Sebastian Hartmann, der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Die neuere Rechtsprechung verpflichte die nationalen Gesetzgeber, „die wirksame Rechtsdurchsetzung im digitalen Raum stärker in den Blick zu nehmen und zu handeln“, sagte Hartmann der F.A.Z. Die FDP könne sich nicht „hinter der Formulierung des Koalitionsvertrages verstecken“. Darin hatten sich die Parteien „angesichts der gegenwärtigen rechtlichen Unsicherheit“ und des bevorstehenden EuGH-Urteils nur auf eine „anlassbezogene Speicherung verständigt. Aus Hartmanns Sicht ging es allerdings darum, eine Speicherung „unter Beachtung der EuGH-Rechtsprechung“ zu normieren. „Wer das blockiert, schwächt den starken Rechtsstaat“, sagte er.

Im Justizministerium hält man an einem anderen Verständnis fest. Eine Sprecherin sagte der F.A.Z., die Parteien hätten sich gegen eine anlasslose Speicherung entschieden – gegen diese „pauschale Überwachungsmaßnahme“, die alle Bürger unter „Generalverdacht“ stelle und dem „liberalen Rechtsstaat“ widerspreche. Aus dem EuGH-Urteil folge außerdem nicht, „dass eine Speicherung von IP-Adressen eingeführt werden müsste“, so die Sprecherin. Diese Entscheidung überlasse das Gericht den Mitgliedstaaten. Buschmann selbst hatte im April gesagt: „Wir haben vereinbart, dass wir Quick Freeze umsetzen, weil in Wahrheit alle einig sind, dass das gegenüber der derzeit geltenden Rechtslage ein Fortschritt ist.“ Der SPD und anderen gestand der Minister zu, die Debatte weiterzuführen. Das sei „deren gutes Recht“.



Spannungen: Innenministerin Faeser und Justizminister Buschmann Foto dpa

Im Zeichen des Koalitionsfriedens

In der Fördermittellaffäre verzichten die Ampel-Obleute auf Akteneinsicht / Von Heike Schmoll, Berlin

Bis Dienstagabend hatte der Vorsitzende des Bildungsausschusses des Bundestages Kai Gehring (Grüne) den Obleuten der Ampelparteien Zeit gegeben, um sich zu entscheiden. Sie hätten sich dazu schließen können, Akteneinsicht in der Fördermittellaffäre des Bundesbildungsministeriums (BMBF) zu verlangen. Doch sie entschieden gar nichts, sondern begnügten sich damit, eine formale Sondersitzung der Obleute des Bildungsausschusses zu beantragen. Bei der Fördermittellaffäre geht es um die Frage, wer die förderrechtliche Prüfung der Unterzeichner eines Offenen Briefes in Auftrag gab, der die Räumung eines propalästinensischen Protestcamps kritisierte.

Gehring hatte den Obleuten im Umlaufverfahren die Frage gestellt, ob er als Vorsitzender das BMBF darum bitten soll, die Akten über die in der Kritik stehenden Vorgänge zu übersenden. Denn die Unionsfraktion hatte darauf verwiesen, dass die Geschäftsordnung des Bundestages es dem Ausschussvorsitzenden nicht versage, „sich mit Bitten im Namen des Ausschusses an das vom Parlament zu kontrollierende Ressort zu wenden“. Darauf gehen die drei Ampel-Obleute aber gar nicht erst ein. Sie nähmen die Vorwürfe gegen die BMBF-Hausleitung sehr

ernst, heißt es in einem Schreiben des SPD-Obmanns Oliver Kaczmarek, der Grünen-Obfrau Laura Kraft und des FDP-Obmanns Stephan Seiter, das der F.A.Z. vorliegt. Das Ministerium müsse fortlaufend für Aufklärung und Transparenz sorgen. Die Wissenschaftsfreiheit sei ein hohes, durch das Grundgesetz geschütztes Gut. „Dazu gehört auch, dass die Förderentscheidungen des Bundes allein wissenschaftsgeleitet erfolgen.“

Um dem Informationsinteresse der Abgeordneten und der Öffentlichkeit gerecht zu werden, „halten wir es für geboten, die für den 10. September angesetzte Ausschusssondersitzung gründlich vorzubereiten“. Deshalb werde eine Sondersitzung der Obleute beantragt, was vor allem deshalb nötig sei, um alle Fragen in der nötigen Gründlichkeit klären zu können. Auch werde man damit den „bewährten und von der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages vorgesehenen Verfahren gerecht, um zwischen den Obleuten eine Vereinbarung über den Ablauf einer Ausschusssitzung zu treffen“, heißt es in dem Schreiben.

So argumentieren die drei Obleute, die sich nach der Mahnung des Kanzlers offenbar für demonstrative „Ampel-Disziplin“ entschieden haben. Möglicherweise konnten sie sich auch nicht einigen

und der Obmann der FDP bestand auf dem Grundsatz des Koalitionsvertrags, dass man nicht gegeneinander stimmt und der Ministerin Rückendeckung zu geben hat. Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) selbst hatte es abermals abgelehnt, die entlassene Staatssekretärin Sabine Döring von deren Verschwiegenheitsverpflichtung zu entbinden. Ihre Ablehnung begründete sie damit, dass Döring „ein noch nicht abgeschlossenes verwaltungsgerichtliches Verfahren“ führe, bei dem das BMBF Verfahrensbeteiligte sei.

Die drei Obleute der Ampelfraktionen schreiben: „Der Bundestag darf nicht den Eindruck erwecken, anstehenden Entscheidungen der Gerichte vorgreifen zu wollen, sondern muss die Unabhängigkeit der Justiz respektieren“. Allerdings liege es im Interesse des Bundestages und der gesamten Öffentlichkeit, wenn „in den in der Sache relevanten Gerichtsverfahren zeitnah entschieden wird“, heißt es in dem Brief. Wann das Verwaltungsgericht Minden entscheidet, ist derzeit unklar. Sollte es jedoch vor der Sondersitzung des Bildungsausschusses entscheiden, könnte sich eine völlig neue Situation ergeben.

Stark-Watzingers Hinweis auf das schwebende Verfahren wurde von Juris-

ten als Ausrede bezeichnet. Sie könnte die Verschwiegenheitspflicht Dörings jederzeit ohne Weiteres aufheben. Als letzte Dienstvorgesetzte der entlassenen Staatssekretärin muss sie im „pflichtgemäßen Ermessen“ entscheiden. Ein anhängiges Verfahren ist kein Grund, die Aussagegenehmigung zu verweigern. Auch die prozessuale Streitbefangenheit ist es nicht. Die Ministerin will die Verschwiegenheitspflicht nicht aufheben, obwohl sie es könnte und der Druck aus der Wissenschaft größer wird, Döring anzuhören. Die drei Obleute der Ampelfraktionen scheinen auf Zeit spielen zu wollen.

Es liegt nun an der Unionsfraktion, weiter Licht in die Fördermittellaffäre zu bringen. Sie hatte dafür plädiert, nicht nur Döring, sondern auch den Leiter der Abteilung Hochschulen Jochen Zachgo anzuhören. Gehring hatte den Ball an das Ministerium zurückgespielt und um Prüfung gebeten, ob die beiden angehört werden können. Doch es werden keine Akten zur Verfügung gestellt und Stark-Watzinger wird allein kommen. Um die Akteneinsicht zu erzwingen, könnte die Union einen Untersuchungsausschuss fordern. Damit wäre allerdings eine weitere zeitliche Verzögerung verbunden.

Mehr Kontrollen

Bundeswehr erhöht Sicherheit an Kasernen

Nach mehreren Sabotage-Verdachtsfällen hat die Bundeswehr ihre Sicherheitsvorkehrungen für Kasernen angepasst. Das bestätigte eine Sprecherin des Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr der F.A.Z. am Mittwoch. Die Bundeswehr habe „deutschlandweit schnell und umfassend mit erhöhten Kontrollen, verstärkter Bestreifung, Überprüfung von Zaananlagen und technischen Absicherungen, Sperrung einiger Bereiche sowie mit aktuellen Sicherheitshinweisen und Sensibilisierungsmaßnahmen auf die Vorkommnisse der vergangenen Woche reagiert“. Zuerst hatte der „Spiegel“ darüber berichtet. In der vergangenen Woche gab es an mehreren Bundeswehrstandorten Meldungen über mögliche Eindringlinge. An der Luftwaffenkaserne Köln-Wahn etwa wurde eine verdächtige Person am Wasserpumpwerk und ein Loch im Zaun gesichtet, nachdem Überwachungssysteme Unregelmäßigkeiten gemeldet hatten. Die Kaserne wurde daraufhin vorübergehend abgeriegelt. Die Bundeswehr hat mittlerweile eine Kontamination des Trinkwassers ausgeschlossen. Festnahmen sind in diesem Zusammenhang bislang nicht bekannt. An dem NATO-Stützpunkt Geilenkirchen gab es einen ähnlichen Vorfall – auch hier konnte nach Überprüfung des Trinkwassers Entwarnung gegeben werden. Bislang gibt es keine Hinweise, dass die Vorkommnisse zusammenhängen. gorg.

Wichtiges in Kürze

FPÖ will „Remigration“ forcieren

Die rechte FPÖ in Österreich will im Fall einer Regierungsübernahme die Ausweisung von Migranten in ihre Heimatländer forcieren. „Wir brauchen Remigration“, sagte FPÖ-Chef Herbert Kickl während der Vorstellung des Wahlprogramms am Mittwoch. Das Programm steht unter dem Motto „Festung Österreich – Festung der Freiheit“. Umfragen zufolge könnte die FPÖ bei der Nationalratswahl am 29. September stärkste Kraft werden. dpa

Zweite Ministerin in Iran seit Staatsgründung

Zum zweiten Mal seit Gründung der Islamischen Republik wird eine Frau Ministerin in Iran. Die Architektin Farzaneh Sadegh Malvajerdi wurde am Mittwoch als Ministerin für Straßenbau und Stadtplanung vom Parlament bestätigt. In der Vergangenheit war sie bereits als Vizeministerin in diesem Ressort tätig. Die erste Ministerin war Marsieh Wahid Dastdscherdi, die unter Präsident Mahmud Ahmadineschad von 2009 bis 2012 das Gesundheitsressort leitete. Die Abgeordneten bestätigten am Mittwoch alle 19 von Präsident Masoud Pesechian nominierten Kabinettsmitglieder. Zuvor hatte er die Namensliste vom Obersten Führer Ali Khamenei absegnen lassen. Außenminister wird der frühere Atomchefunterhändler Abbas Araghchi, der angekündigt hatte, die Atomverhandlungen wiederbeleben zu wollen. boe.

Taliban verbieten Einreise für UN-Berichterstatler

Der UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechtsslage in Afghanistan, Richard Bennett, darf vorerst nicht mehr in das Land einreisen. Das sagte ein Sprecher der Taliban-Regierung am Dienstag dem Sender Tolo. Die Nachrichtenagentur AFP berichtete unter Berufung auf Diplomatenkreise, Bennett sei bereits vor mehreren Monaten über die Entscheidung informiert worden. boe.

Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Zeitung
Gründungsherausgeber Erich Welter †

VERANTWORTLICHE REDAKTURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Dr. Nikolas Busse; für Nachrichten und Politik Online: Andreas Ross, Dr. Kim Björn Becker (stv.), Philipp Eppelsheim (stv.), Tatjana Heid (stv.); für „Zeitschehen“: Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Johannes Pennekamp; für Unternehmen: Sven Astheimer; für Finanzen: Inken Schönauer; für Wirtschaft und Finanzen Online: Alexander Armbruster; für Sport: Anno Hecker, Peter Penders (stv.); für Sport Online: Tobias Rabe, Sönke Sievers (stv.); für Feuilleton: Sandra Kegel, Dr. Matthias Alexander (stv.), Jakob Strobel y Serra (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Andreas Platthaus; für Feuilleton Online: Michael Hanfeld; für Rhein-Main: Manfred Köhler und Jacqueline Vogt (verantwortlich), Marie Lisa Kehler (stv.).

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Britta Beeger; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmoll; Der Betriebswirt: Mark Fehr; Der Volkswirt: Dr. Tillmann Neuscheler; Die Lounge: Patrick Welter; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; D.Economy: Alexander Armbruster; Forschung und Lehre: Thomas Thiel; Geisteswissenschaften: Patrick Bahners; Immobilien: Jan Hauser; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker; Kunst-

markt: Ursula Scheer; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Philipp Krohn; Natur und Wissenschaft: Dr. Pia Heinemann und Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Helmut Mayer; Politische Bücher: Dr. Peter Sturm; Recht und Steuern: Corinna Budras; Reiseblatt: Jakob Strobel y Serra; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

BILDREDAKTION: Henner Flohr; **CHEFIN VOM DIENST:** Dr. Elena Geus; **GRAFISCHE GESTALTUNG:** Holger Windfuhr (Art Director), Benjamin Boch (stv.).

ARCHIV: Olivera Kipic.

DIGITALE PRODUKTE: Cai Tore Philippsen (verantwortlicher Redakteur), Dr. Holger Schmidt (verantwortlicher Redakteur Newsletter und Verticals), Ina Lockhart (Social Media), Robert Wenkemann (Art Director), Nina Hewelt (Stv./Koordinatorin Informationsgrafik), Andreas Krobok (Audio/Video), Felix Hooß (Paywall).

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Thomas Lindner (Vorsitzender), Dr. Volker Bredt.

DIGITALE PRODUKTION UND VERTRIEB: Stefan Buhr, Nico Wilfer.

ANZEIGEN: Ingo Müller (verantwortlich) und Jürgen Mauker, REPUBLIC Marketing & Media Solutions GmbH, Mittelstraße 2–4, 10117 Berlin, www.republic.de.

HERSTELLER: Andreas Gierth.

MONATSBEZUGSPREIS: Inland: Abonnement Frankfurter Allgemeine Zeitung 77,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 85,90 €. Abonnenten der ge-

druckten Zeitung lesen für einen Aufpreis von 11,00 € die digitalen Ausgaben der F.A.Z. und Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Darin enthalten ist außerdem der vollständige Zugang zur Website FAZ.NET (FAZ+). Mehr Informationen zu allen Angeboten und Preisen (z. B. für junge Leser, Geschäftskunden, Digital- und Auslandsabonnements) im Internet unter abofaz.net. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungsstellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Pariser Straße 1, 60486 Frankfurt am Main, übermittelt. Gerichtsstand ist Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urhebergesetz nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunft erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (069) 75 91-29 01. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH behält sich eine Nutzung ihrer Inhalte für kommerzielles Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor. Für den Erwerb einer entsprechenden Nutzungslizenz wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@faz.de.

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG, Kurhessenstraße 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Pressdruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München.

Antilches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION: Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Pariser Straße 1, 60486 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

ZENTRALE: (0 69) 75 91-0.

KUNDENSERVICE: aboservice@faz.de, Telefon: (0 69) 75 91-10 00 oder unter www.faz.net/meinabo.

ANZEIGENSERVICE: anzeigenannahme@m-s-medien-service.de oder Telefon: (0 69) 75 91-33 44.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de

Obamas neue Hoffnung

Auf dem Parteitag wirbt der frühere Präsident für Harris. Damit will er auch zeigen: Seine Entscheidung gegen Biden war richtig.

Von Majid Sattar, Chicago

Natürlich ist Barack Obamas Auftritt in Chicago nicht einfach eine Parteitagrede. Er ist ein Rockkonzert. In Chicago, seiner politischen Heimat, tobt die Menge am Dienstagabend, als er von seiner Frau Michelle angekündigt wird. Die Demokraten dürsten nach einem Einheitsheizer wie ihm. Schon die ehemalige First Lady hatte die Delegierten begeistert. Auch der frühere Präsident wird sie nicht enttäuschen, obschon er scherzt, er sei der Einzige, der blöd genug sei, direkt nach seiner Frau zu sprechen.

Amerika sei bereit, ein neues Kapitel aufzuschlagen, beginnt er. Und: Das Land sei bereit für eine Präsidentin Kamala Harris. Schließlich: Harris sei bereit für die Aufgabe. Obama porträtiert sie als hartnäckige Kämpferin für die Amerikaner, als mitfühlende, anständige Frau, die für die Werte stehe, die Amerika groß gemacht hätten. Er spricht nicht nur die Delegierten in der Arena an. Er wendet sich „an Demokraten, Republikaner und alle, die irgendwo dazwischenstehen“.

Er weiß, Harris muss nicht nur die eigene Anhängerschaft mobilisieren, sondern auch die Wechselwähler der politischen Mitte. Elf Wochen blieben Zeit, mit voller Kraft zu kämpfen, ruft er in die Arena. Und am Ende fügt er hinzu: „Lasst uns an die Arbeit gehen.“ Was Anfang des Jahres, nach den kurzen Vorwahlen in beiden Parteien, als längster Wahlkampf in der amerikanischen Geschichte mit den ältesten Kandidaten begann, ist nun eine sehr kurze Kampagne einer 59 Jahre alten Frau gegen einen 78 Jahre alten Mann geworden.

Klar ist: Auch Obama wird in den nächsten Wochen das Land bereisen und Harris unterstützen. Es geht ihm darum, eine zweite Amtszeit Donald Trumps zu verhindern. Es geht ihm, dem ersten schwarzen Präsidenten, auch darum, einer schwarzen Frau ins Weiße Haus zu verhelfen, mit der er seit Jahren verbündet ist. Und es geht ihm nicht zuletzt darum, zu zeigen, dass die schwierige Entscheidung, die er vor Wochen getroffen hat, die richtige war: nämlich seinen Freund Joe Biden zu drängen, Harris die Kandidatur zu überlassen.

Im Winter 2007 reiste die damals 43 Jahre alte Bezirksstaatsanwältin aus San Francisco nach Iowa, um im Wintermantel und mit Stiefeln durch den Schnee von Des Moines zu stapfen und Haustürwahlkampf für Obama zu machen. Nahezu das gesamte kalifornische Parteiestablishment unterstützte seinerzeit in den Vorwahlen Hillary Clinton. Sie aber setzte auf den charismatischen Afroamerikaner. Eine Wahl, die sich für sie auszahlen sollte.

Harris war Obama schon vorher aufgefallen. Wohlwollend begleitete er fortan ihre Karriere: zunächst ihre Kandidatur für das Amt der Justizministerin in Sacramento, dann den Sprung nach Washington, wo sie von 2017 an zunächst als Senatorin ihren Bundesstaat vertrat. Einmal, 2013, lobte er sie öffentlich nicht nur als „genial“ und „tough“, sondern fügte hinzu, sie sei auch die am besten aussehende Justizministerin des Landes, eine Bemerkung, für die er sich später entschuldigte. Sie nahm ihm den Lapsus nicht krumm. Der Kontakt wurde enger. Als sie als Vizepräsidentin der Kritik ausgesetzt war, setzte in dem



Von den Delegierten gefeiert: Barack und Michelle Obama auf der Parteitagbühne in Chicago

Foto AFP

Amt keine Akzente, nahm er Kontakt zu ihr auf und beriet sie. Eine frühere Beraterin Michelles wurde später von Harris angeheuert.

Als Biden am 21. Juli mitteilte, keine zweite Amtszeit anzustreben, war Obama eine der ersten Personen, die Harris anrief. Trotzdem dauerte es fünf Tage, bis die Obamas öffentlich mitteilten, dass sie Harris' Kandidatur unterstützten. Der Grund für diese Verzögerung war taktischer Natur: Der frühere Präsident wollte den Eindruck zerstreuen, er habe die ganze Zeit im Hintergrund die Fäden gezogen. Seine Beziehung zu Biden, die stets eine komplexe war, hat zuletzt Schaden genommen.

In seiner Rede vor den Delegierten trat das Thema nur. Als er vor 16 Jahren der Kandidat der Partei gewesen sei,

habe sich seine erste große Entscheidung als eine der besten erwiesen: Biden zu fragen, ob er als Kandidat für das Vizepräsidentenamts bereitstehe. Beide hätten eine unterschiedliche Herkunft gehabt. Doch seien sie Brüder geworden. Biden sei nicht nur klug und erfahren, sondern verfüge auch über Anstand und Empathie. Diese Werte habe Amerika in den vergangenen vier Jahren dringend gebraucht. Sodann: Biden werde in die Geschichte eingehen als derjenige, der die Demokratie in einem Moment großer Gefahr verteidigt habe. Er sei stolz, ihn nicht nur „seinen Präsidenten“, sondern auch seinen Freund zu nennen. Schließlich: „Jetzt wurde der Staffelstab übergeben.“ Über die Wochen, welche Obama und andere Parteigranden brachten, Biden von diesem Schritt zu überzeugen, redet er nicht.

Ein Auf und Ab gab es stets zwischen den beiden Männern, die sich 2005 im Senat begegneten. Biden gehörte der zweiten Kammer damals schon 32 Jahre lang an. Obama war Newcomer und Außenseiter, aber auch Hoffnungsträger. Als er 2008 einen Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten suchte, entschied er sich für den Vertreter des Parteiestablishments, obwohl dieser für gelegentliche Fauxpas bekannt war. In seinen Erinnerungen schrieb Obama später, sein Bauchgefühl habe ihm gesagt, Biden sei anständig, ehrlich und loyal. Er habe ihm vertraut.

Mit der Zeit wurde die Beziehung zwischen Präsident und Vizepräsident zur „bromance“, einer Männerfreundschaft, die trotz mancher Inszenierung echt war. 2014 scherzte Obama, dass

man beide in einigen Pizzerien in Indiana nicht bedienen würde – eine Anspielung auf einen Restaurantinhaber in dem Bundesstaat, der sich geweigert hatte, seinen Cateringservice für gleichgeschlechtliche Hochzeiten anzubieten. Die Krebserkrankung von Bidens ältestem Sohn Beau vertiefte die Freundschaft. Der Vizepräsident erzählte dem Präsidenten, er erwäge, eine Hypothek aufzunehmen, um die Familie seines Sohnes zu unterstützen. Obama habe, so schreibt es Biden in seinen Erinnerungen, erwidert: „Mach das nicht. Ich gebe dir das Geld.“

Trotz dieser Nähe war Obama stets skeptisch, wenn es um Bidens Ambitionen ging, selbst Präsident werden zu wollen. Er riet ihm 2015 ab, auch weil er wusste, dass Clinton sich durchsetzen würde. Und als Biden 2019 gegen zwei Dutzend andere Demokraten in den Vorwahlen antrat, verzichtete Obama darauf, seinen Freund zu unterstützen. Als Biden sich letztlich durchsetzte, sagte Obama auf dem virtuellen Parteitag 2020, als er vor zwölf Jahren einen Vizepräsidenten gesucht habe, habe er nicht gewusst, dass er einen Bruder finden werde. Doch gab es stets eine Asymmetrie in der Beziehung: Als die Obamas 2022 ins Weiße Haus zurückkehrten, wo ihre Gemälde aufgehängt wurden, nannte der ehemalige Präsident Biden den „Vizepräsidenten“. Es sei ein Witz, fügte er hinzu – und umarmte ihn.

Zuletzt sahen sich beide Männer im Juni in Kalifornien. Auf einer Spendengala in Los Angeles soll Obama über Bidens körperliche Verfassung erschrocken gewesen sein. Nach der Fernsehdebatte mit Trump Ende Juni wandten sich dann Kongressmitglieder, Gouverneure und Großspender entsetzt an Obama und äußerten die Sorge, dass es mit dem Präsidenten nicht mehr gehe. Obama sorgte dafür, dass seine Einschätzung, Biden müsse über die Tragfähigkeit seines Wahlkampfes nachdenken, öffentlich wurde. Das war der Anfang vom Ende.

Als die Biden-Krise begann, war nicht klar, dass Harris sich so schnell als Kandidatin durchsetzen würde. Viele hatten Zweifel. Einige sehnten ein Wunder herbei: dass es gelingen würde, Michelle von der Kandidatur zu überzeugen. Da bestand keine Chance. Längst hatte sie mit ihrem Mann daran gearbeitet, Harris das Feld zu bereiten. Am Dienstag rief sie den Delegierten mit Blick auf den Slogan ihres Mannes von 2008 zu: „Hoffnung erlebt gerade ein Comeback.“

„Trump muss aufhören zu heulen“

Republikaner ermahnen ihren Kandidaten / Von Sofia Dreisbach, Chicago

Donald Trump hat die Eigenschaft, genau das zu tun, wovon ihm abgeraten wird. Derzeit gilt das für seinen Umgang mit Kamala Harris: Anstatt die Demokratin inhaltlich anzugreifen, geht Trump persönlich auf sie los – obwohl immer mehr Republikaner ihren Präsidentschaftskandidaten deswegen öffentlich zur Ordnung rufen. Zuletzt war es Lindsey Graham, Senator aus South Carolina, der Trump in einem Interview mahnte, nicht den „Showman“ oder „Provokateur“ zu spielen, das könne ihn die Präsidentschaft kosten. Stattdessen müsse Trump deutlich machen, wie er die Lage an der Südgrenze unter Kontrolle bringen und die Preise senken wolle. „Politik ist der Schlüssel zum Weißen Haus“, sagte Graham dem Sender NBC. Der Senator und Trump haben freilich schon lange eine wechselhafte Beziehung. Im Vorwahlkampf 2016 warfen sie sich als Bewerber um die republikanische Präsidentschaftskandidatur Beleidigungen an den Kopf. Später war Graham im Senat einer der engsten Verbündeten und Golfpartner des Präsidenten, bis er sich im Zuge der Vorwürfe des angeblichen Wahlbetrugs wieder von Trump distanzierte.

Inzwischen ist es vier Wochen her, dass Joe Biden seinen Rückzug aus dem Wahlkampf angekündigt und seine Unterstützung für Harris bekannt gegeben hat. Doch Trump hat bislang kaum mehr als persönliche und rassistische Kritik an der Demokratin geäußert. Es sei sein Recht, Harris persönlich anzugreifen, sagte er während einer Pressekonferenz vergangene Woche, bei der er eigentlich über seine Pläne für die amerikanische Wirtschaft sprechen sollte.

„Ich habe keinen Respekt für sie“, sagte Trump. „Sie“ wollten, dass er nett sei, wollten ihn im Gegenzug aber „ins Gefängnis stecken“. In einer anderen Rede äußerte Trump, er sehe „viel besser aus als sie“. Vor schwarzen Journalisten hatte er Anfang August gesagt, Harris sei erst in den vergangenen Jahren „schwarz“ geworden.

Von Trumps Wahlkampfberatern gibt es gemischte Signale. Auf der einen Seite heißt es in amerikanischen Medien, sie hielten den früheren Präsidenten dazu an, von den Angriffen auf Harris abzusehen. Andererseits war es ein Mitarbeiter der Trump-Kampagne, der am Wochenende einen weiteren Angriff unter die Gürtellinie begann. In einem Beitrag auf der Plattform X behauptete James Blair, der politische Direktor des Wahlkampfteams, es gebe „viele Gerüchte über ein ernsthaftes Alkoholproblem“ Harris. „Bleib dran“, schrieb er weiter, ohne das weiter auszuführen. Ein Berater Trumps teilte den Kopf und setzte noch einen drauf: Die Demokraten kämpften damit, „Kamala Harris nüchtern zu halten“.

So kommt es nicht von ungefähr, wenn immer mehr Republikaner, bisher vor allem altbekannte Trump-Kritiker, zur Mäßigung aufrufen. Mit am deutlichsten wurde Chris Christie, der frühere Gouverneur von New Jersey und ausgeschiedene Präsidentschaftsbewerber der Republikaner. Trump brauche „Wutmanagement-Training“, sagte er im Sender ABC. Harris mache es genau richtig: Trump habe sich nicht unter Kontrolle, aber sie lasse sich nicht auf die Angriffe ein. Nikki Haley, die frühere Gouverneurin von South Carolina und Trumps ehemalige UN-Botschafterin, sagte, Trump

müsse „aufhören zu heulen“, wenn er im November gewinnen wolle. Auf dem Parteitag der Republikaner in Milwaukee vor vier Wochen hatte Haley, die im Frühjahr ihre Bewerbung für die republikanische Präsidentschaftskandidatur zurückzog, Trump ihre „entschiedene Unterstützung“ ausgesprochen.

Viele Demokraten nehmen die persönlichen Angriffe als Beweis dafür, dass Trump der neuen Gegnerin nicht genug entgegenzusetzen hat. Seit Wochen versammelt sie Zehntausende Besucher bei ihren Kundgebungen, in jüngsten Umfragen liegt sie in wichtigen Bundesstaaten vor ihm. Umso auffälliger war es, dass Trump bei einem Wahlkampfauftritt zum Thema Kriminalität am Dienstag gleich zu Beginn die „Menschenmenge“ vor dem Gebäude und die „vielen guten Umfragen“ der vergangenen Tage hervorhob. Er griff Harris für ihren angeblich erfolglosen Kampf gegen Kriminalität an – und äußerte verhältnismäßig wenig persönliche Angriffe.

Auf dem Parteitag der Demokraten in Chicago durften derweil frühere Trump-Anhänger auftreten, die nun die Demokraten unterstützen. Unter ihnen war auch Stephanie Grisham, die frühere Pressesprecherin Trumps im Weißen Haus. Sie sei nicht nur eine Anhängerin, sondern „eine Gläubige“ gewesen, sagte sie am Dienstag. Sie habe die Feiertage, Ostern, Weihnachten, Thanksgiving, mit Trump und seiner Familie in Mar-a-Lago verbracht. Der habe sich hinter verschlossenen Türen häufig über seine Unterstützer lustig gemacht. Und er habe ihr immer wieder gesagt: „Es ist egal, was du sagst – wenn du es oft genug sagst, werden die Leute es dir glauben.“

Labours Plan für Abschiebungen

Regierung Starmer setzt auf mehr Flüge und neues Grenzsicherheitskommando

LT. LONDON. Die britische Labour-Regierung will die Zahl illegal eingereister Migranten mit einer höheren Zahl von Abschiebeflügen reduzieren; zwei Abschiebehaftanstalten sollen wieder in Betrieb gehen, außerdem sollen zur Bekämpfung von Menschenenschmuggel 100 zusätzliche Ermittler eingestellt werden. Innenministerin Yvette Cooper erklärte am Mittwoch, man wolle in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres „die höchste Zahl von Abschiebungen“ seit sechs Jahren erreichen. 2018 waren insgesamt 9000 abgelehnte Asylbewerber wieder außer Landes gebracht worden, damals hatte Großbritannien allerdings auch den Austritt aus der EU noch nicht vollzogen. Im vergangenen Jahr

hatte es rund 6000 Abschiebungen gegeben; die damalige konservative Regierung konzentrierte sich darauf, ein Abschiebeabkommen mit Ruanda auf den Weg zu bringen.

Die neue Regierung des Labour-Premierministers Keir Starmer gab nach Amtsantritt Anfang Juli den Ruanda-Plan allerdings unverzüglich auf und kündigte stattdessen die Gründung eines Grenzsicherheitskommandos an, das die illegalen Schleusungen über den Ärmelkanal unterbinden soll. Die Leitung dessen wurde ausgeschrieben, bislang aber noch nicht besetzt. Die 100 zusätzlichen Ermittler sollen nach Angaben des Innenministeriums nicht im neuen Grenzsicherheitskommando ein-

gesetzt werden, sondern in der Nationalen Kriminalbehörde, welche die organisierte Kriminalität bekämpft.

Die Zahl der Migranten, die in Schlauchbooten über den Ärmelkanal geschleust wurden, hat nach Angaben der Regierung im laufenden Jahr die Zahl von 19.000 überschritten und liegt damit zehn Prozent höher als im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres, aber noch zehn Prozent unter der Rekordzahl im Vergleichszeitraum des Jahres 2022. Einwanderung ist Umfragen zufolge das Thema, das die Briten am stärksten besorgt. Im Zuge der jüngsten Krawalle in Großbritannien wurden mehrere Migrantenunterkünfte von Rechtsextremisten angegriffen.

Frankfurter Allgemeine
Konferenzen

Produktthaftung
& Produktsicherheit

3.–4.9.2024
F.A.Z. Tower, Frankfurt am Main

Seien Sie dabei und diskutieren Sie u.a. mit zu folgenden Themen:

- Die neuen Regelungen zur Produktthaftung
- Der AI Act – Die EU Vorgaben für KI-Produkte
- Herausforderungen der Produktsicherheitsverordnung
- Cyber Security – Die Herausforderungen des Cyber Resilience Act
- PFAS – Die neue Dimension der Product Compliance

Freuen Sie sich u.a. auf folgende Sprecherinnen und Sprecher:



Dr. Heike Blank
Partnerin,
CMS Deutschland



Boris Böhme
Referatsleiter der
Abteilung Digitalpolitik,
Bundesministerium für
Wirtschaft und Klima-
schutz



Joachim Geiß
Stellvertretender Leiter
des Referates „IKT
Technische Regulierung
und Standardisierung,
Produktsicherheit,
Marktüberwachung“,
Bundesministerium für
Wirtschaft und Klima-
schutz



Nadine Kügler
Branchenexpertin und
Head of Automotive
DACH, Aon

Anmeldung und weitere
Informationen finden Sie hier:



Initiatoren

CMS
law-tax-future

Luther.

reusch
law

Im Graubereich des Krieges

Was das Völkerrecht zu autonomen Waffensystemen sagt

Von Thomas Klindt und Lennart Laude

Von der Ukraine bis zum Gazastreifen kommen Waffensysteme mit autonomen Funktionen zum Einsatz. Daneben nimmt die Entwicklung autonomer Waffensysteme zu, und Künstliche Intelligenz wird dabei eine entscheidende Rolle spielen. Das Recht ist auf diese Entwicklung nicht vorbereitet.

Militärs auf der ganzen Welt sind – aus ähnlichen Gründen wie viele der zivilen Industriezweige – sehr an den Einsatzmöglichkeiten Künstlicher Intelligenz interessiert: Die erfolgreiche Implementierung Künstlicher Intelligenz verspricht enorme Effizienzsteigerungen, etwa in den Bereichen Personal, Wartung und Logistik. Daneben bietet der großflächige Einsatz Künstlicher Intelligenz im Kampfeinsatz die Chance, menschliche Fehler zu vermeiden, Reaktionszeiten zu verkürzen und Personalressourcen zu schonen.

Noch sind die gängigsten Waffentypen mit autonomen Funktionen Verteidigungssysteme. Dazu gehören nicht zuletzt Raketenabwehrsysteme, die autonom Ziele aufspüren, bekämpfen und Warnungen ausgeben können. Zukünftig könnten jedoch tödliche, völlig autonom agierende Waffensysteme (lethal autonomous weapon systems – LAWS) zum Einsatz kommen. Mithilfe von Sensoren und Computeralgorithmen könnten sie in Lage sein, Ziele selbstständig zu erkennen, zu identifizieren, auszuwählen und schließlich zu bekämpfen, ohne dass sie dabei von Menschenhand gesteuert werden.

Die Entwicklung und der mögliche Einsatz von LAWS zur Tötung von Menschen werfen komplizierte (völkerrechtliche) Fragen auf. Die aktuell wesentlichen Fragen lauten: Ist es rechtlich zulässig, die Entscheidung über Leben und Tod eines Menschen einzig und allein in die Hände einer Maschine zu legen? Und gibt es gegenwärtig überhaupt effektive Regelungen für den Einsatz von KI in Waffensystemen?

Vorgaben aus Brüssel

Es existieren bisher keine speziellen Regelungen, die explizit die Entwicklung und den Einsatz von LAWS regeln. Selbst die KI-Verordnung (KI-VO) der EU, das weltweit erste umfassende Gesetz zur Regulierung von Künstlicher Intelligenz, nimmt militärische KI-Systeme aus. Dieser rigorose Ausschluss war rechts- und industriepolitisch umstritten.

Zu erwarten ist, dass sich die in der KI-VO festgelegten Standards zumindest mittelbar auf die Entwicklung von LAWS auswirken. Denn Hersteller müssen bei der Entwicklung von KI-Systemen, die zumindest teilweise der zivilen Nutzung dienen sollen, die Regeln der KI-VO beachten. Dies wird virulent, wenn es sich um Dual-Use-Systeme handelt, welche sowohl zu zivilen als auch zu militärischen Zwecken genutzt werden können. Ein solch doppelter Verwendungszweck ist etwa für KI-basierte Gesichtserkennungssoftware denkbar. Diese kann einerseits zu zivilen Zwecken eingesetzt werden und andererseits als Bestandteil von LAWS der Identifizierung eines menschlichen Ziels dienen. Zu erwarten ist, dass bei der Beschaffung von autonomen Waffensystemen in vielen Fällen auf Systeme zurückgegriffen wird, die zu zivilen Zwecken entwickelt wurden. Würden diese KI-Systeme zu zivilen Zwecken (auch) auf dem Gebiet der EU in den Verkehr gebracht, haben die dahinterstehenden Unternehmen bei der Entwicklung die Vorgaben der KI-Verordnung zu beachten.

Auch wenn damit die Industrie mittelbar die Vorgaben der KI-Verordnung an das Militär weitergeben wird, verbleiben Fälle, in denen ihre Vorgaben regulativ nicht zu beachten sind: Dies gilt zunächst, wenn alle Bestandteile von LAWS ausnahmslos zu militärischen Zwecken hergestellt werden. Denkbar ist, dass die europäischen Armeen in ihren Beschaffungsverträgen – wie schon jetzt im Bereich der CE-Kennzeichnungsregeln – KI-Regulierungen



Illustration Greser & Lenz

einbeziehen: Das Risikomanagement und die inhärente Gefahrenminimierung können für alle Waffengattungen erstrebenswerte Ziele sein. Weiterhin greift die KI-Verordnung nicht, falls KI-Systeme zunächst nur außerhalb der EU in den Verkehr gebracht werden und danach ausschließlich zu militärischen Zwecken in der EU genutzt werden. Diese Rechtsunsicherheit wird die Entwicklung und den sicheren Einsatz von LAWS durch europäische Armeen erschweren.

Prüfpflicht der Staaten

Grundlegende, wenn auch eher allgemeine Vorgaben für den Einsatz aller Waffensysteme einschließlich LAWS sind dem Völkerrecht zu entnehmen. Nach dem I. Zusatzprotokoll von 1977 zu den Genfer Abkommen müssen Vertragsparteien bei der Entwicklung, Beschaffung oder Einführung neuer Waffen oder Methoden der Kriegführung feststellen, ob ihre Verwendung durch eine andere auf die Hohe Vertragspartei anwendbare Regel des Völkerrechts verboten wäre. Diejenigen Staaten, die besagtes Protokoll ratifiziert haben

oder ihm beigetreten sind, trifft damit eine Prüfpflicht, ob die Verwendung von LAWS mit dem Völkerrecht vereinbar ist. Die Bundesrepublik Deutschland hat dieser Pflicht als Beitrittsstaat – im Gegensatz etwa zu den Vereinigten Staaten, Israel oder Iran – nachzukommen. Das Völkerrecht steht dabei einem militärischen Kampfeinsatz von LAWS durch Armeen von Beitrittsstaaten nicht grundsätzlich im Weg. Der Einsatz muss aber innerhalb der völkerrechtlichen Leitlinien insbesondere der UN-Charta und der Genfer Abkommen erfolgen.

Wichtig ist zunächst das völkerrechtliche Unterscheidungsgebot: Dieses gebietet, strikt zwischen Zivilisten und Kombattanten zu trennen, und die Zivilbevölkerung vor militärischen Angriffen zu schützen. Nicht vermeidbare „Kollateralschäden“ bei Kampfhandlungen werden vom Völkerrecht hingenommen, solange die übrigen Voraussetzungen des humanitären Völkerrechts eingehalten wurden. Problematisch ist die Einhaltung des Unterscheidungsgebots dann, wenn Kombattanten nicht eindeutig von Zivilisten abgrenzbar sind, wie beispielsweise durch das Tragen einer

Uniform. Diese Problematik kann aktuell im Gazastreifen beobachtet werden, wo Kombattanten sich bewusst unter Zivilisten mischen, um sich vor Angriffen zu schützen. Ob durch KI gesteuerte Waffensysteme Zivilisten von Kombattanten zuverlässig und in jedem Einzelfall unterscheiden können, ist bislang nicht abzusehen. Das gilt in besonderem Maße für Systeme, die völlig autonom, also ohne jeden menschlichen Einfluss („Human-out-of-the-loop“), agieren. Zwar können solche autonomen Systeme für verschiedenste Gegebenheiten trainiert werden. Sie können jedoch zu keinem Zeitpunkt alle möglichen Szenarien vorhersehen. Dies gilt zwar auch für Soldaten. Jene sind aber aufgrund ihres menschlichen Wesens in der Lage, situativ subjektive Gesichtspunkte in ihre Entscheidungsfindung einfließen zu lassen, die einer Maschine nicht für jede mögliche Situation antrainiert werden können. Können Human-out-of-the-loop-Waffensysteme eine Unterscheidung nicht mit letzter Sicherheit vornehmen, ist ihr Einsatz nach humanitärem Völkerrecht nicht zulässig. Jedenfalls für Armeen der westlichen

Wertegemeinschaft werden Angebote der Rüstungsindustrie, die diese zentrale Trennung nicht zuverlässig leisten können, in der Beschaffung ausscheiden müssen. Die Prognose darf erlaubt sein, dass daher die Algorithmisierung des Kriegsvölkerrechts geradezu als Pionierbereich für die generelle Debatte fungieren wird, inwieweit KI juristische Entscheidungsstammbäume nachzuzeichnen vermag.

Neben dem Unterscheidungsgebot wird vor allem das völkerrechtliche Gebot der Menschlichkeit den Einsatz autonomer Waffensysteme begrenzen. Dieses Gebot erfordert die Achtung der menschlichen Würde sowie des menschlichen Lebens an sich. Ein Algorithmus funktioniert dadurch, dass er Vorgaben objektiviert. Menschen stellen für einen tödlichen Algorithmus also lediglich potentielle Ziele dar. Der subjektive Wert des einzelnen Menschenlebens und die Würde des Einzelnen werden bei dieser Objektivierung nicht berücksichtigt. Auch in dieser Hinsicht ist jedenfalls der offensive Einsatz von Human-out-of-the-loop-Waffensystemen als Angriffsmittel mit dem humanitären Völkerrecht unvereinbar.

Im Gegensatz hierzu sind die Maßstäbe des Völkerrechts für den Einsatz autonomer Waffensysteme großzügiger, wenn sie in defensiver Weise – etwa in Raketenabwehrsystemen – zur Landes- und Bündnisverteidigung eingesetzt werden. Ein wichtiger Rechtfertigungsgrund ist hier das in Artikel 51 UN-Charta normierte Selbstverteidigungsrecht der Staaten. Insoweit gilt jedenfalls für die Entwicklung und Beschaffung autonomer Waffensysteme zu Verteidigungszwecken, dass für ihre Verwendung ein größeres Maß an Rechtssicherheit besteht.

Jedoch bleibt es dabei, dass für die Bundeswehr der offensive Einsatz gänzlich autonom agierender Waffensysteme nach derzeitigem Stand der Technik völkerrechtlich mit hoher Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen wäre. Dies führt unweigerlich zu der Frage, wie damit umzugehen ist, wenn andere Staaten solche Waffensysteme entwickeln und einsetzen, weil sie sich entweder keinen vergleichbaren völkerrechtlichen Standards unterworfen haben oder weil sie die für sie geltenden völkerrechtlichen Regeln ignorieren – und die Bundeswehr somit mit einem militärischen Nachteil konfrontiert ist.

Folgen für die Bundeswehr

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt muss sich die Bundeswehr angesichts der völkerrechtlichen Grenzen auf Waffensysteme beschränken, die nicht gänzlich autonom agieren können, sondern bei deren Verwendung entweder zur Zielerfassung („Human-on-the-loop“) oder zur gänzlichen Überwachung des Operationsprozesses („Human-in-the-loop“) ein Mensch involviert ist. Derartig aufgesetzte Systeme ermöglichen technologischen Fortschritt und wahren gleichzeitig die völkerrechtlichen Vorgaben zum Schutz der Zivilbevölkerung und zur Achtung der Menschenwürde.

Aufgrund der beschriebenen Unsicherheiten ist es für die Bundesrepublik Deutschland wesentlich, die Schaffung spezieller Regelungen für LAWS voranzutreiben. Auf Ebene der Vereinten Nationen gab es bereits den Versuch, durch Änderung der UN-Waffenkonvention einen internationalen Rechtsrahmen für autonome Waffensysteme zu schaffen. Dieser scheiterte jedoch 2022 am Boykott Russlands in der zuständigen Expertengruppe. Dies zeigt die Schwierigkeit einer einstimmigen Einigung auf UN-Ebene. Zugleich entsteht hier das Risiko, dass die fehlende Kooperationsbereitschaft einzelner Staaten andere und ihre Armeen unter Druck und ein Wettrüsten in Gang setzt.

Besonders deutlich wird dieses Risiko, wenn es um die Integration von KI in Atomwaffen geht. Im Jahr 2022 erklärten die Vereinigten Staaten, dass Entscheidungen über den Einsatz von Atomwaffen immer durch den „human in the loop“ getroffen werden. Das Vereinigte Königreich hat im Jahr 2022 eine ähnliche Politik beschlossen. Russland und China haben dies jedoch nicht getan. Die Kontrolle von Atomwaffen durch den Menschen sollte einen ersten und doch zugleich zentralen Ausgangspunkt für eine internationale Vereinbarung bilden. Hier müssen Bundesregierung und Bundeswehr auf Ebene der EU, der NATO und der Vereinten Nationen versuchen, auf solche Vereinbarungen hinzuwirken. Nur durch einen mühseligen Prozess hin zu klaren, international einheitlichen Regeln kann einem unkontrollierten Wettrüsten vorgebeugt und ein verantwortungsvoller Einsatz Künstlicher Intelligenz im Militär gewährleistet werden.

Professor Dr. **Thomas Klindt** und Dr. **Lennart Laude** sind Rechtsanwälte in München. Der Beitrag basiert auf einem Vortrag der Autoren auf dem Admiralitätslehrgang 2024 der Führungsakademie der Bundeswehr im Rahmen der KI-Marinestrategieatagung.

Die Anziehungskraft des Völkerrechts auf Israels Feinde

Das fehlende Interesse des Internationalen Strafgerichtshofs und von Menschenrechtsorganisationen an den Opfern des Terrors / Von Gerald Steinberg

„Me too, unless you're a Jew.“ Die Kampagne, die kurz nach Kriegsbeginn in Israel/Gaza begann und das Schweigen der Menschen- und vor allem Frauenrechtsorganisationen im Hinblick auf sexuelle Gewalt am und seit dem 7. Oktober thematisiert, verwies bereits auf den Doppelstandard, der bei Menschenrechtsorganisationen zu herrschen scheint, wenn es sich um jüdische Opfer handelt. Seit Beginn des Krieges in der Region wird immer deutlicher, wie scheinheilig und einseitig das Heranziehen des Völkerrechts betrieben wird. In seinem Beitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (Staat und Recht vom 7. August 2024) führt Kenneth Roth, der ehemalige Geschäftsführer von Human Rights Watch, die moralische Blindheit von Menschenrechtsorganisationen in Bezug auf Israel und den Missbrauch des Völkerrechts erneut vor Augen.

Als der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), Karim Khan, am 20. Mai ankündigte, dass er Israels Premierminister Benjamin Netanyahu und Israels Verteidigungsminister Yoav Gallant genauso strafrechtlich zu verfolgen suchen wird wie Yahya Sinwar und zwei weitere führende Hamas-Aktivisten, eröffnete er neue Möglichkeiten der Terrorrelativierung. Denn damit

setzte er demokratisch gewählte Amtsträger mit den Anführern einer Terrororganisation gleich, die am 7. Oktober einen grausamen Angriff auf Israel verübte, 1200 Israelis massakrierte, vergewaltigte und über 250 Geiseln nahm, darunter ein damals neun Monate altes Baby und ein 86-jähriger Kibbuzbewohner, der das Farhud-Massaker im Irak überlebt hatte. Beide befinden sich, ebenso wie mehr als 100 weitere Personen, noch immer, mehr als 300 Tage nach Kriegsbeginn, in der Gewalt der Hamas. Sie scheinen Menschenrechtsorganisationen und Vertretern des Völkerrechts jedoch deutlich weniger Sorge zu bereiten. Mit der Entscheidung vom Mai bezieht der Chefankläger des IStGH ganz klar Stellung, denn sie richtet sich nicht gegen Einzelne, die einen israelischen Pass besitzen, sondern soll Israel insgesamt an den Pranger und seine Legitimität infrage stellen: All dies vor einem globalen politischen Gericht, das deutlich stärker von öffentlicher Meinung als von einem wahrhaften Interesse am Völkerrecht bestimmt wird.

All diese Angriffe – sowohl Khans als auch die von Roth – geschehen im Namen der Menschenrechte und des Völkerrechts, doch bereits ein genauerer Blick darauf, auf wessen Anraten sich

diese Vorgänge vollziehen, zeigt tiefe Risse in ihrer „Neutralität“. Seit Jahren wird der IStGH von NGOs beeinflusst, die die Menschenrechtsagenda für ihre Kampagne gegen Israel missbrauchen. Im November 2023 forderten die in den palästinensischen Gebieten aktiven und als Sprachrohr fungierenden NGOs Al-Haq, das Palästinensische Zentrum für Menschenrechte (PCHR) und Al-Mezan, dass der IStGH „Haftbefehle“ gegen Israel „wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen des Völkermords“ erlassen solle. All diese Organisationen weisen eindeutige Verbindungen zur Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) auf, einer Gruppe, die unter anderem von den USA, der EU, Israel und Kanada als terroristische Organisation eingestuft wird, und ihrem Druck scheint der IStGH nachgegeben zu sein.

Für ihr fehlendes Interesse an israelischen Opfern standen internationale und Menschenrechtsorganisationen bereits seit Längerem in der Kritik: Human Rights Watch selbst nicht zuletzt aus den eigenen Reihen: Danielle Haas, langjährige Mitarbeiterin bei Human Rights Watch und unter anderem Redakteurin des „World Reports“ der Organisation, des jährlichen Überblicks zur Lage der Menschenrechte, beendete ihr Arbeits-

verhältnis mit der Organisation gerade aufgrund des Fehlens einer eindeutigen Verurteilung der Taten des 7. Oktobers, ohne Wenn und Aber. „Am 7. Oktober verstümmten die Beobachter der Menschenrechte“, schreibt sie.

Genau hier spielt die Staatsräson Deutschlands, die Roth so missinterpretiert, eine wichtige Rolle. Die klaren Worte, die Robert Habeck im November 2023 hinsichtlich des Angriffs der Hamas und der Situation in Israel fand, haben noch immer Gültigkeit: „Kontextualisierung kann nicht zu Relativierung führen.“ Es geht nicht um eine „Wiedergutmachung des Holocaust“, wie Roth schreibt – wie könnte das Menschheitsverbrechen auch je „gutgemacht“ werden? –, sondern darum, dass Deutschland für Israels Sicherheit einsteht, um eine Wertegemeinschaft, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 verankert ist und die auf historischer Verantwortung beruht.

Dabei folgt Roths Suggestion, Israel würde die Sicherheit von Jüdinnen und Juden weltweit gefährden, einer wohlberühmten Täter-Opfer-Umkehr. Die Ermordung und Verschleppung von Friedensaktivisten, die in den Kibbuzim um den Gazastreifen gewohnt haben, zeigen deutlich, wie unterschiedslos und gleich-

machend Israels Gegner vorgehen. Roths Hinweis auf die eigene Familiengeschichte soll Legitimität verleihen, findet jedoch nur dann Anwendung, wenn sie seinem Argument nützt. Der Missbrauch der Geschichte Deutschlands für die Zwecke eines korrupten NGO-Regimes, das Menschenrechte untergräbt, statt sie zu schützen, führt die Staatsräson ad absurdum.

Es handelt sich beim IStGH nicht um eine neutrale Institution, die interessenslos für die Schwachen der Welt einsteht, sondern um ein politisches Instrument mit derselben Voreingenommenheit wie die Vereinten Nationen. Seit dem Inkrafttreten des Römischen Statuts 2002 hat die palästinensische Lobby, die auch und vor allem NGOs umfasst, die politisierten Ankläger dazu bewegt, Palästina den Beitritt zum IStGH-Statut zu ermöglichen, und damit die Liste derjenigen Länder, die den Gerichtshof anrufen können, künstlich erweitert. Obwohl der IStGH ausdrücklich gegründet wurde, um dort für Gerechtigkeit zu sorgen, wo Vergehen auf nationaler Ebene keine legitime Verfolgung erfahren, wird diese Voraussetzung zugunsten von Angriffen gegen Israel prinzipiell ignoriert.

Fernab von dieser Herangehensweise haben internationale Grundsätze und das

Völkerrecht insgesamt jedoch tatsächlich das Potential, für die Verbesserung der Lage genutzt zu werden: Anstatt die Einschränkungen des Handlungsspielraums der israelischen Armee hinsichtlich des Schutzes israelischer Bürger weiter voranzutreiben, könnte sich die internationale Staatengemeinschaft beispielsweise darauf verständigen, alles zu tun, um die sich noch immer in Geiselhaft befindlichen israelischen Männer, Frauen und Kinder lebendig zu retten. Sie könnte die Hamas dafür verurteilen, dass sie Schulgebäude und Krankenhäuser als Kommandozentren nutzt und so zynisch Menschenleben aufs Spiel setzt.

Die deutsche Regierung hat schon vor langer Zeit begriffen, dass sich die Geschehnisse in Nahost auch auf deutschen Straßen widerspiegeln, und nicht nur hier. Ein Festhalten am moralischen Kompass, ein Besinnen auf die universalen Forderungen der Menschenrechte, die sich unter anderem in Deutschlands Festhalten an Israels Sicherheit als deutscher Staatsräson widerspiegeln, ist umso notwendiger. Gerade deshalb muss es heißen: „and if you're a Jew, too“.

Professor Dr. **Gerald M. Steinberg** ist emeritus professor of politics an der Bar Ilan University und Präsident des NGO Monitor in Jerusalem.

Prozess in Verden nach Vierfachmord

HANNOVER. Vor dem Landgericht Verden hat am Mittwochmittag der Mordprozess gegen den 32 Jahre alten Bundeswehrosoldaten Florian G. begonnen, der im Frühjahr im niedersächsischen Landkreis Rotenburg vier Personen erschossen hat, die seiner Ehefrau nahestanden. Der speziell ausgebildete Fallschirmjäger und Scharfschütze drang in der Nacht auf den 1. März wie im Häuserkampf mit Rauchgranate und Axt zunächst in ein Haus in Westerveede ein und erschoss dort den neuen Lebensgefährten seiner Ehefrau sowie dessen 55 Jahre alte Mutter. Danach fuhr Florian G. zum Haus einer engen Freundin seiner Ehefrau nach Bockel und erschoss die 33 Jahre alte Frau. Der Soldat tötete dabei auch deren drei Jahre alte Tochter, die von ihrer Mutter in eine Decke eingewickelt in den Armen gehalten wurde. Die Staatsanwaltschaft wertet dies als eine einheitliche Tat. Der Beschuldigte hat ausgesagt, dass er das Kleinkind in den Armen seiner Mutter nicht gesehen habe und daher unbeabsichtigt getötet habe.

Bei den Morden handelte es sich womöglich um einen sogenannten Stellvertreter-Femizid. In solchen Fällen tötet ein Täter nicht die Frau, die seine eigentliche Zielperson ist, sondern Personen aus deren Umfeld, um der Frau das Weiterleben besonders schwer zu machen. Für die Tatplanung könnte allerdings auch bedeutsam gewesen sein, dass Florian G. mit seiner Ehefrau einen gemeinsamen Sohn hat und sie zum Tatzeitpunkt von dem Bundeswehrosoldaten abermals schwanger war. Das zweite Kind wurde inzwischen geboren.

Der Soldat hatte den neuen Partner seiner Ehefrau einige Tage vor der Tat schon bedroht. Beide erstatteten daraufhin Anzeige gegen Florian G. bei der Polizei, die noch am gleichen Tag eine Gefährdungsansprache vornahm. Die Beamten kamen dabei allerdings zu der Überzeugung, dass von dem Soldaten keine Gefahr ausgehe.

Nach dem Polizeieinsatz brachte Florian G. jedoch seine privaten Waffen in die Fallschirmjägerkaserne nach Seedorf und bereitete laut Anklage seine Morde akribisch vor. Der Waffennarr, der seine Freizeit mit Ego-Shooter-Spielen oder auf dem Schießstand verbrachte, nutzte für seine Taten das Selbstladegewehr MR308 des deutschen Rüstungsunternehmens Heckler & Koch. Bei der Waffe handelt es sich um die zivile Version des Sturmgewehrs G27 der Bundeswehr. Das Gewehr war ordnungsgemäß bei der Waffenbehörde gemeldet, Florian G. besaß es als Sportschütze rechtmäßig. Die Polizei hatte nach der Anzeige der Frau auch keinen Kontakt zur Waffenbehörde aufgenommen.

Nach seinen Taten stellte sich Florian G. am Eingang der Vondüring-Kaserne in Rotenburg an der Wümme. In seinem Auto wurden noch ein Molotowcocktail und Munition gefunden. Für den nun begonnenen Prozess sind 35 Verhandlungstage bis zum März angesetzt. REINHARD BINGENER

Anklage nach Totschlag

reb. DÜSSELDORF. Gut zwei Monate nach dem tödlichen Angriff auf den 20 Jahre alten Philippos T. im Kurpark von Bad Oeynhausen hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen drei junge Männer erhoben. Dem 18 Jahre alten mutmaßlichen Haupttäter Mwafak A. werden Totschlag, Körperverletzung und Diebstahl zum Nachteil einer hilflosen Person vorgeworfen. Seine zwei jeweils 19 Jahre alten deutschen Begleiter sind wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt. Dem Angriff in der Nacht auf den 23. Juni war ein Wortwechsel vorausgegangen. Das Opfer hatte mit zwei Freunden auf einer Bank gesessen, als die Gruppe um den aus Syrien stammenden Hauptverdächtigen die ihr unbekannt Männer in harschem Ton ansprach. Philippos T. und seine Freunde sollen ruhig reagiert haben, gleichwohl soll Mwafak A. dann T. und einen seiner Freunde angegriffen haben. Die beiden Deutschen sollen auch zugeschlagen haben. Philippos T. versuchte wohl noch, der Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen. A. soll aber weiter auf ihn eingeschlagen haben. Philippos T. starb wenige Tage später an schweren Hirnverletzungen. Einer der 19 Jahre alten Deutschen ist zusätzlich wegen Hehlerei angeklagt, weil er das erbeutete Geld von A. entgegengenommen haben soll.



Eines der letzten Fotos als Paar: Ben Affleck und Jennifer Lopez bei der Premiere von „This Is Me... Now: A Love Story“ am 13. Februar in Los Angeles

Foto Reuters

Das Ende einer Rom Com

Jetzt ist es raus: Jennifer Lopez hat die Scheidung von Ben Affleck eingereicht. Auch Nicht-Hollywoodstars können daraus etwas lernen.

Von Anke Schipp

Endlich ist es vorbei! Jennifer Lopez hat am Dienstag die Scheidung von Ben Affleck eingereicht. Vorausgegangen waren quälende Monate mit Trennungsgesuchen, in denen die beiden auf Schritt und Tritt observiert wurden: ernste Gesichter vor teuren Villen, kalte Begrüßungen bei Pflichtterminen, einsame Auftritte auf roten Teppichen. Die täglichen Paparazzi-Fotos waren trostlose Dokumente dafür, dass eines der größten Liebes-Comebacks von Hollywood krachend gescheitert ist.

Kurzer Rückblick: 2001 waren die Sängerin und der Hollywoodstar schon einmal ein Paar, sie verlobten sich, sie trennten sich. Affleck heiratete die Schauspielerin Jennifer Garner, Lopez den Sänger Marc

Anthony, beide ließen sich scheiden und stolperten von einer Beziehung in die nächste. Gut 20 Jahre nach ihrer ersten Beziehung kamen sie wieder zusammen. Und es war wie im Film! Selbst der „Spiegel“ schwelgte 2022: „Die Rückkehr von ‚Beniffer‘ ist ein kleines Märchen.“

Die beiden zelebrierten ihre Liebe öffentlichkeitswirksam. Wir sahen sie knutschend auf der Straße, händchenhaltend auf dem roten Teppich, wir lasen von Liebeschwüren in Interviews, dass es diesmal wirklich, really, echt die große Liebe sei! Der Höhepunkt dann im August 2022: die spektakuläre Hochzeit auf Afflecks Anwesen in Georgia, die drei Tage dauerte. Alle Gäste trugen Weiß, und die Braut wechselte dreimal ihr Kleid.

Zwei Jahre später müssen sich die Fans vorstellen, als wäre das alles nur die Extended Version einer Romantic Comedy gewesen, bei der nach dem Happy End die Kameras weiterleuchten und die Protagonisten im Grau des Alltags angekommen sind. Jennifer Lopez' Liebeschwüre, sie habe nach drei Ehen nun endlich den Mann fürs Leben gefunden, erscheinen im Nachhinein so sinnentleert, als würde ein Politiker verkünden, endlich die Formel für den Weltfrieden gefunden zu haben.

Zwei Schlüsse lassen sich aus dem Ende von „Beniffer“ ziehen: Aufgewärmt schmeckt nur Sauerkraut. Und: Seid ein-

fach mal bescheiden! Es gibt ja Paare, die nicht prominent sind, aber immer und überall, jedem und allen zeigen müssen, wie wahnsinnig verliebt sie sind, und bei denen man als Zuschauer denkt: Könt ihr das nicht für euch behalten? Wie das Paar, das sich penetrant mit „Sugar“ anredete, selbst wenn es nur darum ging, mal die Butter am Tisch rüberzureichen. Bitte, Sugar! Danke, Sugar! Zwei Jahre später: Scheidung, Sugar!

Oder jenes Paar, das eine pompöse Hochzeit an der Elbchaussee in Hamburg feierte, bei der stundenlange Reden auf die große Liebe gehalten wurden, die nun endlich besiegelt würde. Drei Monate später trennte sich die Braut, weil sie sich kurz vor der Hochzeit in einen anderen verliebt hatte, der ihr nun doch wichtiger erschien. Nicht nur der Bräutigam, auch alle anderen Hochzeitsgäste, die bis morgens um sechs eine Fake-Liebe gefeiert hatten, empfanden danach eine gewisse Leere. Und bei den Gästen aus Frankfurt gab es fortan eine gewisse Skepsis vor pompösen Hochzeiten. Kann es sein, dass zwischen Paaren, die ihre Liebe nach außen übermäßig zelebrieren, besonders viel heiße Luft wabert, wenn sie allein sind?

Natürlich ist es als Hollywoodstar mutmaßlich schwerer, bei der Liebe bescheiden zu sein oder auch nur zu erkennen, ob eine Liebe (auch die eigene) echt ist. In

ihren Filmen geht es meistens um die ganz großen Gefühle. Vielleicht glauben sie, auch im echten Leben Bilder erzeugen zu müssen, für die sonst die Regisseure verantwortlich sind. Zudem werden sie von Millionen Menschen verehrt. Vielleicht gibt es an diesem Punkt keine echten Gefühle mehr. Wer Jennifer Lopez in den sozialen Medien folgt, hat selbst bei jenen Storys, in denen sie mit ihren Kindern eine Radtour unternimmt, das Gefühl, ein Regisseur hätte die Szene vorher besprochen („Gebt euch bodenständig!“) und dann „Action“ gerufen.

Es heißt, Ben Affleck wäre der Trubel um die Beziehung von Anfang an zu viel gewesen. „Ach, Ben ist eigentlich ein schüchterner Mensch, er würde lieber unerkannt durch die Weltgeschichte laufen“, charakterisierte Lopez ihren Mann in einem Interview mit der „Bild“-Zeitung. Vielleicht war er der falsche Mann an der Seite einer durch und durch öffentlichen Person. „Wir sind jetzt älter, wir sind klüger, wir haben mehr Erfahrung“, sagte Lopez vor zwei Jahren zum Comeback ihrer Beziehung. Seit es die Trennungsgesuche gibt, hat sie sich nicht mehr geäußert, schließlich wird auch die die Schmach spüren, ihre vierte Ehe trotz großer Hoffnungen in den Sand gesetzt zu haben. Wer geht in Hollywood schon gerne ohne Happy End vom Platz?

Zurück zum Trend

Nach der Pandemie steigt die Lebenserwartung wieder

FRANKFURT. Die Lebenserwartung in Deutschland ist nach mehreren Rückgängen seit der Corona-Pandemie erstmals wieder gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch mitteilte, betrug die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt im Jahr 2023 für Frauen 83,3 Jahre und für Männer 78,6 Jahre. Das entspricht bei beiden Geschlechtern einem Plus von etwa 0,4 Jahren im Vergleich zum Vorjahr.

Die Statistiker sehen darin einen „deutlichen Aufholereffekt“. Das Niveau aus der Zeit vor der Pandemie ist damit aber nicht wieder erreicht. In den Jahren 2020 bis 2022 war die Lebenserwartung bei Männern und Frauen insgesamt um 0,6 Jahre gesunken.

Pavel Grigoriev, der die Forschungsgruppe Mortalität beim Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) leitet, zeigte sich von der Entwicklung nicht überrascht. Der Aufholereffekt sei zu erwarten gewesen, sagte er der Deutschen Presse-Agentur. Man kehre „zurück zum langfristigen Trend“. Vor 2019 war die Lebenserwartung kontinuierlich gestiegen. Für 2024 erwartet Grigoriev abermals einen Anstieg um 0,1 oder 0,2 Jahre.

Zwischen Ost- und Westdeutschland hatte es während und nach der Pandemie Unterschiede gegeben, die sich nun wieder ausgleichen. So war die Lebenserwartung im Osten nach einem starken Rückgang in den ersten beiden Corona-Jahren schon 2022 wieder gestiegen, während sie im Westen weiterhin sank. 2023 erholte sie sich nun in beiden Landesteilen, in Ostdeutschland etwas stärker als in Westdeutschland. Frauen leben nun im Osten wie im Westen statistisch gesehen wieder annähernd gleich lang. Männer haben im Westen eine um 1,4 Jahre höhere Lebenserwartung. Während der Pandemie war dieser Unterschied auf 2,3 Jahre gewachsen.

Bei der Lebenserwartung bei Geburt handelt es sich um eine Momentaufnahme. Sie bildet die Überlebensverhältnis-

nisse der gesamten Bevölkerung zu einem bestimmten Zeitpunkt ab und entspricht daher gedanklich der Zeit, die ein heute geborenes Kind im Durchschnitt leben würde, wenn sich an der medizinischen Versorgung, den typischen Krankheiten und sonstigen Lebensverhältnissen nichts mehr ändern würde. Der Wert ist somit keine Prognose, sondern eignet sich dafür, die Lebensverhältnisse in verschiedenen Zeiten und geographischen Regionen miteinander zu vergleichen.

In Westeuropa nimmt Deutschland dabei im Vergleich eine hintere Position ein und verliert weiter an Anschluss. Das zeigte jüngst eine Studie des BiB und des Max-Planck-Instituts für demographische Forschung. Der Vergleich von Sterblichkeitstrends über mehrere Jahrzehnte hinweg ergab, dass der Rückstand Deutschlands zur durchschnittlichen Lebenserwartung bei Geburt in Westeuropa im Jahr 2000 rund 0,7 Jahre betrug. Im Jahr 2022 hatte er sich auf 1,7 Jahre vergrößert. Als wesentlichen Grund nennen die Experten eine höhere Sterblichkeit durch Herzkreislauferkrankungen bei älteren Personen. PIOTR HELLER

Veränderung der Lebenserwartung



War es ein Serienmörder?

Rätsel um Leichenfunde auf einer Müllhalde in Kenia

KAPSTADT. Eine gruselige Serie von Leichenfunden auf einer Müllhalde sorgt in Kenia weiterhin für Entsetzen und noch mehr Rätselraten. Jetzt ist der mutmaßliche Serienmörder zusammen mit zwölf anderen Personen aus einer Polizeiwache in Nairobi ausgebrochen. Wie der Polizeichef mitteilte, werden acht Beamte wegen möglicher Mithilfe verhört, fünf erschienen vor Gericht. Wie es dazu kommen konnte, ist nur eine der vielen Fragen, die man sich derzeit in dem ostafrikanischen Land stellt.

Angehlich hatte alles mit einem Traum begonnen. Die Familie einer vermissten jungen Frau hatte den Medien berichtet, ihre Verwandte sei ihnen „in einem Traum“ erschienen und habe sie zu ihrem Fundort geführt. Daraufhin habe die Familie ein paar Jugendliche an der Halde in einem früheren Steinbruch bezahlt, den tiefen Müll zu durchforsten. Zum großen Erstaunen brachten sie mehrere verschürte Plastiksäcke mit Leichen zu tage. In einer größeren Suchaktion der Polizei wurden dann nach und nach weitere Säcke gefunden. Über die Zahl gibt es verschiedene Angaben, sie reichen bis 15. Es handelt sich ausschließlich um die menschlichen Überreste von Frauen, wobei die meisten Körper schwer verstümmelt worden sind.

Schon wenige Tage nach der schrecklichen Entdeckung nahm die Polizei am frühen Morgen des 15. Juli einen 33 Jahre alten Kenianer fest, der gerade in einer Kneipe das Endspiel der Fußball-Europameisterschaft verfolgt hatte. Wie der Ermittlungsleiter bekannt gab, hat der Mann inzwischen gestanden, insgesamt 42 Frauen, einschließlich seiner Ehefrau, getötet und verstümmelt zu haben. „Wir haben es mit einem Vampir, einem Psychopathen zu tun“, sagte der Ermittlungsleiter. Der Anwalt des Mannes teilte hingegen mit, sein Mandant habe das Geständnis unter Folter abgegeben. Die Staatsanwaltschaft wies Foltervorwürfe zurück.

An der Vermutung, ein einzelner Serienmörder sei für die Taten verantwortlich, regen sich derweil jedoch Zweifel. Auch über mögliche Gewalttaten der Polizei wird spekuliert, zumal die Leichen in einer Zeit gefunden wurden, in der die Polizei wegen ihres harten Vorgehens gegen die Proteste der „Generation Z“ scharf kritisiert wird. Mindestens 40 Menschen wurden während der Proteste getötet, zahlreiche Demonstranten werden vermisst.

Vorwürfe von Polizeibrutalität sind in Kenia nicht neu, wobei es allerdings selten zu Gerichtsverfahren kommt. Zudem tauchte die Frage auf, weshalb kein Polizist bemerkt hatte, dass vermutlich über längere Zeit hinweg zahlreiche Leichen im Müll versenkt wurden. Der Steinbruch ist nur 100 Meter von einer Polizeiwache entfernt. Die Beamten wurden von der Wache mittlerweile abgezogen.

Die Menschenrechtskommission und die Polizeiaufsichtsbehörde des Landes kündigten eigene Ermittlungen an, um die Möglichkeit „außergerichtlicher Tötungen“ auszuschließen. Die Menschenrechtsorganisation Haki Africa vermutet ein gut geplantes „Komplot“. „Wie kommt es, dass alle Leichen in Plastiksäcken verstaubt und in derselben Gegend entsorgt wurden?“, fragte der Direktor der Organisation. Anwohner sagten, ein Verbrechen solchen Ausmaßes habe es in der Gegend noch nie gegeben.

Die Flucht des Hauptverdächtigen wirft nun weitere Fragen im Serienmörder-Rätsel auf. Bei einem Routine-rundgang am Dienstagmorgen hätten die Polizisten das Verschwinden der 13 Insassen bemerkt, schreibt die Zeitung „Daily Nation“. Der Generalinspekteur der Polizei sagte, es sei sehr schwer, dort zu entkommen, die Polizeistation befinde sich in einer „strategischen Position“ und sei zudem gut gesichert. Bei den übrigen zwölf Flüchtlingen handelt es sich um Eritreer, die sich angeblich illegal im Land befinden. CLAUDIA BRÖLL

Leichen in der Bayesian entdeckt

chs. ROM. Die Suche nach den Vermissten des Bootsunglücks von Porticello hat sich am Mittwoch fortgesetzt. Taucher der Feuerwehr konnten zwei Leichen in der gesunkenen Luxusyacht namens Bayesian bergen, einen Mann und eine Frau. Zudem wurden zwei weitere Leichen entdeckt. Seit dem Untergang des 56 Meter langen Bootes in den frühen Morgenstunden des vergangenen Montags sind nun insgesamt fünf Leichname entdeckt worden. Zwei Personen werden noch vermisst, 22 Personen befanden sich an Bord.

Unterdessen mehrten sich Hinweise auf den möglichen Hergang der Katastrophe. Der Kapitän, der 51 Jahre alte professionelle Skipper James Cutfield aus Neuseeland, soll von dem schweren Sturm völlig überrascht worden sein, sagte er laut italienischen Medienangaben. Starker Wind, aber kein Sturm sei vorhergesagt worden. So waren Luken und Bullaugen offen, was den Eintritt großer Wassermengen ermöglichte. Zudem war das bewegliche Schwert des noch vor Anker liegenden Schiffs, das für Stabilität sorgt, offenbar nicht ausgefahren. So sank das Schiff in wenigen Minuten.

Taucher und Tauchroboter stellten auch fest, dass der 75 Meter hohe Aluminiummast auf dem Meeresgrund intakt aussieht. Zeugen hatten ausgesagt, er sei gebrochen. Experten vermuten, dass der Mast allein aufgrund seiner großen Fläche in dem Sturm fast wie ein Segel gewirkt und großen Druck ausgeübt habe.

Die Zeitung „La Repubblica“ berichtete, dass die Yacht ein System habe, mit dem der Tiefgang bei voll abgesehenem Schwert von normalerweise fast zehn Metern auf gut vier Meter mehr als halbiert werden könne. Auf diese Weise könne die Bayesian die meisten Häfen der Welt mit seichten Gewässern anlaufen.

Kurze Meldungen

Victoria dient wieder

Oberbefehlshaberin der schwedischen Streitkräfte wird Kronprinzessin Victoria auch nicht sein, wenn sie der einst Königin ihres Landes ist. Das war selbst ihr Vater, Carl XVI. Gustaf, nur knapp zwei Jahre lang, bis die Regierungsreform von 1974 in Kraft trat, die für den Monarchen nur noch re-



Foto @kungahuset/Instagram

äsentative und zeremonielle Pflichten vorsieht. Dennoch hat Victoria schon vor 20 Jahren eine militärische Grundausbildung absolviert. Nun trägt die Siebenundvierzigjährige wieder Uniform, um sich zur Offizierin ausbilden zu lassen. „Mein Ehrgeiz ist es, all meine Macht auf die Offiziersausbildung zu setzen, um Schweden und die Streitkräfte in Zukunft bestmöglich vertreten zu können“, ließ sie wissen. pps.

Cem Özdemir turtelt

Nicht mit harten politischen Nachrichten, sondern anderweitig erregt Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir derzeit Aufmerksamkeit: Das Sting-Konzert am 28. Juli beim Stuttgarter „Jazz Open“, berichtet die „Stuttgarter Zeitung“, habe er mit seiner neuen Partnerin, einer kanadischen Rechtsanwältin, besucht. Die Frau ist 20 Jahre jünger als er. Im November 2023 hatte sich der 58 Jahre alte Özdemir von seiner Ehefrau Pia Maria Castro getrennt. Die aus Argentinien stammende Journalistin hatte sich mit den spießigen Seiten des einstigen Musterländles nie anfreunden können. Seine neue Partnerin lebt und arbeitet in Kanada. Bei den Grünen fragt man sich nun, ob die Schwaben wirklich so welftoffen sind und ob die Beziehung zu einer 20 Jahre jüngeren Frau die Wahlchancen des möglichen Spitzenkandidaten nicht noch weiter gefährden könnte. Es könnte aber auch sein, dass Özdemir mit der neuen Frau an seiner Seite seine Weltläufigkeit gegenüber der heimatverbundenen CDU noch stärker betont. rso.



DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Widerstandsreflex Ost

Wer Putin kennt

Von Berthold Kohler

Wünschen die Deutschen im Osten der Republik sich die Zeiten zurück, in denen sie von der SED, der friedliebenden russischen Besatzungsmacht und einem Schutzwall vor den kriegslüsternen Amis und deren Marionetten beschützt wurden? Man könne es fast meinen angesichts des Zulaufs, den das Bündnis Sahra Wagenknecht und die AfD mit ihren antiamerikanischen und russlandfreundlichen Positionen genießen. Die Forderung, die Waffenhilfe für die Ukraine einzustellen und stattdessen „endlich“ mit Moskau über einen „gerechten Frieden“ zu verhandeln, ist im Osten so populär, dass sie sogar ein Ministerpräsident der CDU übernahm. Wer Russland nur ein wenig kenne, der wisse, dass Verhandlungen der einzige Weg seien, meint Kretschmer.

Wer freilich nur ein wenig verfolgt, was der Kreml sagt und tut, müsste wissen, dass Moskau diesen Weg bislang nicht beschreiten will. Putin kennt wie Wagenknechts altes Idol Stalin nur den Weg der Gewalt. Wann Moskau zu Verhandlungen bereit ist, hat Putins Sprachrohr Medwedjew nun noch einmal unmissverständlich dargelegt: wenn „der Feind vollständig und restlos zerstört ist“. Der Kreml glaubt nach wie vor daran, dass ihm das nicht nur in der Region Kursk gelingen kann, sondern auch in der Ukraine. Dass in Deutschland die Forderung lauter wird, Kiew nur noch begrenzt oder gar nicht mehr zu unterstützen, lässt Putin gewiss nicht am Endsiege zweifeln.

Illusionen in Nahost

Von Nikolas Busse

Dass Blinken aus Nahost wieder mit leeren Händen zurückkehrt, ist keine allzu große Überraschung. Der grundsätzliche Interessengegensatz zwischen der Hamas und Israel lässt sich nicht überwinden: Die Terrororganisation will ihr Reich in Gaza zurück, und sie will sich neu aufstellen. Israel dagegen möchte die Hamas ausschalten und ein Mindestmaß an Sicherheitskontrolle über das Gebiet behalten. Eine Waffenruhe wäre für beide Seiten nur ein taktisches und temporäres Zugeständnis. Deshalb sind auch die Aussichten nicht gut, dass wirklich alle Geiseln freikommen. Die Hamas würde damit ihr wichtigstes Faustpfand aus der Hand geben.

Soweit sich das aus Pressemeldungen zusammenreimen lässt, ist die amerikanische Regierung Netanjahu ein wenig entgegengekommen, indem sie ihm eine reduzierte Truppenpräsenz an der Grenze zwischen Gaza und Ägypten zugestehen will. Dass Blinken öffentlich sagte, dass es trotzdem einen Fahrplan für Israels Abzug aus Gaza gebe und eine langfristige Besetzung des Streifens nicht akzeptabel sei, ist ein Hinweis auf die Befürchtung in Washington: Israel steuert wieder auf ein dauerhaftes militärisches Engagement in Gaza zu, was die gesamte Region auf lange Sicht in Unruhe halten könnte. Eine bessere Idee hat man in Washington aber auch nicht. Die viel zitierte Zweistaatenlösung hat die Hamas am 7. Oktober auf absehbare Zeit zur Illusion gemacht.

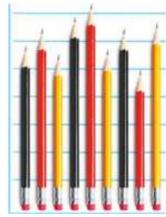
Nach den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen in zwei Wochen wird es voraussichtlich aufgeregte Diskussionen über die Frage geben, ob sich die Menschen in den ostdeutschen Bundesländern von der Demokratie abwenden. Doch es ist auch anzunehmen, dass diese öffentlichen Diskussionen maßgeblich von großstädtischen und überwiegend westdeutschen intellektuellen Eliten in Politik und Medien geführt werden und damit aus einer Außenperspektive heraus. Es werden dann Fragen gestellt werden wie: „Was ist denn da los?“ oder „Driftet der Osten ab?“. „Da“ oder „Der Osten“, das sind die anderen. Daran ist zunächst einmal nichts Ehrerührendes, und bis zu einem bestimmten Grad ist es auch unvermeidlich, doch es führt zu einem Missverständnis der Gesellschaft in Ostdeutschland, in der in mancherlei Hinsicht eine etwas andere Stimmung herrscht, als man von Westdeutschland aus annehmen könnte. Dies zeigen deutlich die Ergebnisse der aktuellen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der F.A.Z.

Man kann oft hören, Ost- und Westdeutschland seien zwei grundverschiedene Gesellschaften, die sich weltanschaulich immer mehr voneinander entfernten. Doch die Umfragen bestätigen dies nicht. Alles in allem unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche bezogen auf die meisten Themen nicht allzu stark voneinander. Dies zeigen beispielsweise die Ergebnisse der Frage, was einem zurzeit Sorgen bereitet. Dazu wurde eine Liste mit 18 Punkten zur Auswahl vorgelegt. Dass ihnen der Krieg in der Ukraine große Sorgen bereite, sagten 71 Prozent der Westdeutschen und 73 Prozent der Ostdeutschen. Die Inflation machte 67 Prozent der Westdeutschen und 75 Prozent der Ostdeutschen große Sorgen. Dass Deutschland in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte, fanden 63 Prozent der Befragten im Westen und 72 Prozent im Osten sehr besorgniserregend. Bei dem Punkt „Dass immer mehr Flüchtlinge nach Deutschland kommen“ betrug das Verhältnis 59 Prozent (West) zu 69 Prozent (Ost). Man könnte die Liste noch weiter fortsetzen. Es gibt durchaus graduelle Unterschiede zwischen den Antworten West- und Ostdeutscher, oft, wenn auch nicht bei allen Punkten, sind Ostdeutsche etwas besorgter als Westdeutsche, doch die Reihenfolge der am häufigsten genannten Sorgen ist sehr ähnlich. Von einer fundamental anderen Wahrnehmung der Lage kann keine Rede sein.

Deutliche und auch systematische Unterschiede zwischen Ost und West gibt es allerdings bei Fragen, die die Bindung an die Demokratie und ihre Institutionen betreffen. So stimmten in der aktuellen Umfrage 27 Prozent der Westdeutschen, aber 54 Prozent der Ostdeutschen der Aussage „Wir leben nur scheinbar in einer Demokratie, tatsächlich haben die Bürger nichts zu sagen“ zu. Bei der These „Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht umgesetzt wurde“ beträgt das Verhältnis 18 Prozent im Westen zu 43 Prozent im Osten. Bei der Aussage „Wir brauchen einen starken Politiker an der Spitze, keine endlosen Debatten und Kompromisse“ ist der Abstand mit 49 (West) zu 60 (Ost) kleiner, weist aber in die gleiche Richtung.

Diese Ergebnisse lassen sich nicht anders deuten denn als Zeichen für eine schwächere Demokratieverankerung im Osten. Natürlich ist bei Weitem nicht jeder, der diesen Aussagen zustimmt, allein schon deswegen als Gegner der Demokratie einzustufen, doch es handelt sich um Hinweisfragen, in der Fachsprache spricht man von Indikatoren: Je mehr Menschen solchen Aussagen zustimmen, desto schwächer ist das Fundament der Demokratie.

Der Befund, dass in den ostdeutschen Ländern die Demokratieverankerung schwächer ist als im Westen, ist alles andere als eine Neuigkeit. Der Aussage „Mit der Demokratie können wir die Probleme lösen, die wir in der Bundesrepublik ha-



Ost und West sind sich ähnlicher, als viele meinen – doch nicht in allem.

Von Thomas Petersen, Institut für Demoskopie Allensbach

ben“ stimmten in der aktuellen Umfrage 55 Prozent der Westdeutschen und nur 27 Prozent der Ostdeutschen zu. Diese Frage wurde zum ersten Mal im Jahr 1991 gestellt. Seitdem schwankten die Anteile derjenigen, die angaben, mit der Demokratie könne man die Probleme des Landes lösen. Die aktuellen Werte sind vergleichsweise, aber nicht außergewöhnlich niedrig. Der Abstand zwischen den Antworten Ost- und Westdeutscher aber blieb in der gesamten Zeit praktisch unverändert. Das Gleiche gilt für die ebenfalls seit 1991 regelmäßig gestellte Frage „Glauben Sie, die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, ist die beste Staatsform, oder gibt es eine andere Staatsform, die besser ist?“. Vor 33 Jahren beantworteten 80 Prozent der Westdeutschen und 31 Prozent der Ostdeutschen die Frage mit „Ja“. Heute sind es 74 gegenüber 38 Prozent. Man hat nach der Wiedervereinigung geglaubt, die Vorzüge von Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit seien so offensichtlich, dass man nicht für sie werben und sie nicht aktiv verteidigen müsse. Dieser Fehler hat sicherlich die Grundlagen für den Auf-

stieg populistischer Bewegungen in Ostdeutschland geschaffen, doch er kann nicht der konkrete Auslöser der aktuellen Verschiebungen im Parteiensystem sein. Auch die verbreitete Vorstellung, dass Ostdeutsche in der Bundesrepublik systematisch benachteiligt seien, wird als Faktor der Radikalisierung wahrscheinlich überschätzt. Auf die Frage „Was meinen Sie, fühlen sich Ostdeutsche als Bürger zweiter Klasse, oder fühlen sich die meisten nicht als Bürger zweiter Klasse?“ antworteten in der aktuellen Umfrage 59 Prozent der Ostdeutschen, ihrer Ansicht nach fühlen sich die meisten Menschen im Osten als Bürger zweiter Klasse. Fragte man dagegen, ob man sich selbst als Bürger zweiter Klasse fühle, antworteten nur 32 Prozent mit „Ja“. Eine Mehrheit von 51 Prozent in Ostdeutschland widersprach ausdrücklich. Der Anteil derjenigen, die sich selbst als Bürger zweiter Klasse bezeichnen, liegt heute damit weit unter dem im Jahr 2002. Damals hatten noch 57 Prozent diese Antwort gegeben. Für den gegenwärtig wachsenden Unmut kann dieser Faktor damit kaum verantwortlich sein. Man kann sich des

Verdachts nicht erwehren, dass das Schlagwort vom Bürger zweiter Klasse heute mehr aus den Medien als aus der ostdeutschen Bevölkerung selbst kommt.

Eine andere Ursache des Ärgers über die Politik in den ostdeutschen Bundesländern wird dagegen wahrscheinlich in der öffentlichen Diskussion unterschätzt: das Gefühl, immer mehr bevormundet zu werden. In den letzten Jahren hat in der Bevölkerung allgemein der Eindruck zugenommen, dass man im Alltag in seiner Freiheit beschränkt ist durch die Intoleranz in der öffentlichen Diskussion. Mittlerweile ist knapp die Hälfte der Deutschen der Ansicht, man könne seine politische Meinung nicht mehr frei äußern. Gleichzeitig wächst bei den Bürgern der Unmut über einen zunehmend als übergriffig empfundenen Staat, von dem sie den Eindruck haben, er wolle ihnen bis ins Kleinste vorschreiben, was sie zu denken und wie sie zu leben hätten. Und meistens, so der Eindruck, wird das, was sie selbst im Alltag tun, als falsch, wenn nicht gar moralisch verwerflich gebrandmarkt. Bei den Bürgern kommt die Botschaft an: „Du hast die falschen politischen Ziele, du fährst das falsche Auto, du isst das Falsche, du bist ein unmoralischer Mensch.“ Dieses Gefühl ist heute auch in Westdeutschland weit verbreitet, doch in Ostdeutschland ist dies noch stärker der Fall. Dies zeigt sich an den Ergebnissen der Frage: „Neulich sagte uns jemand: ‚Ich habe das Gefühl, die Politik möchte mir immer mehr vorschreiben, wie ich mein Leben zu führen habe.‘ Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?“ 54 Prozent der Bevölkerung insgesamt antworteten auf die Frage, sie sähen das auch so. Nur 31 Prozent widersprachen und meinten ausdrücklich, sie sähen das nicht so.

In Ostdeutschland hatten dagegen sogar fast zwei Drittel der Befragten, 63 Prozent, den Eindruck, die Politik wolle ihnen immer mehr vorschreiben, wie sie ihr Leben zu führen hätten, während es in Westdeutschland „nur“ 53 Prozent waren.

Man muss sich vor Augen halten, dass der Versuch des Staates, den Menschen minutiös ihre Werte und ihr Verhalten vorzuschreiben, in Ostdeutschland wahrscheinlich auf größeren inneren Widerstand stößt als im Westen, weil die Menschen hier über Jahrzehnte hinweg die Erfahrung mit einem totalitären Staatswesen haben machen müssen, das sie in keinem Winkel ihres Lebens in Ruhe ließ. Der Charakter vieler aktueller öffentlicher Diskussionen weckt da unguete Erinnerungen, was wiederum viele Westdeutsche, die keine solchen Erfahrungen machen mussten, nicht verstehen.

Wenn Ostdeutsche sich über eine Meinungsdictatur beklagen, die sie an die DDR erinnere, reagieren Westdeutsche darauf nicht selten empört mit dem Verweis darauf, dass man das doch nicht mit den Zuständen in der DDR vergleichen könne, und schütteln den Kopf über die vermeintliche Unfähigkeit der Ostdeutschen, eine Demokratie von der Diktatur zu unterscheiden. Dabei verstehen sie nur nicht, worauf die ostdeutsche Gegenseite hinweisen will: Natürlich wissen die meisten Ostdeutschen sehr gut, dass die Bundesrepublik keine Diktatur ist. Doch sie haben genug Erfahrungen mit einem Staat gemacht, der ihnen bis ins Privatleben hinein vorschreiben wollte, was sie zu denken und wie sie sich zu verhalten hätten, um zu wissen, dass sie das nie wieder haben wollen.

Man muss annehmen, dass hier ein nicht unbedeutendes Motiv liegt, sich Protestpartei zuzuwenden. Deswegen ist es auch kaum verwunderlich, dass der Anteil derjenigen, die der Aussage „Ich habe das Gefühl, die Politik möchte mir immer mehr vorschreiben, wie ich mein Leben zu führen habe“ zustimmen, unter den Anhängern der AfD und des BSW am größten ist. Das Gefühl, gegängelt zu werden, führt zu Widerstand. Man kann das demokratietheoretisch eigentlich als einen begrüßenswerten Reflex betrachten. Doch wenn er nur von radikalen Parteien aufgegriffen wird, unterhöhlt dies letztlich die Demokratie.



Jan KINGREEN Foto epd

Liberaler Turmpfarrer

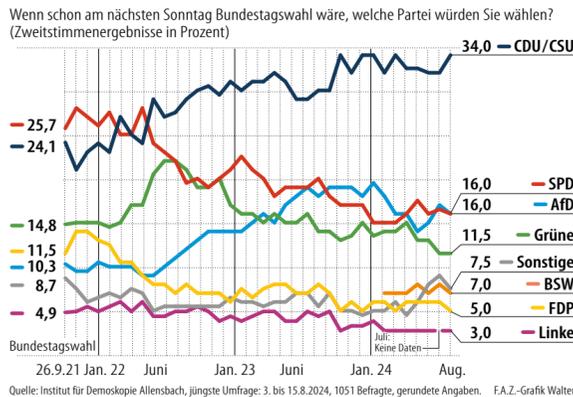
Kaum ein Bauprojekt wurde so erbittert bekämpft wie der Wiederaufbau des Potsdamer Garnisonkirchenturms. Nach jahrelanger Kontroverse wird das 57 Meter hohe Gebäude an diesem Donnerstag mit einem Festakt und einer Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier eröffnet. Dem zuständigen Pfarrer Jan Kingreen ist bewusst, dass sich in dem Bauwerk Abgründe der jüngeren deutschen Geschichte spiegeln: 1933 setzte sich Hitler am „Tag von Potsdam“ in der Garnisonkirche als Staatsmann in Szene; im Krieg wurde die Kirche dann schwer getroffen und später auf Geheiß Walter Ulbrichts vollständig abgerissen. Nach ihrem Wiederaufbau soll die ehemalige preußische Militärrkirche nun ein Ort der Friedens- und Versöhnungsarbeit sein.

Da passt es gut, dass Pfarrer Kingreen zugleich der Friedensbeauftragte seiner Landeskirche ist. Angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine hält Kingreen es für vordringlich, die konträren Haltungen in der Bevölkerung zu Militär, Abschreckung und Außenpolitik miteinander ins Gespräch zu bringen. Der von der liberalen Theologie geprägte und beim Berliner Dogmatiker Notger Slenczka über Hegel promovierte Pfarrer steht selbst dabei für eine klare Westorientierung Deutschlands und hält auch das Vorhalten von Waffen zur Sicherung des Friedens für unausweichlich.

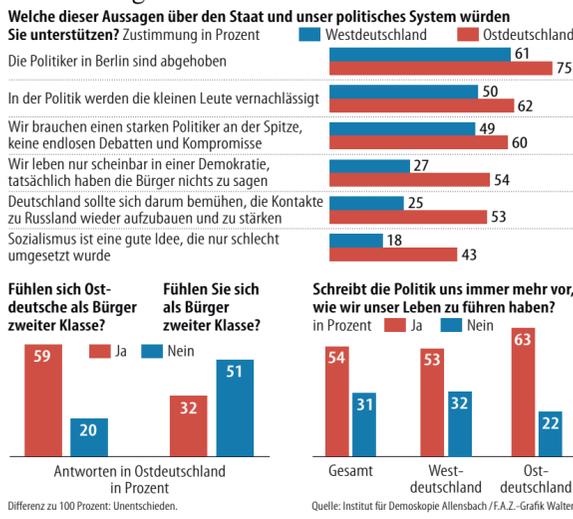
In zahlreichen Diskussionsveranstaltungen sei ihm jedoch bewusst geworden, wie stark dies mit seiner Herkunft aus dem westdeutschen Oldenburg zusammenhängt, während insbesondere ältere Generationen aus Ostdeutschland einen ganz anderen Blick auf die Weltlage hätten. Kingreen hält wenig davon, solche Debatten „mit Moralismus zu überhäufen“ oder kirchlicherseits auf eine vermeintlich richtige Lösung zu verneinigen. Man müsse die unterschiedlichen Ansichten aushalten. In seinen Veranstaltungen lässt Kingreen darum jede Äußerung zu, solange sie den Boden des Grundgesetzes nicht verlässt.

An seiner Aufgabe im Garnisonkirchenturm schätzt der verheiratete Vater zweier Töchter vor allem die große Freiheit. Als Vorstandsmitglied der Garnisonkirchenstiftung verantwortet Kingreen ein breit gefächertes Veranstaltungsprogramm, das Bildungsformate, Musik und Gottesdienste umfasst. Einer Kirchengemeinde ist seine Pfarrstelle nicht zugeordnet. Die Landeskirche bezahlt zwar das Gehalt von Kingreen, sein Etat speist sich aber nicht aus Kirchensteuern, sondern aus Eintrittsgeldern, Spenden und weiteren Einnahmen. Kingreen glaubt, dass die Zukunft der Kirchen zumindest in den Städten eher auf solchen Konzepten beruhen wird als auf klassischen Kirchengemeinden. REINHARD BINGENER

Die Stärke der Parteien



Abwendung von der Demokratie?



Zukunft braucht Denkanstöße — wir liefern sie seit 1949

Feiern Sie mit uns 75 Jahre Qualitätsjournalismus und lesen Sie die Frankfurter Allgemeine Zeitung 4 Wochen mit 75 % Rabatt!

Kia Niro EV 64,8-kWh-Batterie (Strom/Reduktionsgetriebe); 150 kW (204 PS); Stromverbrauch kombiniert 16,2 kWh/100 km; CO₂-Emission kombiniert 0 g/km; CO₂-Klasse A.

75 Jahre – 75 Preise



PR24052

Jetzt Jubiläumsangebot sichern: (069) 75 91-33 59 oder faz.net/75jahre

Will ich für mein Land kämpfen?

Die Generation unter dreißig kennt weder Krieg noch Bundeswehrdienst. Seit dem russischen Angriffskrieg wird über die Wiedereinführung der Wehrpflicht diskutiert: Ein Plädoyer für die Verteidigung Deutschlands im Ernstfall.

Erst vor Kurzem habe ich wieder „Im Westen nichts Neues“ gelesen. Am Ende habe ich mit den Tränen gekämpft. Im Krieg, der in diesem Roman fast schon überzeitlich dargestellt wird und den ich als westdeutsches Kind der späten Neunzigerjahre nur aus Zeitung, Büchern und Fernsehen kenne, gibt es keine Gewinner. Bei Erich Maria Remarque nicht, im Nahen Osten nicht, in der Ukraine nicht.

Die Frage, für was man zu kämpfen, das heißt im schlimmsten Fall zu sterben, bereit wäre, ist eine zutiefst persönliche. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ hat die Frage „Wollen wir überhaupt kämpfen?“ im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine verschiedenen Autoren gestellt. Zwei haben bisher geantwortet. Der 26 Jahre alte Podcaster Ole Nyomoo machte klar, für „fast gar nichts“ kämpfen zu wollen, Artur Weigandt, ein dreißig Jahre alter Schriftsteller und Journalist, erwiderte hingegen, „notfalls auch zu schießen, um die Freiheit zu verteidigen“.

Nun ist für mich der Krieg etwas, vor dem ich Angst habe. Ich kenne ihn nicht. Er passiert entweder weit weg, das heißt außerhalb meiner konkreten Lebensrealität, oder kostete lange vor meiner Zeit Menschen ihr Leben. Jedenfalls ist er nicht da, wo ich bin. Die Frage, ob ich mein Land verteidigte, wenn es darauf ankäme, ist für mich daher eine theoretische. Und dafür bin ich dankbar. Die Frage ist erstens theoretisch, weil ich nicht weiß, was Krieg ist oder, besser, was es heißt, im Krieg oder gar an der Front zu sein. Zweitens, weil es aktuell, dank der ukrainischen Streitkräfte, der westlichen Unterstützung der Ukraine und der NATO als Abschreckungsbündnis nicht danach aussieht, als ob die russische Armee bis an die Oder – oder gar weiter vordringt.

Klar ist: Die ukrainischen Soldaten verteidigen unsere Freiheit, die Freiheit Europas, die Freiheit Deutschlands, die freie Lebensweise. Dächte jeder wie Nyomoo, der in seinem Text übrigens allerlei Dinge diskutiert, die mit der ethischen Dimension der gestellten Frage wenig zu tun haben, hätte Russland die Ukraine längst überrollt. Wenn jeder so dächte, wäre es der russischen Armee ein Leichtes, auch das Baltikum und Polen einzunehmen, dann Deutschland und schließlich womöglich ganz Europa.

Die zweite mögliche Folge von Nyomoos Position wäre folgende: Man vertraute darauf, dass andere, namentlich Soldaten und solche, die im Falle einer Mobilmachung nicht fliehen, unser Land und Europa schon verteidigen, während man selbst Deutschland verlässt und versucht, dem Krieg zu entkommen. Dies ist auf Grundlage vernünftiger ethischer Maßstäbe nicht argumentierbar. Man sollte, ohne eine philosophische Grundsatzdiskussion vom Zaun brechen zu wollen, gerade in solch wichtigen Entscheidungen nur solche Maßstäbe an sein eigenes Handeln anlegen, die man für jeden als wünschenswert erachtete.

Die Verweigerung des Kampfs führt ins Nichts

Das Problem in der Argumentation liegt nach meinem Dafürhalten wie folgt: Entweder das liberale, demokratische Europa würde überrannt, oder man machte sich ethisch schuldig.

Kommen wir noch einmal zur ersten Option, die besagt, für „fast gar nichts“ kämpfen zu sollen. Sie ist zwar rein logisch begründbar. Im Detail allerdings wäre doch zu klären, was mit diesem „fast“ gemeint ist. Nyomoo lässt daran keinen Zweifel. Er würde „ganz sicher nicht für ‚mein Land‘, nicht für diesen Staat und auch nicht für Europa“ in den Krieg ziehen. Weil er also nicht für Europa oder Deutschland zu kämpfen bereit wäre, entstünde durch die wohl drohende Auslöschung des uns bekannten Kontinents für seine Position kein Widerspruch.

Dennoch führt sie ins Nichts. Denn die Freiheiten, die ich heute in diesem demokratischen Deutschland und Europa genießen kann, wären mit einer solchen Haltung zunächst historisch nie errungen worden. Menschen sind jahrhundertlang auf die Straßen gegangen und kämpften und starben für eine Gesellschaft, in die ich das Glück hatte, hineingeboren worden zu

sein. Diese Gesellschaftsform, die liberale Demokratie, musste gegen große Widerstände erkämpft und muss immer wieder gegen ihre Feinde verteidigt werden. Kann sie sich nicht verteidigen, wird sie vernichtet. Dabei ist sie das Beste, was die Menschheit bisher hervorgebracht hat. Was bliebe von ihr übrig, wenn sie, die mir geschenkt worden ist, sich nicht verteidigte? Und weil sie nicht ahistorisch und im luftleeren Raum existiert, sondern durch Menschen stets reproduziert werden muss, muss die Frage lauten: Was bliebe von ihr, wenn die Menschen – das hieße auch ich – sie nicht verteidigten? Dabei geht es nicht um einen blinden Patriotismus, sondern um die von Nyomoo verneinte Frage, ob es etwas Verteidigungswürdiges an Deutschland gibt.

Das sehe ich anders. „Deutschland“ – definiert als westliche liberale demokratische Lebensweise, Kultur und Verfassungsstaat – ist es wert, verteidigt zu werden. Hier schließen sich zwei neue Fragen an: Warum ist das so, und was heißt „verteidigen“ konkret? Die Werte sind es wert, weil es in einem von Russland kontrollierten Staat keine Freiheit gäbe. Ich kann und möchte nicht an einem Ort leben, an dem ich nicht tun, sagen, denken oder schreiben kann, was ich will.

Der Kampf für Deutschland lohnt sich deshalb und ist ethisch geradezu zwingend. Bleibt die Frage, was dieser Kampf konkret bedeutete. In einer Diskussion sagte mir neulich ein Freund, man könne ja im Land bleiben und sich dann, wenn ein Großteil des eigenen Landes besetzt und der Krieg vorüber sei, etwa durch zivilen Ungehorsam widersetzen. Auch dieses Argument teile ich aus mindestens zwei Gründen nicht. Denn es setzt voraus, dass man, solange man nicht als Soldat an der Front kämpfen muss, sicher sein kann, also überhaupt so lange überlebt, bis wieder Frieden herrscht.

Der Krieg hebt die Trennung von Soldaten und Zivilisten auf

Das ist angesichts der Zehntausenden zivilen Opfer in der Ukraine ein höchst riskantes Unterfangen und unterschätzt, nach allem, was wir aus der Ukraine wissen, die Tatsache, wie sehr ein Krieg ein Land als Ganzes durchdringt. Die Trennung zwischen Soldaten auf der einen und Zivilisten auf der anderen Seite scheint, wenn das eigene Land angegriffen wird, nicht haltbar.

Des Weiteren verschiebt diese Sichtweise das Risiko, zwischen dem eigenen Tod und dem Töten entscheiden zu müssen, nur zeitlich nach hinten. Wer den Krieg überlebt, sich dann aber den Besatzern widersetzt, wird gleichermaßen zur Zielscheibe. Im Übrigen ist der Weg zurück zu einer freien Gesellschaft viel länger, wenn man mit dem Widerstand bis zur Besatzung wartet und nicht von vornherein kämpft.

Bleibt das Argument meines Freundes, dass er keine Menschen töten möchte. Wie alle Punkte in dieser Debatte ist auch dieser legitim. Es ist ja nun aber nicht so, dass es nur die Wahl zwischen Gewehr und Flucht gibt. Man kann die freiheitliche Lebensweise verteidigen, ohne zur Waffe greifen zu müssen, etwa als Sanitäter, Koch oder Betreuer von Alten und Kindern. Freilich gilt jedoch: Eine solche Haltung wird nicht jedem möglich, eine Front nur mit Sanitätern oder Köchen nicht zu halten sein.

Mir scheint also kein Weg daran vorbeizuführen, im Ernstfall zu kämpfen. Weigandt, der für die Freiheit kämpfen würde, schreibt in seinem Beitrag, dass man in der Ukraine sehe, was es heiße, besetzt zu sein. Letztlich stelle man sich dort nur folgende Fragen: „Bleibe ich und kämpfe, bleibe ich und arbeite für die Front – oder fliehe ich?“

Mehr Optionen gibt es nicht. Die Flucht scheidet aus, weil sie, vorausgesetzt als allgemeine Handlungsweise eines jeden, den Untergang der freiheitlichen Lebensweise in Europa bedeutete. Es bleibt, streng argumentiert, nur der Kampf, an der Front oder für sie, auch wenn mir, so ehrlich muss ich sein, nicht klar ist, ob ich dazu bereit wäre. Ich schreibe hier als Unwissender – in der bequemen Position des Konjunktivs. Wird dieser zur Realität, muss ich mich entscheiden, und zwar schnell. OLE KAISER



Manche bedecken wenigstens die Nasenlöcher: Im Jahr 1950 fotografierte Serge de Sazo die Serie „L'île aux sirènes“.

Foto Serge de Sazo

Traum von einem hüllenlosen Land

Wie Frankreich Zentrum der FKK-Bewegung wurde / Von Alexander Jürgs, Marseille

Nein, besonders ausschweifend oder gar verrückt ist die Freikörperkultur nicht. Viel eher ist das Gegenteil der Fall. Denn kaum jemand übt mehr Kontrolle über seinen Körper aus als die Nacktbader und Sonnenanbeter. Sexuelle Erregung ist an ihren Treffpunkten tabu, ihre Nacktheit soll einem Zweck dienen, ist ihnen Weg zum Ziel. Ein gesundes Leben im Einklang mit der Natur, asketisch und vegetarisch geführt, ist ihnen oft noch wichtiger als das wohlige Gefühl von Wasser oder Sonne auf der entblößten Haut. Ihr bevorzugtes Reiseziel ist schon seit Langem Frankreich. Wohl nirgendwo gibt es mehr Campingplätze und Feriendörfer, in denen das Nacktsein Standard ist.

Eine Ausstellung mit dem Titel „Paradis naturistes“ im Marseiller Museum der Zivilisationen Europas und des Mittelmeerraums, kurz Mucem, erzählt nun davon, wie es dazu kam. Im abgedunkelten Ausstellungsraum, in durch hölzerne Campingzäune und Bastmatten abgetrennten Kabinetten, wird eine Vielzahl an Dokumenten, Zeitschriften, Fotografien, Gemälden und Skulpturen gezeigt, die sich mit der französischen „Naturisme“-Bewegung beschäftigen. Man stößt auf kitschige Paradiesdarstellungen und vom Grafikdesign der Sechzigerjahre geprägte Werbeplakate, sieht stilisierte Fotografien von Sonnenbadenden in antiken Posen und spontane Schnappschüsse, in denen das Leben in den FKK-Unterkünften festgehalten wurde. In Videos berichten Besucher der Camps, was sie an der Nacktheit fasziniert und dazu bringt, immer wieder in die Ferienanlagen zurückzukehren.

Eine französische Erfindung war die Freikörperkultur nicht. Ihre Ursprünge hatte sie in Deutschland, Österreich und der Schweiz, in der Gedankenwelt der Lebensreformbewegung. Auf dem Monte Verità und in anderen alternativen Zirkeln wurde hüllenlos meditiert und Sport getrieben. Die ersten Prediger der Nacktheit waren vor allem Ärzte, auch in Frankreich: Die Brüder Gaston und André Durville warnten vor negativen Folgen des Industriealters, vor Luftverpestung, urbaner Hektik, Alkohol, Nikotin – und setzten dem das Ideal eines in der Natur gestählten Körpers entgegen. In der Natur, in der Sonne und durch Bewegung sollte der Mensch gesunden.

In Deutschland und der Schweiz verbreitete sich die Freikörperkultur schnell, in Frankreich hatten die Naturisten mit heftiger Ablehnung zu kämpfen. Der ent-

blößte Körper wurde als Affront gegen Etikette und Eleganz abgelehnt. Wer nackt schwimmen, turnen oder sonnenbaden wollte, musste sich verstecken. Schon bald wurden Klubs gegründet, in denen man sich traf, um unbekleidet Sport zu treiben oder auszuspazieren. Häuser, Strandabschnitte, Grundstücke am Flussufer, kleine Inseln wurden gekauft, um Oasen der Nacktheit zu erschaffen. Sie waren der Beginn eines touristischen Booms, der bis heute anhält. Hätten die Franzosen nicht so ablehnend auf die Naturisten reagiert, dann hätten diese nicht ihre Parallelwelten aufbauen müssen; das Land wäre wohl nicht zum Sehnsuchtsort von FKK-Anhängern auf der ganzen Welt geworden, sind die Kuratoren der Ausstellung überzeugt.

Die Ablehnung schweißte die Bewegung zusammen. Und sie sorgte wohl auch dafür, dass die französische Freikörperkultur bis heute ideologischer als anderswo ausfällt. In einer Verteidigungshaltung gegenüber der skeptischen Gesellschaft entstanden Pamphlete, Konzepte und zahlreiche Naturisme-Magazine. Die von FKK-Ärzten gepriesenen gesundheitlichen Vorzüge waren für das Selbstbild der Naturisten bestimmend, aber auch der Wunsch nach einem Leben mit mehr Freiheiten. Gerade in der Anfangszeit waren Libertäre und Anarchisten in der Bewegung aktiv. Noch immer betonen die französischen Sonnenanbeter, dass sie mehr als nur Nudisten sind, dass hinter ihrem Lebensstil eine Geisteshaltung steckt.

Der Schwerpunkt der Ausstellung liegt auf einer Reihe von Gemeinschaften, die innerhalb der französischen Naturismus-Bewegung entstanden sind, darunter der Pariser Sparta-Club, der 1928 eröffnete, die im Mittelmeer gelegene Île de Levant, auf der die Durville-Brüder 1931 Heliopolis, das erste europäische Naturistendorf, gründeten, und das Centre Hélio-Marin Montalivet, ein riesiger FKK-Campingplatz an der Atlantikküste.

Die schillerndste der Gründungen aber liegt am Cap d'Agde an der Mittelmeerküste nahe Montpellier. Dort hat sich eine regelrechte Naturisten-Stadt entwickelt. In der Ausstellung zeigen Fotografien den Alltag dort: Nackte beim Autowaschen, Nackte beim Schlendern, eine Nackte unter der Trockenhaube beim Friseur. Zwei Winzer hatten die Entwicklung angestoßen. Mitte der Fünfzigerjahre beobachteten Paul und René Oltra zufällig deutsche Zelter, die unbekleidet im Mittelmeer schwammen. In der Nähe eines ihrer

Weinberge eröffneten die Brüder ein einfaches Camp, das zum Anlaufpunkt der Nacktbader wurde. Sie bauten ein Meerwasserschwimmbad, Restaurants, einen Lebensmittelladen und Bungalows, ihre Mutter Francesca kochte für die Camper.

In den Sechzigerjahren geriet Frankreichs Tourismusbranche unter Druck, viele Urlauber wanderten nach Spanien ab, wo neue, moderne Hotelbauten entstanden waren. Die Regierung hielt mit einem Förderprogramm dagegen, von dem die Oltra-Brüder kräftig profitierten. Sie beauftragten den Architekten François Lopez, der für sie einen avantgardistischen, im Halbrund angeordneten Komplex aus Terrassenhäusern entwarf. Mit seiner zeitgenössischen Betonarchitektur änderte sich auch der Geist am Cap d'Agde.

Die freie Liebe zog ein in die Naturistenwelt, Swingerklubs machten auf, an der „Schweinebucht“ traf man sich nun zum anonymen Sex. Von der Askese, die die Freikörperkultur in ihrer Anfangszeit prägte, war nun nichts mehr zu spüren. Der Schriftsteller Michel Houellebecq wurde später zum begeisterten Chronisten der Ausschweifungen am Cap d'Agde.

Die Ausstellung im Mucem feiert die Naturisten-Bewegung und ihren Freiheitsdrang. Negative Aspekte wie Voyeurismus oder Missbrauch werden in der Schau ausgespart. Problematisiert wird aber ein Konformitätsdruck, gegen den auch die Naturisten oft machtlos sind. Die Fotografien in ihren Zeitschriften machen es deutlich: Inszeniert werden meist Idealkörper, gestrafft, athletisch, ohne Makel. Was natürlich erscheinen soll, wirkt oft gestellt.

Berichtet wird in der Ausstellung aber auch von einer neuen Gegenbewegung. Für eine Kampagne gegen „Bodyshaming“ haben sich Aktivisten, deren Körper den Idealbildern nicht entsprechen, in selbstbewussten Posen ablichten lassen. Engagiert kämpfen die jungen Naturisten aber auch darum, ihren Lebensstil nicht mehr nur hinter den Mauern eines Feriendorfs oder Campingplatzes praktizieren zu dürfen, sondern auch in den Städten. Gemeinsam sind sie etwa nackt durchs Pariser Palais de Tokyo gezogen. Wieder andere organisieren Partys, auf denen nackt getanzt wird. Ihr Traum ist ein Land, in dem jeder überall und zu jeder Zeit die Hüllen fallen lassen kann.

Die Ausstellung „Paradis naturistes“ wird bis zum 9. Dezember im Mucem in Marseille gezeigt. Der umfangreiche Katalog kostet 35 Euro.



Americana

Von Frauke Steffens

Prärieperle, Güterwaggons, Amerikaner, die während der Großen Depression leiden, und Soldaten, die am europäischen Strand landen: Schon die ersten, schnell geschnittenen Sequenzen des neuen Wahlkampfvideos von Kamala Harris sollen Gefühle hervorrufen – patriotische Gefühle, Stolz. „Freedom“ singt Beyoncé, es ist kein leichtfüßiger Song, sondern einer, der vom Überwinden der Hindernisse handelt, mit Anklängen an ein altes Spiritual, aber doch kraftvoll und auch tanzbar, dass sich dazu feiern lässt. Das Video lief erstmals auf dem Parteitag der Demokraten in Chicago. Es versammelt anheimelnde und stolze Momente: Familien, die sich umarmen, Frauen, die boxen und Babies pflegen, Bauarbeiter, die die amerikanische Flagge hissen. Und immer wieder: Demonstranten, für Black Lives Matter, für Schwangerschaftsabbrüche, für LGBTQ-Rechte. Der politische Gegner kommt nur kurz vor, in einer Sequenz stürmen Trumps Anhänger das Kapitol in Washington, und Kamala Harris kommentiert: „Er will uns zurückführen, aber wir bewegen uns nicht zurück.“ Beyoncé's Song kam schon in ihrem ersten Werbespot vor. Im neuen Video ist auch der Schauspieler Jeffrey Wright zu hören, der für „American Fiction“ für einen Oscar nominiert war. Auf die heroischen Bilder des Zweiten Weltkriegs folgen Mondlandung und ein paar Windräder, und Wright sagt: „Faschismus: Haben wir besiegt. Mond: Sind wir drauf gelandet. Zukunft: Bauen wir auf.“ In den USA geht es im Wahlkampf noch mehr um Stimmungen als anderswo, die Präsidentschaft verlangt die Inszenierung einer charismatischen Persönlichkeit, detaillierte Programmatik rückt oft in den Hintergrund. Die Wahlkampf-Videos sollen daher ähnliches leisten wie die Werbung in der Halbzeit beim Super Bowl: Sie müssen spektakulär und einprägsam sein, idealerweise auch humorvoll. Und irgendwie sollen sie dem Wahlvolk einen positiven Spiegel vorhalten, die Menschen so zeigen, wie sie sich selbst am liebsten sehen – als hart arbeitende Familien, die für eine gute Sache eintreten. Konflikte sind deshalb vor allem historisch konnotiert. Proteste kommen zwar vor, aber nur zurückliegende oder jene, bei denen man sich auf der richtigen Seite wähnt. Black-Lives-Matter-Märsche werden zum Symbol der amerikanischen Freiheit schlechthin, während der aktuelle Protest derzeit vor den Toren der Arena in Chicago, bei dem Tausende gegen Amerikas Unterstützung des israelischen Krieges in Gaza demonstrieren und gegen die Haltung von Partei und Vizepräsidentin, nicht vorkommt. Patriotismus geht vor: Einigkeit soll heißen, Differenzen zu überbrücken, auch wenn sie in Wahrheit zu groß sind. Dass die Partei den Nationalstolz nicht den Republikanern überlassen will, ist nicht neu. „USA, USA“ wurde schon vor Trumps Präsidentschaft auf Parteitagen der Demokraten gerufen. Man muss vielleicht Amerikaner sein, um sich von der Americana-Salve im Video mitgerissen zu fühlen. Aber weil er ja auch nur den Amerikanern gefallen muss, macht der Spot vieles richtig – wie ein gelungener Superbowl-Werbefilm.

New Institute stellt Fellowship-Programm ein

Die 2016 von dem Unternehmer Erck Rickmers initiierte The New Institute Foundation gGmbH wird ihr Fellowship-Programm im Sommer 2025 einstellen. Das offensiv beworbene Vorhaben, Akademiker verschiedener Disziplinen mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Medien und Kultur zusammenzubringen, wird damit vorzeitig beendet. Man habe die „ambitionierten Ziele nur teilweise erreicht“, heißt es in einer Pressemitteilung, und Rickmers gibt zu Protokoll: „Ich bitte um Nachsicht dafür, dass wir die Erwartungen, die wir geweckt haben, nicht erfüllen konnten.“ Die Frage, die sich nun stellt: Was bleibt vom New Institute, wenn es keine Fellows mehr gibt? F.A.Z.



Um den und auf dem Bosphorus spielt ein Großteil des Romans: Blick unter der Fatih-Sultan-Mehmet-Brücke hindurch auf die Brücke der Märtyrer des 15. Juli Foto Frank Röth

Wunderbar und wunderbarlich

Ein literarischer Brückenschlag über ein Jahrhundert, zwei Generationen und den Bosphorus hinweg: David Wagners türkisch-türkischer Roman.

David Wagner ist nicht eben bekannt für metafictionale Mätzchen. Schon sein Debütroman, „Meine nachtblaue Hose“, vor fast einem Vierteljahrhundert erschienen, war eng an die Biographie des damals noch nicht dreißigjährigen Autors angeschmiegt und ließ daran auch keinen Zweifel. Mit „Vier Äpfel“, 2009 erschienen, wiederholte sich das – darin war ein erwachsenes Ich, hinter dem auf Schritt und Tritt durch die Einkaufswelt eines Supermarkts unverfremdet dessen Autor hervorlugte, Thema, und konsequenterweise gab Wagner danach das Romanschreiben auf und publizierte jene beiden autobiographischen Bücher, die ihm großen Publikumerfolg und etliche Preise einbrachten: „Leben“ über seine Lebertransplantation und „Der vergessliche Riese“ über seinen sich in Demenz verlierenden verwitweten Vater. Dazu kamen über die Jahre noch allerlei Publikationen unterschiedlichsten Umfangs, die aus der von Wagner geschätzten Position eines Flaneurs geschrieben waren. Und zuletzt ein kleines Weihnachtsbuch, „Alle Jahre wieder“, das als Telefongespräch zwischen einem Erzähler und dessen Tochter, einer Studentin, gearbeitet ist. Wer Wagners Leben über dessen Bücher verfolgt hat, der wusste, dass auch diese Konstellation und die Haltungen der beiden Protagonisten der Wirklichkeit entsprachen. Was wir nicht wissen konnten, ist, ob das Telefongespräch selbst einen realen Hintergrund hat.

Genauso wenig wissen wir es über das sich jahrelang hinziehende Gespräch zwi-

schen Verkin und David, den Protagonisten jenes Buchs, das von Wagner nach fünfzehn Jahren Pause wieder einmal als Roman ausgewiesen wird und gerade erschienen ist. Verkin ist eine 1946 in der Türkei geborene Armenierin, Tochter der wohlhabenden Unternehmerfamilie Kasapian, die ihren Namen nach dem Genozid an ihrer Volksgruppe zu Kasapoğlu hatte turkisieren lassen, um keine Aufmerksamkeit zu erregen. David wiederum ist ein deutscher Schriftsteller, der in so ziemlich allem David Wagner gleicht – gerade auch in seiner Liebe zur Türkei.

Der Roman erzählt denn auch neben der Geschichte der Titelfigur, die sich vor allem aus deren eigenen Gesprächen mit David zusammensetzt, eine Geschichte der Türkei über mehr als hundert Jahre hinweg. Durch Verkins Berichte über ihre Vorfahren bekommen wir die erste Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts in den Blick, durch ihre eigenen Erlebnisse die zweite, und das bisherige einundzwanzigste kommt in besonders ambivalenter Weise vor, weil diese grundsätzliche Dame in ihren mittlerweile Sechzigern und Siebzigern auf die aufgeklärteste Art und Weise über die Zustände in ihrem Land spricht, gleichzeitig aber dessen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan unterstützt. Wagner macht daraus weder ein Drama, noch wird die Haltung von seinem Icherzähler hinterfragt. Dieses Buch nimmt Verkin, wie sie ist. Und sie ist eben manchmal wunderbar und manchmal wunderbarlich.

Männer hatte sie im Laufe ihres Leben mehr, als ihre Hände Finger haben, die meisten hat sie überlebt, einige treten aber auch noch auf in „Verkin“, sind zu Gast bei der Verflommenen auf der Terrasse von deren Luxusbehausung in Tarabya auf der europäischen Seite Istanbuls hoch über dem Bosphorus, von der aus die neuen Brücken in den Blick genommen werden können – jede weitere verändert die Stadt Istanbul und damit auch die Türkei und damit auch das Leben von Verkin und damit auch diesen Roman. Der selbst Brücken schlägt: wie erwähnt über die Zeit, aber auch zwischen Verkin und ihrem eine Generation jüngeren und deshalb ebenso wissbegierigen wie manch-

mal naiven deutschen Gesprächspartner und eben auch über den Bosphorus hinweg, der im Laufe der Handlung etliche Male überquert wird, und jedes Mal ist das Anlass für neue alte Geschichten. Irgendwann erstet Orpheus wieder auf bei einem Ausflug von Verkin mit David, und ein anderes Mal sagt er zu ihr: „Unsere Fährfahrt ist eine Erinnerungsfahrt, einmal durch dein Leben, Verkin. Und durch die Leben davor. Und durch dreitausend Jahre Stadtgeschichte am Bosphorus.“ Das ist auch das Programm dieses türkisch-türkischen Buchs, einer Road Novel auf Land- und Wasserstraßen und auf verschlungenen Gedächtniswegen.

Die immer wieder Gebiete erschließen. Vor einigen Jahrzehnten hatte Verkin einen deutschen Geliebten, Reinhart, auch der ein Schriftsteller, er lebt sogar noch. Und auch er hat über Verkin geschrieben, und als David sie darauf anspricht, dass sie darin unter ihrem echten Namen auftrete, antwortet sie ihm: „Wieso sollte er ihn ändern und sich einen anderen, am Ende unpassenden Namen ausdenken, wenn er doch etwas über mich schreiben möchte? Mein Name ist mein Name, warum sollte diese Verkin, die ich mein ganzes Leben lang zu sein versuche, in einem Buch einen anderen Namen tragen? Sie ist doch nur eine Figur!“ Nie war Wagner metafictionaler, denn natürlich gibt es keine reale Verkin Kasapoğlu. Und doch gelingt es ihm, diese Figur so glaubwürdig darzustellen, dass man sie sprechen zu hören meint. Sich bewegen zu sehen meint. Sich in sie verlieben zu können meint. Wobei da der Himmel vor sein möge, denn Verkin hat auch etwas von der Natur der Gottesanbeterin. „Sie hat das Überlebensegen“, sagt ein türkischer Freund, „sie ist die größte türkische Surrealistin, sie schwebt über den Dingen.“ Und alles unter ihr ist eben Unterwelt.

David ist dem Charme dieser Frau, die er durch Zufall auf einer Berliner Party kennengelernt hat, vollkommen verfallen, aber daraus entsteht nichts Amouröses. Das Prickeln zwischen beiden entsteht im Gespräch miteinander, wofür der Deutsche nach einigen Jahren regelmäßiger Besuche in Istanbul sogar Türkisch zu lernen beginnt. „Verkin“ ist in

weiten Teilen ein Dialogroman, wie es schon „Alle Jahre wieder“ war, und Wagners besondere Kunst liegt darin, trotzdem szenische Schilderungen der Metropole Istanbul einzustreuen (die durch den Verzicht auf Anführungszeichen bei wörtlicher Rede bisweilen ansatzlos in die Gespräche überzugehen scheinen). Oder kleine Beobachtungen seines Icherzählers, deren Wiedergabe gegenüber Verkin der sich verknüpft. So entstehen einzelne Nebenfigurenzeichnungen, die zum Schönsten gehören, was man in jüngerer Zeit gelesen hat, etwa die von Verkins Haushälterin Nervin. Ohne sie und ihre praktische Klugheit wäre „Verkin“ weniger reizvoll zu lesen, weil so neben dem zentralen *power couple* noch eine stille Kraft agiert, die in Erinnerung ruft, dass so ausschließlich märchenhaft abenteuerlich, wie das Schicksal der Titelfigur mitspielt, kein Leben beschrieben werden kann. Zumindest keines in einem Roman, der nicht als Fantasy abgetan werden will.

Andere Figuren dagegen werden sofort wieder verabschiedet, obwohl sie größtes Romanpotential besäßen. So Verkins jüngerer Bruder, von dem wir nicht einmal den Namen erfahren, nur so viel aus ihrem Munde: „Er ist nicht wichtig. Zwischen mir und ihm war es ganz einfach: ich war der Junge, er das kleine Mädchen meiner Mutter. Und das ist so geblieben. Falls du mal ein Buch über mein Leben schreiben solltest, kannst du ihn weglassen. Er spielt keine Rolle.“ Und David denkt sich: „Verkin hat gerade eine Figur aus ihrem ungeschriebenen Familienroman gestrichen.“ Aber dann hat er ihn geschrieben, und der Bruder bekommt darin eine Rolle – diese winzige, aber wichtige im großen Wurf, der „Verkin“ ist. ANDREAS PLATTHAUS



David Wagner: „Verkin“. Roman. Rowohlt Verlag, Hamburg 2024. 399 S., geb., 20,- €.

Der beste Satiriker von allen

So viele Fragen: Zum hundertsten Geburtstag von Ephraim Kishon legt Silja Behre eine Biographie vor

Von Dezső Kosztolányi (1885 bis 1936), einem der beliebtesten Feuilletonisten der ungarischen Zwischenkriegszeit, stammt die 1935 publizierte Erzählung „Das Manuskript“. Darin beschreibt der Dandy Kornél Esti, wie ihm eine Dame der Budapester Gesellschaft das Manuskript eines selbstverfassten Romans zur Beurteilung gibt. Da sie ihn immer wieder nach seiner Meinung zu dem Text fragt, gibt er irgendwann vor, ihn gelesen zu haben. Er manövriert sich durch das Gespräch, entlockt der Autorin Details der ihm ja unbekannt Handlung, die er dann kommentiert. Am Ende ist die Autorin zufrieden, und Esti ist sich bewusst, „hart gearbeitet“ zu haben. Das Manuskript zu lesen, so schließt die Erzählung, „wäre allerdings noch härtere Arbeit gewesen“.

Wer mit dem literarischen Werk des am 23. August 1924 in Budapest geborenen Ephraim Kishon einigermaßen vertraut ist, wird Grundzüge von Kosztolányis Text in einer späteren Geschichte des israelischen Satirikers wiederfinden: „Wie man ein Buch bespricht, ohne es zu lesen“ handelt von einer Begegnung des Erzählers mit dem auch aus anderen Texten Kishons vertrauten Schriftsteller Tola'at Shani. Wieder wird ein Manuskript übergeben und bleibt ungelesen, wieder kommt es zum Gespräch zwischen einem vermeintlichen Leser und einem urteilsbegierigen Autor. Doch wo bei Kosztolányi die Form gewahrt wird und das Gespräch ein höfliches, vorsichtiges Abtasten ist, kommt es bei Kishon zu einer zunehmend aggressiven Diskussion, in der kurioserweise der Nichtleser die Deutungshoheit über den Text und die Figuren beansprucht, während der Autor sich immer höhnischer zu dem von ihm ja eingeforderten Urteil verhält. Am Ende steigert sich der Spontanrezensent in eine Tirade gegen den Roman hinein: „Kein Mensch“ werde das verpöflichte Buch lesen, „auch ich habe es nicht gelesen!“ Der Erzähler rauscht ab, Tola'at Shani bleibt zurück. „Wahrscheinlich sitzt er immer noch dort, der Idiot“, beendet der Erzähler seinen Bericht: „Recht geschieht ihm.“



Silja Behre: „Ephraim Kishon“. Ein Leben für den Humor. Biographie. Verlag Langen Müller, München 2024. 416 S., Abb., geb., 25,- €.

Der Vergleich dieser beiden Texte lässt nicht nur ahnen, welche Rolle die Budapester Kultur, in der Kishon aufgewachsen war, noch für den seit 1949 in Israel lebenden Autor spielte. Er zeigt auch ein Verfahren auf, das den Satiren, mit denen er auf dem deutschen Buchmarkt sensationelle Erfolge feierte, zugrunde liegt: Kishon, dessen Werk eine Gesamtauflage von derzeit 34 Millionen Exemplaren aufweist, geht von alltäglichen Situationen aus und lässt sie, meist dialogisch, eskalieren, bis ihre Strukturen übergrößt zutage treten. Kishons Figur, der hochstapelnde Rezensent, könnte nicht engagierter sein, wenn er das Buch, über das er spricht, auch gelesen hätte, mehr noch, aus der Nichtlektüre erwächst ihm im Geist ein eigenes Werk, das er leidenschaftlich gegen die Ansprüche des Urhebers verteidigt.

Die Historikerin Silja Behre, die pünktlich zu Kishons hundertstem Geburtstag am morgigen Freitag eine verdienstvolle Biographie des Autors vorgelegt hat, stellt darin das Verhältnis von Kishons Texten und seiner Rezeption in Deutschland in den Mittelpunkt. Ohne Kosztolányi als Vorbild ausdrücklich zu erwähnen – sie wählt andere, ebenfalls erhellende Beispiele –, beleuchtet sie

den Transformationsprozess, den der von den Nationalsozialisten verfolgte jüdische Autor, der in der Nachkriegszeit in Ungarn eine Karriere als Satiriker anstrebte, in Israel durchmacht.

Das beginnt mit einer Namensmetamorphose noch in Ungarn (von Ferenc Hoffmann über Ferenc Hont bis Ferenc Kishont), die sich im Sprachwechsel fortsetzt: Der Flüchtling schreibt, angekommen in Israel, für eine dortige ungarischsprachige Zeitung, lernt wie besessenen Hebräisch und darf von 1952 an in der Zeitung „Maariv“ eine Kolumne in der Landessprache schreiben, für etwa



Ephraim Kishon, um 1970 Foto Interfoto

dreißig Jahre. Er nimmt die Außenseiterperspektive des Neunkömlings ein, die besonders bürokratische Wunderlichkeiten markiert, bevor sein Blick später die nach ihm ins Land gekommenen jüdischen Migranten trifft. Dass er in seinem literarischen Werk auf Themen und eigene Stoffe zurückgreift, die teils noch aus der Zeit in Ungarn stammen, etwa die bittere Satire von der Jagd auf Glatzköpfe, die viel später den Roman „Mein Kamm“ grundieren wird, beleuchtet die Biographin auch.

Behre wählt für ihr Buch eine ungewöhnliche Struktur: Sie erzählt Kishons Leben nicht chronologisch, sondern thematisch entlang bestimmter Fragen zum Werk und dessen Rezeption, sodass wichtige biographische Fakten etwa zur Familiengeschichte mitunter erst gegen Ende des Textes gebracht werden. Das ist kein großes Manko, da sie umso konzentrierter die Publikationsgeschichte seiner Bücher erzählt, die erstaunliche Zusammenarbeit mit dem Verleger Herbert Fleissner (der auch Franz Schönhubers „Ich war dabei“ publizierte) oder das Verhältnis zum Autor Friedrich Torberg beleuchtet, der nach englischen Übersetzungen einen eher unpolitischen Kishon für den deutschen Markt schuf und dabei die Formulierung „die beste Ehefrau von allen“ erfand, und nach den Rezeptionsbedingungen des deutschen Buchmarkts fragt, der Kishons Alltagsgeschichten aus Israel schätzt, aber dem Autor, der für die Siedlungspolitik eintritt und die Todesstrafe für Terroristen fordert, zunehmend irritiert begegnete – bis der Verlag in einer Werbeanzeige seinen Autor als „deutsch“ bezeichnete.

All das steht auf der Habenseite des Bandes, der sich einem fleißigen Archivstudium und zahlreichen Gesprächen mit Zeitzeugen verdankt. Etwas mühsam zu lesen ist die Biographie dagegen durch die vielen eingestreuten Fragen (etwa die immer wieder gestellte nach dem Weg des Flüchtlings zum gefeierten Autor oder auch nur „Wie ging es weiter?“) und einige inhaltliche Redundanzen, manchmal im Abstand von wenigen Druckseiten. Das wird man verschmerzen angesichts der Fülle von Anregungen, die der Band zur Relektüre eines Autors gibt, dessen Wirkung langsam schwindet. TILMAN SPRECKELSEN

Plädoyer für die Versenkung

Mitten ins Leben hinein: Charly Hübner erklärt uns seine Bewunderung für den Schriftsteller Uwe Johnson

Beginnen wir einmal mit der Langsamkeit. Was geschieht eigentlich, wenn wir lesen, das Tempo der uns umgebenden Geschäftigkeit drosseln, den Atem ruhiger werden spüren und versuchen, vor allem ein Aufnahmegerät für die gedruckten Seiten in unseren Händen zu werden? Nun ja, was geschieht, hängt wesentlich vom Text ab, der vor uns liegt. Der amerikanische Schriftsteller William Gaddis hat einmal gesagt, die meisten Menschen lassen „mit der Oberfläche ihres Geistes“, und für die wolle er nicht schreiben, seine Bücher seien für die wenigen anderen gedacht, die Ernsthaften, Hartnäckigen, und als einer seiner Romanfiguren, einem Schriftsteller, vorgeworfen wird, seine Bücher läsen sich aber ziemlich schwer, da heißt die Antwort: „So schwer, wie ich sie eben machen kann.“

Der Schauspieler Charly Hübner hat jetzt ein Buch über Uwe Johnson geschrieben, den „Autor seines Lebens“, und auch wenn es im besten Sinn ein sehr

leichtes Buch ist: Die Langsamkeit beim Lesen gehört auch für Hübner ins Zentrum des Interesses. Als Beispiel nimmt er den berühmten Anfang der berühmten (aber vielleicht doch nicht mehr so viel gelesenen) „Jahrestage“, Johnsons Opus magnum: „Lange Wellen treiben schräg gegen den Sand, wölben Buckel mit Muskelsträngen, heben zitternde Kämme, die im grünen Stand kippen ...“

Es brauche Zeit, schreibt Hübner, die einzelnen Bilder wahrzunehmen und dann auch noch darüber nachzudenken, was sie bedeuten und welche fiktionale



Charly Hübner: „Wenn du wüsstest, was ich weiß ...“. Der Autor meines Lebens. Suhrkamp Verlag, Berlin 2024. 125 S., geb., 20,- €.

Welt sie eröffnen, welchen Ton sie setzen. Hübner unterbricht sich in seinem schmalen Buch immer wieder selbst und notiert dann eine Art Gedankenprotokoll, fast so, als wollte er jede Idee im Entstehen festhalten, bevor schon die nächste wellenleuglich auftaucht und die Vorgängerin verdrängt. Hier folgt eines aus dem anderen, und das klingt so: „+++ Wer oder was macht hier ein Geheimnis? +++ Die Welle kann aus sich heraus kein Geheimnis machen, das kann nur ich darin suchen oder sehen +++ Ein Sinnbild also, ein Sinnbild wofür? +++ Für das Leben an sich? Für ein Menschenleben? Für die vergehende Zeit, die alles in sich verschwinden lässt, ob man es nun mitbekommt oder nicht? +++ Oder ist es nur das Sinnen der Zeit, und das Krachen der Welle signalisiert den Takt dazu?“ Man sieht an diesen Gedanken, wie einerseits bodenständig und direkt, andererseits absolut ernsthaft und ohne Angst vor Untiefen Hübner seinen Lieblingsautor schüttelt, um zu sehen, ob

und wie irgendwo Sinn herauspurzelt. „Nur in der Langsamkeit ist die Ungeheuerlichkeit dieses Anfangs zu kapieren“, schreibt er. „Sie ist der Schlüssel – da entsteht sein Sog.“

Charly Hübner hat verschiedene Gründe, über Uwe Johnson neu nachzudenken. Er kommt aus derselben Gegend, hier spricht ein Mecklenburger über den anderen. „Weltliteratur aus der Heimat also? Das war neu. Das war ungläubwürdig. Das war wirklich cool.“ Zweitens hat die Johnson-Lektüre sein Aufwachen begleitet, seinen Begriff der beiden deutschen Staaten beeinflusst und ihn in das Nachdenken über Ost und West, den Kalten Krieg und politische Zusammenhänge getrieben. Hübners Wahrheitsbegriff orientiert sich an der komplexen Wahrheitssuche von Uwe Johnson, nicht an Slogans, mit denen *global news* verhandelt werden. Und dann ist da, drittens, Gesine Cresspahl aus den „Jahrestagen“, die Ende der Sechziger in New York und mit der täglichen Lektüre

der „New York Times“ ihre eigene mecklenburgische Geschichte in den Blick nimmt – ostdeutsche Provinz, durch die Optik der in Schlagzeilen verwandelten Weltpolitik betrachtet. Hübner erkennt darin uns alle, die wir unser Leben bestreiten und Sinn daraus zu gewinnen versuchen, das Kleine immer neben dem Großen und oft im Widerspruch dazu.

Viertens, und das ist der Adelsschlag: Uwe Johnson ist das, was Charly Hübner einen „TimeWriter“ nennt. Wenn man das Gefühl haben könnte, das Leben rausche nur so an einem vorbei und „die besten Ideen zögen weiter“, weil man sie eben nicht festhalten kann im Strudel der Dinge, ist hier der Gegenpol, die ordnende Hand: der Sammler. Kürzlich hat Hübner zusammen mit Caren Miosga die „Jahrestage“ als Hörbuch eingelefen. Für einen Schauspieler ist das der härteste, der schwierigste Test. Und Johnson zwingt ihn zum Umdenken. „Geht man in die Ruhe, in die Aufmerksamkeit, so wie er

den Figuren gegenüber aufmerksam war, und trifft seinen Rhythmus, sein Tempo, dann trägt er einen. Aus Buchstaben werden Nahaufnahmen, aus Wörtern Straßenzüge, aus Sätzen Panoramen.“

Die kleine Lese- und Versenkungsschule, die Hübner mit seinem Buch erichtet, gehörte einmal zum Ideal einer Philologie, der ihre Gegner Trockenheit und Realitätsferne nachsagen – und die hier so leidenschaftlich, so lebensnah vertreten wird wie selten. Es ist, als könnten wir dem Einsickern großer Texte in das Bewusstsein eines sehr heutigen Menschen zuschauen, und Charly Hübner erzählt uns, was dabei geschieht. Der Mensch Uwe Johnson, der schwierige und immer wieder unnahe Autor, der knorrige Mecklenburger, wird dabei aus Respekt in Ruhe gelassen, denn auf ihn soll es nicht ankommen. Die Botschaft dieses beschwingten, erhellenden Buches lautet: Lest selbst! Lest ihn. PAUL INGENDAAY

Freuds Schändung

Antisemitismus – ein Symptom wofür?

„Die Stimme des Intellekts ist leise“ stand bis vor wenigen Tagen auf dem Denkmal für Sigmund Freud im gleichnamigen Wiener Park. Nun ist die Inschrift überschmiert. „Das Schweigen ist leise“ steht dort jetzt. Unter den Lebensdaten Freuds prangt das Wort „pervert“, Perverser. Freud war nicht nur der Begründer der Psychoanalyse, sondern auch Jude. Und so sehr man sich auch eine Spekulation über das Motiv des Täters versagt, lässt sich doch zu diesem Anlass abermals an den Zusammenhang von Hass auf die Psychoanalyse und Antisemitismus erinnern.

Im Juli 2023 hielt die Psychologin und Antisemitismusforscherin Ilka Quindeau die Frankfurter Adorno-Vorlesungen unter dem Titel „Spuren des Anderen: Antisemitismus aus psychoanalytischer Sicht“. Darin erinnerte sie daran, dass Theodor W. Adorno den Antisemitismus als einen Ausdruck des Irrationalen betrachtete. Antisemitismus sei deshalb nicht mit Argumenten zu bekämpfen; er sei keine Meinung, die rational widerlegbar sei. In seinem Aufsatz „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit“ aus dem Jahr 1959 erklärt Adorno, dass der Hass auf die Psychoanalyse „unmittelbar eins“ mit dem Antisemitismus sei – und das „keineswegs bloß weil Freud Jude war, sondern weil Psychoanalyse genau in jener kritischen Selbstbesinnung besteht, welche die Antisemiten in Weißglut versetzt“. Für Adorno ist die Psychoanalyse damit ein Aufspüren und Hinterfragen des Anderen der Vernunft: des Irrationalen. Sie ist demnach ein Angriff auf die Rückzugsorte antisemitischer Reflexe in uns selbst.

Ilka Quindeau fügt Adorno eine andere Perspektive hinzu. Während dieser als der Sozialphilosoph, der er war, das Irrationale als das „Andere der Vernunft“ ausmacht, sieht die Psychologin Quindeau den Antisemitismus im Anderen des Bewussten verankert: im Unbewussten. Diese Verschiebung in der Fragestellung nach dem Ursprung des Antisemitismus ist relevant. Quindeau hinterfragt, ob antisemitische Einstellungen, wie Adorno mit seiner Theorie des autoritären Charakters annimmt, tatsächlich eine charakterliche Disposition, eine Ich-Schwäche für antisemitische Vorurteile sind und damit in der Persönlichkeitsstruktur des Einzelnen angelegt sind – oder ob Antisemitismus vielmehr eine psychische Funktionsstelle besetzt, die das verdeckte Andere repräsentiert. Und als solches jene Formen von Ressentiment und Aggression annimmt, mit denen die Seele ihren eigenen Abgründen begegnet. Insofern plädiert Quindeau dafür, dass Antisemitismus kein spezifisches Merkmal bestimmter Charaktere ist, sondern tatsächlich eine funktionale (genauer gesagt: dysfunktionale) Reaktion auf psychische Konflikte darstellt. Die Unfähigkeit, mit dem Anderen des „Anderen“ umzugehen, ist dabei zentral. Diese Ambiguitätsintoleranz fasst Quindeau als typisch für antisemitische Ideologien.

Auch wenn wir weder Quindeau noch Adorno in ihren Deutungen über die Ursprünge des Antisemitismus uneingeschränkt folgen müssen, lohnt es sich, auf das hinzuweisen, was sie eint – und damit auf Freud zurückzukommen. Trotz ihrer unterschiedlichen Ansätze sehen sowohl Adorno als auch Quindeau in Freuds Psychoanalyse einen wichtigen Gegenspieler zu antisemitischen Einstellungen, weil sie eine kritische Befragung des Selbst darstellt, eine „kritische Selbstbesinnung“, wie Adorno sagt. Sie zwingt den Einzelnen, verborgene Aspekte des Selbst als Reaktionen zu begreifen und so eben auch Antisemitismus in seiner individualpsychologischen Komplexität wahrzunehmen. Tatsächlich würde hier eine doppelte Aversion gegen Selbstkritik fassbar: die Ablehnung von Judentum und Psychoanalyse erscheint als strukturanalog.

Wie der Kampf gegen den Antisemitismus ist auch die Psychoanalyse als gesellschaftliches Projekt (selbst wenn sich ihre Methoden weiterentwickeln mögen) unabgeschlossen. Sie zielt auf einen Kampf, der nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt der Biographie entschieden ist, sondern im fortgesetzten Wechselspiel zwischen Bewusstheit und unbewussten Antrieben symptombildend wirkt.

Die Schändung des Denkmals für den Begründer der Psychoanalyse gibt Anlass, die Frage nach den Gründen und Ursprüngen des heutigen Antisemitismus abermals aus tiefenpsychologisch zu stellen: als Symptom jeweils wofür? Der zweite Teil von Freuds Ausspruch, der nun überschrieben wurde, lautet: „Die Stimme des Intellekts ist leise, aber sie ruht nicht, ehe sie sich Gehör verschafft hat.“ KIRA KRAMER

Warum wählen im Osten Deutschlands so viele die AfD? Nach repräsentativen Bevölkerungsumfragen ist der Anteil der Bevölkerung, der sich für die AfD entscheidet, im Osten mehr als doppelt so groß wie im Westen.

Drei häufig gegebene Antworten scheiden aus, zumindest weitgehend. Anders als eine verbreitete Meinung es will, stehen die Ostdeutschen mit der Demokratie nicht auf Kriegsfuß. Eine überwältigende Mehrheit der Ostdeutschen bejaht die demokratische Regierungsform. Es sind im Osten nicht ganz so viele wie im Westen, aber fast. Etwa 80 Prozent der Ostdeutschen halten die Demokratie für die beste Staatsform, im Westen sind es zehn Prozentpunkte mehr. Die Einschätzung der Regierungsform korreliert im Osten (anders ist es im Westen) nur schwach oder gar nicht mit der Neigung, AfD zu wählen. Das heißt, unter den Wählerinnen und Wählern der AfD gibt es im Osten kaum eine höhere Ablehnung der Idee der Demokratie als im Durchschnitt der ostdeutschen Bevölkerung. Von der Einschätzung der Regierungsform zu unterscheiden ist allerdings die Frage nach der Art und Weise, wie die Demokratie funktioniert. Damit sind im Osten deutlich weniger zufrieden als im Westen.

Ebenfalls nicht zu belegen ist die These, dass die starke Bereitschaft zur Wahl der AfD mit der ökonomischen Schlechterstellung der Ostdeutschen zusammenhängt. Es stimmt, die Einkommen der Ostdeutschen sind auch 35 Jahre nach der Vereinigung noch immer 15 Prozent niedriger als im Westen. Die Vermögenswerte belaufen sich im Westen auf das Zwei- bis Dreifache im Vergleich zum Osten. In den Führungspositionen in den ostdeutschen Ländern sind Ostdeutsche stark unterrepräsentiert. Die persönliche wirtschaftliche Lage hat jedoch kaum einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, rechtspopulistisch zu wählen. Der auffällige Befund ist hier vielmehr, dass es den Menschen im Osten, wie sie selbst sagen, ziemlich gut geht. Zwei Drittel beurteilen ihre wirtschaftliche Situation als gut oder sehr gut, nur geringfügig weniger als im Westen. Das hält sie aber nicht davon ab, die AfD zu wählen. Bei einer Fahrt aufs Land lässt sich dieser Befund leicht bestätigen. Die Dörfer sind im besten Zustand, die Straßen saniert. Vor dem schmucken Einfamilienhaus steht der SUV. Zugleich stimmt fast die Hälfte der Dorfbewohner für die AfD.

Um eine Fehleinschätzung handelt es sich auch, wenn behauptet wird, AfD-Wähler seien schlichtweg autoritär verblendet. Diese These hat zwar die unmittelbar einleuchtende Vermutung für sich, dass die ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürger von einem autoritären Obrigkeitsstaat geprägt wurden und sich von dieser Deformation vielleicht bis heute nicht hätten lösen können. Gegen sie spricht aber, dass viele dieser DDR-Bürgerinnen und -Bürger schon zu DDR-Zeiten die vergreiste Staatsführung verachteten und ihr Selbstbewusstsein gerade aus dem Gegensatz zu den Parteifunktionären aufbauten. Ebenfalls spricht gegen sie, dass das Vertrauen der Ostdeutschen in Autoritäten, Institutionen, gar in den Staat auch heute äußerst gering ist. Eine typisch ostdeutsche Meistererzählung – gut zu besichtigen an der Art, wie etwa der Chef der Lokführergewerkschaft Weselsky argumentiert – lautet: Wir hier unten machen die Arbeit, aber die da oben sind unfähig. Wir sind die kleinen Leute, die sich redlich ihr Geld verdienen, aber da oben wächst der Wasserkopf, den niemand braucht. Unter den AfD-Wählerinnen und -Wählern ist der Anteil derer, die sich einen starken Führer wünschen, zwar etwas höher als im ostdeutschen Bevölkerungsdurchschnitt. Er beläuft sich jedoch auf

In Thüringen, Brandenburg, Sachsen stehen Landtagswahlen an. Im Vorfeld wird erinnert, bilanziert, diagnostiziert, prognostiziert, vor allem viel geschrieben. Der Osten ist mal wieder in. Erklärungen werden gesucht, Zuschreibungen gemacht, Klischees bedient.

Ich denke an ein Fleckchen Erde, rollende Hügel, ein Gebirge, weite Wiesen und Felder, ein unnachahmliches Licht, halb verfallene, halb restaurierte Dörfer und Städte, die deutsche Fachwerkhausstraße, Perlen wie Obercunnersdorf. Ein Fleckchen, von dem die meisten nicht einmal wissen, wo das ist. Die Oberlausitz, über die dieser Tage, drei Wochen vor den Wahlen, ziemlich oft berichtet wird: über das Wahlverhalten der „Ostdeutschen“ in diesem Fleckchen Erde, von dem man meinen könnte, es träfe auch hier zu, was der CDU-Politiker Marco Wanderwitz vor drei Jahren im Vorfeld der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt gesagt hat: Ein nicht unerheblicher Teil der AfD-Wähler im Osten sei „leider dauerhaft für die Demokratie verloren“. Es gebe keine Lösung, außer die Brandmauer möglichst hoch zu ziehen.

Berichtet wird über Sonnenwendfeiern von Neonazis, über tätliche Übergriffe von Rechten in Zittau, über Megaaufmärsche von Rechten in Bautzen beim Christopher Street Day. Das, worüber berichtet wird, ist traurig, schockierend, beängstigend. Und ja, die AfD und die Freien Sachsen werden bei den Wahlen am 1. September hier ganz vorne mitmischen. Das Bild, das gezeichnet wird: Der Osten Deutschlands ist vor allem eines: braun.

Aber es gibt auch das andere, die unzähligen Menschen, die sich engagieren, die zunehmende Zahl an Festivals, Film, Musik, Theater, es gibt die jüdischen Kul-

nicht mehr als etwa 25 bis 30 Prozent. Eine deutliche Mehrheit der Anhänger der AfD lehnt einen starken Führer ab.

Bei der Mehrheit der AfD-Anhänger in Ostdeutschland scheint es sich weder um Modernisierungsverlierer noch um Antidemokraten noch auch um autoritär Verführte zu handeln. Welche sozialstrukturellen, politischen und kulturellen Merkmale aber kennzeichnen sie dann? Wie lässt sich das Erstarken der AfD-Anhängerschaft erklären? Inzwischen gibt es national und international viele sozialwissenschaftliche Studien, die mit diversen Erklärungsansätzen arbeiten. Sie stellen auf die Wirkungen sozialer Ungleichheiten, auf die Angst vor dem sozialen Abstieg, auf die Liberalisierung der Arbeitsmärkte oder den Rückbau demokratischer Institutionen sowie den Bedeutungsgewinn nicht-majoritärer Institutionen wie der Europäischen Union oder dem Verfassungsgericht ab. Besondere Prominenz hat die Hypothese erlangt, dass sich in den westlichen Gesellschaften neben den traditionellen *cleavages* (Spaltung) zwischen Kapital und Arbeit, Stadt und Land, Ökonomie und Ökologie eine neue Konfliktlinie herausgebildet

habe: die zwischen den *anywheres*, die überdurchschnittlich hochgebildet, mobil und in den Metropolen der Welt zu Hause seien, und den *somewheres*, die mit ihrer Herkunft und ihrer Nation stark verbunden, materiell schlechter gestellt und weniger gut gebildet seien.

Im Anschluss an diesen Ansatz hat ein Team von fünf Sozialwissenschaftlern an der Universität Münster, zu dem neben dem Autor Mitja Back, Gerald Echterhoff, Olaf Müller und Bernd Schlipphack gehören, eine repräsentative Studie in ausgewählten europäischen Ländern durchgeführt, deren Ergebnisse vor einem Jahr veröffentlicht wurden. In dieser Studie kommen wir zu dem Ergebnis, dass ein Dreiersyndrom aus Abwehr des Fremden, wahrgenommener Nichtanerkennung und Misstrauen gegenüber Institutionen entscheidend für die Ausbildung rechtspopulistischer Neigungen ist. Menschen, die in Deutschland und anderen europäischen Ländern rechtspopulistische Parteien wählen, haben das Gefühl, die Politik greife auf ihre gewohnte Lebenswelt über. Sie müde ihnen zu, Zuwanderung und die damit verbundene wachsende kulturelle und ethnische Diversität

Warum wählen im Osten so viele die AfD?

Eine Verhärtung des Ressentiments, an dem es im Westen Mitschuld gibt: Was rechtspopulistische Einstellungen in den neuen Bundesländern begünstigt.

Von Detlef Pollack



Landlustlos: die Hauptstraße im thüringischen Tütleben
Foto Maximilian von Lachner

Im deutschen Herbst

Eindrücke aus der Oberlausitz vor der sächsischen Landtagswahl

Von Susanne Schädlich

turtage, eine Umweltbibliothek, die Ausstellung „Toleranzräume“, die gerade in Zittau mitten auf dem Marktplatz steht. Warum nicht vielmehr darüber berichten, über das Bunte, und nicht immer nur über das Braune.

Wir haben ein Ferienhaus dort, wo die rollenden Anhöhen Hügel sind oder ein

Gebirge, wo es weite Wiesen und Felder gibt und ein unnachahmliches Licht, wo jeden Montag Demonstrationen stattfinden, Corona ist das Thema, die Lügen der Politik und Presse, man kennt das und mag es kaum ernst nehmen. Auf den Demonstrationen laufen inzwischen auch Neonazis mit.

willkommen zu heißen, und erwarte von ihnen, sie sollten Migranten mit ihren Steuerzahlungen finanziell unterstützen, neue Geschlechterverhältnisse und alternative Lebensstile akzeptieren und ihren Stolz auf das eigene Land bezähmen.

Zugleich sehen sie sich in einer inferior Position und erleben sich als benachteiligt, als nicht anerkannt und nicht beachtet. Sowohl für das Gefühl der Überforderung als auch für den Eindruck, marginalisiert zu sein, machen sie die Politik verantwortlich. Entsprechend gering ist ihr Vertrauen in die politischen Institutionen und die Regierung sowie ihre Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. In Ostdeutschland sind immerhin etwa zwei Fünftel der Bevölkerung diesem Einstellungssyndrom zuzuordnen.

Auffällig an der Haltung der AfD-Wählerinnen und -Wähler in Ostdeutschland ist, dass sie sich offenbar kaum beeinflussen lässt. Die demokratischen Parteien können die Themen der AfD aufnehmen oder ignorieren, die AfD ausgrenzen oder mit ihr partiell kooperieren, der Anteil der AfD-Anhänger geht kaum zurück. Nazi-Parolen und Skandale schaden der Partei gleichfalls nicht. Es hat sich im Osten eine soziale Affektlage des Protests und der Empörung, des Gekränktheits und des Unmuts, der Erniedrigung und des Aufbegehrens herausgebildet, die sich allen Versuchen von Dialog, Verständigung und Aufklärung verweigert. Man wird von der Verhärtung einer Affektlage des Ressentiments sprechen können, die oft geradezu nach einer Bestätigung ihrer Berechtigung sucht. Ein Symptom dieser Affektlage ist die beachtliche Resonanz, die Dirk Oschmann mit seiner Schmäherede gegen die Westdeutschen im Osten gefunden hat. Seiner Argumentation zufolge waren es die Westdeutschen, welche die Ostdeutschen zu jener verachteten Gruppe gemacht hätten, als die sie sich heute empfinden.

Wie lässt sich dieses Underdog-Syndrom erklären, das zwar nicht die Mehrheit der Ostdeutschen, aber offensichtlich eine beachtliche Minderheit erfasst hat? Die Erfahrungen, die die Ostdeutschen in der DDR gemacht haben und in den Familien bis heute von einer Generation zur nächsten weitergegeben werden, spielen eine Rolle. Es sind dies die Erfahrungen von politischer Ohnmacht, Institutionen-skepsis, Verweigerung und einem moralischen Überlegenheitsgefühl, das sich aus der schon zitierten Abwehr all dessen speist, was von oben kommt. Wichtig ist auch, dass Ostdeutsche über Jahre und Jahrzehnte immer wieder die kaum verborgene Geringschätzung von Westdeutschen zu spüren bekommen haben. Die Ossi wurden als unterindividualisiert, hinterwäldlerisch, arbeitsunwillig und arbeitsunfähig angesehen. Das hat viele der Ostdeutschen, die sich gerade über ihre Arbeitsleistung definieren, tief verletzt. Am bedeutsamsten dürfte aber sein, dass die Ostdeutschen die Umstellung von der ineffizienten Plan- zur kompetitiven Marktwirtschaft, die sie sich 1989 doch sehr gewünscht haben, nicht erfolgreich gemeistert haben. Trotz ihrer hohen Bereitschaft, sich auf die neuen Anforderungen der Marktwirtschaft einzustellen, sich umzualifizieren, Schulungen und ABM-Maßnahmen zu durchlaufen, kam es in Ostdeutschland nicht zu einem selbsttragenden wirtschaftlichen Aufschwung und wanderten viele in die Arbeitslosigkeit oder die Frühverrentung oder aber in den Westen ab.

Das Trauma der Neunzigerjahre wirkt bis heute nach und ist im Grunde noch nicht verwunden. Die Kinder mussten das berufliche Scheitern ihrer Eltern mitansehen. Selbst wenn sie die DDR nicht mehr erlebt haben, verstehen sie sich vielfach als Ostdeutsche, als ir-

AfDler und Freie Sachsen punkten, wenn sie nicht sogar am 1. September durchmarschieren. Im wahrsten Sinne des Wortes. Ein paar Jugendliche am Herrentag, einen Bollerwagen hinter sich herziehend, aus einem Lautsprecher laute Marschmusik aus den Dreißigerjahren. Gruselig. Aber Brandmauer?

Dann dürfte ich mit Nachbarn nicht mehr reden. Aufs Reden aber kommt es an. Am Gartenzaun, an der Feuerschale, wenn die Sommerabende lau sind oder im kühlen „deutschen Herbst“, und schon bekommt diese Bezeichnung eine ganz andere Richtung. In den Gesprächen geht es viel um das Früher und wie es einmal war. „Wenn man nicht gesagt hat, war das Leben gutt, und ich hab nischt gesagt.“

Genau da grätscht man rein, erzählt von der eigenen Familiengeschichte. Es geht um Lebenserfahrungen. Die einen so, die anderen so. Und klar, auch wenn vieles einmal „gutt war“, es war eben auch vieles schlecht. Da kommt keine Ostalgie auf, es gibt keine Sehnsucht, es sind Erzählungen, Geschichten und Geschehnisse. Einfach mal zuhören, die Nuancen heraus hören, Befindlichkeiten nicht abtun als die von ewig Gestrigen.

In den Gesprächen geht es auch um das Heute. Die Agrarpolitik, das Heizungs-gesetz, das 49-Euro-Ticket.

49-Euro-Ticket ohne öffentlichen Nahverkehr? Die Agrarpolitik, die Familienbetriebe in die Knie zwingt? Das Heizungs-gesetz, das Hausbesitzer – und die meisten Menschen auf dem Land haben Häuser – vor Probleme stellt und vor allem Kosten? Für die, die da reden, hat die Ampel an ihnen vorbeigezogen.

Für die, die da reden, gibt es darauf nur eine Antwort: protestwählen, denen in Berlin einen Denkkzettel verpassen.

gendwie anders, als Bürger zweiter Klasse. Eine kleine Gruppe der heute Zwanzig- bis Dreißigjährigen bezeichnet sich sogar als Dritte Generation und erfindet, obwohl sie in der vereinigten Republik längst angekommen ist und alle Rechte und Freiheiten wie ihre westdeutschen Altersgenossen wahrnehmen kann, ostdeutsches Selbstbewusstsein gewissermaßen neu. Für die Formulierung eines ostdeutschen Sonderstatus gibt es einen sozialen Bedarf, der in erster Linie nicht auf materielle Unterschiede zurückgeführt werden kann, sondern vor allem etwas mit der Umbruchs- und Transformationsgeschichte Ostdeutschlands zu tun hat. Diese Geschichte hat Wunden geschlagen, die bis heute nicht verheilt sind.

Materielle Unterschiede spielen allerdings doch eine gewisse Rolle. Es ist nicht die persönliche ökonomische Lage, die hier zu Buche schlägt, sondern der soziale Zustand der Region, in der die Menschen leben. Mehrere Untersuchungen haben gezeigt, dass die Wahrscheinlichkeit, AfD zu wählen, in Regionen, in denen es eine starke Abwanderung gibt, besonders hoch ist. Wenn die Hochgebildeten, die Frauen, die Engagierten abwandern, wenn sich die infrastrukturellen Bedingungen verschlechtern und erst der letzte Bäcker und dann auch die letzte Kneipe schließen, nehmen rechtspopulistische Neigungen zu. Gegenüber der männerdominierten Szene der Zurückgebliebenen gibt es in diesen Regionen nur noch wenig kulturelle Gegenkräfte. Die entvölkerte und entkulturalisierte Landschaft bietet die motivationale Legitimation, die Partei des Protests zu wählen.

Das ostdeutsche Sonderbewusstsein hat also durchaus eine materielle Grundierung. Es ist aber weniger das Ergebnis einer ökonomischen Benachteiligung der neuen Bundesländer oder gar ihrer Kolonialisierung durch den Westen oder einer westdeutschen Stigmatisierung, sondern vor allem das Resultat eines verfestigten Ressentiments, dass sich im Laufe der letzten dreieinhalb Jahrzehnte kumulativ aufgeschichtet hat. In einer kürzlich in der „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie“ veröffentlichten Studie von Julian Heide, Steffen Mau und Thomas Lux („Ost- und Westdeutsche für immer?“) wurden die Deutschen gefragt, ob sich die Ostdeutschen und die Westdeutschen heute noch immer in vielen Dingen unterscheiden und wie stark sie die Konflikte zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen einschätzen. Deutlich mehr Ostdeutsche als Westdeutsche nahmen Unterschiede und Konflikte wahr. Im Westen ging die Konflikt- und Differenzwahrnehmung bei den jüngeren Geburtskohorten zurück, bei den Ostdeutschen stieg sie jedoch an. Es lässt sich nicht feststellen, dass es im Sinne Oschmanns vor allem die Westdeutschen sind, welche die Ostdeutschen zu einer abgegrenzten Gruppe machen, und es lässt sich auch nicht beobachten, dass das Ost/West-Thema bei den Ostdeutschen an Relevanz verliert. Wohl aber spielt es für die Westdeutschen, je jünger sie sind, eine umso geringere Rolle.

Lässt sich aus dem ostdeutschen Fall etwas für den Rechtspopulismus in anderen Ländern lernen? Vielleicht. Zum Beispiel, dass es wichtiger ist, auf die Geschichte und auf die aus ihr resultierenden Kränkungen zu schauen als auf sozialstrukturelle Bedingungen. Lässt sich anhand des ostdeutschen Falles erkennen, was getan werden muss, um rechtspopulistischen Einstellungskomplexen wirksam zu begegnen? Durchaus, denn dann sieht man, dass tatsächlich nur relativ wenig getan werden kann. Die Geschichte lässt sich nicht umkehren.

Detlef Pollack lehrt Religionssoziologie an der Universität Münster. Als Kultursociologe forscht er über die Geschichte der DDR.

Protestwählen heißt AfD wählen oder die Freien Sachsen. Nazis seien sie nicht, sagen die, die da reden.

Genau da grätscht man rein. Aus Protest könne man auch eine andere Partei wählen, die nicht rechts ist oder rechts-extrem. Dass aus Protest rechts zu wählen dazu führen könne, dass die an die Regierung kommen.

Das werde nicht passieren. Ich muss an den Seismologen denken, der mir damals, als ich noch in Los Angeles lebte, im Brustton der Überzeugung sagte, das große Beben werde kommen, aus wissenschaftlicher Sicht gebe es keinen Zweifel. Warum er denn dann weiter in Los Angeles bliebe? Weil er nicht daran glauben wolle, dass das große Beben komme.

Ich denke an eine Begegnung vor der Europawahl in diesem Jahr in der Oberlausitz. Ich stand im Garten. Eine Nachbarin spazierte vorbei, blieb stehen. Gespräch über den Gartenzaun. So ist das hier. Sie sagte, sie frage sich wirklich, was sie diesmal wählen solle. CDU, FDP, SPD, die Grünen. Das ginge doch alles nicht. Die stritten sich doch nur. Ließen sich gegenseitig auf faule Kompromisse ein. Gäben ihre Grundsätze auf. Ganz besonders die Grünen. Aber AfD, das ginge doch auch nicht. Schweigen. Schulterzucken. Dann: Vielleicht wähle sie diesmal einfach Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit?

Tja. Es gibt eben einfach keine einfachen Antworten.

Susanne Schädlich, geboren 1965 in Jena, ist Schriftstellerin. Zuletzt erschien von ihr „Briefe ohne Unterschrift – Wie eine BBC-Sendung die DDR herausforderte“ (Knaus Verlag).

Die Stadt als Inselgruppe

Erstmals seit Mussolini gibt es große Planungen für Italiens Hauptstadt: Das Projekt „Roma 050“ macht Hoffnung auf Verbindendes. / Von Leonardo Costadura, Rom

Die Spur der Verwüstung, die Benito Mussolini in Rom hinterlassen hat, prägt bis heute das Bild des antiken Zentrums. Von 1931 bis 1932 ließ er das Viertel rund um die Via Alessandrina abreißen und den dazugehörigen Hügel der Velia abtragen, um seine geistlose Phantasie eines Prachtboulevards zwischen Kolosseum und Piazza Venezia zu verwirklichen. Auch das Viertel zwischen Kapitol und Marcellustheater, zu dem die Piazza Montanara gehörte – Goethes Lieblingsort in Rom –, fiel der faschistischen Spitzhacke zum Opfer und wich der Via del Mare. Seither liegt das Kapitol entblößt auf einem asphaltierten Präsentierteller, was leider bedeutet, dass kein einziges Gebäude mehr den Blick auf den Altare della Patria, das Nationaldenkmal Viktor Emanuels II., verstellt.

Einmal abgesehen von den Vorteilen, die dieses Ausweiden der Stadt (die Römer sprechen von „sventramento“) für den motorisierten Individualverkehr hat beziehungsweise hatte, könnte man zu seiner Verteidigung den großen Gewinn für die Archäologie ins Feld führen – ein schmaler Trost, denn durch die Zerstörung ging an einem zentralen Ort genau das verloren, was an Rom so einmalig ist: die urbane Komplexität, die Verschränkung und Überschreibung vieler Zeitschichten. Das von Mussolini erzielte städtebauliche Ergebnis ist somit das perfekte Spiegelbild der faschistischen Ideologie: unterkomplex, nur vorgeblich traditionsbewusst, zerstörungswütig. Seit Ende der Siebzigerjahre suchte die römische Stadtregierung nach einem Weg, das Herz Roms den Bewohnern zurückzugeben. Das Progetto Fori, das vorsah, den Boulevard abzutragen und somit einen zusammenhängenden, frei zugänglichen archaischen Park entstehen zu lassen, scheiterte nicht zuletzt am plötzlichen Tod des damaligen Bürgermeisters Luigi Petroselli. 2013 sperrte der Bürgermeister Ignazio Marino die Via dei Fori Imperiali für den Individualverkehr, sodass nur noch Busse und Taxis die nunmehr zur Flaniermeile mutierte Straße befuhren.

Nun, weitere elf Jahre später, nimmt sich Bürgermeister Roberto Gualtieri des Themas erneut an. Anfang April wurde ein Architekturwettbewerb für die Um-

gestaltung des zentralen archaischen Arealen der Stadt entschieden; das römische Studio Labics von Maria Claudia Clemente und Francesco Isidori ging als Sieger hervor. Sie schlagen vor, den bestehenden Stadtraum mit mobilen in Holz ausgeführten Strukturen zu überschreiben. Auf diese Art und Weise soll ein drei Kilometer langer Parcours entstehen, der nicht nur Forum Romanum und Kaiserfora, sondern das gesamte archaische Areal besser miteinander verklammert: vom Circus Maximus bis zum Oppius, vom Caelius bis zum Kapitol.

Die leicht entfernbareren Aufbauten sind ein Zeichen des Respekts gegenüber der Substanz, sie sind aber auch eine Notwendigkeit. Die Fahrbahn der Via dei Fori Imperiali darf nämlich nicht verengt werden, da dort auch in Zukunft die große Militärparade am Tag der Republik, dem 2. Juni, stattfinden können muss. Die Eingriffe, die bis 2027 umgesetzt werden und knapp neunzehn Millionen Euro kosten sollen, werden den Raum und die Mobilität mithin nicht revolutionieren, die Busse werden auch in Zukunft über die Foren fahren.

Diese Maßnahme steht nicht nur im Zusammenhang mit dem Weiterbau der U-Bahn-Linie C, die mit pharaonischem Aufwand unter ebener Via dei Fori Imperiali hindurch nach Westen geführt wird, sondern auch mit einer größeren Suche nach Zukunft in dieser vergangenheitsdominierten Stadt. Zurzeit befeuern diese Suche nicht zuletzt die Mittel aus dem europäischen Wiederaufbaufonds und jene für das heilige Jahr 2025. Es geht auch darum, Rom, das in den vergangenen Jahren fast ausschließlich auf den Massentourismus gesetzt hat, aus einer tiefen Strukturkrise zu führen.

Der Architekt Stefano Boeri stellte Ende Februar zusammen mit Bürgermeister Roberto Gualtieri das Projekt „Roma 050“ vor. Die Kommunalregierung hatte den Schöpfer des begrünten Mailänder Hochhausduos Bosco verticale damit beauftragt, die Zukunftsvision für die Stadt zu entwickeln, die seit Jahrzehnten fehlt – genau genommen seit Mussolini, der mit seiner Dampfrollen-Mentalität der Letzte war, der für die Gestaltung von Rom eine Vision hatte und

diese auch umsetzte. In den Nachkriegsjahrzehnten entstand planlos, in weiten Teilen illegal und nach anarchokapitalistischen Mustern jene 2,7 Millionen Einwohner fassende mediterrane Metropole, deren gesichtsloser Siedlungsbrei die gesamte römische Campagna auffraß, ähnlich wie es Athen zur gleichen Zeit mit Attika tat.

Boeris Plan sieht vor, aus der vorhandenen Stadt ein Archipel zu machen, ähnlich wie es Oswald Mathias Ungers zusammen mit Rem Koolhaas 1977 für Berlin erdachte: kompakte Siedlungseinheiten zu schaffen, die durch viel Grün voneinander getrennt sind. Ungers' Idee entstand unter der Prämisse einer schrumpfenden Metropole, wie es Berlin zu jener Zeit war. Roms Bevölkerung schrumpft zwar nicht, stagniert aber seit 1980. Dennoch nimmt die bebaute Fläche stetig zu – eine anhaltende ökologische Katastrophe. Innerhalb der einzelnen Siedlungskerne sollen im Sinne der 15-Minuten-Stadt alle lebensnotwendigen Dienstleistungen vorhanden sein, und sie sollen mithilfe von öffentlichen Verkehrsmitteln mit dem Zentrum sowie untereinander verbunden sein.

Roma 050 will einen Entwurf liefern, der auf die Herausforderungen eine Antwort geben kann: Klimawandel, wachsende soziale Ungleichheit, Digitalisierung. Konkret sieht er unter anderem die Umsetzung von neunzehn Kilometern neuer Tramschienen und 72 Kilometern neuer Fahrradwege vor, von 760 Hektar neuer Grünflächen und 136 Hektar Wald sowie von fünf Parks am Tiberufer. Außerdem soll das bestehende suburbane Eisenbahnnetz zur Ringbahn nach Berliner Vorbild ausgebaut werden.

Vieles davon ist bisher nur vage Projektion, für manches aber steht die Finanzierung, so etwa für die Straßenbahnlinie, die entlang des Viale Palmiro Togliatti bis 2026 gebaut werden soll. Sie wird die überfällige Querverbindung zwischen den bevölkerungsreichen und einkommensschwachen östlichen Vorstädten schaffen. Kaum zu glauben, dass die Einsicht so lange auf sich warten ließ, dass das Verkehrsproblem der Stadt nur außerhalb der aurelianischen Mauern gelöst werden kann und man Schienen in Rom besser nicht unter der Erde verlegt, sondern auf Straßenniveau.



Ist das ein Loch in der Handlung? Florian Munteanu (oben rechts) sowie dann im Uhrzeigersinn Jamie Lee Curtis, Kevin Hart, Cate Blanchett und Ariana Greenblatt in „Borderlands“

Foto Lionsgate

Filmideen im Cocktailshaker

Für seinen Kinofilm „Borderlands“ hat Eli Roth Hollywood-Stars vor die Kamera geholt – leider können auch die diese Videospiele-Verfilmung nicht retten.

Das Franchise-Kino überflutet seit Jahren die Leinwände. Kulturpessimistisch gesprochen spiegelt sich darin auch ein Stück weit die Angst wider, mit neuen Stoffen in den finanziellen Ruin zu geraten, vielleicht aber auch einfach eine gewisse Faulheit – so ein eigenes World-Building bedeutet schließlich viel Arbeit, Schweiß und Leidenschaft. Gewisse Ermüdungserscheinungen sind bei derlei Recycling-Strategien vorprogrammiert, man sieht es gerade am Kinouniversum der Marvel Studios.

Dass Produktionsfirmen gerne auch Videospiele als Vorlage aufgreifen, ist nachvollziehbar, schließlich lässt sich darüber potentiell der gewaltige Markt der Gamer-Community erschließen. Erfolgreiche Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit waren Serien wie „The Last of Us“ oder „Fallout“, die beide von postapokalyptischen Welten erzählten, aber auch die Kinoreihe „Resident Evil“, die mittlerweile fünf Teile umfasst. Nun versucht auch Eli Roth mit „Borderlands“ sein Glück, einer mit Cate Blanchett, Jamie Lee Curtis, Kevin Hart und Jack Black unverschämte prominent besetzten Verfilmung der gleichnamigen Videospielereihe.

Es wirkt, als hätte Roth, der sich in der Rolle des „Bärenjuden“ in Quentin Tarantinos „Inglourious Basterds“ und als Regisseur des Folter-Horror „Hostel“ einen gewissen abseitigen Kultstatus erarbeitet hat, für „Borderlands“ seinen kinematographischen Cocktailshaker ausgepackt. Die Zutaten: ein paar postapokalyptische, barbarische Wüsten-Vibes aus der „Mad Max“-Reihe, Blanchett als weibliche Wiedergängerin des ebenfalls meist einsilbigen

kommunizierenden Han Solo aus „Star Wars“, ein seine Exzentriker vor sich hertragendes „Guardians of the Galaxy“-Team sowie die Geschichte um eine Erlöserin und ein paar Schlüssel, die aus „Das fünfte Element“ in den Film gefallen scheinen. Daraus hätte ein unterhaltsames, produktiv mit seinen Referenzen jonglierendes Spektakel werden können, nur kommt Roth' Film nicht über den Konjunktiv hinaus.

Ein Spektakel will „Borderlands“ dabei sehr wohl sein und der Film trägt diese Ambition angestrengt hyperventilierend vor sich her. In einer Exposition erfahren wir, dass das gebaltete Wissen – der Eridianer, einst intergalaktische Herrscher, in einer geheimen Kammer auf dem Planeten Pandora schlummert und dass eine Tochter des Planeten einer Prophezeiung zufolge der Schlüssel dazu sei. Pandora sei „ein Drecksloch, diese Art von Ort, an den man nie wieder zurückkehren möchte“, sagt Lilith (Blanchett) über ihren eigenen Heimatplaneten.

Ihre alarmroten Haare und die nervöse Hand am Abzug können nicht verhindern, dass Konzernboss Atlas (Édgar Ramírez) die Kopfgeldjägerin nötigt, seine verlorene Tochter Tiny Tina (Ariana Greenblatt) auf Pandora zu suchen. Mit Blanchetts Figur, die unnötigerweise noch stellenweise als Off-Erzählerin fungiert, kommen wir auf Pandora an. Der Planet wurde durch Kriege zerstört und von Bergbaukonzernen ausgeplündert und die „Locals“ sind, erklärt die pseudocoole Lilith, durchweg Psychos, Mörder und Gangmitglieder.

Ein paar von ihnen ballert sie kurz nach ihrer Ankunft ab – bumm krach –, bevor sie an Claptrap (Jack Black leiht hier seine Stimme) gerät, einen einrädrigen, dauerquasselnden Roboter, der stolz darauf ist, dass er balancieren und in Kreisen fahren kann.

Die metallene Nervbacke bringt die Kopfgeldjägerin zu einem Schrottplatz, auf dem Tiny Tina, eine Verrückte mit Hasenohren und einer Flatrate explodierender Teddys, und ihre beiden Soldatenfreunde Roland (Kevin Hart) und Krieg (Florian Munteanu) leben. Aus ersten kleinen Querelen wird Freundschaft, als die Truppe von Commander Knoxx (Janina Gavankar) und ihren

Schergen attackiert wird. Später trifft das Team auf die Xenoaröologin Tannis (Jamie Lee Curtis), die bei der Suche nach den Schlüsseln zur geheimen Kammer hilft.

Zwischen Geballer und quietschbunten CGI-Schlachten, bei denen Vehikel auch mal so dynamisch wie Legoautos ineinander krachen, nimmt die Schnittzetteljagd über den Planeten ihren Lauf. Die erzählerisch nicht uninteressanten Motive – Planetare Ausbeutung! Gangkriege! Zivilisatorische Apokalypse! –, lässt Roth dabei größtenteils links liegen.

Doch „Borderlands“ ist nicht nur inhaltlich so durchsichtig wie Fensterglas, sondern weiß auch aus seinen knallenden Oberflächlichen und Effekten so gar nichts zu machen. Die postapokalyptische Wüstenwelt wirkt wie ein zweidimensionales Disneyland der Kuriositäten, das nie, weder im immersiven noch im trashigen Sinne, lebendig wird; die Actionsszenen reihen sich im generischen Stakkato völlig ohne Verweise szeniert aneinander. Komplementiert wird der „Gesamteindruck“ durch Fäkalwitze und eine Szene, in der Claptrap Kanonenkugeln ausscheidet, die auf ihn gefeuert wurden. In der deutschen Übersetzung gibt der Droide auch noch altbackene Kalauer wie „Tschö mit ö“ zum Besten. Uff!

Was bleibt von einem Film, der auf World Building, Action, schräge Figuren und Humor baut, aber nichts davon ansatzweise gescheit liefert? Vielleicht das schräge Hintergrundrauschen, das die Produktion begleitet hat. Es war zu lesen, dass Drehbuchautor Craig Mazin, der die Bücher zu den Erfolgserien „Chernobyl“ und passenderweise „The Last of Us“ mitverantwortet hat, zunächst beteiligt gewesen sein soll. Gegenüber dem Branchenblatt „Variety“ erklärte Mazin schließlich, dass er nicht an dem Buch mitgewirkt habe und dass die Behauptung, er tauchte jetzt unter dem Pseudonym Joe Crombie als Ko-Autor neben Roth auf, schlicht nicht wahr sei.

Mit viel gutem Willen bleibt von „Borderlands“ vielleicht auch noch jene morbide Faszination, wie sie von Unfällen ausgeht: nicht hinschauen wollen, aber dennoch den Blick nicht ganz abwenden können. Aber auch nur ganz vielleicht. JENS BALKENBORG



F.A.Z.-Vorteilswelt
Exklusiv für Abonnenten

Zu Besuch bei Monet, Picasso und Mozart

Gewinnen Sie einen Aufenthalt für zwei Personen mit zwei Übernachtungen im Flemings Selection Hotel Wien-City sowie kostenlosen Eintritt in das Kunstmuseum Albertina.

Wien zählt zu den beliebtesten Reisezielen der Deutschen. Kein Wunder, denn die österreichische Hauptstadt hat mit Prater, Hofburg, diversen Schlössern wie Belvedere und Schönbrunn, dem eindrucksvollen Museumskomplex Albertina sowie dem Hundertwasserhaus eine ganze Palette an Sehenswürdigkeiten zu bieten. Als ideale Ausgangsbasis empfiehlt sich dort das Flemings Selection Hotel Wien-City im Herzen der Josefstadt, von dessen Zimmern aus Gäste einen Panoramablick über die Stadt genießen. Früher Champagnerfabrik, heute Stadthotel mit 194 Zimmern und 13 Suiten: Das Flemings Selection Hotel Wien-City befindet sich in einem historischen Gebäude samt denkmalgeschützter Fassade.



In Kooperation mit: **FLEMINGS**
HOTELS

Gewalt gegen AfD-Wähler?

Der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) will einen Wahlwerbespot der Satirepartei „Die Partei“ weiterhin nicht ausstrahlen. Der Sender legte gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Leipzig Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Bautzen ein. Das Verwaltungsgericht hatte entschieden, dass der MDR den Hörfunkspot ausstrahlen muss. Der Sender hatte sich geweigert, weil er der Ansicht ist, die Partei rufe zu Gewalt gegen AfD-Wähler auf. Die endgültige Entscheidung soll bis Donnerstagvormittag fallen, wenn der geplante Sendetermin ansteht.

Im Werbespot hören ein Mann und eine Frau eine fiktive Nachrichtenmel-

dung über die Vereidigung einer AfD-Landesregierung in Sachsen. Der Mann sagt in sächsischem Dialekt, dass die Faschisten wieder an der Macht seien. Nachdem die Frau fragt, ob man das machen müsse, erwidert der Mann, er hole „die Knarre aus dem Keller“. Im Anschluss sind Schussgeräusche zu hören und das Paar, wie es offenbar vermeintliche AfD-Wähler auf der Straße als Ziele für die Schüsse auswählt. Am Ende sagt eine Stimme: „Bevor es zu spät ist: Wählen Sie ‚Die Partei!‘“

Vor Wahlen stehen Parteien Sendepunkte für ihre Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu. Sender dürfen die Ausstrahlung verweigern, wenn Inhalte rechtswidrig sind. Das Verwaltungsgericht hatte in dem Werbespot keine eindeutige Strafbarkeit erkennen können, da er durch seinen überzogenen Charakter klar als Satire zu erkennen sei. KNA/F.A.Z.

Ehrengabe an Wawerzinek

Die Ehrengabe der Deutschen Schillerstiftung geht 2024 an Peter Wawerzinek. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert. In der Begründung der Jury heißt es, in Wawerzineks Werk sei „noch aus Zeiten der Literaturszene des Prenzlauer Bergs“, eine virtuose Formsprache präsent, die es in einer eigenwilligen Schwingung vorantrage. Wawerzinek wurde 1954 in Rostock geboren. Seine Eltern ließen ihn und seine Schwester 1957 bei der Flucht nach Westdeutschland zurück. Er wuchs in Kinderheimen der DDR, später als Adoptivkind auf und veröffentlichte 1994 erste Texte als Schriftsteller. Zuletzt erschien sein Gedichtband „Letzte Buchung“ (2023). F.A.Z.

Mehr Kontrolle, weniger Selbstbedienung

Die Rundfunkkommission hat sich auf wesentliche Reformen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks geeinigt. Vor allem für die ARD geht es rund.

Es ist ungewöhnlich, dass sich die für Medienpolitik der Länder Verantwortlichen in der sommerlichen Urlaubszeit in der Rundfunkkommission beraten. Doch der Zeitplan drängt. Zur Ministerpräsidentenkonferenz am 24. und 25. Oktober in Leipzig, soll der Entwurf des Reformstaatsvertrags für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vorliegen, damit er anschließend in die Anhörung gehen kann.

Bei der Sitzung am 19. August konnte über viele Veränderungen bereits eine grundsätzliche Einigung erzielt werden. An einigen konkreten Gesetzestexten wird noch gefeilt, fast täglich ändern sich einzelne Formulierungen. Die Reformvorschläge aus den Staats- und Senatskanzleien basieren auf den Beschlüssen der Rundfunkkommission vom 20. Januar 2023 („Deidesheimer Beschluss“) und vom 26. Januar 2024 („Binger Eckpunkte“) sowie der Beratung der Kommission im Juni 2024. Die ersten Überlegungen der Rundfunkreferenten waren in einigen Punkten radikaler als jetzt die neuen Paragraphen. Nicht alle Länder sind zu solch tiefgreifenden Einschnitten bereit, wie sie beispielsweise der Zukunftsrat empfohlen hatte. Dennoch: Der neue Medienstaatsvertrag wird zu so weitgehenden Veränderungen bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten führen, wie seit der Gründung 1948 nicht.

Nach Informationen der F.A.Z. soll der Auftrag in drei Punkten konkretisiert werden. So werden die Anstalten verpflichtet, in ihren Angeboten zielgruppengerechte interaktive Kommunikation mit den Nutzern anzubieten. Bildungsangebote sollen leicht nutz- und auffindbar sein. Beim Sport wird verstärkt auf Sportarten und Sportereignisse geachtet, die keiner oder nur einer geringen kommerziellen Vermarktung unterliegen. Das darf weder zu einer Ausweitung des Sportanteils im Gesamtangebot noch zu höheren Kosten führen. Ob die Aufwendungen für Leistungssport gedeckt werden, ist noch umstritten. Zudem planen die Länder, die Zahl der Hörfunkwellen zu reduzieren sowie die Einstellung von Spartenprogrammen verbindlich zu regeln.

Breiteren Raum als bisher wird die Überprüfung des Angebotes einnehmen. Die Landesrundfunkanstalten, das ZDF und das Deutschlandradio müssen Kennzahlen und Verfahren entwickeln, die vergleichbare Leistungsanalysen ermöglichen. Eine wichtige Rolle bei dieser Überprüfung kann einem Medienrat zukommen, der sich aus sechs bis acht Mitgliedern zusammensetzt. Einige der Experten werden durch die Regierungschefs der Länder berufen. Stellt der Medienrat Mängel fest, dass beispielsweise Informationsangebote bestimmte Zielgruppen nicht erreichen, haben sich die Anstalten, und dort vor allem die Gremien, mit dieser Kritik zu befassen und mögliche Maßnahmen zu diskutieren.

Damit liegen, zusammen mit dem Bericht der Gebührenkommission KEF, regelmäßig zwei fundierte Analysen vor: zum einen zu den wirtschaftlichen Fakten und zum anderen zu den inhaltlichen Einschätzungen und Prämissen der Auftraggeber.

Mehrere Paragraphen befassen sich mit der Modifizierung der Telemedienangebote, wie zu erfahren war. Der Drei-Stufen-Test bleibt aber erhalten. So soll die Vernetzung der eigenen Portale weiter vorangetrieben werden. Hierzu werden verschiedene Instrumente vorgeschlagen. Die angestrebte Plattformstrategie hat das Ziel eines gemeinsamen „Public Open Space“ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Dazu gehört eine portalübergreifende Zusammenstellung von Inhalten im Rahmen von individuellen Nutzeraccounts („Mein öffentlich-rechtlicher Rundfunk“ statt „meine ARD/mein ZDF“). Auch das Verbot der Presseähnlichkeit wird präzisiert. Künftig zählt nicht mehr das Gesamtangebot, sondern Bezugsprofile sind die eigene Website beziehungsweise die

App. Texte sollen eine untergeordnete Rolle spielen und vor allem sendungsbegleitend sein. Der Bezug zur Sendung muss deutlicher sein als bisher. Durch die Einführung einer „Aktualitätsklausel“ kann nur auf Sendungen Bezug genommen werden, die zum Zeitpunkt der Textveröffentlichung aktuell waren.

Der novellierte Medienstaatsvertrag wird auch eine Pflicht zur Zusammenarbeit vorsehen. Dieser Grundsatz umfasst insbesondere administrative und technische Bereiche, die Nutzung gemeinsamer personeller und technischer Kapazitäten, einschließlich Studios.

Für viel Kritik sorgen bisher die hohen Gehälter der Intendanten und anderer leitender Mitarbeiter der Sender. Das wollen die Länder ändern. Die Höhe der Gesamtvergütung hat sich künftig an den Bezügen im öffentlichen Sektor einschließlich vergleichbarer öffentlicher Unternehmen zu orientieren.

Auch die Durchsetzung von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit haben die Länder, so der F.A.Z. vorliegende Informationen, wohl nicht aus dem Auge verloren. Künftig werden die Sender über ein Budget verfügen und können damit den Geldfluss im Unternehmen besser steuern und Mittel auch in die nächste Gebührenperiode übertragen. Mit der Neuregelung würde die Gebührenkommission KEF die Flexibilität erhalten, auch längere Beitrags- und Aufwandsentwicklungen zu berücksichtigen. Neu wird im Staatsvertrag ein Abschnitt sein, der eine verbindliche Ausgabensteuerung vorsieht. Dazu ist eine Kosten- und Leistungsrechnung einzuführen. Bisher fehlten Vorgaben zu einer solchen anstaltsübergreifenden Berechnung und damit die Maßgabe, die Effizienz des Budgeteinsatzes zu überprüfen.

Neben dem Medienstaatsvertrag werden auch die Staatsverträge für die ARD, das ZDF und das Deutschlandradio novelliert. Während sich die rechtlichen Vorgaben für das ZDF und das Deutschlandradio auf die Einführung eines Direktoriums als kollektives Leitungsorgan beschränken, sind die Änderungen für die ARD sehr umfangreich. Eingangs wird die besondere regionale Funktion der Landesrundfunkanstalten betont. Diese müssten eng zusammenarbeiten, einen umfassenden Überblick über das regionale Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen geben sowie die Lebenswirklichkeit der Menschen in den Ländern und Regionen Deutschlands abbilden. Damit in der ARD weniger koordiniert und mehr organisiert wird, soll das Federführungsprinzip eingeführt werden. Anstelle einer zentral geleiteten „gemeinsamen organisatorischen Einheit“ und einer gemeinsamen operativen Ebene (Geschäftsführer), wie es der Zukunftsrat forderte und wie es sich auch in den ersten Vorlägen der Rundfunkreferenten fand, wird dieses dezentrale Organisationsprinzip für alle Formen der Zusammenarbeit in der ARD vorgesehen. Die Länder hoffen, dass auch die Benennung einer federführenden Anstalt klare Entscheidungswege sichert.

Dem ARD-Vorsitz kommt künftig eine zentrale Rolle bei der Koordinierung der Zusammenarbeit zu und er ist auch der Ansprechpartner für das ZDF. Es wird künftig eine geschäftsführende Anstalt und zwei stellvertretende Anstalten geben. Der neue Vorsitzende war zuvor Stellvertreter. Ein gemeinsames ZDF dient der administrativen Unterstützung des Vorsitzes und ist an diesen unmittelbar angegliedert. Neu ist auch, dass der Programmdirektor bei seinen Entscheidungen der Zustimmung der Gremienvertreterkonferenz bedarf. Er untersteht künftig der Gesamtkoordinierung des ARD-Vorsitzes. Dieses ARD-weite Gremium erhält erstmals gesetzlich formulierte Aufgaben.

Offen ist weiterhin, wie der Gebührenstaatsvertrag novelliert wird und wann er der Ministerpräsidentenkonferenz vorliegen wird. HELMUT HARTUNG

Pressefreiheit eingeschränkt?

Medien wollen sich in AfD-Wahlparty einklagen

Mehrere Medienhäuser wehren sich gegen den Ausschluss ihrer Journalisten von einer AfD-Wahlparty am Tag der Thüringen-Wahl. „Spiegel“, „Bild“, „Welt“ und „taz“ teilten unabhängig voneinander mit, gemeinsam beim Landgericht Erfurt einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen die AfD Thüringen gestellt zu haben. Die Häuser sehen die Pressefreiheit eingeschränkt. Es ist nicht das erste Mal, dass sich Richter mit dem Ausschluss von Journalisten von AfD-Veranstaltungen auseinandersetzen müssen.

Die AfD stellte die Lage so dar: „Der eine Veranstaltungsort, den wir haben, der fasst 200 Menschen, dann ist der voll. Wir haben für Presse und Rundfunk 50 Plätze vorgesehen“, sagte Thüringens AfD-Ko-Vorsitzender Stefan Möller. „Wir müssen irgendwo Grenzen einziehen. Sonst brauchen wir keine Wahl-

kampfanstaltungen mehr machen, wenn wir keine eigenen Leute mehr reinnehmen dürfen, weil wir nur noch Journalisten aufnehmen müssen.“ Wo genau die zentrale Wahlparty läuft, hält die Partei noch geheim. Möller sagte, werde man dazu gezwungen, noch mehr Journalisten zur Wahlparty zuzulassen, werde man eine Absage erwägen. Torben Braga, Pressesprecher der Thüringer AfD, sagte, man habe Einladungen an Journalisten verschickt, die kontinuierlich über Thüringer Landespolitik und die Thüringer AfD berichteten.

Am 1. September wählen die Thüringer den neuen Landtag. Die AfD geht mit dem Spitzenkandidaten Björn Höcke ins Rennen. In Umfragen steht die Partei auf Platz eins mit Werten um die 30 Prozent. Der Landesverfassungsschutz stuft die Thüringer AfD als gesichert rechtsextremistisch ein. dpa/F.A.Z.



Die „freie“ Enzyklopädie? Daran gibt es bei Wikipedia Zweifel.

Foto dpa

Was ist wichtig genug für Wikipedia?

Wikipedia ist exklusiver, als man denkt. Welche Artikel auf Dauer im Lexikon bleiben, entscheiden die Wikipedianer selbst. Ein Verband geht nun einen ungewöhnlichen Weg: Er klagt auf Wiedereinlass.

Sieben Tage dauert die Verhandlung. Am 21. Juni um 19.01 Uhr wird das Urteil verkündet: Höchststrafe für das Deutsche Psychotherapeuten Netzwerk (DPNW). Der Wikipediaeintrag des Verbands wird gelöscht. Die Begründung des anonymen Administrators ist verhältnismäßig ausführlich und folgt in weiten Teilen der Anklage. Die besteht aus sieben Pseudonymen, versammelt in einer Löschdiskussion über den Eintrag des DPNW. Der Tenor ihrer Vorwürfe: Irrelevanz. Der Verband erfüllt nicht die Relevanzkriterien von Wikipedia, bekräftigt schließlich auch der richtende Administrator, er habe daher entschieden, den Eintrag zu löschen.

Dass Wikipedia seine Artikel überhaupt nach Relevanz filtert, dürfte den einen oder anderen Nutzer überraschen. Lange galt Wikipedia als digitales Forum, auf dem weitgehend Narrenfreiheit herrscht, als Spielwiese für Hobby-Autoren und Störenfriede. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Wikipedia hat so etwas wie ein eigenes Rechtssystem etabliert, mit Gesetzen, Gesetzeshütern und Richtern. Bei Vandalismus machen die Wikipedianer kurzen Prozess, offensichtlicher Unfug wird ohne Anhörung des Autors im Schnellverfahren gelöscht.

Für komplexere Fälle sind sieben Verhandlungstage angesetzt, ausgetragen wird die Debatte unter den Augen der Öffentlichkeit im Löschforum. Jeder Nutzer, ob registriert oder nicht, kann sich beteiligen, die finale Löschung obliegt für den deutschsprachigen Raum einem der rund 175 Administratoren.

Im Idealfall orientiert sich die Debatte an Relevanzkriterien. Die variieren je nach Genre, Kampfkunststile werden nach anderen Maßstäben bewertet als Weingüter. Vereine wie den DPNW müssen entweder überregional bedeutsam sein, besondere mediale Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben, eine besondere Tradition oder eine signifikante Mitgliederzahl aufweisen. Doch wer legt fest, wann eine Tradition besonders und eine Mitgliederzahl relevant ist? Wie wird der Spielraum zwischen den Relevanzkriterien genutzt – und vor allem: Von wem?

Das Deutsche Psychotherapeuten Netzwerk ist ein Berufsverband für Psychotherapeuten. Er ist eingetragener Lobbyverein und verfolgt nach eigenen Angaben das Ziel, die psychotherapeutische Versorgung in Deutschland zu verbessern. Knapp 2400 Psychotherapeuten sind Mitglied des DPNW – sagt der Verein. Den Wikipedianern im Löschforum fehlt dazu der Beweis. Eigenangaben reichten nicht aus, moniert ein Autor. Dieter Adler, der Vorsitzende des Verbands, mischt sich in die Diskussion ein. Mitgliederlisten könne der Verein aus Datenschutzgründen nicht veröffentlichen, sagt Adler und fragt, wie das bei anderen Vereinen gehandhabt wird. Eine Antwort bekommt er nicht.

Stattdessen aber einen weiteren Vorwurf: In der öffentlichen Wahrnehmung sei das Netzwerk nicht ausreichend präsent. Der Pressesprecher des DPNW weist auf 28 Artikel, überwiegend in Fachzeitschriften erschienen und auch im Ursprungsbeitrag verlinkt. Das reiche nicht, meint ein anderer Nutzer: Der Verband dürfe nicht bloß erwähnt, es müsse explizit über ihn berichtet werden, und zwar nicht irgendwo, ergänzt ein weiterer Autor, sondern in „Edelmedien“. Je weiter die Diskussion führt, desto mehr Anforderungen tauchen auf. Von den Relevanzkri-

terien hat sich die Debatte gegen Ende längst entfernt. Manche Wikipedianer, so wirkt es, sind strenger als ihre Kriterien.

Neu ist diese Entwicklung nicht. Schon lange werden Relevanzdebatten vor dem Hintergrund eines ewig schwelenden Grundsatzkonflikts ausgetragen – ein Dauerbrenner in der deutschen Wikipedia-Gemeinschaft, wie Michael Giersbeck sagt. Seit 2006 ist er Wikipedianer und schreibt vor allem über Geographie, Himmelstechnik und alles, was ihn darüber hinaus noch interessiert. „Die Löschkandidaten sind ein regelmäßiger Kampfplatz zwischen Exklusionisten und Inklusionisten“, sagt er. Exklusionisten legen die enzyklopädischen Kriterien der Relevanz grundsätzlich eng aus. „Ihrer Auffassung nach sollte alles, was früher nicht im Brockhaus stand, jetzt auch nicht bei uns stehen“, so Giersbeck. Inklusionisten hingegen vertreten die gegenteilige Auffassung: Jedes Thema, zu dem es Informationen gibt, verdiene einen Eintrag.

Der Streit um die enzyklopädische Einlasskontrolle zieht sich durch fast alle Genres und erschwert Bemühungen, konkretere Richtlinien zu etablieren. So diskutierten die Wikipedianer seit Jahren über die Relevanz von weiterführenden Schulen. „Immer wenn du einen Beitrag über eine Schule erstellt hast, konntest du dir sicher sein, dass ein Löschantrag kommt“, sagt Giersbeck. Vor vier Jahren wurde schließlich darüber abgestimmt. Die Mehrheit bescheinigte den Schulen Relevanz, seitdem werden Artikel über sie zumindest nicht mehr grundsätzlich infrage gestellt. Influencern hingegen begegnet Wikipedia weiterhin skeptisch. Der Versuch, durch neue Relevanzkriterien zu bestimmen, dass Webvideoproduzenten prinzipiell relevant sind, scheiterte vor einigen Jahren.

Was „wichtig“ genug ist, hängt nicht zuletzt auch von den persönlichen Interessen der Wikipedianer ab. „Zu Eisenbahnen gibt es ganz viele Artikel. Einfach, weil wir so viele Eisenbahnfans haben“, sagt Giersbeck. Weniger gut vertreten auf der Plattform sind Frauen. Ein Großteil der Autoren ist männlich, 2018 bezifferte eine Befragung der Wikimedia Foundation (WMF), der Trägerorganisation von Wikipedia, den Anteil der mitwirkenden Frauen auf neun Prozent. Seither bemüht sich die Organisation um mehr Diversität, veranstaltet feministische Fachtreffen und versucht mit der Initiative „Women Edit“ Frauen zur Artikelarbeit zu ermutigen.

Doch viele weibliche Benutzer stört der Umgangston. In Löschdebatten herrscht oft ein raues Gesprächsklima, gegenüber neuen Autoren ist der Ton zuweilen beherrschend und unfreundlich. Anfängerfehler werden von manchen nur schwer verziehen. „Für Neulinge ist es nach wie vor nicht einfach“, bestätigt Giersbeck. Wer früh in Konflikt mit einem Platzhirsch gerate, habe es besonders schwer.

Auch Dieter Adler wurde vom Umgangston auf der Plattform überrascht. Mehrfach bat er in der Löschdiskussion um Hilfe, bemühte sich um Lösungswege. Viele Wikipedianer reagierten genervt. „Das hört sich alles sehr konstruktiv an, aber das, was da passiert ist, war eigentlich nur destruktiv“, sagt Adler rückblickend. Dass der Eintrag des DPNW überhaupt zur Löschdebatte gestellt wurde, kam für ihn aus dem Nichts. Denn vier Jahre lang stand der Artikel unbeanstandet online. Erst als der Pressesprecher

des DPNW den Eintrag im Mai 2024 aktualisierte und mit weiteren Nachweisen versah, geriet der Verband auf das Radar der Wikipedianer. Sieben Tage später wurde er gelöscht.

Adler will sich damit nicht zufriedengeben. Er verweist auf andere Vereinseinträge, die ihre Relevanz mit deutlich weniger Nachweisen begründen und wirft der Autorengemeinschaft Willkür bei der Löschung vor. „Wenn der Beitrag damals nicht angenommen worden wäre, hätte ich mich nur geärgert“, sagt Adler. Dass der Artikel aber jahrelang abrufbar war und dann entfernt wurde, empfindet er als rufschädigend. Die Löschung könnte Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Verbandes hervorrufen, befürchtet Adler.

Vor wenigen Wochen hat er sich daher dazu entschieden, rechtlich gegen die Löschung vorzugehen: Nachdem ein Antrag auf eine einstweilige Verfügung scheiterte, will Adler nun im Namen des DPNW klagen – und zwar einerseits gegen den deutschen Ableger des Verbands, die Wikimedia Deutschland und andererseits gegen die amerikanische Wikimedia Foundation (WMF), den Träger der Plattform.

Denn ob die deutsche Wikimedia überhaupt für Inhalte der Onlineenzyklopädie haftbar gemacht werden kann, ist rechtlich mindestens umstritten. In einer wegweisenden Entscheidung urteilte das Hamburger Landgericht 2010, dass die inhaltliche Verantwortung nicht bei dem deutschen Förderverein, sondern bei der WMF liege, die die Seite betreibt. Sie verfüge über redaktionellen Zugang und sei bei rechtswidrigen Inhalten auch nach deutschem Recht in Anspruch zu nehmen. Darauf verweist auf Nachfrage auch eine Sprecherin der Wikimedia Deutschland: Für inhaltliche Beschwerden oder Klagen sei die WMF der richtige Adressat.

Die wiederum musste sich in der Vergangenheit schon mehrfach auch vor deutschen Gerichten verantworten. Ganz überwiegend zielten die gegen sie gerichteten Klagen darauf ab, angeblich verleumderisch oder persönlichkeitsverletzende Artikel aus dem Onlinelexikon zu entfernen. Das DPNW hingegen geht nun den umgekehrten Weg: Es will rein statt raus, fordert Wiederherstellung statt Löschung. „Wikipedia hat durch ihre Präsenz eine riesige Machtstellung bekommen“, sagt Adler. Offensichtlich führe das zu einem Machtmissbrauch, dem Einhalt geboten werden müsse.

Dass die Plattform den Markt der digitalen, und wohl auch analogen, Nachschlagewerke weitgehend beherrscht, dürfte unbestritten sein. Allein in einer Stunde werden die deutschsprachigen Wikipediaseiten durchschnittlich zwei Millionen Mal aufgerufen. Rund drei Millionen Artikel gibt es in deutscher Sprache. Googlesuchen, bei denen nicht unmittelbar ein Wikipediaartikel erscheint, sind selten geworden. Damit hat sich die digitale Enzyklopädie in den vergangenen Jahren fast selbst zu einer digitalen Instanz für Relevanz, oder vielmehr: Nicht-Relevanz, entwickelt. Denn bei drei Millionen Artikeln fallen vor allem jene Themen auf, zu denen kein Eintrag auf Wikipedia zu finden ist. Für große Teile der Internetöffentlichkeit dürfte die Relevanzfrage denkbar einfach zu beantworten sein: Wenn es noch nicht einmal bei Wikipedia steht, kann es so bedeutsam nicht sein – ein Relevanzkriterium so eindeutig, wie es sich Wikipedianer nur wünschen können. ANNA NOWACZYK



Größe ist alles

Von Jan Wiele

Ob Barack Obama eine Zukunft als Komiker hätte, wurde schon während seiner Präsidentschaft öfter gefragt – vor allem angesichts der „White House Correspondents’ Dinners“, bei denen er gern Witze machte. Dort sagte er 2016 etwa über den Kandidaten Donald Trump (der damals nicht gekommen war), dieser habe zwar nicht die außenpolitische Erfahrung, die ein Präsident brauche, aber dafür habe Trump Jahre damit verbracht, Führungspersonen aus aller Welt zu treffen: „Miss Sweden, Miss Argentina, Miss Azerbaijan.“ Am Ende dieses Stand-Up-Auftritts vor acht Jahren machte Obama auch seinen legendär gewordenen „Mic Drop“, also eine Überlegenheitsgeste des Hinwerfens des Mikrofons nach dem Motto „Ich habe fertig“, die aus der Hip-Hop-Kultur stammt. Hier mit den Worten „Obama out“, weil er nach zwei Amtszeiten kein drittes Mal als amerikanischer Präsident kandidieren konnte. Die Erinnerungen an solche Auftritte wurden schnell wieder wach, als Obama nun beim Parteitag der Demokraten in Chicago sprach, um für die Kandidatin Kamala Harris zu werben. Aber für Trump hatte er auch ein paar Worte übrig. Nachdem Obama ihn als 78 Jahre alten Milliardär ohne Verständnis für die einfachen Leute geschmäht hatte, kam er auf Trumps „weird obsession for crowd sizes“ zu sprechen. Das bezog sich vorderhand auf Trumps Invektive, mit der er die Frage aufgeworfen hatte, ob zu einem Wahlkampfauftritt der Demokraten weniger Menschen gekommen seien, als der Ansehen erweckt wurde. Die Geste, die Obama währenddessen machte, war aber mehrdeutig. Er bewegte seine Hände hin und her, wie Trump es oft tut (nicht immer in rhetorisch sinnvoller Weise, wie schon bemerkt wurde), und er hielt sie dann, als es um die Kategorie der „Größe“ ging, sehr eng zusammen, was bei vielen im daraufhin gefilmten Publikum für Lacher und große Augen sorgte. Hatte der ehemalige Präsident gerade einen Peniswitz über seinen Nachfolger gemacht? So eng kategorisierten es kurz darauf einige Medienportale; andere beließen es bei Andeutungen. Als sein ehemaliger Redenschreiber David Litt vor einigen Jahren dem Magazin „Vox“ ein Interview über für Präsidenten angemessene und unangemessene Witze gab, sagte Litt, Obama habe sich, wenn er sich über Trump lustig machte, eher nicht auf äußere Erscheinungsbild bezogen, sondern auf die Politik. „Das Wichtigste daran, dass der Präsident einen Witz erzählt“, so Litt, „ist, dass es der Präsident ist, der einen Witz erzählt. Das macht den größten Teil der Komik aus. Und bedeutet, dass die Messlatte dafür, was zu ausgefallen ist, was ein bisschen drüber ist, viel niedriger liegt, als wenn ich Witze für einen Komiker schreiben würde.“ Ob Obama sich seinen Witz diesmal selbst ausgedacht hat?

Bayern sind vorn

Verteilung der TV-Gelder

Trotz der verpassten Meisterschaft bleibt der FC Bayern München die Nummer eins bei der Verteilung der TV-Gelder. Mehr als 100 Millionen Euro kann der Dritte der abgelaufenen Spielzeit in der neuen Saison einplanen. Wie viel Geld die Deutsche Fußball Liga (DFL) ab 2025/26 verteilen kann, ist indes offen. Der andauernde Streit zwischen der DFL und dem Sportanbieter DAZN hat langfristige Auswirkungen. Bereits vor dem ersten Erstliga-Ampfing an diesem Freitag wissen die Profiklubs relativ genau, wie viel Geld sie in den kommenden Monaten aus der TV-Vermarktung erhalten. Rund 1,212 Milliarden Euro schüttet die DFL aus den nationalen Einnahmen an die 36 Profiklubs aus. Hinzu kommen 214 Millionen Euro aus der Auslandsvermarktung. Den größten Anteil der Ausschüttungen erhalten die Bayern. Dahinter folgen Dortmund und Leverkusen mit jeweils 90 Millionen Euro. Der VfB Stuttgart muss sich mit etwa 56 Millionen Euro begnügen, wie das Portal „fernsehgelde.de“ errechnet. Wie viel Geld die Liga in den kommenden Spielzeiten einnimmt, ist offen. Zurzeit warten Klubs, Liga und TV-Anbieter auf das Urteil der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS), das den DFL/DAZN-Streit behandelt. Das wird für Ende September erwartet. dpa/F.A.Z.

Kiew: Brauchen Milliarden schnell

Die Finanznot der Ukraine ist groß. Sie wartet auf die Freigabe russischer Gelder und will allein entscheiden, was sie damit macht.

Von **Andreas Mihm**,
Wien

Wegen der angespannten Finanzlage der Ukraine fordert die Regierung eine schnelle und unkonditionierte Freigabe jener 50 Milliarden Dollar, die die G 7 dem Land aus Zinserträgen im Westen festgesetzter russischer Vermögen bereitstellen will. Man werde darum kämpfen, den Zugriff auf die gesamten eingefrorenen russischen Mittel und nicht nur deren Erträge zu erhalten, sagte die stellvertretende Finanzministerin Olga Zykova in einer Videokonferenz des Centre for Economic Strategy in Kiew. Die Debatte hatte an Fahrt aufgenommen, weil die Bundesregierung bilaterale Hilfen im kommenden Jahr durch diese Gelder ersetzen und den eignen Haushalt schonen will.

Deutschland ist laut dem vom Institut für Weltwirtschaft Kiel erstellten Ukraine-Support-Tracker nach den USA der zweitgrößte Geldgeber der Ukraine. Bis Mitte 2024 hat Berlin Kiew demnach seit dem Überfall Russlands im Februar 2022 mit 14,7 Milliarden Euro unterstützt. Wegen des Kriegs und der Folgeschäden, die die Wirtschaft des Landes schwer erschüttert haben, fehlt es überall an Geld.

Laut Zykova flossen in diesem Jahr bisher 24,5 Milliarden Dollar westlicher Hilfen in den Staatshaushalt, der damit bis Juli zu 52 Prozent von den Zuweisungen finanziert wurde. Weitere 13,5 Milliarden Dollar seien bis zum Jahresende zugesagt. Doch da der Krieg vermutlich bis dahin nicht ende, dauerten die Geldnöte an. Für den Haushalt 2025 erwartet Kiew eine budgetäre Unterstützung in Höhe von 35 Milliarden Dollar. Doch da klappt nach aktuellen Berechnungen der Kiewer Ökonomen ein Loch von 15 Milliarden Dollar.

Die Lücke will Vizefinanzministerin Zykova mit den Zinseinnahmen auf die



blockierten russischen Gelder schließen. EU- und G-7-Staaten wollen die komplizierte Rechtsmaterie dem Vernehmen nach bis zum Jahresende klären. Kiew dauert das zu lange. Sie erhoffte sich eine schnelle Klärung, möglichst bis September, wenn der Währungsfonds die aktuellen Finanzhilfen überprüfe, sagte Zykova. Mehrfach machte sie deutlich, dass Kiew selbst darüber entscheiden wolle, wie diese Gelder einzusetzen seien: für das Militär, als allgemeine Budgethilfe, in Sozialprojekten oder für den zügigen Aufbau der kriegszerstörten Infrastruktur.

Im September überprüft der Internationale Währungsfonds (IWF) routinemäßig seine Hilfsprogramme für die Ukraine. Die Einhaltung dort verabredeter Kriterien ist auch für andere Geldgeber wichtig. Der Vertreter des IWF in der Ukraine, Gavin Gray, spielt darauf an, als er die laufenden Umschuldungsverhandlungen Kiew mit privaten Gläubigern erwähnte, die die Ukraine in den kom-

mend drei Jahren um 11,4 Milliarden Dollar entlasten sollen. Eine Folge des Deals aus dem Juli ist aber auch, dass Ratingagenturen dem Land inzwischen jede Kreditwürdigkeit entzogen haben.

Der Internationale Währungsfonds verlangt von der Regierung in Kiew mehr Engagement, die Finanzbasis durch Steuererhöhungen zu stärken. Das sei eine der Schlüsselfragen für eine nachhaltige Budgetfinanzierung, sagte Gray. Er lobt das von der Regierung an das Parlament gesandte Steuerreformpaket. Er wisse um die Sorgen und Proteste der Wirtschaft, doch sei die Konsolidierung des Budgets 2025 nur mit höheren, in der Ukraine generierten Einnahmen möglich: „Wenn die Steuereinnahmen steigen sollen, dann wird man um Steuererhöhungen nicht herumkommen.“ Gray sagte, internationale Finanzhilfen, Umschuldung und Steuererhöhungen seien untrennbar miteinander verbunden.

Die Staatsverschuldung der Ukraine dürfte aktuell 94 Prozent des Bruttoinlandsproduktes betragen. Um diese Quote einzudämmen, hatte Kiew einige Steuern erhöht, sodass die Einnahmen daraus im Juni um 50 Prozent über Vorjahresniveau lagen. Unter anderem hatte sie Banken mit einer Gewinnsteuer von 50 Prozent belegt, auch Erträge aus der Mehrwertsteuer und Dividenden der Staatsunternehmen stiegen. Die Wirtschaftslage ist angespannt, auch wegen der Störungen der Energieversorgung. Das Wachstum wird 2024 auf etwa 3,5 Prozent veranschlagt, die Inflation auf 8,5 Prozent. Die Erwartungen der Betriebe haben sich zwar aufgehellt, liegen aber unter dem langjährigen Schnitt. Der für den Export wichtige Agrarsektor dürfte 2024 etwas schlechter abschneiden, doch sichert der von Kiew etablierte, vor russischen Angriffen sichere Exportkorridor durch das Schwarze Meer der Branche das Überleben.



Ein Wald für alle

Von Julia Löh

Rom lockt China

Von Christian Schubert

Ein Kompromiss ist dann gut, wenn alle unzufrieden sind, heißt es. Gemessen daran hat Landwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) mit dem Entwurf zur Änderung des Bundeswaldgesetzes einiges richtig gemacht. Der Standpunkt mancher Waldbesitzer, dieses aus dem Jahr 1975 stammende Gesetz bedürfe keinerlei Veränderungen, ist ebenso weltfremd wie die Vorstellung von Umweltverbänden, fortan alles dem Klima- und Naturschutz unterzuordnen. Es wird weiter möglich sein, im Wald zu wandern und Rad zu fahren, auf den dafür vorgesehenen Wegen. Ein Recht auf Querfeldein-Expeditionen gibt es dagegen – zu Recht – nicht. Bedauerlich ist, dass es auch für diesen Entwurf erst eines mittelgroßen Koalitionskrachs bedurfte, weil Özdemir mit seiner ersten Fassung zu sehr auf die grüne Kernklientel schielte. Und dann ist da noch die Frage, ob die FDP die neue Version mitträgt. Vielleicht schafft es die Koalition ja mit einem zügigen Kabinettsbeschluss, ihren vielfach beteuerten Besserungswillen in die Tat umzusetzen? Das wäre doch mal was.

Zölle haben aus Sicht ihrer Befürworter nicht nur das Ziel, Einfuhren zu verteuern, sie sollen auch Anreize für die Ansiedlung ausländischer Unternehmen im protegierten Wirtschaftsraum sein. Viele Entwicklungsländer haben sich dadurch eine beschleunigte Industrialisierung erhofft – mit mäßigem Erfolg. Die italienische Regierung verhandelt nun mit chinesischen Autoherstellern, damit sie sich südlich der Alpen niederlassen. Damit entgingen sie den neuen EU-Zöllen. Das Interesse Italiens ist nachvollziehbar, zumal sich die verbliebenen Reste von Fiat-Chrysler im Stellantis-Konzern zunehmend von Italien abwenden. Ob es mit den Chinesen klappt, bleibt offen. Bei den Expansionsplänen von Unternehmen wie Tesla und Intel ging Italien leer aus, nicht zuletzt weil das hoch verschuldete Land weniger Subventionen bieten kann. Die finanzpolitischen Sünden der Vergangenheit rächen sich. Doch es kommt vor allem auf zugrunde liegende Standortbedingungen an, ob eine Ansiedlung gelingt – weniger auf oft kurzlebige Eingriffe wie Subventionen oder Zölle.

Neue Kräfte für die Geldpolitik

Von Gerald Braunberger

Ein Blick in die Geschichte lehrt, wie sehr geldpolitische Konzeptionen von Antworten auf konkrete Herausforderungen geprägt waren. In der Zeit des Goldstandards orientierte sich die (damals häufig private) Zentralbank in erster Linie an der Stabilität des Austauschurses ihrer Währung gegenüber dem Gold. Die nationale Inflationsrate war ein selten genutztes Konzept; noch bis in das Jahr 1923 hinein wurde in Zeitungen der dramatische Verlust der Mark vor allem anhand des täglichen Austauschurses gegenüber dem Dollar verfolgt, der damals als Referenzpunkt diente.

Spätestens mit dem Ende des Währungssystems von Bretton Woods in den frühen Siebzigerjahren rückte die interne Stabilität des Geldwertes in den Blickpunkt des Interesses. Nicht zufällig tauchte damals der an der Steuerung der Geldmenge ausgerichtete Monetarismus als Doktrin auf. Die Idee eines Zusammenhangs zwischen der Wachstumsrate der Geldmenge und der Inflationsrate war sehr alt und daher naheliegend. Sie funktionierte in der Zeit damals hoher Inflationsraten anfangs recht gut, aber sie wurde von den meisten Zentralbanken wieder aufgegeben, weil sie in Zeiten sehr niedriger Inflationsraten keine guten Ergebnisse mehr lieferte. Heute existiert eine bis in die Gegenwart reichende empirische Evidenz: Geldmengenpolitik funktioniert bei hohen Inflationsraten gut und bei niedrigen Inflationsraten so gut wie gar nicht.

Vom gesamtwirtschaftlichen Umfeld begünstigt, fielen die Inflationsraten in den reichen Ländern ab den Neunzigerjahren. Dies bestärkte viele Zentralbanken, einer Strategie zu folgen, die zuerst in Neuseeland ausprobiert wurde. Sie erkannte in den Inflationserwartungen der Wirtschaftsteilnehmer einen wichtigen Einfluss auf die Inflationsentwicklungen. Diese Erwartungen sollten von einer vorausschauenden Kommunikation der Zentralbank beeinflusst werden, indem sie Zinspfade entwickelte, die aus der Analyse vorwiegend güterwirtschaftlicher Daten und vom Arbeitsmarkt stammten.

Die traditionelle Analyse von Geld und Kredit wurde mehr oder weniger aufgegeben. Sie kehrte nach der großen Finanzkrise der Jahre 2008/2009 zurück – allerdings nicht für die traditionelle Geldpolitik, sondern für eine Politik, die der Sicherung der Stabilität des Finanzsystems dienen sollte. Die seit den Neunzigerjahren betriebene Geldpolitik fand eine Erweiterung in den Zehnerjahren des 21. Jahrhunderts, als sehr niedrige Inflationsraten und eine Furcht vor

Deflation Zentralbanken bewegen, zu damals als außergewöhnliche Maßnahmen bezeichneten Instrumenten wie Anleihekaufprogrammen zu greifen. Dieser „Nullzeit“ mit Inflationsraten, Nominalzinsen und Wachstumsraten der Produktivität von jeweils nahe null wurde ein langes Leben prophezeit.

Doch dann kam erst eine Pandemie und dann eine mit dem russischen Krieg gegen die Ukraine eskalierende geopolitische Spannung, in deren Folge die Inflationsraten in vielen Ländern kurzzeitig rund 10 Prozent erreichten und die EZB, der vor allem Beobachter in Deutschland

Die tradierten Strategien der Geldpolitik sind alle beschädigt. Neue Impulse sind vonnöten.

ihre Zinserhöhung mehr zutrauten, ihren Leitzins innerhalb kurzer Zeit gleich zehnmal erhöhte. Seitdem ist die Inflationsrate wieder deutlich gesunken, und viele Zentralbanken haben mit Zinssenkungen begonnen. Auch wenn sich die Inflationsraten wieder den Zielmarken von 2 Prozent annähern, erscheint nicht gesichert, dass sie dieses Niveau rasch erreichen und dort verharren werden. Viele Beobachter halten ein Ende der Epoche sehr niedriger Inflationsraten für wahrscheinlich. Sie sehen eine neue Zeit aufziehen, in der die Zentralbanken der Sicherung des Geldwerts beständig eine große Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

Was dies konkret für die Konzeption der Geldpolitik in dieser neuen Epoche bedeutet, ist noch nicht erkennbar. Notwendig wird es sein, die abgeschlossene Epoche sorgfältig mit Blick auf ihre Wirkungen und bis heute reichenden Nebenwirkungen zu analysieren. Dies gilt besonders für lange Zeit laufende Anleihekaufprogramme und die historisch sehr großen Bilanzsummen der Zentralbanken, die eine wesentliche Ursache für hohe Zentralbankverluste bilden.

Doch der Blick nach hinten wird nicht reichen. Keine der in den vergangenen Jahrzehnten ausprobierten geldpolitischen Strategien hat die Zeit unbeschadet überstanden. Die Zentralbanken müssen sich bewusst werden, dass sie sich derzeit in recht trübem Gewässern bewegen. Die geldpolitische Analyse benötigt neue Impulse von neuen Kräften. Vielleicht liefert das Symposium von Jackson Hole, das am Donnerstag beginnt, erste Impulse.

Wander-Apps sollen bestimmte Waldwege löschen

Landwirtschaftsminister Özdemir will Anbieter stärker regulieren / Änderung des Bundeswaldgesetzes geplant

loe. BERLIN. Unter Wanderbegeisterten erfreuen sie sich großer Beliebtheit: Apps wie Komoot, Outdooractive oder Bergfex, über die Nutzer ihre Routen mit Gleichgesinnten teilen. Darunter sind auch Wege jenseits der ausgetretenen Pfade, die aus klassischen Wanderführern bekannt sind. Das schürt unter Waldbesitzern und Politikern Sorgen, welche Folgen die Querfeldeinwanderer für die Natur haben. Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) will jetzt im Rahmen der Reform des Bundeswaldgesetzes erreichen, dass die Anbieter der Apps bestimmte Routen auf Verlangen löschen müssen.

Konkret soll im Paragraph 14 des Gesetzes ein Passus eingefügt werden, dem zufolge Waldbesitzer und Behörden „von einem digitalen Routenanbieter die Entfernung oder Änderung einer digital ausgewiesenen Route auf einer bislang weglosen oder pfadlosen Grundfläche im Wald verlangen“ können. Der Antragsteller muss dazu einen „maßgeblichen

Grund“ nachweisen, der Routenanbieter dem Verlangen „innerhalb einer angemessenen Frist“ nachkommen. In der Begründung schreibt das Ministerium, es gelte, den Wald „vor einer Überlastung in Folge einer übermäßigen Erholungsnutzung zu bewahren“. Zudem werde die Rechtsposition der Waldbesitzer geschützt. Ziel sei „das Unterbinden eines aller Voraussicht nach höheren Besucheraufkommens auf Flächen, auf denen ein derart intensiver Gemeingebrauch nicht hingenommen werden muss“.

Das Ministerium hat den Entwurf mit dieser und weiteren Änderungen des Bundeswaldgesetzes Anfang der Woche in die Abstimmung mit den anderen Ministerien gegeben. Das Bundeswaldgesetz stammt aus dem Jahr 1975. Die Ampelkoalition hatte verabredet, es so zu novellieren, „dass durch einen gezielten Waldumbau artenreiche und klimaresiliente Wälder mit überwiegend standortheimischen Baumarten geschaffen werden“. Die Umsetzung gestaltet sich aber

schwierig. Einen ersten Entwurf aus Özdemirs Ministerium wies die FDP als zu weitgehend zurück. Lange war unklar, ob es überhaupt noch eine Novelle geben würde. Das Ministerium sieht die jetzige Fassung als tragfähigen Kompromiss und hofft auf eine Verabschiedung im Kabinett spätestens Ende des Jahres.

Viele Bäume im Wald sind durch lange Trockenheitsphasen und Schädlinge wie den Borkenkäfer beschädigt. Nur jeder fünfte Baum gilt nach dem Waldzustandsbericht des Landwirtschaftsministeriums als vollkommen gesund. Besonders die vielen Fichten, die in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg angepflanzt wurden, halten den heutigen klimatischen Bedingungen nicht stand. Ziel der Politik ist ein „widerstandsfähiger Mischwald“.

Neben dem Passus zu den Wander-Apps ist eine Regelung geplant, dass bundeseinheitlich Kahlschläge von mehr als einem Hektar Waldfläche nur mit Genehmigung der Behörden vor Ort erlaubt sein sollen.

Dies soll unterschiedliche Regelungen der Länder vereinheitlichen und größere Freiflächen verhindern. Die im ersten Gesetzesentwurf geplanten Straftatbestände im Fall von Verstößen sind gestrichen, es bleibt bei Ordnungswidrigkeiten.

Der Verband Familienbetriebe Land und Forst hält eine Reform des Waldgesetzes für unnötig. „Statt Abläufe zu vereinfachen, wird de facto noch mehr Bürokratie aufgebaut.“ Umweltverbände wie der BUND zeigen sich enttäuscht über die „zahnlose Mikro-Novelle“. Ökologische Mindeststandards würden nicht erreicht. Markus Hallermann, Chef von Komoot, spricht dagegen von einem Entwurf, der „gleichberechtigt“ auf die Interessen von Waldbesitzern, Outdoorsportlern und Naturschutzorganisationen eingehe. „Wir übernehmen gern Verantwortung dafür, keine Routen im weglosen Gelände anzubieten sowie entsprechende Nutzungsregeln für Wege auf unserer Plattform zu kommunizieren, beispielsweise wenn das Fahrrad geschoben werden muss.“

Der Kanzler bringt 400 Millionen Euro nach Papenburg

Der Staat wird sich an der Kreuzfahrtwerft Meyer beteiligen, um sie zu retten / Holding soll entstehen

sup. HAMBURG. Für die Rettung der Meyer Werft zeichnet sich der Einstieg des Staats nun immer klarer ab. Für diesen Donnerstag ist der Besuch auf der Werft von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und seinen Parteigenossen Stephan Weil und Olaf Lies aus Niedersachsen anvisiert. In Papenburg werden die Politiker an einer Betriebsversammlung teilnehmen und dort vermutlich die Eckpfeiler des Rettungsplans darlegen. Das würde wohl eine Arbeitsplatzgarantie für rund 3300 Beschäftigte der Werft bedeuten. Schiffbauzulieferer einbezogen, geht es um 20.000 Menschen, rechnet man in der Politik vor.

Der Werft im Emsland mangelt es nicht an Aufträgen. Aber weil der Kreuzfahrttourismus während der Corona-Pan-

demie zusammengebrochen war, gab es damals eine Delle bei den Bestellungen und als Folge davon jetzt bei der Fertigstellung von Schiffen. In der Branche ist es weltweit üblich, dass 80 Prozent des Auftragswerts erst bei Übergabe der Schiffe bezahlt werden. Deshalb fehlt es der Meyer Werft jetzt an Geld, um die vorhandenen Bestellungen abarbeiten zu können. Für die nächsten Jahre errechnet sich eine Finanzierungslücke von 3 Milliarden Euro. Private Investoren waren schon wegen des enormen Zeitdrucks nicht zu finden. Das vorhandene Geld reicht nur noch bis Mitte September.

Was Scholz vor der Belegschaft zu verkünden hat, ist noch nicht bis ins Detail geregelt. Als sicher kann gelten, dass der

Staat 400 Millionen Euro als Eigenkapital zur Verfügung stellt und dadurch den Weg für die benötigten Milliardenkredite frei macht. Für diese wiederum soll ebenfalls die öffentliche Hand Ausfallbürgschaften übernehmen.

Sowohl der Bund als auch das Land Niedersachsen beteiligen sich an der Rettung. Dabei geht es nach Informationen der F.A.Z. nicht nur um den Betrieb in Papenburg. Vielmehr sollen die Werften in Rostock und im finnischen Turku zusammen mit der Stammwerft in Papenburg in eine europäische Holding eingebracht werden. Turku hat als Tiefwasserstandort für den Bau besonders großer Schiffe einen Standortvorteil gegenüber dem Stammsitz an der Ems, die für ferti-

ge Schiffe immer wieder aufgestaut werden muss. Die Neptun-Werft in Rostock wiederum ist für die Energiewende ein bedeutender Faktor. Gemeinsam mit dem belgischen Stahlbauer Smulders plant die Neptun-Werft den Bau von Konverterplattformen. Diese riesigen, milliardensteuern Umspannwerke braucht man, um den Strom von Offshore-Windparks an Land zu bringen.

Die bisherige Eigentümerfamilie Meyer könnte an diesem Konstrukt mit maximal 24,9 Prozent beteiligt werden. Die genaue Höhe hängt noch von einem Wertgutachten ab, das noch nicht vorliegt. Allerdings soll die Familie später die eigene Beteiligung wieder ausbauen können.

OST-WEST-VERGLEICH

Die ökonomische Ungleichheit wird es für ewige Zeiten geben, sagt ein Ifo-Experte.

Wirtschaft, Seite 16

GUT FREUND MIT CHINA

Die Regierung Meloni will Autohersteller aus China nach Italien locken.

Wirtschaft, Seite 18

WELTGRÖSSTE COMPUTERSPIELEMESSE

Die Spielebranche startet verkaternt in die Gamescom. Die Aussichten sind ungewiss.

Unternehmen, Seite 20

Herr Ragnitz, 34 Jahre nach der Deutschen Einheit erreicht das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt je Kopf 76 Prozent des westdeutschen Niveaus. Ist das Glas halb leer oder halb voll?

Ich rechne nicht damit, dass man jemals auf 100 Prozent kommen wird. Die strukturschwachen Länder im Westen sind bei etwa 90 Prozent des Durchschnitts. Das heißt, der Osten ist weit mehr am vollen als am leeren Glas dran. Da mögen noch zehn oder 15 Prozentpunkte draufkommen. Aber grundsätzlich ist der Osten von der Vielzahl von Standortbedingungen einfach so, dass er nie an den westdeutschen Durchschnitt herankommen wird. Der westdeutsche Durchschnitt ist ja auch stark geprägt durch die drei Länder im Süden, die besonders stark sind. Eigentlich ist der Osten schon ziemlich weit vorangekommen, aber es war sehr, sehr langsam. Das hätte man sich anders vorstellen können, aber immerhin.

Geht es mit dem Aufholen auch heute zu langsam?

Am Beginn ging es ganz schnell, in den ersten fünf Jahren nach der Wende, aber das war ja klar von dem damals sehr niedrigen Niveau. Aber seit Beginn der Nullerjahre ist es ja sehr, sehr langsam vorangekommen. Im Lauf von 20 Jahren hat der Osten nur noch zehn Prozentpunkte aufgeholt. Da würde ich schon sagen, dass man in Deutschland mehr erwartet oder zumindest mehr erhofft hatte. Schnell ist das eigentlich nicht.

Warum dauert es so lange?

Jetzt kann man viel über die Gründe philosophieren. Man hat diese strukturellen Probleme, man hat die Kleinteiligkeit der Wirtschaft. Und natürlich wächst die Wirtschaft im Westen auch, das Ziel bewegt sich. Im Westen sind die Unternehmen größer, da hat man mehr steigende Skalenerträge in der Produktion und dadurch mehr Produktivität. Umso schwerer ist es, das aufzuholen, wenn man wie im Osten sehr kleinteilig organisiert ist.

Die ostdeutschen Länder haben sich zuletzt sehr unterschiedlich entwickelt. Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern eher gut, Sachsen und Thüringen im Mittelfeld, Sachsen-Anhalt eher schlecht. Ist es sinnvoll, Ostdeutschland noch als einen Block mit den gleichen Problemen anzusehen?

Man muss total stark differenzieren innerhalb Ostdeutschlands. Die gemeinsame Vergangenheit war in der DDR. Die ganzen Transformationseffekte sind irgendwann in den Neunzigerjahren ausgelaufen. Seitdem setzen sich normale Standortfaktoren durch. Man muss in die Regionen, nicht auf die Länder schauen. Wir haben alleine aus demographischen Gründen einzelne Regionen, wo die erwerbsfähige Bevölkerung bis 2035 um die 30 Prozent sinken wird. Damit kriegen sie keine positive Entwicklung mehr. Die ostdeutschen Zentren, die werden auch künftig zulegen. Da wächst die Bevölkerung, da geht die wirtschaftliche Entwicklung dann positiv weiter.

Wenn man mit Ostdeutschen spricht, haben viele immer noch die Idee, dass die ostdeutschen Länder an 100 Prozent Westniveau herankommen können. Hat die Politik das Ziel falsch gesetzt, was zu enttäuschten Erwartungen führt?

Ich weiß nicht, ob die Politik dieses Ziel wirklich noch verfolgt. Man macht ja nichts Spezielles mehr für den Osten. Die Förderpolitik ist gesamtdeutsch. Die Subventionen, die da gewährt werden für die Chiphersteller Intel oder TSMC, die fließen zufällig in den Osten, weil die Unternehmen ganz gezielt Standorte hier ausgewählt haben. In der Produktivität oder



WAHLEN IM OSTEN

im BIP-je-Einwohner sind die 100 Prozent kein echtes Ziel mehr. Nun wird immer noch gesagt, bei den Löhnen, da will man schon 100 Prozent erreichen. Da gibt es aber Schwierigkeiten. Die Löhne, die Tarifregeln sind faktisch angeglichen. Relativ viele Unternehmen zahlen aber nicht nach Tarif. Dann sind eben die effektiven Verdienste deutlich geringer.

Ist es ein positiver Standortfaktor, dass in Ostdeutschland die Tarifbindung niedriger ist als in Westdeutschland?

Ich würde es nicht als einen Standortvorteil ansehen, der dazu führt, dass hier mehr Unternehmen zuwandern. Die Unternehmen, die aus dem Westen hierher kommen, bezahlen alle nach Tarif, mit ein paar Ausnahmen vom Anfang der Neunzigerjahre. Aber für die ganz vielen kleinen Unternehmen, die hier sind, für die ist die Freiheit, nicht tarifgebunden sein zu können, ein positiver Wettbewerbsfaktor. Sie haben dann eine Kostenentlastung, entweder bei den direkten Lohnkosten oder bei den ganzen sonstigen Regeln, die mit Tarifverträgen verbunden sind, und die ja auch Kosten verursachen. Diese Unternehmen werden sich nicht in die Tarifverträge hineinziehen lassen. Das tun sie im Westen ja auch nicht alle. Die Löhne werden sich erhöhen am Markt, wenn die Arbeitskräfte knapp werden. Ob man dann bei 100 Prozent landet oder nicht, das kann man heute nicht vorhersagen.

Manche Ostdeutsche sehen als großen Nachteil, dass die Vermögen zwischen West und Ost sehr ungleich verteilt sind.



Schöne Fassade: Im Landkreis Bautzen, hier in Zittau, erschwert die Ausländerfeindlichkeit das Wirtschaften. Foto Daniel Pflar

„Der Osten wird nie an das Westniveau herankommen“

Die ökonomische Ungleichheit wird es für ewige Zeiten geben, sagt der Ökonom Joachim Ragnitz. Dafür seien die Standortbedingungen im Osten zu unterschiedlich. Das Erstarren von AfD und BSW sei wirtschaftlich nicht zu erklären.

Es wird zunehmend gesagt, es sei eine Ungerechtigkeit. Manche kommen mit der Idee des Gründerbes oder ich weiß nicht was alles. Aber die Vermögensverteilung, die ist halt so aus historischen Gründen. Die werden sie auch mit einem Grunderbe von 20.000 Euro nicht verändern können. Da muss man sich wahrscheinlich mit abfinden, dass es die Ungleichheit für ewige Zeiten geben wird.

Sind die großen Neuansiedlungen wie TSMC in Dresden oder Tesla in Grünheide Fluch oder Segen für den Osten?

Es ist natürlich erst mal positiv, weil man an den Standorten mehr Wertschöpfung generiert und höher bezahlte Jobs schafft. Die Ausstrahlungseffekte in die Region hinein aber sind so groß nicht. Das beschränkt sich auf einen engen Radius von vielleicht 30 Kilometer. Diese Großansiedlungen bringen deshalb nicht so viel für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Sie bekommen einen einmaligen Effekt, die Wertschöpfung wird im Niveau angehoben, und dann geht es mit dem Wachstum mehr oder weniger so weiter wie zuvor. Man muss auch sehen, dass nicht Super-Hightech-Jobs geschaffen werden, sondern ganz häufig Techniker- oder Meister-niveau, Elektriker, Mechatroniker und andere. Diese Arbeiter werden zu einem großen Teil faktisch von anderen Unternehmen abgeworben, weil Intel oder TSMC besser zahlen, und weil nicht viele Menschen zuwandern werden. So geht an den Standorten an anderer Stelle Beschäftigung verloren. Dieses Problem kommt nur langsam im öffentlichen Bewusstsein an.

Die Hoffnung, dass mit den Ansiedlungen so etwas wie eine Ballung und ein sich selbst tragender Aufschwung vor Ort entsteht, haben Sie nicht?

Wenn man sich die großen Ansiedlungen ansieht, sieht man nicht, dass da

Cluster entstehen. Tesla in Brandenburg ist wie ein Ufo. Die haben ihre weltumspannenden Netzwerke. Mit der Batteriefabrik hier hat es nicht geklappt und von dem Tesla-Forschungszentrum in Berlin hört man auch nichts mehr. Um den chinesischen Batteriehersteller Catl in Erfurt ist es auch ruhig. Der Halbleitercluster in Dresden funktioniert ganz gut, aber hier funktioniert das schon seit 20 Jahren. Das ist ein Selbstläufer. Der Grundstein wurde eigentlich schon mit Siemens, heute Infineon, gelegt. Dann kam AMD, heute Global Foundries, dann kam Bosch, dann haben sie noch X-Fab und NXP Semiconductors, also das ist letztes sehr erfolgreich. Deswegen kommt jetzt auch TSMC mit dazu.

TSMC kommt, weil es fünf Milliarden Euro vom Bund bekommt.

Das können Sie sagen. Aber sie hätten auch nach Grenoble gehen können. Ich bin sehr skeptisch, ob diese Idee, mit selektiven Subventionen eine europäische Halbleiterproduktion aufzubauen, eine gute Idee ist. Die Lieferkettenproblematik wird damit ja nicht wirklich gelöst. Aber die Halbleiter-Geschichte in Dresden ist sicherlich eine Erfolgsgeschichte. Das ist in der Tat in Europa der einzige Halbleiterstandort, der im globalen Maßstab irgendwie mithalten kann. Intel wollte gerne auch nach Dresden, aber es gab kein hinreichend großes Grundstück. Jetzt gehen sie nach Magdeburg, aus amerikanischer Sicht sind 200 Kilometer nach Dresden keine Entfernung. Die werden sich an den Cluster Dresden mit anknüpfeln. Ob dann aber in Magdeburg noch viel drumherum entstehen wird, an Forschungsrichtungen und ähnlichem, da bin ich skeptisch. Im Prinzip kann das von Dresden aus mit bedient werden.

Früher hieß es, es braucht große Unternehmen, damit der Osten in der Arbeitsproduktivität aufholt. Gilt das noch?

So einfach kann man sich es nicht machen. Es gibt auch kleine Unternehmen, die hochproduktiv sind. Was auf jeden Fall stimmt ist, dass größere Unternehmen im Schnitt produktiver sind, weil sie Größenvorteile ausnutzen können. Aber ich bin skeptisch, dass es noch viele Großansiedlungen in Ostdeutschland geben wird. Und es kommt auch sehr stark darauf an, dass die Wirtschaftsstruktur ausgewogen ist. Da ist es besser, nicht nur auf Große zu setzen, sondern eine branchenmäßige und größenmäßige Diversifizierung hinzubekommen. Was die Wirtschaft insgesamt angeht, hoffe ich ein bisschen drauf, dass die Knappheit an Arbeitskräften irgendwann mal dazu führt, dass die Unternehmen zu mehr Produktivität gezwungen sind. Das heißt, alles was mit Rationalisierung und Digitalisierung zu tun hat, und möglicherweise auch mit verstärktem Strukturwandel. Da kommt dann der größte wirtschaftliche Effekt in der Zukunft her, nicht von diesen Neuansiedlungen.

Was heißt das für die Förderpolitik?

Das wesentliche Instrument ist ja die Regionalförderung, die alle Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor bekommen können, mit einer Bevorzugung der kleineren Unternehmen. Das finde ich ganz sinnvoll, dass man das so macht, also kleinere durchaus ein bisschen stärker zu fördern, ansonsten aber eben keine großartige Branchenselektion da reinbringt, sondern das möglichst breit streut. Das ist ja der Kern der Regionalförderung, die den Osten auch gilt. Was die Bundespolitik jetzt macht, ist aber die zunehmende Förderung irgendwelcher strategischer Bereiche mit stark selektivem Charakter. Das halte ich per se für falsch. Es ist auch keine Regionalförderung mehr, es fließt nur zufällig in den Osten.

In Westdeutschland wurden früher rechtsextreme Parteien stark, wenn es wirtschaftlich schlecht lief. Sind wirtschaftliche Schwierigkeiten der Grund für die erwarteten Wahlerfolge der AfD oder des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) im Osten?

In vielem ist das Frust über die Ampel-Regierung in Berlin. Aktuelle wirtschaftliche Schwierigkeiten, die jetzt irgendwie hochpoppen, sehe ich nicht. Die AfD-Stärke ist ja eigentlich flächendeckend. Das verfestigt sich doch schon seit zehn Jahren. Die AfD ist ganz stark in Thüringen und in Sachsen und im Süden Brandenburgs. Das sind teilweise strukturschwache Regionen, teilweise aber auch nicht. Mit akuten wirtschaftlichen Krisen können sie es nicht begründen. Wir haben analysiert, ob die Stärke der AfD mit der Einkommenshöhe in einer Region zusammenhängt. Da kommt heraus, dass es ist nicht unbedingt eine tatsächliche

Benachteiligung der Region ist, wo die AfD hochkommt. Es ist, was die Einkommen angeht, eher eine gefühlte Benachteiligung und die Sorge um den Verlust des bisherigen Status.

Es ist also eine Fehleinschätzung der eigenen Lebensumstände, die die Menschen AfD oder BSW wählen lässt?

Ja, in Teilen schon. Ich habe mir nur die Einkommen angeschaut, es könnten auch andere Faktoren eine Rolle spielen. Vielleicht haben die da Probleme mit der Kita-Versorgung, aber das kann ich mir nicht vorstellen. Vielleicht haben die da Probleme mit höherer Arbeitslosigkeit. Aber das ist auch kein großes Thema mehr. Der Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung zeigt, dass die Regionen, in denen die Leute überwiegend pessimistisch in die Zukunft gucken oder gefühlt schlechter dastehen, obwohl sie es objektiv gar nicht sind, dass dort der BSW- oder AfD-Anteil höher lag.

Können Subventionen und regionale Finanzhilfen das Erstarren der politischen Ränder verhindern?

Es gibt das Argument, dass die AfD dort stark ist, wo es viel Abwanderung gegeben hat, wo die Eliten mehr oder minder ausdünnten und diejenigen übrig geblieben sind, die woanders keine Chance hatten beziehungsweise nicht mobil genug waren. Dort seien die Verlustängste auch besonders hoch. Das ist so ähnlich wie diese Wähler von Donald Trump in den USA, im Mittleren Westen, wo halt auch eher die Abgehängten leben. Wenn sie in diesen Regionen in Ostdeutschland jetzt mehr Geld ausschütten, was nicht bei den Leuten ankommt, ändert das nichts. Denn es müssten ja Leute zuwandern, um was zu ändern. Zuwanderer machen aber häufig eben einen Bogen um diese Regionen, die ausländischen sowieso, aber auch Deutsche wollen da teilweise nicht hin. Kurzfristig bringt Geld auszuschütten eigentlich überhaupt nichts.

Ist das Erstarren an den politischen Rändern ein Standortnachteil für Ostdeutschland?

Die Unternehmer, die von außen kommen, haben eine langfristige Perspektive. Die werden im Zweifelsfall sagen, AfD, BSW, das läuft sich tot. Wenn ich mich hier für 25 Jahre engagiere, dann ändern die politischen Mehrheiten sich so oder so immer wieder mal. Insoweit spielt das wahrscheinlich keine Rolle. Hinzu kommt, dass für Unternehmen eine Vielfalt von verschiedenen Standortfaktoren wichtig ist. Da sind die politischen Ränder vielleicht ein Faktor unter vielen, der aber möglicherweise langfristig auch nicht so die Rolle spielt.

Also schreckt der politische Extremismus nicht ab?

Ich sehe einen indirekten Effekt. Wenn Unternehmen in den Osten wollen, brauchen sie Arbeitskräfte, die es hier nicht gibt. Die müssen also aus dem Ausland oder aus anderen Regionen zuwandern. Wenn Unternehmen vermuten, dass sie keine Arbeitskräfte bekommen, weil niemand da hinzieht, wo der rechte Rand stark ist, dann hat man tatsächlich einen negativen Einfluss. Es gibt Regionen wie Landkreis Görlitz, Landkreis Bautzen, Sächsische Schweiz. Für die wird es schwieriger, Investoren zu kriegen, weil dort die Rechten relativ stark sind und die Ausländerfeindlichkeit relativ hoch ist. Für Dresden spielt das keine große Rolle und für Leipzig sowieso nicht, für Jena nicht, für das Berliner Umland wahrscheinlich auch nicht. Aber gerade in den peripher gelegenen Regionen kann es im Endeffekt was Negatives sein.

Was geschieht mit den schon ansässigen Unternehmen?

Wenn sie Arbeitskräfte benötigen und die über Zuwanderung akquirieren wollen, kriegen sie unter Umständen auch ein Problem. Auffällig ist, dass es immer die gleichen, größeren Unternehmen sind, die sich gegen die AfD äußern, weil sie Arbeitskräfte aus dem Ausland unbedingt benötigen. Aber es gibt viele kleine und Handwerksunternehmen, oder Unternehmer, bei denen die Zustimmung zu rechten Parteien im Zweifelsfall genauso hoch ist wie in der allgemeinen Bevölkerung. Das Rechte sickert auch auf unerwartete Weise in die Unternehmen hinein. Ich habe mit Dachdeckerfirmen hier gesprochen, die sagten, dass sie keine Syrer einstellen, weil ihre Kunden keinen Syrer auf dem Dach haben wollen.

Sehen Sie in den Programmen von AfD und BSW wirtschaftspolitische Vorschläge, die positiv sind?

Da steht ja immer sowas wie Bürokratieabbau, das wäre ja positiv. Die AfD will, glaube ich, den Mindestlohn bei 12 Euro deckeln. Das BSW will wohl 15 Euro. Der Mindestlohn ist problematisch, da wären 12 Euro vermutlich schon besser. Aber ich habe deren Wahlprogramme zweimal durchgelesen. Das ist ein Sammelsurium von Sachen, die teils widersprüchlich sind, und das meiste war nicht sinnvoll. Das BSW kam mir, was Sozialpolitik angeht, total links vor, und total rechts, was die Zuwanderung angeht. Bei der AfD stand Sozialabbau drin, aber gleichzeitig wollen sie irgendwie Sozialleistungen für Deutsche verbessern. Soll heißen, mit Ausnahme dieses Bürokratieabbaus fällt mir jetzt nichts ein, wo ich sagen würde, das ist vermutlich gut. Aber Bürokratieabbau sagen alle anderen Parteien auch.

Das Gespräch führten **Stefan Paravicini** und **Patrick Welter**.

China prüft Subventionen auf Milch

dpa. PEKING. China hat eine Anti-subsventionsuntersuchung gegen importierte Milchprodukte aus der Europäischen Union angekündigt. Das könnte der erste Schritt zu Strafzöllen auf die Produkte sein. Betroffen seien bestimmte Waren wie frischer oder weiterverarbeiteter Käse, teilte das Handelsministerium mit. Den vorläufigen Untersuchungszeitraum legte die Behörde auf ein Jahr bis zum 21. August 2025 fest.

Die Ermittlung dürfte eine Gegenreaktion Pekings auf die von der EU erhobenen Strafzölle gegen chinesische E-Autos sein. Am Dienstag hatte Brüssel weitere Angaben zu den geplanten Zusatzzöllen gemacht, was in China auf große Kritik stieß. Die EU-Kommission hatte in den Monaten zuvor im Hinblick auf unfaire Subventionen für E-Autos aus China ermittelt, die nach Ansicht der EU-Behörden den Markt in Europa verzerrten.

Die Europäische Handelskammer in China zeigte sich wenig überrascht von Pekings Vorgehen. In einer Mitteilung bedauerte die Interessenvertretung für Firmen aus der EU, dass handelspolitische Schutzmaßnahmen einer Seite zunehmend von der anderen Seite in gleicher Weise erwidert würden. Die Kammer hoffe, dass Chinas Ermittlung fair und transparent verlaufe, und hielt ihre betroffenen Mitgliedsunternehmen an, zu kooperieren.

Nach offiziellen Daten Brüssels exportierte die EU im vergangenen Jahr Milchprodukte im Wert von 1,7 Milliarden Euro nach China. 2022 erreichten die Ausfuhren in dieser Kategorie noch einen Wert von etwas weniger als 2,1 Milliarden Euro. In Chinas Supermärkten ist zum Beispiel importierte Milch aus Deutschland oft zu finden, die in Fernost auch einen guten Ruf genießt.

Es ist nicht die erste Untersuchung gegen europäische Produkte. Im Januar hatte das Handelsministerium eine Ermittlung gegen Brantwein (Brandy) angekündigt. Betroffen waren hauptsächlich Hersteller aus Frankreich. Im Juli machte die Behörde bekannt, gegen aus der EU importiertes Schweinefleisch und Nebenprodukte davon zu ermitteln.

Mit Blick auf die EU-Zusatzölle gegen chinesische E-Autos spricht Peking von Protektionismus. Brüssel ignoriere Fakten, missachte Regeln der Welthandelsorganisation und werde nur sich und anderen schaden, sagte eine Außenamtssprecherin.

Solarstrom in Australien

AFP. SYDNEY. In Australien soll eine gigantische Produktions- und Speicheranlage für Solarstrom entstehen. Das australische Umweltministerium habe den Bau des „größten Solarparks der Welt“ genehmigt, teilte Umweltministerin Tanya Plibersek mit. Die Anlage soll in einer abgelegenen Region im Norden des Landes entstehen und über eine Stromtrasse mit dem südostasiatischen Stadtstaat Singapur verbunden werden.

Der Solarpark soll nach den Angaben von 2030 an Strom produzieren. Vier Gigawatt sind für den heimischen Verbrauch vorgesehen, zwei Gigawatt für Singapur. 15 Prozent des Bedarfs des Stadtstaats würden so gedeckt. Australien schwingt sich so zum „Weltmarktführer für grüne Energie“ auf, erklärte Plibersek.

Bislang ist Australien global einer der größten Exporteure fossiler Brennstoffe und vor allem von klimaschädlicher Kohle. Private Haushalte im Land setzen seit einiger Zeit stark auf eigene Solaranlagen. Vor allem konservative Regierungen blieben in den vergangenen Jahren beim Umschwenken auf erneuerbare Energiequellen jedoch zurückhaltend. 2022 deckte grüner Strom 32 Prozent des australischen Bedarfs. Kohlestrom hatte einen Anteil von 47 Prozent.

„Australien verfügt über einige der besten Solar- und Windressourcen aller Länder“, sagte der Direktor des Energy Change Institute an der Australian National University, Ken Baldwin, der Nachrichtenagentur AFP. Mittlerweile werde der Ausbau der Solar- und Windkraftanlagen mit zunehmender Intensität betrieben. Das nun genehmigte Solarparkvorhaben sei eine „Weltpremiere“ für den Export von erneuerbarem Strom aus Sonnen- und Windenergie in diesem Umfang, sagte Baldwin.

Der Chef des Betreiberunternehmens Suncable Australia, Cameron Garnsworthy, bezeichnete die Genehmigung aus Canberra als „bedeutenden Schritt“ auf dem Weg zur Realisierung des Projektes. Allerdings stehen noch Genehmigungen wie die Zustimmung der Energiemarktbehörde aus Singapur aus.

Joachim Ragnitz

Der gebürtige Niedersachse Joachim Ragnitz ist einer der besten Kenner der ostdeutschen Wirtschaft. Als einer von wenigen westdeutschen Ökonomen erlebte und begleitete er die wirtschaftlichen Umbrüche im Osten vor Ort, mit Sympathie, Gelassenheit und mit dem unbestechlichen Blick eines Volkswirts. Ragnitz arbeitete ab 1994 erst am Institut für Wirtschaftsforschung Halle und seit 2007 als stellvertretender Geschäftsführer der Dresdener Niederlassung des Ifo-Instituts. Er lehrt an der TU Dresden. Das ökonomische Rüstzeug erwarb der 63 Jahre alte Ragnitz in den Achtzigerjahren an der Universität zu Köln, wo er promoviert wurde. pwe.



Joachim Ragnitz Foto Patrick Welter



Gefunden: Ihr Schlüssel zum Glück.

Glauben Sie an Liebe auf den ersten Blick? Wir auch – und machen die Entscheidung für A-Klasse, B-Klasse, CLA Coupé, GLA, T-Klasse oder V-Klasse mit ganz besonderen Leasing- oder Finanzierungsbedingungen jetzt noch attraktiver. Ihr kurzfristig verfügbarer Neuwagen wartet schon auf Sie!



Ab 233 €/Monat* leasen



Mercedes-Benz

*Ein freibleibendes Leasingbeispiel der Mercedes-Benz Leasing Deutschland GmbH, Siemensstraße 7, 70469 Stuttgart, für Privatkunden für eine A-Klasse 180 Kompaktlimousine^[1], Hubraum: 1.332 cm³, 100 kW + bis zu 10 kW, Kraftstoff: Super. Fahrzeugpreis 48.141,45 €, Leasing-Sonderzahlung 9.628,29 €, Laufzeit 36 Monate, Gesamtleistung 45.000 km, 36 mtl. Leasingraten à 233 €.

Stand Juli 2024. Unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers zzgl. lokaler Überführungskosten. Solange der Vorrat reicht. Andere Motorisierungs- und Ausstattungsvarianten gegen Aufpreis möglich. Das abgebildete Fahrzeug enthält Sonderausstattungen.

^[1] Mercedes-Benz A 180 Kompaktlimousine | Energieverbrauch kombiniert: 6,5–5,9 l/100 km | CO₂-Emissionen kombiniert: 148–134 g/km | CO₂-Klassen: E-D

Meloni spielt die chinesische Karte

Die Regierung in Rom will Autohersteller aus China in Italien ansiedeln. Mit der im Stellantis-Konzern aufgegangenen eigenen Industrie streitet man sich dagegen.

Von Christian Schubert, Rom

Chinesische Autohersteller mit europäischen Zöllen zu belegen sei keine antichinesische Politik, die Waren aus dem Reich der Mitte fernhalten solle. Denn wer in Europa produziere, entgehe den Zöllen. So sieht es die italienische Regierung, die derzeit mit drei chinesischen Herstellern über die Ansiedlung einer Autofabrik in Italien verhandelt. Am weitesten fortgeschritten sind die Gespräche mit dem staatlichen Autobauer Dongfeng, wie in Rom im Ministerium mit dem Titel „Made in Italy“ zu erfahren ist. Ein Abschluss steht zwar nicht kurz bevor, doch es wird über konkrete Ansiedlungsbedingungen gesprochen. Die Regierung will dabei durchsetzen, dass mindestens 45 Prozent der Zulieferteile aus Italien stammen, darunter unter anderem die „Infotainment“-Elemente der chinesischen Autos. Zudem sollen die Daten der verkauften Wagen und damit der italienischen Konsumenten geschützt werden, heißt es ohne Detailangaben.

Die Wirtschaftsbeziehungen Italiens zu China kann man heute im weitesten Sinne als pragmatisch bezeichnen. Sie haben nichts zu tun mit der scharfen Kritik, die Giorgia Meloni etwa in ihrer vor gut drei Jahren erschienenen Autobiographie äußerte. Darin bezeichnete sie China als „Diktatur“ und rief die italienischen Sportler dazu auf, der Eröffnungsfeier zu den Olympischen Winterspielen fernzubleiben. Außerdem forderte sie, zusammen mit dem Amerika von Donald Trump „den Aufstieg Chinas und seinen Expansionismus einzudämmen“. Seit ihrem Regierungsantritt kann man Meloni zugutehalten, dass sie getreu dieser Linie im vergangenen Jahr die italienische Mitgliedschaft in der chinesischen Seidenstraßen-Initiative gekündigt hat, ein Projekt, dem Italien als einziges G-7-Mitglied seit 2019 angehört hatte. Doch das war mehr eine diplomatische Geste als eine Maßnahme mit konkreten Folgen, die Peking im Übrigen schnell verdaut hat. Heute setzen Italien und China ganz auf Dialog, wie bei Melonis Staatsbesuch Ende Juli klar wurde. Da konnte die Regierungschefin gar nicht oft genug auf die Stabilität und die gegenseitig nützlichen Beziehungen hinweisen. Und sie warb ganz offen für Ansiedlungen in Italien. „Chinesische Investitionen in Italien machen heute nur etwa ein Drittel der italienischen Investitionen in China aus. Das ist eine Lücke, die wir gerne schließen würden“, sagte sie auf



Großes Ziel: Die italienische Regierung will bis 2030 jährlich 1 Million Autos in italienischen Werken bauen. Foto Picture Alliance

einem Wirtschaftsforum neben dem Ministerpräsidenten Li Qiang, bevor sie den mächtigen Staats- und Parteichef Xi Jinping traf. Italien stehe jederzeit „jeden zur Verfügung, die produzieren und investieren wollen, die neue Industrieflächen teilen, Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen wollen“, versicherte Meloni.

Im Automobilssektor ist der Bedarf besonders groß. Hier hat die italienische Regierung das Ziel ausgerufen, dass bis 2030 in italienischen Werken eine Million Autos jährlich gebaut werden sollen. Im vergangenen Jahr waren es nur gut 750.000. Das ist weit entfernt von früheren Zeiten, als die Marken „made in Italy“ noch glänzten. Doch nach und nach verschwanden Werke oder wurden verkleinert. „Zudem kennzeichnet Italien die Anomalie in Europa, dass es nur einen großen Hersteller gibt“, erläutert Stefano Aversa, Automobilexperte bei der Beratungsgesellschaft AlixPartners, was für ihn auf industriepolitische Fehler der Vergangenheit zurückgeht. Fiat hat mit der Zeit fast alle italienischen Marken von Lancia bis Alfa Romeo aufgekauft und ist heute Teil des Stellantis-Konzerns zusammen mit Herstellern aus Frankreich, den Vereinigten Staaten und auch Deutschland (Opel). Die kleinen Luxuskonstrukteure Ferrari und Lamborghini (Teil des VW-Konzerns) fallen demgegenüber kaum ins Gewicht. Die Verhandlungsposition der italienischen Regierung ist daher nicht besonders stark. So sind die Beziehungen immer wieder angespannt. Meloni bezeichnete es als „Skandal“, dass ihre Regierungsvorgänger die Fusion von Fiat-Chrysler mit Peugeot-Citroën und Opel zuließen. Dies habe die Abwanderung auf billigere Standorte wie Osteuropa oder Marokko nur verstärkt. Dass die Holding der italienischen Industriellenfamilie Agnelli mit Abstand größter Einzelaktionär von Stellantis und ihr Familienober-

haupt John Elkann der Stellantis-Verwaltungsratsvorsitzende ist, hält die Regierung nicht von ihren Klagen ab. Italien verliere bei Stellantis stetig an Bedeutung, heißt es, und dabei wird unterschlagen, dass der Konzern auch in Frankreich viel abgebaut hat. In ihrer Verärgerung hat die italienische Regierung sogar dafür gesorgt, dass ein jüngeres Modell von Alfa Romeo nicht „Milano“ heißen darf, weil es in Polen gebaut wird. Die italienische Finanzpolizei beschlagnahmte im Hafen von Livorno außerdem Dutzende von Stadtwagen der Marke Fiat Topolino, weil sie den Aufkleber einer italienischen Flagge trugen, obwohl sie in Marokko gebaut werden. Nicht förderlich für die Harmonie ist auch die Tatsache, dass den Agnellis mehrere regierungskritische Zeitungen wie „La Repubblica“ und „La Stampa“ gehören.

Der Stellantis-Vorstandsvorsitzende, der Portugiese Carlos Tavares, hält mit Kritik an der Regierung auch selten hinterm Berg. So bemängelte er schlechte Standortbedingungen, darunter eine schwächere staatliche Kaufförderung als in anderen europäischen Ländern. Tavares hat selbst mit dem chinesischen Hersteller Leapmotor eine Allianz geschlossen, doch dabei geht Italien wieder leer aus: Ein kleiner Elektrowagen soll künftig im polnischen Tychy gebaut werden.

Enttäuscht vom eigenen Hersteller, wendet sich die italienische Regierung nun also chinesischen Anbietern zu. Der Präsident des Automobilverbandes ANFIA, Roberto Vavassori, hat Meloni auf ihrer letzten China-Reise begleitet und begrüßt die neue Offenheit gegenüber der Wirtschaftsmacht im Osten. Das sei kein Gegensatz zur aktuellen EU-Position. „Die EU-Zölle würde ich gerne nur als temporäre Maßnahme sehen, doch sie dienen nicht dazu, chinesische Produkte auszuschließen, sondern sollen lediglich we-

gen der chinesischen Subventionen für gleiche Wettbewerbsbedingungen sorgen“, sagt er. Der chinesische Hersteller Byd wolle ja auch Personenwagen in Ungarn bauen. Vavassori zeigt sich zuversichtlich, dass die italienische Regierung Bedingungen durchsetzen könne, die dem italienischen Standort mit seinen Zulieferern guttun. Trotz allen Abbaus habe sich die Branche einen starken Sektor mit wettbewerbsfähigen Ausstattungen erhalten, die eng mit deutschen Herstellern zusammenarbeiten. Die italienischen Zulieferer erzielten im vergangenen Jahr mit insgesamt 56 Milliarden Euro mehr Umsatz als die Hersteller, und sie beschäftigen mit 170.000 Mitarbeitern dreimal so viel Personal wie die Autokonstruktoren. Neben großen Namen wie Pirelli, Brembo oder Adler-Pelzer gibt es aber viele sehr kleine Unternehmen, für die der Umbau Richtung Elektrifizierung und Software eine große Herausforderung ist. Ihnen fehlt es an Finanzstärke und Innovationskraft. Zu viele mittelständische Zulieferer Italiens sind daher noch auf die mechanischen Teile des Autobaus konzentriert. „Ihre durchschnittliche Größe erlaubt es ihnen nicht, umfangreiche Investitionen in Elektronik, Software und Grundlagenforschung zu tätigen, etwa in der Batteriechemie“, erläuterte Vavassori. Autoexperte Aversa stimmt da zu, nennt aber auch die Stärken des Automobilsektors: seine gut ausgebildeten Arbeitskräfte, die im Vergleich mit Deutschland und Italien etwa im Bereich der Ingenieurarbeit auch weniger teuer sind, sowie seine günstige logistische Anbindung an Hafenstandorte, über die etwa der afrikanische Markt beliefert werden kann. Zudem gebe es in Italien eine Reihe von aufgegebenen Automobilstandorten, etwa im Piemont oder in Sizilien, die rasch wiederbelebt werden könnten.

Gründer bleiben Fans der Grünen

Die Partei verliert jedoch, während die CDU aufholt / Volt beliebter als die SPD

loe. BERLIN. In den allgemeinen politischen Stimmungsumfragen kommen die Ampelparteien nur noch auf etwas mehr als 30 Prozent. Unter Gründern sieht das Bild zumindest für zwei der drei Koalitionspartner deutlich besser aus. 41,3 Prozent von ihnen würden aktuell die Grünen wählen, geht aus einer Umfrage des Deutschen Start-up-Verbands unter 1800 Gründern und Geschäftsführern von Start-ups hervor. An zweiter Stelle folgt die FDP mit 21,4 Prozent, danach CDU/CSU mit 15,8 Prozent. Gegenüber der Umfrage vor einem Jahr haben Grüne und FDP jeweils rund 5 Prozentpunkte verloren, die Union konnte 4 Prozentpunkte aufholen. Den größten Zuwachs an Popularität konnte jedoch die Partei Volt für sich verbuchen, die von 1,2 auf 6,7 Prozent zulegte. Richtig bitter ist die Umfrage für die SPD: Sie würden nur noch 5,5 Prozent der Gründer wählen. Noch unbedeutender sind in dieser Wählergruppe nur die AfD (3 Prozent), die Linke (2,2 Prozent) und das Bündnis Sahra Wagenknecht (1,4 Prozent).

Die Ergebnisse sind insofern nicht überraschend, weil die Grünen traditionell viele Anhänger in großstädtischen Akademiker-Milieus haben. Etwa jedes fünfte Start-up hat seinen Sitz in Berlin, weitere Gründerhochburgen sind München, Hamburg und die Städte in Nordrhein-Westfalen. Im Start-up-Monitor 2022 kamen die Grünen sogar schon einmal auf eine absolute Mehrheit von 50,8 Prozent. Schlecht lief es für die Partei in der Gründerszene zuletzt nur im Jahr 2018. Damals erreichte sie lediglich 22,4 Prozent, die FDP lag dagegen mit 37,6 Prozent vorne. In der Europawahl Anfang Juni dieses Jahres verzeichnete die AfD hohe Stimmenzuwächse von jungen Wählern. Die Grünen verloren Wähler unter anderem an die proeuropäische Klimaschutzpartei Volt.

Die Start-up-Beauftragte im Wirtschaftsministerium, Anna Christmann (Grüne), bedankte sich angesichts der Umfrageergebnisse für das „große Vertrauen“. Dies sei „Ansporn, weiter das Beste für Start-ups rauszuholen“. Ent-

täuscht zeigte sich Verena Hubertz, in der SPD-Fraktionsspitze für Wirtschaft zuständig und selbst Gründerin der Koch-App Kitchen Stories. Mit der Vereinfachung der Mitarbeiterbeteiligung und der Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes habe die Ampelkoalition wichtige Themen für Start-ups in Angriff genommen, sagte sie. „Sozialdemokratie bedeutet für mich Aufstiegs- und Chancengerechtigkeit und ist damit Start-up-DNA pur. Ich bin sicher, dass da noch mehr Gründer zu uns in Boot zu holen sind.“

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) sorgt sich unterdessen um den Gründergeist in Deutschland. Sie berichtete am Mittwoch von einer Umfrage, wonach das Interesse an einer Unternehmensgründung in Deutschland auf den tiefsten Stand seit 2010 gefallen ist. Gestiegene Betriebskosten sowie das Dickicht bürokratischer Regelungen „ersticken die Lust am Unternehmertum“, konstatierte DIHK-Präsident Peter Adriani. Die rund 1000 vom Verband befragten Gründer gaben dem Standort im Schnitt die Schulnote 3,6.

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) bekam am Dienstagabend bei einem Bürgerdialog in seinem Ministerium viel Applaus, als er verbal über aktuelle und potentielle Koalitionspartner herzog. „Sollte ich jemals Bundeskanzler werden, wird Christian Lindner nicht Finanzminister“, sagte er. Zudem kritisierte Habeck die Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten zur Energiewende. „Inhaltlich-fachlich kann ich Markus Söder nicht mehr ernst nehmen.“ Gegen Ende der Veranstaltung klang auch etwas Selbstkritik durch. Es gebe in Deutschland eine „Politik der schlechten Laune“, und er „beißt sich in den Hintern“, Teil davon zu sein. Der Ampelkoalition stand er noch eine „letzte Chance“ zu.

Deutsche sind zufriedener

Frankfurt. Die gefühlte Stimmung im Land ist mies: Ampelregierung, Deutsche Bahn, Wirtschaftswachstum, das alles erzeugt schon seit Jahren keine Glücksgefühle. Doch in den Augen der Deutschen wird keineswegs alles immer schlimmer. Im Gegenteil, zumindest im Zeitraum 2004 bis 2021 hat die Zufriedenheit der Deutschen kontinuierlich zugenommen. Gefragt nach ihrer allgemeinen Lebenszufriedenheit, wählten die Deutschen 2004 auf einer Skala von 0 („ganz und gar unzufrieden“) bis 10 („ganz und gar zufrieden“) im Schnitt 6,7 Punkte. Knapp zwei Jahrzehnte später stieg der Zufriedenheitswert auf 7,4 Punkte. Das zeigt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). „Das subjektive Wohlbefinden prägt maßgeblich die Lebensqualität einer Gesellschaft“, schreiben die Autoren.

Wie sehr die Pandemie, Inflation und Stagnation diesen Trend gebrochen haben, lässt sich anhand der Umfragen nicht nachvollziehen. Abzulesen sind aber die Treiber der positiven Entwicklung. So nahm die Zufriedenheit mit dem persönlichen Einkommen in dem Zeitraum deutlich zu (von 5,5 auf 6,9 Punkte). „Im gleichen Zeitraum sind auch die Reallöhne um etwa 10 Prozent gestiegen“, sagt Studienautorin Theresa Entringer. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so steil, nahm die Zufriedenheit mit der eigenen Arbeit zu. Die Zufriedenheit mit der eigenen Gesundheit sei in den zwei Jahrzehnten weitgehend stabil geblieben. 2021 habe es im Zuge der Corona-Pandemie sogar einen leichten Anstieg gegeben.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER

Haben wir ein Kanzleramt?

Zu „Welche Presse hätten Sie gern?“ (F.A.Z. vom 16. August): Dass das Verbot des unsäglichen Magazins „Compact“ im Eilverfahren nicht gehalten hat, war zu erwarten, ist aber auch nach sorgfältiger Lektüre des Beschlusses des Bundesverwaltungsgerichts und bei nüchternster Betrachtung eine Katastrophe. Es ist ein „Persilschein auf Zeit“ für ein Medium, dessen Geschäftsmodell Volksverhetzung und das Schüren von Hass ist. Und es ist zwei Wochen vor wichtigen Landtagswahlen eine Maßvorlage für eine rechtsextreme Partei und ihre Fans.

Beides ist zu verantworten von einer Bundesinnenministerin, die nicht oft genug betonen kann, dass sie sich den Kampf gegen den Rechtsextremismus auf die Fahnen geschrieben hat, die aber nicht zu wissen scheint, wie man den erfolgreich führt.

Man ist als besorgter Staatsbürger fassungslos angesichts eines derartigen Dilettantismus bei einem so ersten Thema, erst recht wenn dieser Dilettantismus im Innenministerium angesiedelt ist, in dem es eigentlich von Spitzenjuristen wimmeln sollte. Ihnen

müsste doch etwas dazu einfallen, wie man gegen Beiträge in einem Hetzblatt wie „Compact“ juristisch so vorgehen kann, dass das vor Gericht hält. Noch fassungsloser wird man angesichts der Tatsache, dass sich eine offensichtlich von ihrer Aufgabe überforderte Ministerin so etwas leisten kann, ohne vom Kanzleramt gebremst zu werden.

Ich habe viele Jahre in leitenden Funktionen in einer Regierungszentrale gearbeitet und weiß von daher ziemlich genau, was die Rolle eines Fachressorts und was die Rolle der Regierungszentrale ist.

Wenn etwas so Gewichtiges politisch auf den Weg gebracht wird wie das Verbot eines Presseerzeugnisses durch ein Bundesministerium, steht das Kanzleramt vor einem Dilemma: Es muss sich fragen lassen, ob es überhaupt existiert beziehungsweise ob es seinen Aufgaben gerecht wird, oder es muss sich der Mitverantwortung für die verfehlte Ressortentscheidung stellen.

HANS GEORG KOCH, MINISTERIALDIRIGENT A. D., AICHWALD

Querdenker – eine geistige Elite

Immer wieder wird in der F.A.Z., zuletzt im Leserbrief von Herrn Dr. Bade („Mündigkeit braucht Bildung“, F.A.Z. vom 13. August), der Begriff „Querdenker“ verwendet, und zwar meistens in negativer oder abwertender Bedeutung. Dem möchte ich energisch widersprechen.

Für mich sind Querdenker kritisch denkende Menschen, die nicht alles hinnehmen, was ihnen seitens Politik, Medien oder der Mehrheit der Gesellschaft vorgesetzt wird, sondern dies hinterfragen und gegebenenfalls nach alternativen Lösungen suchen. Das Gegenteil zu einem „Querdenker“ wäre ja vielleicht ein „Längsdenker“ oder auch ein „Nichtdenker“, und von beiden hatten und haben wir immer wieder zu viele.

Es mag Querdenker geben, die dies aus unlauteren Motiven oder um des Blockierens willen tun. Diesen stehen allerdings – als prominente Beispiele – zahllose Erfinder, Unternehmer,

Künstler et cetera gegenüber, die nicht dem „Mainstream“ folgen, sondern „out of the box“ denken, und dies häufig zum Besten der Gesellschaft. Sicher wäre beispielsweise ein Galileo Galilei als „Querdenker“ bezeichnet worden, hätte es den Begriff damals schon gegeben. Auch während der Corona-Pandemie hatten die Querdenker und kritischen Stimmen ja nicht immer unrecht, wie jetzt schrittweise ans Tageslicht kommt.

Im Übrigen sind Querdenker zwangsläufig immer in der Minderheit, sonst würden sie wieder den „Mainstream“ abbilden. Wir brauchen in unserer Gesellschaft Menschen, die zwar konstruktiv, aber eben auch kritisch und unbequem denken, auch auf die Gefahr hin, dass sie nicht immer recht haben. Für mich gehören Querdenker damit grundsätzlich zur geistigen Elite unserer Gesellschaft.

HANS LAMPERT, GÜTERSLOH

Ein deutscher Krieg

Zu „Kein Ort für Zufälle“ (F.A.Z., Geisteswissenschaften vom 14. August): Als Bruckner-Hörer, der die Stiftskirche in St. Florian schon mehrmals besucht hat, möchte ich mich für den sehr lesenswerten Artikel von Christine Tauber bedanken.

Den darin verwendeten Begriff „Deutsch-Österreichischer Krieg von 1866/67“ sehe ich jedoch nicht nur kritisch, vielmehr finde ich ihn geschichtsverfälschend. Österreich als Führungsmacht des Deutschen Bun-

des kämpfte in diesem Krieg mit mehreren deutschen Staaten an seiner Seite gegen Preußen und dessen Verbündete um die Vorherrschaft in Deutschland. Im Ergebnis ging er für Österreich verloren, und die kleindeutsche Lösung der Deutschen Frage zeichnete sich ab.

Insofern halte ich die Begriffe „Deutscher Krieg“ oder „Preußisch-österreichischer Krieg“ für passender.

BERND AUMILLER, FRIEDBERG

Kinder werden als Konsum behandelt

Zu dem Artikel von Katja Gelinsky „Weniger Kinder trotz mehr Transfers“ (F.A.Z. vom 18. Juli): In Deutschland, aber auch in den meisten anderen Staaten der entwickelten Welt gehen die Geburtenzahlen zurück. Die OECD berichtet, dass Geldtransfers zugunsten von Familien mit Kindern kaum eine positive Wirkung hätten.

Dies würde erklären, warum in Deutschland trotz höherer Transfers die Kinderzahlen zurückgehen. Tatsächlich kann die Politik die nichtfinanziellen Gründe, die die Entscheidung für ein Kind begünstigen, kaum beeinflussen. Die finanziellen Gründe, die gegen ein Kind sprechen, werden hingegen nur selten sorgfältig analysiert. Stattdessen werden vornehmlich unzutreffende Urteile gefällt.

So wird oft übersehen, dass in einer marktwirtschaftlichen Ordnung Kinder grundsätzlich nicht als Investitionen, sondern als Konsum behandelt werden, der mit vielfältigen anderen Konsummöglichkeiten konkurriert („Wohnmobil und Urlaub statt Kind“). Da es außerdem in einer Marktwirtschaft keinen Familienlohn gibt, sinkt das Pro-Kopf-Einkommen der Familienmitglieder mit jedem zusätzlichen Kind immer weiter.

Auch das Abgabensystem in Deutschland benachteiligt Familien immer stärker, weil der Sozialstaat über die Jahrzehnte verstärkt über Sozialversicherungsbeiträge und weniger stark über Steuern finanziert wird. Damit wird der Bruttolohn zusätzlich belastet, der bei Eltern auch für den Lebensunterhalt der Kinder reichen muss.

Im Gegensatz zu den Steuern gibt es aber keine Freibeträge für die Unterhaltsleistungen der Eltern, die sie gegenüber ihren Kindern leisten (müssen). Auch der für das Existenzminimum der Kinder reservierte Bruttolohn unterliegt dem Abzug der Sozialabgaben. Die Einführung des Ge-

nerationenvertrages im Jahr 1957 hat den Deutschen die Einsicht vermittelt, dass es bei der Rente auf eigene Kinder nicht ankommt. Im Gegenteil: Kinder können die Karriere behindern und damit die eigene Rente schmälern. Aufgrund der nicht ausreichenden Rente sollen sich auch Eltern eine private Altersvorsorge aufbauen, zusätzlich zu den Kinderkosten, die sie zu tragen haben.

Das führt bei vielen Deutschen zu der Erkenntnis: „Ich kann mir keine Kinder leisten, denn Kinder kosten mich meine Altersvorsorge. Ich hätte dann zu wenig Geld, um mir eine kapitalgedeckte zusätzliche Altersvorsorge aufzubauen.“

Im deutschen Steuersystem ist über die Jahrzehnte der Anteil indirekter Steuern immer stärker angestiegen. Dabei spielt die Umsatzsteuer eine zentrale Rolle. Familien zahlen aufgrund ihrer vielen Mitglieder und der dadurch notwendigen Konsumausgaben besonders viel Umsatzsteuer. Selbst die eigentlich sozial ausgestaltete Einkommensteuer benachteiligt Eltern, denn sie stellt nur das Existenzminimum frei, nicht aber den gesamten familienrechtlich geschuldeten Kindesunterhalt. Der übersteigende Betrag wird vom Fiskus besteuert und reduziert damit das verfügbare Einkommen von Familien zusätzlich.

Wenn die Politik ernsthaft die finanziellen Nachteile der Elternschaft substanziell reduzieren wollte, müsste sie geradezu revolutionäre Politikveränderungen durchführen.

In einer Gesellschaft, in der das Medianalter der Wählerschaft weit über der Schwelle von 50 Jahren liegt, sind solche Veränderungen unrealistisch. Daher werden die Geburtenzahlen auch in den kommenden Jahren weiterhin zurückgehen, mit allen Konsequenzen, die damit verbunden sind.

STEFAN MÜLLER, DONAUESCHINGEN



Die Grünen bedanken sich für das Vertrauen, die SPD ist enttäuscht. Foto Imago

Die letzte Abnahme der Behörden ist noch gar nicht gemacht, aber der Eröffnungstermin steht für die Studio-bühne Siegburg schon fest: Am 14. September soll in der dritten Etage des ehemaligen Kaufhof-Warenhauses „Kaufhof Monopoly“ aufgeführt werden, ein Theaterstück über den Aufstieg und Fall von René Benko. Die ehemalige Belegschaft des Warenhauses, das einst zum Reich des österreichischen Immobilieninvestors gehört hat, bekommt freien Eintritt.

Einen Untermietvertrag von September bis Ende Juli 2025 hat René Böttcher unterschrieben, der Vorstand des Trägervereins und einer der künstlerischen Leiter des freien Theaters ist. „Was Besseres kann uns nicht passieren“, sagt Böttcher am Telefon. Schließlich könne das Theater nicht zurück an seinen vorigen Standort. Zuerst die Corona-Pandemie und dann Bauverzögerungen haben dafür gesorgt, dass die Theatergemeinschaft bald in die sechste Saison gegangen wäre ohne eine durchgehende Spielzeit. Denn das neue Haus für das Theater, zu dem auch eine Jugendkunstschule, ein Bürgertheater und eine Schauspielschule mit 40 Auszubildenden gehören, wird erst 2028 fertig.

Nun soll es als Zwischenlösung für jeweils 100 Zuschauer im alten Kaufhaus 150 Vorstellungen geben. Das Projekt soll auch zur Wiederbelebung der Siegburger Innenstadt beitragen. „Es wird verdammt lange dauern, bis es eine Art von Nachnutzung gibt, daran gewöhnt sich auch die Politik in Siegburg langsam“, sagt Böttcher.

Den Untermietvertrag auch unterzeichnet hat André Kuchheuser. Er ist Vorstand der Stadtbetriebe Siegburg, eines kommunalen Unternehmens der Kreisstadt. „Für uns ist das ein kleines Leuchtturmprojekt und für alle Beteiligten eine Win-win-Situation“, sagt Kuchheuser. Die Stadtbetriebe kamen in Kontakt mit der Immobiliengesellschaft RME aus Oberhausen, die im Auftrag der amerikanischen Investmentgesellschaft Apollo noch 22 Galeria-Warenhausimmobilien betreut. Denn die Stadtbetriebe kümmern sich um alles, was mit Infrastruktur zu tun hat: Strom, Gas, Wasser Abwasser, Wärmeplanung und Parks. Fünf Parkhäuser in Siegburg betreibt das kommunale Unternehmen. Seit Kurzem kümmert es sich auch um das alte Kaufhof-Parkhaus.

Dass es mit der Theater-Zwischenmiete überhaupt geklappt hat, liegt auch daran, dass es einen direkten Zugang zu der Etage vom Parkhaus aus gibt. Die Besucher müssen dadurch nicht durch die leer stehenden Kaufhaus-Etagen nach oben kommen. Früher war ein Saturn-Elektronikmarkt im dritten Obergeschoss.

Vorbeistreichende Passanten werden im Erdgeschoss des ehemaligen Kaufhauses weiterhin nur auf Leerstand blicken. Mit einer angemieteten Fläche von 350 Quadratmetern füllt das Theater nicht einmal ein komplettes Geschoss. Insgesamt zählt der Kaufhof in Siegburg rund 14.000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche.

„Das ist nur ein Gimmick, so etwas hat für die Entwicklung eines Hauses null Bedeutung“, sagt ein Beobachter aus der Immobilienbranche, der sich mit der Revitalisierung von großen Warenhausflächen auskennt. In vielen Städten geht es den Eigentümern vor allem darum, Bewegung auf die Fläche zu bekommen. Die Ansätze sind dabei unterschiedlich: In Hamburg gibt es bis zum Jahresende auf sechs Geschossen im ehemaligen Gebäude von Karstadt Sports temporäre Ate-liers und Pop-up-Stores und damit Raum



Großer Leerstand in den Fußgängerzonen: Was passiert mit den geschlossenen Filialen wie hier in Hanau? Foto Aaron Leithäuser

Das große Warenhaus-Theater

In das alte Kaufhof-Warenhaus in Siegburg ziehen Schauspieler ein und geben ein Stück über René Benko. Die unkonventionelle Nachnutzung zeigt, wie schwierig es ist, Leerstand wieder mit Leben zu füllen.

Von Jonas Jansen, Düsseldorf

für die Kreativszene vor Ort. In Troisdorf nahe Bonn hat die Stadt ein ehemaliges Hertie-Kaufhaus zu einem Forum mit Kletterwand, Indoor-Rutschen, Axtwerfen, Gastronomie, Lounge-Bereichen und Co-Working-Plätzen umgebaut. In Recklinghausen haben Architekten ein frühere Karstadt-Haus zu einem Ort umgebaut, in dem betreutes Wohnen genauso untergekommen ist wie eine Kita, ein Hotel und Gastronomie. Das Karstadt-Kaufhaus dort hatte schon 2016 zugemacht.

Solche Umnutzungen brauchen Zeit: In Essen will die Eigentümerin der früheren Kaufhof-Filiale, die Koerfer-Gruppe, ihr komplett umgebautes Areal im September eröffnen. Nahversorgung mit Aldi und DHL-Paketstation gehört genauso zum Angebot wie eine Zahnarztpraxis und ein großes Brauhaus. Der Umbau dauerte gut vier Jahre. Der Kaufhof in Essen wurde schon in der ersten der drei jüngsten Insolvenzen Anfang 2020 geschlossen.

Von Eigentümern und Städten wird praktisch jede Form der Nutzung geprüft, nur laufen oft die Kosten aus dem Ruder. Die Gebäude sind alt und schwierig um-

zubauen. Es herrscht oft Investitionsstau, und aus einem großen Gebäude ohne Fenster etwas ansprechendes Neues für verschiedene Mieter zu machen braucht Zeit. Es kostet auch Geld. Angesichts gestiegener Baukosten und der Zinswende stehen die Vorzeichen für neue Bauprojekte denkbar schlecht. In Bremerhaven ist gerade ein Investor abgesprungen für die dortige Karstadt-Filiale. Die Stadt will das Gelände nun selbst entwickeln.

Solche Fälle gibt es immer wieder. Offenbach und Hanau haben ebenfalls die Gebäude gekauft. In Offenbach soll ein Lern-, Kultur- und Begegnungszentrum entstehen, in Hanau soll zumindest das Erdgeschoss im neuen „Stadthof“ zum Jahresende öffnen. Verkäufer der Warenhäuser in beiden Fällen war Apollo. Hanau zahlte für den 16.000 Quadratmeter großen Kaufhof rund 25 Millionen Euro.

Der Investor sitzt aber immer noch auf zahlreichen Warenhaus-Immobilien, von denen die meisten im Zuge der Insolvenzen von Galeria geschlossen wurden. Im Jahr 2020 hatte Apollo von Benko ein großes Filialpaket für rund 700 Millionen Euro übernommen, darunter Warenhäuser

in Gelsenkirchen, Duisburg, Hildesheim, Kempten oder Siegburg. Der Investor dürfte zu den größten Verlierern der Warenhauspleiten gehören. Derzeit bringen nur wenige noch geöffnete Filialen wie der Kaufhof in Oldenburg regelmäßige Mieteinnahmen.

Auf F.A.Z.-Anfrage wollte der Immobilienverwalter RME sich nicht äußern. Die Verschwiegenheit hat Tradition. Selbst beim Verkauf der Hanau-Filiale sprach RME nicht von Apollo, sondern von einem „institutionellen Investor und langjährigen Auftraggeber“.

In Siegburg sind die Amerikaner am Ende auch Vermieter. Doch statt Theater-schauspielern hätten sie wohl lieber andere, konventionellere Mieter auf ihrer Fläche. Angesichts der angespannten Lage im Einzelhandel ist ein neuer Großinvestor indes nicht in Sicht. Das Theaterensemble freut sich jedenfalls über die Möglichkeit. Die Schauspieler rechnen auch nicht damit, doch noch ausgebaut zu werden. „Wenn den Kaufhof jemand in Gänze haben will, hätte der sich doch längst gemeldet“, sagt Theaterleiter Böttcher.

Konflikt zwischen Thyssenkrupp und IG Metall eskaliert weiter

„Stahl würde halbiert“, befürchtet die Gewerkschaft

nab. DÜSSELDORF. Der Streit zwischen der Gewerkschaft IG Metall und der Thyssenkrupp AG über eine Sanierung der Stahlsparte eskaliert weiter. Am Mittwoch verbreitete die IG Metall ein Flugblatt, in dem sie suggeriert, die Ziele zur Kapazitätsreduktion, die der Thyssenkrupp-Konzern unter seinem Vorstandschef Miguel López durchsetzen wolle, führten zu einer faktischen Minderung der Stahlproduktion auf 5 bis 6 Millionen Tonnen im Jahr.

„Stahl würde halbiert. Ein Horror“, heißt es in dem Schreiben. Der Konzern reagierte umgehend: „Eine konzernseitige Planungsvorgabe zum Betriebspunkt gab und gibt es nicht“, hieß es von dort. In dem vom Stahlvorstand auf der letzten Aufsichtsratssitzung vorgelegten Businessplan sei vorgesehen, die Produktionskapazität von 11,5 auf 9,5 Millionen Tonnen im Jahr zu reduzieren. Zum jetzigen Zeitpunkt seien deshalb „alle Mutmaßungen über möglicherweise betroffene Aggregate und Standorte“ – unabhängig von den Verkaufsbemühungen der Hüttenwerke Krupp Mannesmann (HKM) – „Spekulation“.

Die „Spekulation“ der IG Metall stützt sich indes auf folgendes Argument: Eine Einigung auf die 9,5 Millionen Tonnen Produktionskapazität war Anfang des Monats fehlgeschlagen. Die Produktion jedoch einfach um beispielsweise weitere 500.000 Tonnen zu senken funktioniere technisch nicht ohne Weiteres. „Denn Stahlwerke und Produktionslinien laufen nur ganz oder gar nicht“, heißt es in dem Schreiben.

Entgeltumwandlung möglich

BAG schafft Rechtssicherheit für Unternehmen

mj. FRANKFURT. Im Fall der Entgeltumwandlung wird ein bestimmter Anteil des Bruttolohns in die betriebliche Altersversorgung eingezahlt, etwa in eine Direktversicherung oder eine Versorgungskasse. Seit dem 1. Januar 2019 sind Arbeitgeber nach dem novellierten Betriebsrentengesetz (BetrAVG) im Rahmen einer Entgeltumwandlung grundsätzlich zur Leistung eines Zuschusses in Höhe von 15 Prozent verpflichtet, wenn sie durch die Abführung der Altersvermögensbeiträge bei den Sozialabgaben sparen. In Tarifverträgen kann jedoch mit sogenannten Öffnungsklauseln davon abgewichen werden.

Nach einer aktuellen Gerichtsent-scheidung haben Arbeitnehmer jedoch keinen Anspruch auf Zahlung eines solchen Zuschusses durch ihren Arbeitgeber, wenn ihr Alt-Tarifvertrag schon eine vergleichbare, vom Unternehmen finanzierte Zahlung in der betrieblichen Altersvorsorge vorsah. Dies hat der dritte Senat des Bundesarbeitsgerichts (BGH) in Erfurt mit seinem Urteil vom Dienstag für Tarifverträge bestätigt, die noch bis in das Jahr 2018 abgeschlossen wurden.

Im Ausgangsfall klagte ein Holzmechaniker aus Niedersachsen gegen seinen Arbeitgeber. Auf seinen Arbeitsvertrag finden ältere Tarifverträge zur Altersversorgung aus den Jahren 2008 und 2009 Anwendung. Arbeitnehmer, die davon Gebrauch machen, erhalten zusätzlich einen Grundbetrag zur Altersvorsorge, der rein arbeitgeberfinanziert ist. Auf dieser Grundlage wandelte der Facharbeiter von 2019 an sein Entgelt um, verlangte aber mit Verweis auf das BetrAVG einen Zusatz von 15 Prozent. Seiner Auffassung nach konnte die neue Regelung zur Entgeltumwandlung nicht durch

„Wenn López also weniger will, muss er hart zuschlagen.“ Der Konzern hingegen kontert: „So werden unnötigerweise Ängste und Befürchtungen bei unseren Mitarbeitenden geschürt.“

Am 29. August steht die nächste Aufsichtsratssitzung der Stahlsparte an. Ob und in welchem Ausmaß dann über die Pläne zur Kapazitätsreduktion gesprochen werden wird, ist aber zweifelhaft. Die Beschäftigtenvertreter allerdings gucken mit Sorge auf den Termin. „Dann geht es erneut ums Geld“, glauben sie. Tatsächlich hatte der Aufsichtsratsvorsitzende der Stahlsparte, Sigmar Gabriel, Anfang des Monats angekündigt, dass am 29. August ein Beschluss über eine Zwischenfinanzierung, die der Konzern an seine Tochtergesellschaft im Zuge ihrer Teil-Verselbstständigung geben wird, gefasst werden solle. Nun ist allerdings zu hören, dass die Gespräche über eine solche Zwischenvereinbarung zur Finanzierung noch laufen. Ob sie bis zur kommenden Woche zum Abschluss kommen, scheint offen.

Grundsätzlich sollen Wirtschaftsprüfer im Auftrag von Mutter- und Tochtergesellschaft ein unabhängiges Gutachten über den generellen Finanzierungsbedarf der Stahlsparte anfertigen. Das allerdings dauert üblicherweise drei bis sechs Monate. Wegen der Ängste, die in der Belegschaft aufgrund der unklaren Zukunft herrschen, wollen die Betriebsräte laut Flugblatt an diesem Donnerstag mehrere mobile Beratungsbüros an einigen Werkstätten in Duisburg eröffnen.

seinen älteren Tarifvertrag abgeschlossen sein. Die Klage blieb schon wie in den Vorinstanzen ohne Erfolg.

Philipp Zinndorf, Anwalt bei der Kanzlei Noerr, begrüßt, dass das BAG die Entscheidung der Vorinstanz bestätigte und damit verdrängende tarifliche Regelungen auch auf Basis solcher Tarifverträge zulässt, die vor Einführung des Paragraphen 19 Absatz 1 BetrAVG abgeschlossen wurden. „Die Entscheidung trägt dem Umstand Rechnung, dass die tarifvertraglichen Regelungen regelmäßig ein ausgewogenes Verhandlungsergebnis darstellen und die Gesamtheit der vereinbarten Leistungen den sektoralen oder betrieblichen Gegebenheiten besser gerecht werden als eine lediglich allgemeine gesetzliche Regelung“, sagt der Arbeitsrechtler aus Frankfurt.

Zudem entsprechen dies der Intention des Gesetzgebers. Nach der „klaren Gesetzesbegründung“ sollten schon bestehende tarifvertragliche Regelungen weiterhin Bestand haben. „Vor diesem Hintergrund kommt die Entscheidung wenig überraschend und ist insbesondere aus praktischer Sicht zu begrüßen, da sie Rechtssicherheit schafft.“

Die nun unterschiedene Konstellation ist Juristen zufolge in der Unternehmenspraxis weit verbreitet. Eine andere Entscheidung des Senats hätte möglicherweise weitreichende Konsequenzen für Unternehmen gehabt, da viele ähnliche Fälle betroffen wären. In Erfurt sind derzeit weitere Revisionen zu Betriebsrenten anhängig, die ähnliche Fragen betreffen. Es geht um Alt-Verträge ohne Regelung zur Arbeitgeberbeteiligung bei der Entgeltumwandlung. Die Frage ist, ob diese genauso behandelt werden können (Az.: 3 AZR 285/23).

Viel Zucker in Kindergetränken

Foodwatch fordert umstrittene Maßnahme

dpa. BERLIN. Die Verbraucherorganisation Foodwatch dringt angesichts weiterhin hoher Zuckergehalte in Erfrischungsgetränken für Kinder auf eine Limo-Steuer. „Der Satz muss so hoch sein, dass Unternehmen einen Anreiz bekommen, die Rezepturen ihrer Produkte zu verändern und den Zuckergehalt zu senken“, sagte ein Sprecher. Laut einer Foodwatch-Analyse, die am Mittwoch vorgestellt werden sollte, enthielten 136 untersuchte Getränke wie Limonaden, Energydrinks und Fruchtsäfte im Durchschnitt 7,8 Prozent Zucker. Das seien mehr als sechs Zuckerwürfel je 250-Milliliter-Glas.

„Ausgerechnet Getränke für Kinder und Jugendliche sind maßlos überzuckert“, sagte Foodwatch-Expertin Luise Molling. Für die Auswertung wurden den Angaben zufolge in fünf großen Supermärkten alle Getränke eingekauft, deren Verpackung Kinder ansprechen soll, etwa durch Aufdrucke mit Tieren und Comicfiguren. Auch kindertypische Darreichungsformen wie Trinkpäckchen wurden in die Analyse miteinbezogen.

Foodwatch forderte die Bundesregierung abermals auf, zum Gegensteuer eine Steuer auf gezuckerte Getränke nach britischem Vorbild einzuführen. In

der Analyse hätten 117 der 136 Getränke die Schwelle von fünf Gramm Zucker je 100 Milliliter überschritten, von der an in Großbritannien die Limo-Steuer fällig wird. Nötig seien zum Gesundheitsschutz von Kindern auch „effektive Werbeschränken“ für ungesunde Produkte und eine gesetzliche Altersgrenze für den Verkauf von Energy-Drinks.

Auf weniger Zucker, Fett und Salz in Fertigprodukten und Getränken zielt auch eine im Jahr 2018 noch von der Vorgängerregierung gestartete Strategie. Danach verpflichteten sich mehrere Branchen zu Reduktionszielen bis zum Jahr 2025. Nach einer Überprüfung der Fortschritte hatte das bundeseigene Max Rubner-Institut im Frühjahr festgestellt, dass bisherige Änderungen der Rezepturen nicht ausreichten, um eine ausgewogene Ernährung zu unterstützen.

In Großbritannien wird seit rund sechseinhalb Jahren eine „Zuckersteuer“ erhoben. Seit April 2018 in Kraft hat die „Soft Drinks Industry Levy“, wie sie offiziell heißt, nach neuen Forschungsergebnissen Wirkungen gezeigt. Der Zuckerkonsum durch Softdrinks ging nach der Ankündigung der Steuer deutlich zurück – bei Kindern um etwa die Hälfte, bei Erwachsenen um ein Drittel.

NS-Zeit: Mehr Zwangsarbeiter bei Bahlsen als bekannt

Vom Unternehmen finanzierte Analyse arbeitet schwierige Vergangenheit auf / „Erinnerung wachhalten“

dpa. HANNOVER. Fünf Jahre nach den kritisierten Aussagen der Unternehmenserin arbeitet eine Studie die Geschichte des Gebäckherstellers Bahlsen auf. Verena Bahlsen hatte viel Kritik auf sich und das Unternehmen gezogen, als sie 2019 behauptete, man habe Zwangsarbeiter bei Bahlsen während der NS-Zeit „gut behandelt“. Kurz danach hatte sie sich entschuldigt und von einem Fehler gesprochen. Doch der Name Bahlsen stand plötzlich nicht mehr für Leibniz-Keks und Pick-up-Riegel.

Die öffentlichen Diskussionen hätten dazu geführt, dass sich intensiv mit der Vergangenheit auseinandergesetzt wurde, teilte die Familie nun in einer Stellungnahme mit. „Viele Details aus der Unternehmensgeschichte waren uns nicht bekannt, und die Wahrheit ist, dass wir auch nicht nachgefragt haben.“ Eine Analyse der beauftragten Historiker Manfred Grieger und Hartmut Berghoff sollte Antworten liefern. Entstanden ist ein 600 Seiten starkes Buch mit dem Titel „Die Geschichte des Hauses Bahlsen“, das sich mit den Jahren von 1911 bis 1974 beschäftigt.

Das Ergebnis der Untersuchung: Der Konzern unterstützte das Naziregime und profitierte vom System, insbesondere durch den Einsatz von Zwangsarbeitern; Bahlsen beschäftigte mehr Zwangsarbeiter, als bislang bekannt war. Die Geschäfte während der Zeit des Nationalsozialismus zogen gewaltig an.

Dabei haben nach Unternehmensangaben von 1940 bis 1945 mehr als 800 ausländische Arbeitskräfte Zwangsarbeit für Bahlsen geleistet. Bahlsen zufolge handelte es sich meist um Frauen aus Polen und der Ukraine. Die Zwangsarbeiter

in Deutschland hätten generell weitreichenden rassistisch motivierten Diskriminierungen unterlegen, wie die Autoren weiter dazu ausführen. Polen zum Beispiel mussten eine violett-gelbe P-Raute auf ihrer Kleidung tragen, die sie als rassistisch diskriminierte Personen erkennbar machte.

Auch bei Bahlsen hätten Zwangsarbeiter aus Polen das stigmatisierende P-Zeichen tragen müssen, schrieben Grieger und Berghoff. Sie erhielten demnach geringere Löhne, kleinere Lebensmittelrationen und eine schlechtere medizinische Versorgung. Der Studie zufolge waren sie in Baracken untergebracht und vom öf-

fentlichen Leben ausgeschlossen. Sozialer Kontakt zu Deutschen war ihnen verboten. Polnischen Männern, denen sexuelle Kontakte zu deutschen Frauen nachgewiesen wurden, drohte die Hinrichtung.

Die Wahrheit über die damaligen Ereignisse sei unbequem und schmerzhaft, teilte die Familie mit. „Wir bedauern das Unrecht, das diesen Menschen bei Bahlsen geschehen ist, zutiefst. Auch bedauern wir, dass wir uns dieser schwierigen Wahrheit nicht früher gestellt haben.“ Das Unternehmensarchiv sei erstmals vollständig für wissenschaftliche Forschungen geöffnet worden. Bahlsen habe

das Projekt großzügig finanziert, aber keine inhaltlichen Vorgaben auferlegt, schrieben die Autoren. Ein besonders enger Kontakt habe zu Werner M. Bahlsen und seiner Tochter Verena bestanden.

Jahrzehntlang habe das Unternehmen seine Erinnerung an Zwangsarbeit im eigenen Haus auf das Narrativ eines einvernehmlichen Miteinanders in schweren Zeiten reduziert. Heute bekenne man sich zu seiner Geschichte. „Es ist an uns, diese Erinnerung wachzuhalten und dafür zu sorgen, dass sich diese Geschichte des Nationalsozialismus nie wiederholt“, steht auf einer Erinnerungstafel im Foyer des Stammhauses.



An Studie mitwirkt: Verena Bahlsen (oben). Unveröffentlichte Werbung mit Adolf Hitler und einer Keks-Packung von Bahlsen. Fotos Picture Alliance, dpa

Spielen trotz schlechter Stimmung

Die Videospielebranche startet verkatert in die Gamescom. Für den Entwicklungsstandort Deutschland sind die Aussichten ungewiss.

Von Gregor Brunner, Köln und Felix Kaspar Rosic (Fotos)

Die Luft war kühl, als schon am Mittwoch, dem Fachbesuchertag der Gamescom, Tausende Besucher vom Bahnhof Deutz zum Messegelände strömten. Kühler als in den vergangenen Jahren – passend zur Stimmung in der Videospielebranche, denn auch diese ist abgekühlt. Der deutsche Branchenverband Game meldete in der vergangenen Woche einen Umsatzrückgang von 6 Prozent auf 4,3 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2024. Am stärksten sank im Vergleich zum Vorjahreszeitraum der Umsatz mit Videospiele-Hardware. Die drei großen Konsolenhersteller Nintendo, Sony und Microsoft haben schon länger keine neuen Geräte mehr veröffentlicht, ein Nachfolger von Nintendos Switch soll im kommenden Jahr erscheinen.

Aber auch der Umsatz mit Software ging um 4 Prozent zurück. Im ersten Halbjahr blieben größere Veröffentlichungen aus, und Hoffnungsträger wie „Suicide Squad: Kill the Justice League“ blieben derart weit hinter den Erwartungen des Verlegers Warner Bros. Interactive Entertainment zurück, dass dieser nun überdenkt, ob er in Zukunft überhaupt noch Spiele in der gleichen Art veröffentlichen möchte.

Einen Hoffnungsschimmer bot diese Woche zumindest die Veröffentlichung des Spiels „Black Myth: Wukong“ vom chinesischen Entwickler Game Science. Das Actionspiel erreichte auf der PC-Spieleplattform Steam die zweithöchste gleichzeitige Spielerzahl aller Zeiten. 2,2 Millionen Spieler stürzten sich kurz nach der Veröffentlichung in die spielerische Umsetzung des chinesischen Romanklassikers „Die Reise in den Westen“. Ungewöhnlich daran ist, dass die Charts bisher von Mehrspieler-Titeln wie „Palworld“ oder „Counter-Strike“ dominiert werden. An der Spitze steht „Playerun-

known's Battlegrounds“ mit rund 3,3 Millionen gleichzeitigen Spielern.

„Black Myth“ hingegen ist ein Spiel für einzelne Spieler, ohne weitere Käufe im Spiel oder Abomodell. Diese hielten lange in Spiele Einzug, da sie im Gegensatz zu einmalig verkauften Spielen kontinuierliche Einnahmen versprechen. Lange Entwicklungszeiten von bis zu fünf Jahren ohne jegliche Einnahmen sind ein riskantes Geschäftsmodell, gerade für Unternehmen, die quartalsweise Erfolge an Aktionäre melden müssen. Kritiker und vor allem Fans sagten größeren Verlegern und Entwicklern nach, wegen der neuen Geschäftsmodelle Kreativität und Spielspaß zu vernachlässigen, um Profite zu steigern.

Allgemein muss sich die Branche im Moment neu sortieren, da Umsätze nicht mehr wie während der Corona-Pandemie – als es wenig anderes zu tun gab – in den Himmel wuchsen. Börsenbewertungen und Verkäufe erreichten während dieser Zeit Höchststände. Der MVIS Global Video Gaming & E-Sports Index, der den Börsenverlauf von Unternehmen abbildet, die mindestens 50 Prozent ihrer Umsätze mit Videospiele oder E-Sport generieren, steht im Moment 9 Prozent unter seinem Höchststand vom Januar 2021. Die schlechtere Lage zwingt Verleger und Entwickler zu Sparkursen, die sich vor allem in Entlassungen äußern. Laut dem Blog „Game Industry Layoffs“ wurden in diesem Jahr schon 11.540 Stellen gestrichen, nach 10.500 im gesamten Vorjahr.

Am Dienstagabend wurde die Lage auf der Gamescom-Eröffnungsshow „Opening Night Live“ von Ko-Moderator Geoff Keighley nur in einem Halbsatz angesprochen. Danach ging es direkt weiter mit Trailern und Demonstrationen dazu, was die Entwickler gerade in der Pipeline haben. Ab Donnerstag können sich Privatbesucher selbst ein Bild von der Lage der Branche machen. Die



Großer Andrang: An allen Ecken können Fans auf der Gamescom in Köln neue Videospiele ausprobieren.



Koelnmesse kann jedenfalls ob der angemeldeten Aussteller zuversichtlich sein, dass es wieder ein Rekordjahr wird. Mehr als 1500 Aussteller zeigt die Liste auf der Internetseite der Messe. Im vergangenen Jahr kamen 320.000 Besucher. Eine neue Bitkom-Umfrage suggeriert, dass das Interesse der Deutschen am Thema ungebrochen ist. Rund die Hälfte spielt demnach zumindest hin und wieder Videospiele.

Unter ihnen war zum Beispiel auch Bundeswirtschaftsminister Robert Ha-

beck (Grüne), der auch in diesem Jahr die Messe am Mittwochabend zusammen mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Hendrik Wüst (CDU) politisch eröffnete und am Donnerstag einen Rundgang angesetzt hat.

Habeck dürfte sich im Zuge der Messe Fragen nach dem Fördermodell stellen müssen, das die Bundesregierung in Sachen Videospiele verfolgt. Zwar sind dafür jährlich 50 Millionen Euro veranschlagt. Aber seit Mai 2023 sind keine Anträge mehr möglich, da alle Gelder

vergriffen sind. Auch lässt die Auszahlung eines weiteren Fördertopfes von 33,3 Millionen Euro auf sich warten, der Habecks Parteifreundin Claudia Roth in ihrer Funktion als Bundesbeauftragter für Kultur und Medien untersteht (F.A.Z. vom 21. August). Im Gegensatz zu Deutschland verfolgen Länder wie Frankreich, Kanada und Großbritannien einen Ansatz der Steuererleichterungen, der dazu führt, dass Spieleentwicklung in Deutschland ein Drittel teurer ist als anderswo.

Deutsche Elektroexporte gehen zurück

dpa. FRANKFURT. Die Exportpalette der deutschen Elektro- und Digitalindustrie hält an. Auch im Juni lag der Wert der Ausfuhren mit 19,6 Milliarden Euro deutlich um 7,8 Prozent unter dem Vorjahreszeitraum, wie der Fachverband ZVEI berichtet. „Der Rückgang war insoweit zu erwarten, als Auftragseingänge, Produktion und Umsatz der Branche im gleichen Monat ebenfalls rückläufig waren“, sagt ZVEI-Chefvolkswirt Andreas Gontermann.

Für das Halbjahr ergibt sich damit ein Rückgang um 3,7 Prozent auf 123,3 Milliarden Euro. Für einen „Lichtblick“ sorgte dem Verband zufolge das größte Abnehmerland China. Hierhin gingen in der ersten Jahreshälfte Exporte im Wert von 13,2 Milliarden Euro, rund 5,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Alle anderen wichtigen Auslandsmärkte mit den USA an der Spitze waren aber rückläufig.

Die Importe von elektrischen und elektronischen Erzeugnissen verfehlten im Juni mit 19,2 Milliarden Euro den Vorjahreswert um 14,4 Prozent. Im Halbjahr reduzierte sich der Wert der Einfuhren um 9,1 Prozent auf 124,2 Milliarden Euro. Das Außenhandelsdefizit schrumpfte auf weniger als eine Milliarde Euro.

Fachkräfte fehlen weniger

dpa. MÜNCHEN. Der Fachkräftemangel hat aus Sicht der Unternehmen etwas abgenommen. Nach der jüngsten Ifo-Konjunkturumfrage finden knapp 34 Prozent der Firmen zu wenig qualifizierte Arbeitskräfte, nach 35 Prozent im April. „Die schwächelnde Konjunktur reduziert derzeit auch die Nachfrage nach Fachkräften“, sagt Ifo-Experte Klaus Wohlrabe.

In der Industrie berichtete jedes vierte Unternehmen von Personalproblemen, ebenso im Handel und im Bauhauptgewerbe. Stärker betroffen sind die Dienstleister. In der Logistik suchen fast zwei Drittel der Unternehmen geeignete Bewerber. Ähnlich schaut es aus bei Personal- und Leiharbeitsfirmen, Rechts- und Steuerberatern sowie Wirtschaftsprüfern.

Die deutsche Wirtschaft schrumpft, das Bruttoinlandsprodukt sank im zweiten Quartal um 0,1 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Juli auf 2,8 Millionen gestiegen; die Zahl der offenen Arbeitsstellen ging laut Bundesagentur für Arbeit auf 703.000 zurück. Aufgrund des demographischen Wandels werde der Fachkräftemangel aber dauerhaft sein und sich wieder verschärfen, sagte Wohlrabe.

FIRMENINDEX	Seite	BER	21	Macy's	21	Morgan Stanley	22	Syntellix AG	21
Addiko Bank	23	Deutsche Lufthansa	22	Mercedes-Benz	22	Nintendo	20	Target	21
Apollo	19	Discover Airlines	22	Meyer Werft	15	Noerr	19	Tesla	21, 22
Bahlsen	19	Galeria	19	Microsoft	20	Oraflor	21	Warner Bros.	20
Bank of America	22	Game Science	20	Mister Spex	21	Sony	20	X	22
		Koelnmesse	20	Mittelbrandenburgische Sparkasse	21	Suncable Australia	16	Xiaomi	21

Die F.A.Z.-Wetterinformationen

im Internet: www.faz.net/wetter

Anzeige



Die 100 Größten — Business Edition 2024

Deutschlands großes Firmenranking als Datenpaket – mit den wichtigsten Kennzahlen der Top-Unternehmen Deutschlands, Europas und weltweit.

Jetzt bestellen unter faz-rechte.de/100

Frankfurter Allgemeine ARCHIV

Städte Wetter Deutschland

Stadt	22.08.	23.08.	24.08.
Aachen	24°	24°	27°
Arkonka	23°	26°	27°
Berlin	24°	30°	32°
Bremen	23°	25°	28°
Brocken	14°	19°	21°
Cottbus	25°	30°	33°
Cuxhaven	22°	24°	27°
Dresden	23°	29°	32°
Düsseldorf	25°	25°	29°
Erfurt	24°	29°	32°
Essen	24°	25°	29°
Feldberg	16°	19°	22°
Feldberg/Is.	21°	22°	26°
Frankfurt	26°	29°	33°
Freiburg	26°	29°	33°
Garmisch	23°	28°	30°
Greifswald	23°	27°	29°
Großer Arber	16°	20°	24°
Hamburg	23°	26°	29°
Hannover	24°	26°	30°
Helgoland	20°	21°	21°
Hof	22°	27°	30°
Kahler Asten	19°	20°	24°
Karlsruhe	26°	29°	33°
Kassel	24°	28°	31°
Köln	26°	27°	31°
Konstanz	25°	29°	31°
Leipzig	24°	29°	32°
Lübeck	22°	25°	28°
Magdeburg	25°	29°	32°
Mannheim	26°	29°	33°
München	24°	29°	31°
Norderney	21°	22°	24°
Nürnberg	24°	29°	33°
Oberstdorf	24°	28°	30°
Osnabrück	25°	26°	30°
Passau	26°	30°	32°
Rostock	22°	26°	28°
Saarbrücken	26°	28°	32°
Stuttgart	25°	30°	33°
Sylt	19°	20°	22°
Trier	27°	27°	32°
Zugspitze	10°	12°	13°

Vorhersage für heute

Sonne & Mond
 ☀️ 06:26
 🌙 20:29
 Angaben für Frankfurt am Main

Mondphasen
 🌑 26.08. 🌒 03.09.
 🌒 11.09. 🌑 18.09.

Wetter in Deutschland heute

Bremen, Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern
 Wechselnd bis stark bewölkt, vor allem an der Nordsee kurze Schauer. 20 bis 25 Grad. Meist mäßiger, in Böen frischer, an der See anfangs noch stürmischer Südwestwind. In der kommenden Nacht viele Wolken und örtlich etwas Regen. Tiefstwert zwischen 18 und 14 Grad.

Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland
 Viel Sonne, im Tagesverlauf mehr Wolken und zum Abend hin örtlich etwas Regen. Am Nachmittag 20 bis 26 Grad. Mäßiger, in Böen zeitweise frischer Wind aus südwestlicher Richtung. Nachts Tiefsttemperaturen bei Werten zwischen 16 und 12 Grad.

Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen
 Sonnenschein und Wolkenfelder im Wechsel, dabei den ganzen Tag über trocken. Temperaturanstieg am Nachmittag auf 22 bis 26 Grad. Meist nur schwacher Wind aus südwestlicher Richtung. In der Nacht unterschiedlich bewölkt, meist trocken. Abkühlung auf 16 bis 12 Grad.

Baden-Württemberg, Bayern
 Neben lockeren Wolkenfeldern reichlich Sonnenschein und den ganzen Tag über trocken. Höchstwerte von 23 bis 27 Grad. Schwacher Südwestwind. In der kommenden Nacht teils klar, teils lockere Wolkenfelder am Himmel. Bis in die Morgenstunden Abkühlung auf 15 bis 9 Grad.

WetterKontor

Vorhersage:

Die Sonne wechselt sich mit dichteren Wolken ab, und vor allem an den Küsten sind im Tagesverlauf Regentropfen möglich. In der Südhälfte überwiegt Sonnenschein, und es bleibt weitgehend trocken. Nur an den Alpen können Quellwolken einzelne Schauer oder Gewitter bringen. Die Höchstwerte liegen zwischen 21 und 28 Grad. Es weht ein meist schwacher bis mäßiger Wind aus Süd bis Südwest, im Süden meist aus Ost. An der Küste sind frische bis starke Böen möglich.

Biowetter

Zurzeit gibt es kaum wetterbedingte Beschwerden. Der Organismus wird entlastet, und es kommt zu einer Steigerung der Konzentrations- und Leistungsfähigkeit. Man fühlt sich ausgeruht und ist ausgeglichener. Herz und Kreislauf werden ebenfalls positiv beeinflusst, sodass es zu keiner Belastung durch die Wetterlage kommt. Beißspinnen fliegen schwach bis mäßig. Gräser- und Ambrosiapollen schwach.

Städte Wetter in Europa

Stadt	22.08.	23.08.	24.08.
Amsterdam	22°	23°	23°
Athen	35°	36°	37°
Barcelona	30°	31°	31°
Belgrad	31°	36°	37°
Bozen	33°	35°	34°
Brüssel	24°	24°	25°
Budapest	27°	30°	33°
Bukarest	37°	37°	38°
Dublin	19°	18°	17°
Dubrovnik	31°	31°	32°
Helsinki	19°	20°	22°
Istanbul	31°	32°	33°
Kiew	31°	25°	29°
Kopenhagen	20°	23°	24°
Las Palmas	29°	28°	29°
Lissabon	27°	30°	30°
Ljubljana	25°	30°	32°
London	22°	23°	21°
Madrid	37°	37°	36°
Mailand	32°	32°	32°
Malaga	32°	31°	32°
Mallorca	31°	32°	33°
Moskau	26°	27°	27°
Neapel	33°	33°	33°
Nizza	29°	29°	29°
Oslo	15°	16°	18°
Palermo	30°	30°	30°
Paris	27°	26°	26°
Prag	23°	29°	32°
Riga	21°	24°	26°
Sofia	33°	34°	34°
Stockholm	21°	22°	22°
St. Petersburg	23°	22°	27°
Venedig	30°	31°	32°
Warschau	22°	27°	31°
Wien	26°	23°	31°
Zürich	25°	29°	32°

Städte Wetter Afrika

Stadt	22.08.	23.08.	24.08.
Accra	24°	23°	23°
Algier	34°	33°	36°
Casablanca	26°	26°	26°
Johannesburg	25°	18°	20°
Kairo	39°	38°	38°
Kapstadt	18°	21°	16°

Städte Wetter Nordamerika

Stadt	22.08.	23.08.	24.08.
Chicago	26°	29°	33°
Los Angeles	25°	25°	25°
Miami	37°	36°	32°
Montreal	18°	23°	24°
New York	25°	28°	30°
Vancouver	23°	21°	13°

Städte Wetter Lateinamerika

Stadt	22.08.	23.08.	24.08.
Buenos Aires	11°	12°	13°
Caracas	37°	36°	36°
Lima	18°	18°	18°
Mexiko-Stadt	21°	20°	21°
Rio de Janeiro	32°	33°	30°
Santiago	12°	12°	18°

Städte Wetter Naher Osten

Stadt	22.08.	23.08.	24.08.
Ankara	32°	34°	31°
Antalya	34°	33°	33°
Bagdad	46°	48°	49°
Dubai	42°	44°	45°
Riad	42°	44°	43°

Städte Wetter Asien

Stadt	22.08.	23.08.	24.08.
Bangkok	34°	35°	34°
Hongkong	27°	30°	31°
Shanghai	32°	31°	31°
Neu Delhi	34°	33°	33°
Peking	35°	32°	32°
Seoul	32°	32°	30°
Tokio	28°	29°	29°

Australien und Neuseeland

Stadt	22.08.	23.08.	24.08.
Auckland	16°	16°	17°
Melbourne	16°	18°	21°
Sydney	21°	22°	24°

Das besondere Wetterereignis

Der Rauch der Waldbrände in Kanada zieht zurzeit in höheren Luftschichten mit den dort vorhandenen kräftigen Westwinden bis nach Europa.

MENSCHEN UND WIRTSCHAFT

Schreckhafter Sparkassenchef

Andreas Schulz führt seit zehn Jahren die größte Sparkasse in Ostdeutschland. Vor den dortigen Landtagswahlen macht er sich Sorgen über die wachsende Kluft zwischen Politik und Wirtschaft.

Andreas Schulz gehört zu den dienstältesten Vorstandsmitgliedern auf dem Gebiet des Ostdeutschen Sparkassenverbandes. Seit zehn Jahren steht er an der Spitze der Mittelbrandenburgischen Sparkasse, des größten Instituts der Sparkassengruppe in den ostdeutschen Flächenländern. Schon 1994 wechselte der Niedersachse aus Hannover nach Potsdam, vom Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverband zur Mittelbrandenburgischen Sparkasse. „Ich bin zu einer Zeit nach Brandenburg ge-

kilometern fast fünfmal so groß wie das Saarland und größer als bei jeder anderen Sparkasse. „Mein persönliches Fazit ist uneingeschränkt positiv“, sagt Schulz. Nicht nur die Mittelbrandenburgische Sparkasse habe sich in den vergangenen 30 Jahren gut entwickelt, sondern auch der Wirtschaftsstandort Brandenburg.

„Wenn ich sehe, was allein in Potsdam entstanden ist, dann ist die Stimmung schlechter als die Lage“, sagt Schulz. Neuanstellungen wie Tesla in Grünheide, das allerdings nicht im Geschäftsgebiet der Mittelbrandenburgischen Sparkasse liegt, hätten dem Wirtschaftsstandort zuletzt wichtige Impulse gegeben, auch wenn der US-Elektrowagenhersteller seine Expansionspläne in Brandenburg wegen der anhaltenden Schwäche auf dem Absatzmarkt gerade auf die lange Bank geschoben hat. Der Hauptstadtflughafen BER sorgte seit der Eröffnung vor knapp vier Jahren ebenfalls für viel Dynamik im Umland von Berlin, wo viele Kunden der MBS zu Hause sind. Brandenburg verfüge aber nicht nur über wenige Leuchttürme, sondern über viele mittelständische Unternehmen mit Substanz, etwa im verarbeitenden Gewerbe, in der Bauindustrie oder in der Landwirtschaft. „Das ist hier nicht Baden-Württemberg, aber die Wirtschaftsstruktur ist toll“, sagt Schulz. Der Vergleich zeugt von einem gesunden Selbstbewusstsein. Das Informationsnetzwerk „BDW – Die Deutsche Wirtschaft“ zählte in Baden-Württemberg zuletzt 389 Weltmarktführer aus dem Mittelstand, während man in



Andreas Schulz

Foto Mittelbrandenburgische Sparkasse

Brandenburg in der Kategorie der „Hidden Champions“ viermal fündig wurde.

Doch nicht überall ist die Stimmung in der brandenburgischen Wirtschaft wenige Wochen vor der Landtagswahl so aufgeräumt wie bei der Mittelbrandenburgischen Sparkasse. „Ich glaube, dass es eine zunehmende Verständnislosigkeit gibt zwischen dem Alltag der Unternehmen und dem Agieren der Politik“, beschreibt Schulz die Gemütslage der Unternehmer, mit denen er zu tun hat. Gerade unter Familienunternehmern wachse die Distanz zur Politik, sagt er. Das größte Familienunternehmen auf dem Geschäftsgebiet der Mittelbrandenburgischen Sparkasse, der Folienspezialist Orafol aus Oranienburg, hat in den vergangenen Monaten

wiederholt seine Frustration über immer neue bürokratische Hürden öffentlich gemacht, neue Investitionen am Heimatstandort bis auf Weiteres auf Eis gelegt und eine Fabrik in den USA gebaut.

„Ich finde diese Entfremdung besorgniserregend“, sagt Schulz. Er habe den Eindruck, dass Unternehmer von der Politik immer öfter als Störfaktoren wahrgenommen würden statt als Motoren der Wohlstandsentwicklung. „Ich selbst habe auch Dinge erlebt, die mich nicht fröhlich machen“, sagt der Sparkassenchef. Erst im vergangenen Jahr stand die Mittelbrandenburgische Sparkasse wegen Plänen zur Schließung von mehreren Filialen in der öffentlichen Kritik. Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) richtete sich

mit einem offenen Brief an die Spitze des Ostdeutschen Sparkassenverbands und nicht an die Spitzen der Organe der Mittelbrandenburgischen Sparkasse. „Ich rede gerne mit der Politik, habe aber nicht immer das Gefühl, dass man da aufeinander zugeht“, sagt Schulz.

Die schlechte Stimmung bei den Unternehmen spürt auch die Mittelbrandenburgische Sparkasse. Das erste Halbjahr sei auf der Ertragsseite insgesamt zwar ordentlich gelaufen, sagt Schulz. „Das Firmenkundengeschäft ist aber sehr verhalten“, sagt er mit Blick auf das Kreditbuch der Bank. Der Firmenkunde, der eine neue Lagerhalle baut, sei seltener geworden. Das Projektgeschäft mit der Immobilienwirtschaft, von deren Entwicklung das Institut in den vergangenen Jahren besonders stark profitierte, spiele nach dem Einbruch auf dem Immobilienmarkt derzeit kaum eine Rolle. „Wir suchen neue Adressen und möchten mehr Geschäft machen, wir haben aber qualitative Anforderungen, mit denen wir in den vergangenen Jahren gut gefahren sind“, sagt Schulz über die Vorsicht bei der Akquise von Neugeschäft.

Belastungen für die Risikoversorge seien aus der Krise am Immobilienmarkt bislang keine entstanden. „Da sind wir schon früh auf die Bremse getreten und haben bisher keine größeren Probleme mit Projekten, die stecken geblieben sind“, sagt Schulz zum Projektgeschäft in der Immobilienfinanzierung. Die zuletzt auch in Brandenburg gestiegenen Insolvenzraten hätten sich bisher ebenfalls nicht negativ niedergeschlagen. „Ich bin ein eher schreckhafter Mensch. Alles, was bläss ist, berichten wir“, sagt der Bankchef zur konservativen Risikopolitik des Hauses. Doch obwohl die Bank auf jede Veränderung der Gesichtsfarbe in der Bilanz reagiert, weist die Nettorisikoversorge zum Stichtag per Ende des ersten Halbjahres eine schwarze Null aus.

Im Gesamtjahr peilt Schulz ein Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe der 2023 erreichten 191 Millionen Euro „plus x“ an. Nach Bewertung dürfte noch eine Schippe draufkommen, denn 2022 hatte die MBS auf ihr Anleiheportfolio wegen der rasant gestiegenen Zinsen Wertberichtigungen in Höhe von mehr als 400 Millionen Euro vorgenommen. „Das waren kurswertbedingte Abschreibungen nach dem Niederwertprinzip auf Papiere mit strenger Bonität“, betont Schulz.

Nach Zuschreibungen in Höhe von 274 Millionen Euro im vergangenen Jahr rechnet die Mittelbrandenburgische Sparkasse damit, die Berichtigungen aus 2022 in diesem Jahr weiter aufzuholen.

Der Landtagswahl in Brandenburg geht Schulz mit nüchternem Blick entgegen. „Wir kennen die Ergebnisse der Europawahl. Daraus kann man ableiten, dass große Teile der Bevölkerung den etablierten Parteien ein gewisses Misstrauen entgegenbringen“, sagt er über die jüngsten Erfolge der AfD. Für den Wirtschaftsstandort werde das zum Problem, wenn es nicht mehr gelingen sollte, offene und tolerante Köpfe anzuziehen, sagt Schulz. Von Brandmauern in der Politik hält er trotzdem wenig. „Ich bin mir nicht sicher, ob diese Diskussionen richtig sind. Man muss sich schon mit ihnen auseinandersetzen“, sagt er über Vertreter von populistischen Parteien wie der AfD im politischen Wettbewerb.

Das gelte auch für die Gremien der Sparkasse. „Wenn es Wahlen gibt, und Vertreter gleich welcher Couleur werden in unsere Gremien entsandt, sind sie doppelt legitimiert, weil sie etwa für einen Kreistag gewählt wurden und dann vom Kreistag als Vertreter in den Gremien bestimmt wurden“, betont Schulz. In den eigenen Gremien hat er es derzeit mit Vertretern von CDU, SPD, Linker und Grünen zu tun. Nach Sparkassenrecht müssten sie als Erstes die Interessen der Sparkasse im Auge behalten, sagt der Bankchef. „Das ist die Messlatte, und das haben wir gemeinsam bisher auch immer so hinbekommen“, sagt Schulz. Ein bisschen mehr Pragmatismus wünscht er sich auch für die Politik im Großen. „Ich würde mir von allen Beteiligten mehr Arbeit an der Sache wünschen und weniger politischen Taktieren“, sagt Schulz.

Der Verwaltungsrat der Mittelbrandenburgischen Sparkasse hat den Vertrag mit dem Sechzigjährigen im Frühling 2022 bis 2027 verlängert. Die Bewältigung des demographischen Wandels in der Belegschaft und der Ausbau der Marktposition stehen auf der Agenda ganz oben und könnten Schulz noch über 2027 hinaus beschäftigen. „Die Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsrat ist von großem gegenseitigen Vertrauen geprägt. Stand heute könnte ich mir eine Fortsetzung meiner Tätigkeit vorstellen“, sagt er. Unabhängig davon wird der Lebensmittelpunkt in Brandenburg bleiben. STEFAN PARAVICINI



WAHLEN IM OSTEN

kommen, als die erste Welle Wessis durch war und die Erfahrungen sehr gemischt waren“, sagt Schulz über die Anfänge. Nach mehreren Stationen unter anderem im Firmenkundengeschäft der Bank rückte er 2003 in den Vorstand auf. Seither hat das Institut seine Bilanzsumme mehr als verdoppelt. Mit rund 16 Milliarden Euro zum Stichtag Ende vergangenen Jahres lag die Mittelbrandenburgische Sparkasse im Ranking der größten Sparkassen gemessen an der Bilanzsumme bundesweit auf Platz 8, dicht gefolgt von der Ostsächsischen Sparkasse Dresden. Das Geschäftsgebiet der Bank ist mit 11.000 Quadrat-

Utz Claassen legt mit Strafanzeige nach

Die Fehde zwischen Utz Claassen und der niedersächsischen Justiz dauert an. Zu Wochenbeginn erhob Claassen, Chef der Syntellix AG, neue Vorwürfe gegen das Amtsgericht Hannover und dessen Pressesprecherin. Der Streit eskaliert. Claassen und das Medizintechnikunternehmen stellten Strafanzeige gegen die Richterin wegen Verleumdung und Kreditgefährdung. In einer 35-seitigen Strafantragsschrift fordern sie Konsequenzen wegen angeblich rufschädigender Äußerungen der Richterin. Sie soll die Haftbefehle gegen Claassen medial „um die Welt geblasen“ haben, behaupten die Antragsteller. Die Staatsanwaltschaft Hannover bestätigte der F.A.Z. den Eingang der Strafanzeige. Eine rechtliche Wertung der Vorwürfe ist zu diesem Zeitpunkt nicht möglich.

Claassen geht nun in die Offensive, weil ihn Gerichtsbeschlüsse des Landgerichts Hannover im Streit um ausstehende Gehälter bei Syntellix zuletzt in seiner Position bestätigten. Dutzende Mitarbeiter des Medizintechnik-Startups hatten erfolgreich auf Zahlung ihrer Löhne geklagt. Um diese Titel zu vollstrecken, sollte Claassen, der im Großraum Singapur lebt, vor dem Amtsgericht Hannover eine Vermö-

gensklärung abgeben. Der Unternehmer blieb fern und legte Atteste eines ausländischen Arztes vor, die eine Flugunfähigkeit bescheinigten. Aus Sicht der Amtsrichter fehlte Claas-



Utz Claassen

Foto Patrick Slesiona

sen jedoch unentschuldig, insgesamt 49 Haftbefehle lagen vor. Das Landgericht Hannover hob mittlerweile fünf Haftbefehle auf, weil Claassen eine Flugreise nicht zuzumuten sei. Zudem hätte der Gerichtsvollzieher klarere Angaben zu den Attesten machen müssen. Für Claassen war dies ein Triumph – aus 10.000 Kilometer Ferne beklagte er einen „globalen Rufmord“ (F.A.Z. vom 16. August).

Trotzdem setzt die Staatsanwaltschaft Hannover ihre Ermittlungen gegen Syntellix fort. Wegen Insolvenzverschleppung und Betrugs wird gegen drei aktuelle und ehemalige Verantwortliche sowie eine weitere Person bei Syntellix ermittelt, teilte die Sprecherin der Behörde mit. Sie bestätigte eine Razzia in Geschäftsräumen des Unternehmens in Seelze bei Hannover am letzten Donnerstag. Ermittler stellten dabei Unterlagen sicher. Über die Durchsuchung berichtete zuerst das „Handelsblatt“.

Syntellix ist auf die Produktion von Magnesiumschrauben spezialisiert, die sich nach Operationen im Körper auflösen. Damit sind keine weiteren Eingriffe erforderlich. Wegen ausbleibender Aufträge soll das Unternehmen finanzielle Probleme haben. mj.

Kurze Meldungen

Lebkuchen in Produktion

Im vergangenen Jahr ist die Lebkuchenproduktion in Deutschland leicht zurückgegangen. Mit 86.800 Tonnen fiel die Menge rund ein Prozent geringer aus als im Jahr zuvor, wie das Statistische Bundesamt berichtet. Mit 22.500 Tonnen ging ein gutes Viertel des Gebäcks in den Export. Wichtigste Abnehmer sind Österreich, Polen und Frankreich. Der Großteil der Exporte wird bereits im August und September verschickt, berichtet das Statistikamt. Auch deswegen fahren die Lebkuchenhersteller bereits im Sommer ihre Produktion hoch. Nach Deutschland importiert wurden 2023 rund 10.800 Tonnen Lebkuchen. dpa

Autos helfen Xiaomi

Der chinesische Elektronikhersteller Xiaomi hat dank seiner Autoparte im zweiten Quartal mehr umgesetzt als erwartet. Der Umsatz stieg um knapp ein Drittel auf 88,9 Milliarden Yuan (11,21 Milliarden Euro), wie Xiaomi am Mittwoch mitteilte. Analysten hatten 85,8 Milliarden Yuan prognostiziert. Xiaomi hatte Anfang April mit der Auslieferung des batteriebetriebenen Sportwagenmodells SU7 begonnen. Im zweiten Quartal lieferte der Konzern 27.307 Fahrzeu-

ge aus und erwirtschaftete einen Umsatz von 6,2 Milliarden Yuan. Reuters

Target optimistischer

Die US-Einzelhandelskette Target lockt mit günstigen Preisen Kunden an und hat im zweiten Quartal besser abgeschnitten als erwartet. Der Vorstand hob daher seine Jahresziele an und erwartet 2024 nun einen Gewinn je Aktie zwischen 9,00 und 9,70 Dollar, wie Target am Mittwoch mitteilte. Zuvor hatte der Konzern 8,60 bis 9,60 Dollar je Aktie angepeilt. Im zweiten Quartal erzielte Target einen Gewinn je Aktie von 2,57 Dollar, während Analysten mit 2,18 Dollar rechneten. Reuters

Macy's wird skeptischer

Die amerikanische Einzelhandelskette Macy's bekommt die Kaufzurückhaltung der Kunden mit niedrigerem Einkommen zu spüren. Das stimmte den Vorstand skeptischer für 2024, wie Macy's am Mittwoch mitteilte. Das Unternehmen erwarte nun einen Nettoumsatz von 22,1 bis 22,4 Milliarden Dollar statt 22,3 bis 22,9 Milliarden. Im zweiten Quartal verbuchte der Konzern einen Rückgang des Nettoumsatzes um 3,8 Prozent auf 4,94 Milliarden Dollar. Reuters

Douglas kommt als Chefsanierer

Um möglichst rasch aus der Krise zu kommen, hat das Optiker-Unternehmen Mister Spex SE die Position eines Chief Restructuring Officer geschaffen. Diesen Posten wird Christopher Douglas von September an übernehmen. Das teilte das Unternehmen am Mittwoch mit. Douglas war bereits für die Possehl Mittelstandsbeteiligungen GmbH tätig und arbeitet im Management des Familienunternehmens B&L-Gruppe. Die Beteiligungsgesellschaft der Familie Büll stieg vor fünf Jahren bei Mister Spex ein. Das Unternehmen arbeitet seit Jahren mit Verlusten. Im vergangenen Geschäftsjahr hatte es 223 Millionen Euro Erlös und einen Betriebsverlust von knapp 4,7 Millionen Euro verbucht. Im Vorjahr hatte hier ein Minus von knapp 12 Millionen Euro gestanden. Mister Spex beschäftigt derzeit rund 120 Optiker. Mit einem Umbau des Vorstandes und einem Restrukturierungsprogramm peilen die Berliner an, wieder mit Gewinn zu arbeiten. Um die Kosten zu senken, gaben sie vergangene Woche bekannt, sich vom Auslandsgeschäft zu trennen und den Vorstand umzubauen. Douglas wird mit seinem Eintritt in das Unternehmen als Chefsanierer die Neuausrichtung zu verantworten haben. fib.

JE MEHR IHR SEID, DESTO GÜNSTIGER WIRD'S¹⁾

Die neuen MagentaMobil Angebote. Jetzt zugreifen!

Passend dazu:

Google Pixel 9 Pro mit Gemini

nur **199,95 €²⁾**

im Tarif MagentaMobil M mit Premium-Smartphone

Noch günstiger:

nur **1 €³⁾** beim Verkauf deines Smartphones + Altgerätewert on top

1) Voraussetzung sind ein Hauptvertrag und eine MagentaMobil PlusKarte. Mit Buchung jeder weiteren Zusatzkarte ergibt sich eine zusätzliche durchschnittliche Vergünstigung. Max. 10 Zusatzkarten (bis zu 5 Kids & Teens Karten) pro Hauptvertrag möglich. 2) Gilt für das Google Pixel 9 Pro (128 GB) im Tarif MagentaMobil M mit Premium-Smartphone. Monatlicher Grundpreis beträgt 79,95 €. Bereitstellungspreis 39,95 €. Mindestlaufzeit 24 Monate. Ab einem Datenvolumen von 40 GB wird die Bandbreite im jeweiligen Monat auf max. 64 KBit/s (Download) und 16 KBit/s (Upload) beschränkt. 3) Der Ankaufbonus gilt für private Endkunden ab 19 Jahren bei Kauf eines Google Pixel 9 Pro bis 30.09.2024 bei der Telekom Deutschland GmbH in Verbindung mit dem Abschluss eines neuen Mobilfunkvertrags oder einer Vertragsverlängerung und bei zusätzlichem Verkauf eines teilnahmeberechtigten Smartphones. Das Handy-Ankaufangebot für das Altgerät muss bis zum 30.09.2024 generiert werden und das Altgerät bis zum 21.10.2024 bei der Assurant Deutschland GmbH bzw. ihrem Dienstleister eingegangen bzw. im Shop abgegeben worden sein. Dann erhalten Teilnehmer ein Ankaufangebot für das Altgerät zzgl. des Ankaufbonus von 200 € bei Kauf eines Google Pixel 9 Pro. Das Altgerät muss funktionsfähig sein, d.h., es muss ein- und ausschaltbar sowie entsperrt (kein SIM-/Netlock) sein, darf keinen Wasserschaden oder Displaybruch aufweisen und muss einen Mindestankaufpreis von 1 € haben. Die Teilnahme an der Ankaufbonus-Aktion ist mit max. 3 Aktionsgeräten pro Haushalt möglich. Diese Anzahl gilt, solange der Vorrat reicht. Ausrichter der Aktion ist die Telekom Deutschland GmbH, Landgrabenweg 151, 53227 Bonn, Deutschland. Ein Angebot von: Telekom Deutschland GmbH, Landgrabenweg 151, 53227 Bonn.



Schönwettervertrieb

Von Tobias Piller

Mercedes schafft die Listenpreise ab und setzt auf ein neues Vertriebssystem. Sollte der Mercedes-Kunde nun beim Autopreis pokern wie an der Börse? Für Mercedes wiederum ist es folgerichtig, die Autopreise zentral zu steuern, je nach allgemeiner Marktentwicklung und Beliebtheit einzelner Modelle. Dafür besitzt man nun die Entscheidungsmacht, seit die traditionellen Händler nur noch als Vermittler agieren und eine Provision erhalten. Dieses sogenannte Agenturmodell, wie auch bei anderen Herstellern, nimmt den Kunden die bisher gern genutzte Möglichkeit, unter verschiedenen Händlern der gleichen Marke nach dem besten Angebot zu suchen.

Zugleich hat Mercedes auch noch die gedruckten Preislisten abgeschafft. Gerade für die Premium- und Luxusmarke Mercedes war das ausgiebige Studium der dicken Bücher von Preislisten immer ein wichtiger Orientierungspunkt zu den endlosen Möglichkeiten, das Wunschauto zu kreieren und zu individualisieren. Die Bilder und die Konfiguratoren im Internet sind nun kein gleichwertiger Ersatz, um sich zwischen Extras und Kombinationsmöglichkeiten zu orientieren. Womöglich ist es erwünscht, dass potentielle Kunden mehr von den Verkäufern abhängig sind, die gleichsam als Orakel für den Tagespreis fungieren, aber auch einfühlbar und mit Geschmack über Ausstattung, Materialien und Farbkombinationen beraten sollen. Allzu oft gibt es da die Versuchung, den Interessenten mausgraue Nullachtfünfte-Versionen anzupreisen, wie sie unter den Vorführ- oder Lagermodellen zu finden sind.

Großes Bemühen um Transparenz ist derzeit auch nicht zu spüren. Alles kommt darauf an, wie sehr die Kunden unter den neuen Bedingungen Mercedes die Treue halten. Dabei könnte man sich zurückversetzt fühlen in die Zeiten, in denen Jahre auf Neuwagen von Mercedes gewartet werden musste, die Autos von den Verkäufern zugeteilt wurden – sei es in der Covid-Krise oder in den Siebzigerjahren. Manche Methoden werden während einer stürmischen Autokonjunktur eher hingenommen als in Zeiten schwachen Käuferinteresses. Dass Mercedes ein Jahr nach Ankündigung der Luxusstrategie die Produktion der teuren S-Klasse von zwei Arbeitsschichten auf eine reduziert, ist ein schlechtes Omen. Denn in einem schwachen Markt muss sich das neue Vertriebssystem erst noch bewähren – oder noch einmal modifiziert werden.



Bleiben die Maschinen bald am Boden? Bei der Lufthansa-Tochtergesellschaft Discover haben sich Konflikte zugespitzt.

Foto Picture Alliance

Lufthansa-Airline Discover drohen Streiks

Unruhiges Ferienende für den Ferienflieger?
Die Mitglieder der Gewerkschaften UFO und Vereinigung Cockpit votieren für einen Arbeitskampf.

Von Timo Kotowski, Frankfurt

Dem Urlaubsflieger Discover Airlines aus dem Lufthansa-Konzern drohen in der Schlussphase der Ferienzeit Streiks – und zwar sowohl von Flugbegleitern als auch von Piloten. In getrennten, aber zeitgleich angesetzten Urabstimmungen votierten Mitglieder der Unabhängigen Flugbegleiterorganisation (UFO) und der Pilotengewerkschaft Vereinigung Cockpit mehrheitlich dafür, auf den Abschluss von Tarifverträgen – notfalls auch mit Arbeitskampfmaßnahmen – hinzuwirken. „Unbefristete Arbeitsmaßnahmen sind ab sofort jederzeit möglich“, teilte die VC am Mittwoch nachmittag mit. Der UFO-Vorsitzende Joachim Vázquez Bürger mahnte Discover und den Mutterkonzern Deutsche Lufthansa, sich nun „mit dem Nachdenken nicht unnötig viel Zeit“ zu lassen.

Unter den abstimmenden Flugbegleitern fiel die Zustimmung mit 91,8 Prozent noch größer aus als unter den Piloten, von denen 81 Prozent für den Kampf für eigene Tarifverträge und mögliche Streiks stimmten. Die beiden Gewerkschaften hatten die Urabstimmungen eingeleitet, nachdem Discover überraschend eine Einigung für Piloten und Flugbegleiter mit der Gewerkschaft Verdi verkündet hatte, während die Gespräche mit UFO und VC stocken. Der Vorsitzende der Tarifpolitik der VC, Marcel Gröls, sieht darin den Schritt der Arbeitgeberseite, über die Köpfe der Beschäftigten

hinweg Tarifverträge mit einer „genehmen Gewerkschaft“ abzuschließen. Vázquez Bürger kritisierte, dass der Abschluss von Tarifverträgen „nicht in Hinterzimmern der Arbeitgeberseite nach deren Sympathien geschehen darf“. Vor allem UFO hatte Zweifel angemeldet, ob Verdi eine größere Mitgliederzahl in der Discover-Belegschaft hat, und hatte eine notarielle Auszählung der Gewerkschaftsmitgliedschaften gefordert. Aufgestoßen war den Gewerkschaften auch, dass die Einigung mit Verdi Vorteile – sowohl finanziell als auch bei Kündigungsregeln – für Verdi-Mitglieder vorsehen soll. Aus Sicht von UFO ist dies der Versuch, „durch Geschenke eine Gewerkschaft aus dem Nichts mächtig zu machen“, das stelle „alles auf den Kopf“, was in über 150 Jahren Gewerkschaftsgeschichte schlicht selbstverständlich war.“

Die 2021 geschaffene Discover wird seit Gründung von beiden Gewerkschaften kritisch beäugt – ebenso die Ende Juni neu an den Start gegangene Betriebsvereinbarung Lufthansa City Airlines. Personal

verdient dort weniger als im Lufthansa-Kernbetrieb. Lufthansa-Personalvorstand Michael Niggemann, der kommissarisch für die Finanzen zuständig ist, hatte zur Vorstellung der Konzernhalbjahresbilanz angekündigt, die andere Vergütung und eine höhere Produktivität zusammen führten zu 30 bis 40 Prozent niedrigeren Personalkosten bei Discover und City Airlines. Flugzeuge – vor allem Mittelstreckenjets vom Typ A320 – sollten daher von der Kernmarke zu den neuen Betrieben verschoben werden. Als Ziel gilt, dass 40 Prozent der Kurz- und Mittelstreckenjets der Lufthansa-Airlines-Gruppe, zu der der Konzern neben der Marke Lufthansa Discover, die bestehende Cityline und die neue City Airlines zählen, nicht mehr für die Kernmarke unterwegs sein sollen. Begründung: Anderweitig seien kürzere Distanzen kaum noch profitabel zu fliegen.

Stunden vor dem Ende der Urabstimmung hatte Discover am Mittwoch mitgeteilt, dass die eigene Flotte nun wachsen werde, um mindestens drei A320 und drei

Langstreckenmaschinen vom Typ A330 auf insgesamt „zunächst 33 Flugzeuge“, wobei „zunächst“ wohl bedeutet, es könne Weiteres folgen. „Nach unserem Start vor drei Jahren und dem erfolgreichen Aufbau unserer Airline gehen wir nun die nächsten Schritte, um unsere Position als Ferienflieger in Deutschland weiter zu festigen und die Marktpresenz der Lufthansa Group im wachsenden Privatsektor nachhaltig zu stärken“, sagte Discover-Chef Bernd Bauer. Die ursprünglich als Urlaubsbeförderer zu Badezielen gestartete Discover hatte vor Tagen auch mitgeteilt, zum Sommer 2025 Flüge von München nach Island zu übernehmen, die bislang die Kernmarke Lufthansa fliegt.

Die Tarifkonflikte bei Discover haben schon besondere Blüten getrieben. Als UFO zu Jahresbeginn zu einem Streik aufrief, konterte Discover mit dem Vorwurf, die Gewerkschaft wolle streiken, ohne jemals verhandelt zu haben. UFO hatte sich nach eigenen Angaben aber über lange Zeit vergeblich um Verhandlungen bemüht. Nach dem Streikaufruf zu Jahresbe-

ginn gab es die Gespräche dann doch. Nur zu einem Abschluss führten sie nicht, obwohl laut UFO „praktisch fertige Tarifverträge“ vorlägen. Auch die VC hatte wegen einer fehlenden Einigung schon zu Streiks aufgerufen. Im Februar sorgte dann für Verstimmung, dass Discover statt eines Tarifvertrags mit dem Betriebsrat eine Vereinbarung über höhere Löhne schloss, die laut VC weitgehend die eigenen Forderungen abbildete. Ein Knackpunkt war aber wohl, dass von Lufthansa-Seite zusätzlich eine Vereinbarung über die Verhaltensweise in Konflikten einschließlich Mediationspflicht verlangt wurde, was die VC kritisch sah. Verdi hatte zuletzt solch einer Vereinbarung zugestimmt.

Zu aller Verstimmung im Discover-Streit kommt für UFO und VC die Sorge hinzu, dass sich das bei Discover Erlebte bei der neuen Lufthansa City Airlines wiederholen könnte. Dem Vernehmen nach führt City Airlines für die zwei Berufsgruppen Piloten und Flugbegleiter nämlich Gespräche mit drei Gewerkschaften – VC, UFO und Verdi. Die Pilotenvereinigung und die Flugbegleiterorganisation rüsten verbal am Mittwoch schon auf. Die VC hält der Konzernführung vor, im Umgang mit den Gewerkschaften eine „Doktrin des ‚Teile und herrsche‘“ zu verfolgen. Nun drohen Streiks. „Das Management hat viele operative Probleme und schafft sich mit einem solchen Vorgehen weitere“, sagte VC-Sprecher Frank Blanken.

Kein gutes Geschäft

Banken werden Kredite für Twitter-Kauf nicht los

dpa. NEW YORK. Die Kredite in Höhe von rund 13 Milliarden Dollar, die Banken Elon Musk für den Kauf von Twitter gaben, sind für sie laut einem Medienbericht bisher ein schlechtes Geschäft. Üblicherweise reichen Kreditinstitute solche Schulden schnell an andere Investoren weiter. Doch in diesem Fall blieben die Banken selbst auf den Krediten sitzen, wie das „Wall Street Journal“ berichtet. Der Grund sei, dass diese angesichts der schwachen finanziellen Lage des Onlinedienstes nur mit hohen Abschlägen losgeworden wären. Die Folge ist, dass Abschreibungen auf den Wert der Kredite nun auf die Bilanzen der Banken durchschlagen. In einem Fall habe dies sogar Konsequenzen für die Vergütung der zuständigen Abteilung gehabt, hieß es unter Berufung auf beteiligte Personen.

Musk hatte Twitter im Oktober 2022 für rund 44 Milliarden Dollar gekauft. Den Großteil der Summe besorgte er sich über den Verkauf von Aktien des von ihm geführten Elektroauto-Her-

stellers Tesla. Zugleich bekam er Kredite von sieben Banken, darunter Topadressen wie Morgan Stanley und Bank of America. Ein Vorteil der Situation für die Banken könnte sein, dass Musk die Kredite am Ende komplett an sie zurückzahlt. In der Zwischenzeit kassieren sie hohe Zinsen – die ihrerseits auf dem Onlinedienst lasten, der Probleme mit dem Geldverdien hat. Denn der Kurznachrichtendienst, den Musk inzwischen in X umbenannte, hat mit der Flucht großer Werbekunden zu kämpfen. Sie fürchten um ihr Image.

Hassrede-Forscher hatten im vergangenen Jahr demonstriert, wie Werbung bekannter Marken unter anderem neben antisemitischen Beiträgen und Posts von Nazi-Sympathisanten auftauchen kann. X bestritt, dass es ein alltägliches Vorkommnis ist, und klagte – bisher erfolglos – gegen die Forscher. Zuletzt zerrte X auch abtrünnige Anzeigenkunden vor Gericht mit dem Vorwurf, sie hätten sich abgesprochen, um Werbemittel von dem Onlinedienst fernzuhalten.



Stolzer Preis: Elon Musk zahlte mehr als 44 Milliarden Dollar für Twitter. Foto Getty

Das Ende des klassischen Autorabattes

Mercedes verabschiedet sich vom Listenpreis und setzt auf das Agenturmodell



Wertschätzung: Mercedes streicht den Listenpreis. Foto Imago

ols. STUTTGART. Wer einen Neuwagen kaufen will, macht sich in der Regel vor dem Gang ins Autohaus über den Preis des Fahrzeugs kundig. Der Listenpreis für das Auto dient als eine Art Orientierungsgröße. Denn ohne ein bestimmtes Limit kann man schnell mehr ausgeben, als man wollte. Der Autohersteller Mercedes-Benz kündigte nun vor Kurzem an, keine Listenpreise mehr offensiv und gut sichtbar für die Fahrzeuge mit dem Stern zu veröffentlichen. Neuerdings wird im Internet und bei den Händlern nur noch der aktuelle Kaufpreis ausgewiesen, wie ein Unternehmenssprecher mitteilte. „Grundlage ist ein zum jeweiligen Zeitpunkt in ganz Deutschland geltender Preis je Fahrzeugmodell, Kundengruppe, Ausstattung und Zahlungsart mittels zentraler Preisgestaltung.“ Damit hätten die Kunden eine hervorragende Angebotstransparenz und erhielten jederzeit, über alle digitalen und physischen Kontaktpunkte hinweg, einen „attraktiven“ Preis. „Aufwendige Preisvergleiche entfallen.“

Rabatte mit dem einzelnen Händler aushandeln, um den Kaufpreis des Neuwagens zu senken, ist bei Mercedes-Benz schon länger nicht mehr möglich. Die Schwaben hatten schon im vergangenen Jahr auf das Agenturmodell beim Vertrieb umgestellt. Somit agiert der Händler als Vermittler und bekommt beim erfolgreichen Verkauf eine Provision. Was Mercedes-Benz als mehr Transparenz für den Kunden bewertet, wird beim ADAC durchaus kritisch bewertet. Ein ADAC-Sprecher sagt: „Ohne Preislisten und feste Listenpreise ist es für Verbraucher kaum ersichtlich, ob und wie viel Nachlass sie beim Autokauf erhalten. Der Vergleich mit anderen Modellen wird erschwert, die Recherche nach einem Neuwagen unübersichtlicher, zumal viele Onlinekonfiguratoren nicht sehr bedie-

nerfreundlich sind.“ Wirklich kaufentscheidend dürften fehlende Preislisten allerdings nur selten sein, da sich die meisten Kunden ohnehin im Internet informieren und sie dort stets aktuelle Preise vorfinden.

Nach Angaben des Automobilklubs verzichten mehrere Hersteller schon seit einiger Zeit darauf, Preislisten und Broschüren in gedruckter Form bereitzustellen. Bei vielen könnten die entsprechenden Unterlagen im Internet heruntergeladen werden. BMW habe dies vor Kurzem wieder eingeführt. Privatkäufer von Neuwagen bezahlen im Durchschnitt im vergangenen Jahr in Deutschland 44.630 Euro für ein Fahrzeug, wie aus dem aktuellen DAT-Report hervorgeht. Ein rein batterieelektrischer Neu-

wagen kostete mit durchschnittlich 50.060 Euro rund 15.000 Euro mehr als ein neuer Benzinler.

Der Listenpreis ist vor allem für gewerbliche Autokäufer eine wichtige Angabe, weil er bei Nutzern von Dienstwagen zum Beispiel im Zuge der Versteuerung des geldwerten Vorteils eine Rolle spielt. Bei Mercedes-Benz ist er nicht ganz so einfach zu finden. Er werde weiterhin in einer Fußnote einsehbar bleiben, teilt der Sprecher des Konzerns mit. Er wird aber auch für Abschreibungen und Flottenkosten-Berechnungen benötigt. Für das Finanzamt ist der Listenpreis bei der Zulassung ausschlaggebend. Der Verkäufer lebt aber nicht nur von seiner Provision, sondern auch von den anderen Leistungen, die er anbietet: Garantieverlängerungen, Versicherungen und die Finanzierung.

Das Agenturmodell im Vertrieb von Autoherstellern scheint auch skeptisch bewertet zu werden. Der Vizepräsident vom Zentralverband des Deutschen Kraftfahrzeuggewerbes, Thomas Peckruhn, erklärt allgemein: „Wir sind nach wie vor nicht grundsätzlich gegen ein Agenturmodell, solange es für Auskömmlichkeit sorgt.“ Wenn der Hersteller ein neues Geschäftsmodell einführe, dürfe es nicht auf Kosten und zulasten des Handels gehen. Als Geschäftspartner müsse dieser weiterhin sein Auskommen haben, und es müsse genau geklärt sein, welche Aufgaben er habe und was vergütet werde. Der Verband habe immer wieder betont, dass ein echtes Agenturmodell dafür geeigneter scheine als ein unechtes Agenturmodell. „Bei letzterem sind die finanziellen Risiken für den Handel nicht absehbar. Unsere bisherigen Erfahrungen bestätigen dies.“ Bevor Mercedes-Benz den neuartigen Vertrieb in Deutschland einführt, wurde schon zuvor in anderen Märkten umgestellt.

Neue Regeln für Prüfer

mfe. FRANKFURT. Amerikas mächtigste Börsenaufsicht SEC hat am Dienstag geänderte Standards für Wirtschaftsprüfer gebilligt. Die neuen Regeln wurden von der Prüferaufsicht PCAOB entwickelt und betreffen unter anderem den Einsatz digitaler Technologien für die Prüfung von Unternehmensbilanzen.

Die PCAOB wurde 2002 als Reaktion auf die Bilanzskandale der Unternehmen Enron und Worldcom eingerichtet. Diese hatten eine ähnliche Tragweite wie der Wirecard-Skandal in Deutschland. Angesichts der rapiden Digitalisierung des Rechnungswesens und der von immer mehr digitalen Werkzeugen unterstützten Bilanzprüfung soll der neue PCAOB-Prüfungsstandard AS 1000 dafür sorgen, dass Wirtschaftsprüfer sich nicht allein auf das Urteil von Algorithmen verlassen, wenn sie neue Technologien für die Analyse von Unternehmensbilanzen einsetzen.

Die neuen Regeln ersetzen zudem ältere Standards, die bisher gut 20 Jahre im Wesentlichen unverändert geblieben waren. Weitere Änderungen betreffen etwa die kritische Grundhaltung von Wirtschaftsprüfern oder die Konsequenzen für Mitarbeiter von Prüfgesellschaften im Fall von Pflichtverstößen. Der amerikanische Aktienmarkt ist auch für viele prominente deutsche Unternehmen wichtig geworden. So notieren der ehemalige Dax-Konzern Linde, der Schuhhersteller Birkenstock oder der Impfstoffpionier Biotech an amerikanischen Börsen.

Bafin beschlagnahmt Bitcoin-Geldautomaten

Mehr als 250.000 Euro konnten die Beamten sicherstellen. Die Automaten waren ein Paradies für Geldwäscher.

Von Marcus Jung und Franz Nestler, Frankfurt

Sie waren den Finanzaufsehern der Bafin schon lange ein Dorn im Auge: Geldautomaten, mit denen man Bitcoin zu Fiatwährungen tauschen konnte oder solche traditionellen Währungen zu Digitalgeld – und die keine Genehmigung dafür hatten. Nun hat sie 13 dieser Automaten außer Betrieb gesetzt. Dabei wurde Bargeld in Höhe von 250.000 Euro sichergestellt. Insgesamt waren 60 Einsatzkräfte von Bafin, Polizei und Bundesbank mit der Beschlagnahme vertraut. Die Aktion fand in ganz Deutschland an 35 Standorten statt, Schwerpunkt war dabei Süddeutschland.

Doch was ist so ein Bitcoin-Geldautomat eigentlich? Im Prinzip funktioniert er wie ein normaler Geldautomat. Entweder man zahlt vor Ort sein Geld in den Automaten ein. Dann bekommt man einen QR-Code ausgedruckt, und mit diesem kann man sich die Digitalwährungen in das eigene Wallet – so heißen die digitalen Krypto-Portemonnaies – übertragen. Andersrum funktioniert es genauso: Man weist über einen QR-Code sein Wallet aus und erhält den gewünschten Auszahlungsbetrag. Der Betreiber bekommt dafür eine teils stattliche Provision, bis zu 10 Prozent können hier anfallen. Zudem sind die Kurse extrem ungünstig: Man erhält bei einzelnen Anbietern nur zwei Drittel dessen, was ein Bitcoin wert wäre – also zum Beispiel nur 40.000 Dollar statt 60.000 Dollar. Da ist man bei einer seriösen Börse im Internet besser aufgehoben.

Laut „Coin-ATM-Radar“ gibt es in Deutschland aktuell 176 solcher Automaten. Doch die Dunkelziffer dürfte höher sein, da nicht alle ihre Automaten gemeldet haben oder eben illegale Automaten aufgestellt sind. Grundsätzlich sind solche Automaten übrigens nicht illegal. Sie müssen eben nur über die Bafin angemeldet sein und dann über ein Identifizierungssystem verfügen. Außerdem muss der maximale Auszahlungsbetrag natürlich gedeckelt sein. Wird diese Erlaubnis nicht eingeholt, drohen schwerwiegende Konsequenzen, die bei Geldstrafen be-



Schon lange ein Dorn im Auge: Ein Bafin-Mitarbeiter beschlagnahmt einen illegalen Krypto-Automaten.

Foto Bafin

ginnen und bei bis zu fünf Jahren Gefängnis enden können. Es können sich hier gleich mehrere Menschen strafbar machen: der Betreiber des Automaten, der Besitzer des Aufstellortes und letzten Endes auch der Nutzer, da er an Geldwäsche oder Steuerhinterziehung beteiligt sein kann. Als Nutzer sollte man also bei entsprechenden Automaten unbedingt darauf achten, dass diese ein Identifizierungssystem haben, sonst sind sie illegal.

Die illegalen Krypto-Geldautomaten sind für Kriminelle attraktiv, weil sie ihr illegal angehäuftes Geld in Bitcoin umwandeln können oder ihr in Bitcoin erhaltenes Geld in Fiatwährungen auszahlen lassen können. Wie die nun beschlagnahmten Geldautomaten eingesetzt wurden, ist dabei unklar, den Betreibern hat so oder so schlicht die Erlaubnis gefehlt, die für das Aufstellen notwendig ist. Mancherorts standen die Beamten mit leeren Händen da, und die Automaten waren sogar schon wieder abgebaut.

Das alles erhärtet aber zumindest den Verdacht, dass Bargeld, welches aus kriminellen Vortaten stammt und dessen Herkunft bewusst verschleiert werden soll, durch den Umtausch an einigen Automaten wieder in den Kreislauf der Kryptowährungen eingespeist wurde.

Anlässlich des aktuellen Falls wies die Bafin abermals auf die hohe Gefahr von Geldwäsche in Deutschland hin. Nach der Umsetzung verschiedener EU-Richtlinien zur Bekämpfung von Geldwäsche und Aufklärung von Zahlungsströmen wurde das Geldwäschegesetz (GWG) deutlich verschärft. So müssen Unternehmen bei Bargeldeinzahlungen von 10.000 Euro und mehr Nachweise vom Inhaber einfordern, woher das Geld stammt – gibt es Anhaltspunkte für illegale Herkunft des Geldes, muss der Empfänger die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen informieren. Dieses „Know your Customer“-Prinzip trifft Banken und Finanzdienstleister. Bei manchen der nun beschlagnahmten Krypto-Automaten sieht die Bafin Anlass, dass dieser Grundsatz ausgehebelt wurde. Ab dem Jahr 2027 soll es für Bargeldgeschäfte ab 3000 Euro eine Pflicht zur Identitätsfeststellung geben, für Krypto-Geschäfte bereits ab 1000 Euro.

Die Bafin ist dabei auf die Kooperation mit der Polizei und dem Bundeskriminalamt (BKA) angewiesen. Denn die Ermittlungen der illegalen Vortaten, die wiederum zwingend zum strafrechtlichen Tatbestand der Geldwäsche gehö-

ren, überstiegen sowohl die sachlichen Zuständigkeiten als auch die personellen Kapazitäten der Aufseher.

Ihre Maßnahmen stützte die Bafin nun unter anderem auf einen Verstoß der Automatenbetreiber gegen das Kreditwesengesetz (KWG). Sinn des Gesetzes ist es, die Marktordnung des Kreditwesens in Deutschland zu sichern und der Regulierung einen Rahmen zu geben. Danach muss jeder, der hierzulande gewerbsmäßig Bankgeschäfte betreiben oder Finanzdienstleistungen erbringen will, vorab eine schriftliche Erlaubnis der Aufsichtsbehörde einholen. Dabei handelt es sich um das eigene unternehmerische Risiko der Bank beziehungsweise des Finanzdienstleisters, sich rechtzeitig bei der Bafin um diese Zustimmung zu kümmern. Liegt eine solche nach Paragraph 32 KWG nicht oder nicht mehr vor, gehen die Finanzaufseher – wie im jetzigen Fall – von illegalen Bankgeschäften aus.

Aus dem KWG ergeben sich auch die besonderen Ermittlungskompetenzen der Bafin. Sie kann nach Paragraph 44c KWG Verbraucher öffentlich vor dubiosen Anbietern warnen, unzulässige Geschäfte untersagen und abwickeln, Kontoabfragen starten, Zwangsgelder undhängen, Durchsuchungen anordnen und

Sachgüter sowie Geld beschlagnahmen. Jede Razzia muss jedoch vorab durch einen Richter genehmigt werden. Wichtig ist dabei die Abgrenzung zu den Strafverfolgungsbehörden wie der Polizei, den Staatsanwaltschaften und dem BKA. Für diese gelten andere, zum Teil spezialgesetzliche Vorschriften. Will die Finanzaufsicht bestimmte Maßnahmen durchsetzen, die ihre eigentlichen Befugnisse überschreiten, insbesondere die Vollstreckung von Haftbefehlen und die Festnahme von Beschuldigten, muss also die Polizei hinzugezogen werden.

In der Vergangenheit überschritten die Finanzaufseher in Einzelfällen ihre Befugnisse. Das führte zu Rechtsstreitigkeiten, die schließlich durch Gerichte entschieden wurden. So entschied das Kammergericht Berlin schon vor Jahren, dass Bitcoins nicht als Rechnungseinheiten zu bewerten sind und damit auch nicht Finanzinstrumente nach KWG sein können. Dem Urteil vom September 2018 lag ein unerlaubter Onlinehandel mit Kryptowährungen durch einen damals noch Minderjährigen zugrunde. Wegen der fehlenden Erlaubnis hatte die Bafin damals eine Geldstrafe gegen den Jugendlichen verhängt, obgleich Bitcoin zum Zeitpunkt des Handels im Jahr 2013 nicht als Rechnungseinheit nach KWG qualifiziert waren. Das KWG war damit nicht einschlägig, die Aufseher handelten also ohne eine gesetzliche Grundlage – der Jugendliche kam ohne eine Geldstrafe davon. Das Kammergericht betonte, es sei gerade nicht Aufgabe der Bundesbehörden, rechtsgestaltend in Strafrechtsangelegenheiten einzugreifen. Kryptowährungen wie Bitcoin fehle es an einer allgemeinen Anerkennung und vorhersehbaren Wertbeständigkeit, hieß es in der Entscheidung (Az.: Az. 161 Ss 28/18 (35/18)).

Nichtsdestotrotz stellt der damalige Bafin-Präsident Felix Hufeld in einem Interview klar, dass man auch zukünftig an der Einstufung als Rechnungseinheit festhalten wird. Die Bafin halte die Einstufung von Kryptowährungen als Rechnungseinheit für wichtig und richtig. Dazu sei es im Sinne der verwaltungsrechtlichen Anforderungen geboten und nicht durch ein strafrechtliches Urteil aufgehoben, sagt Hufeld.

Sowieso warnen die Aufseher auch vor den Gefahren von Digitalwährungen: „Mit dem Handel mit Kryptowerten sind erhebliche Risiken bis hin zum Totalverlust verbunden“, heißt es. Die Verbraucherzentrale NRW wies noch einmal darauf hin, dass es bei der Digitalwährung große Schwankungen gebe und sie nicht zur strategischen Geldanlage taugen, sondern zum Spekulieren. Dazu kommen technische Risiken bei der Aufbewahrung und dem Handel. Da Bitcoin kein gesetzliches Zahlungsmittel ist, hat man auch keinen Rechtsanspruch auf die Rückgabe.

Der kuriose Kampf um Chinas Anleihen

Regierung will höhere Zinsen auf Staatsanleihen zahlen und warnt vor Blase

guth. SCHANGHAI. Chinas Staatsanleihen bereiten den Behörden immer größere Sorgen. Die Renditen sind gesunken und haben zuletzt Rekordtiefs erreicht. Die Aufsicht geht mit immer schärferen Mitteln gegen Banken vor, die Anleihen kaufen, und will so die Renditen erhöhen. Das Phänomen gilt als Ausdruck der wirtschaftlichen Schwäche des Landes und des fortgesetzten deflationären Umfelds. Den Investoren fehlen andere attraktive Anlagemöglichkeiten.

Die Bemühungen der Zentralbank muten zunächst etwas kurios an. Üblicherweise freuen sich Staaten, wenn die Renditen fallen, weil das heißt, dass sie auf künftige Anleihen weniger Zinsen zahlen müssen, sich also günstiger verschulden können. Zuletzt lagen die Renditen für zehnjährige Staatsanleihen auf 2,17 Prozent, zuvor waren sie zeitweise so niedrig wie noch nie.

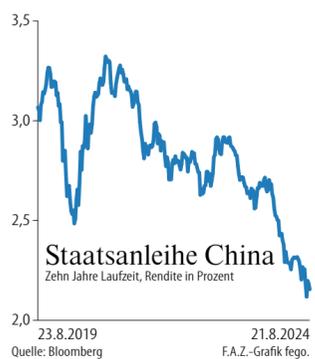
Die Behörden sehen in den sinkenden Werten eine drohende Blase und warnen vor den Risiken für die Finanzstabilität in der Volksrepublik. Ihre Sorge ist, dass eine ähnliche Situation wie bei der Silicon Valley Bank entstehen könnte, die viele US-Staatsanleihen zu hohen Kursen mit niedrigen Renditen gekauft hatte. Als die Leitzinsen und damit auch die Renditen stiegen, ging die Kalkulation der Bank nicht mehr auf, und sie kollabierte schließlich vor anderthalb Jahren.

Viele Händler spekulieren indes darauf, dass Chinas Zentralbank ihre Leitzinsen nicht anhebt, sondern im Gegenteil senkt, um die schwächelnde Wirtschaft zu stützen. Das Fenster dafür könnte sich öffnen, wenn die amerikanische Notenbank Fed in den USA im Verlauf des Jahres wie erwartet ihre Zinsen senken wird. Dann könnte die Volksre-

publik nachziehen. Wenn sie ihre Zinsen vor den USA senkt, würde der Abstand steigen. Je größer die Zinsdifferenz ist, desto mehr Kapital fließt aus China ab, weil die Renditen anderswo höher sind.

Die Behörden scheinen sich unterdessen nicht nur um die Finanzstabilität zu sorgen, sondern auch darum, was die niedrigen Zinsen aussagen: Der wirtschaftliche Ausblick wird dauerhaft nicht besser, eine sehr niedrige Inflation verfestigt sich. Die Staatsanleihen zu kaufen sei eine Wette gegen Chinas Wirtschaft, hieß es in Berichten staatlicher Medien. „Deflation“ sei das Wort, das man nicht sagen dürfe, sagte kürzlich ein gut vernetzter Ökonom auf einem Vortrag in Shanghai.

Die Zentralbank stellt zwar, ähnlich wie mitunter manche Staats- und Parteienmedien, als Grundproblem fest, dass die Nachfrage im Inland fehlt. Doch bisher scheint Peking weder imstande, die Be-



völkerung zum Geldausgeben zu animieren, noch ist die Regierung bereit, die staatlichen Ausgaben deutlich zu erhöhen, zumal offen ist, wo sie die Mittel investieren sollte.

Stattdessen greift die Aufsicht zu außergewöhnlichen Mitteln, um das Phänomen zu bekämpfen und Käufer von Staatsanleihen abzuschrecken. Anfang des Monats wurde eine Untersuchung gegen vier kleinere Banken in einer Nachbarprovinz von Schanghai bekannt gegeben. Ihnen wurde vorgeworfen, den Preis der Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt zu manipulieren. Das Vergehen bestand offenbar darin, dass sie zugegriffen hatten, als größere Staatsbanken verkauften. Die meisten Analysten äußerten sich indes skeptisch darüber, dass die Bemühungen der Aufsicht erfolgreich damit sind, das Verhalten der Marktteilnehmer zu bekämpfen, solange sich die ökonomischen Grundlagen nicht ändern.

Die Chinesen, die eine der höchsten Sparquoten der Welt haben, wissen zurzeit schlicht nicht, wohin mit ihrem Geld. Der Immobilienmarkt, in den früher die Ersparnisse flossen, ist in der Krise. Die Börsen bewegen sich seit Jahren seitwärts und haben wenn überhaupt nach wie vor eher eine negative Tendenz. Fallen die Kurse zu stark, stützen staatliche Akteure die Börsen und kaufen Aktien. So wollen sie Panik und allzu großen Unmut unter den 200 Millionen Chinesen verhindern, die am Finanzmarkt aktiv sind. Stattdessen Geld im Ausland zu investieren ist kompliziert, weil es Kapitalkontrollen gibt. Gold erfreut sich zwar großer Beliebtheit, aber dessen Preis ist schon stark gestiegen. So bleiben den Chinesen außer den Staatsanleihen wenig Optionen.

Mehr Wachstumskapital

Neues Gesetzespaket soll Aktienkultur stärken

dc. BERLIN. Günstigere Steuerregeln für Mitarbeiterkapitalbeteiligungen sowie für Wachstumskapital, ein gelockter Kündigungsschutz für Spitzenbanker und weniger Bürokratie in der Finanzaufsicht – das sieht ein umfangreiches neues Gesetzespaket aus dem Bundesfinanzministerium vor. Wie am Mittwoch aus Regierungskreisen verlautete, hat das Haus von Finanzminister Christian Lindner (FDP) den Entwurf eines „Zweiten Zukunftsfinanzierungsgesetzes“ nun an die anderen Ressorts verschickt, um einen Kabinettsbeschluss herbeizuführen. Mit dem Paket solle „ein wesentlicher Beitrag zur Dynamisierung unserer Wirtschaft und zur Mobilisierung privaten Wachstums- und Innovationskapitals geleistet werden“, hieß es.

Ein erstes Zukunftsfinanzierungsgesetz mit ähnlicher Zielsetzung hatte die Ampelkoalition Ende 2023 im Bundestag beschlossen und zum Jahreswechsel in Kraft gesetzt. Das neue Paket, das Gesetzesänderungen in mehr als 50 Einzelpunkten vorsieht und gut 200 Seiten umfasst, greift unter anderem Beschlüsse zur sogenannten Wachstumsinitiative auf, die Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und der Finanzminister im Juli gefasst hatten.

Arbeitnehmer, die vom Arbeitgeber neben dem Lohn eine Beteiligung am Unternehmenskapital erhalten, profitieren dem Entwurf zufolge künftig von einem deutlich höheren Steuerfreibetrag. Bisher bleiben solche Beteiligungen von bis zu 2000 Euro im Jahr von der Einkommensteuer verschont, von 2026 an soll das bis zur Höhe von 5000 Euro im Jahr gelten. Dies trage zur Stär-

kung der Aktienkultur in Deutschland bei und helfe zudem Unternehmen, Mitarbeiter zu gewinnen und an sich zu binden, heißt es erläuternd in dem Entwurf.

Auf die Wachstumsinitiative der Regierung geht das Vorhaben zurück, mit günstigeren Steuerregeln das Mobilisieren von Wachstumskapital für junge Unternehmen zu erleichtern. Dazu ist unter anderem geplant, Gewinne aus einer Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften im Falle einer Reinvestition künftig bis zur Höhe von 5 Millionen Euro (bisher: 500.000 Euro) steuerlich zu begünstigen. Fachleute nennen diese Übertragung „Roll-over“.

Ebenfalls Teil der Wachstumsinitiative ist der Plan, die Sonderregeln zum Kündigungsschutz für sogenannte Risikoträger großer Finanzinstitute auszuweiten. Eingeführt wurden sie 2019 im Zuge des Brexit und mit dem Ziel, Londoner Banken, denen der deutsche Kündigungsschutz fremd ist, nach Frankfurt zu locken. Künftig soll die Lockerung für alle Risikoträger unabhängig von der Institutsgröße gelten. Begründet wird dies mit der steigenden Bedeutung kleiner Anbieter im Wettbewerb um moderne Finanzdienstleistungen.

Daneben sollen etliche weitere Änderungen Bürokratieabbau bringen. Dazu zählt auch die geplante Abschaffung des Mitarbeiter- und Beschwerderegisters (MBR) bei der Finanzaufsicht Bafin. Mit jährlich 40.000 Anzeigen verursache es einen unverhältnismäßig hohen Aufwand für Finanzinstitute und Aufsicht, denn es bringe der Bafin nur „eingeschränkte Erkenntnismöglichkeiten“, heißt es. Der politische Zeitplan sieht vor, das neue Gesetzespaket im Frühjahr 2025 im Bundestag zu beschließen.



Gute Aufseher

Von Franz Nestler

Man muss es immer wieder sagen: Bitcoin und andere Digitalwährungen bewegen sich nicht im rechtsfreien Raum. Nur weil viele Enthusiasten sie den etablierten Währungen als überlegen ansehen, stehen sie nicht über dem Gesetz. Es ist dabei komplett egal, ob man die Digitalwährungen gut findet oder nicht: Dass diese nach einem festen Regelwerk beurteilt werden, ist richtig und wichtig. Dazu muss man gar nicht bis in die Vereinigten Staaten schauen, wo die amerikanische Börsenaufsicht SEC und ihr Chef Gary Gensler mögliche ETF auf Herz und Nieren über Jahre geprüft haben, um wirklich sicher zu sein, dass mit diesen kein Schindluder zu Ungunsten von Anlegern getrieben wird. Nur wenn diese das Siegel der Aufseher haben, können sich Anleger auch sicher sein, dass dahinter keine windigen Geschäftemacher stecken. Und so ist es auch folgerichtig, was die Aufseher hierzulande machen: Sei es das genaue Prüfen für die Krypto-Verwaltern und nun das Einsacken der Bitcoin-Geldautomaten. Denn wer sich als echte Währung sieht, muss auch echte Kontrollen über sich ergehen lassen. Wer diese illegalen Geldautomaten verteidigt, hat den Schuss nicht gehört. Diese dienen im besten Falle dazu, dass windige Geschäftemacher arglose Leute abzocken, und im schlechtesten Falle dazu, dass Schwermüßlinge ihre Beute anonym in Bits und Bytes verstecken können. Das kann nicht einmal der größte Bitcoin-Enthusiast wollen.

NLB scheitert mit Addiko-Kauf

ami. WIEN. Die Übernahmeofferte der slowenischen Großbank Nova Ljubljanska Banka (NLB) für die Wiener Addiko Bank ist nur auf geringes Interesse der Aktionäre gestoßen und kommt nicht zustande. Für 22 Euro je Aktie waren nur 36,39 Prozent der Aktionäre bereit, ihre Papiere abzugeben, teilte die größte slowenische Bank mit. Die NLB hatte eine Quote von 75 Prozent angestrebt. Sie wollte mit der auf dem Westbalkan mit Konsumenten und Kleinunternehmen aktiven Wiener Nachfolgerin der Hypo-Alpe-Adria-Bank das größte Geldinstitut in den Staaten im früheren Jugoslawien werden. Vor allem der kroatische Markt, auf dem die NLB nicht präsent ist, hatte die Slowenen interessiert. Die Offerte hatte von Beginn an unter keinem guten Stern gestanden, weil zwei weitere Bietergruppen aus Serbien im Spiel waren. Einer von ihnen, Alta Pay und Diplomat Pay, hatte die Europäische Zentralbank als Bankenaufsicht vorrige Woche die Stimmrechte an ihren Addiko-Papieren eingetroffen. Die EZB bezweifelt, dass die Transaktionen der Gruppe mit Addiko-Papieren rechtlich einwandfrei waren. Florian Beckermann vom österreichischen Interessenverband für Anleger hielt der NLB ein „mutloses“ Angebot vor.

Die Börse

Dax in Punkten	Bundesanleihe Rendite 10 Jahre
19000	2,75
18500	2,50
18000	2,25
17500	2,00
17000	1,75
	20.8.24
F.A.Z.-Index	2576,91
Dax	18357,52
M-Dax	24769,21
Tec-Dax	3324,48
Euro Stoxx 50	4857,58
F.A.Z.-Euro-Index	159,12
Dow Jones	40834,97
Nasdaq Index	17816,94
Bund-Future	134,65
Tagesgeld Frankfurt	3,74 %
Bundesanl.-Rendite 10 J.	2,23 %
F.A.Z.-Renten-Rend. 10 J.	2,40 %
US-Staatsanl.-Rend. 10 J.	3,81 %
Gold, Spot (\$/Unze)	2513,82
Rohöl (London \$/Barrel)	77,16
1 Euro in Dollar	1,1084
1 Euro in Pfund	0,8519
1 Euro in Franken	0,9527
1 Euro in Yen	162,18
	21.8.24
	18448,95
	24915,82
	3340,71
	4885,28
	160,01
	40890,49
	17918,99
	134,79
	3,75 %
	2,22 %
	2,38 %
	3,80 %
	2511,20
	75,98
	1,1116
	0,8530
	0,9503
	162,26

Alle Werte Stand: 22:07 Uhr

BENZINPREIS AUF JAHRESTIEF

Die Preise für Kraftstoff fallen. Dahinter steckt die schwache Konjunktur.

Finanzen, Seite 25

WIEDER BEGEHRT

Die Begeisterung für riskantere Anlagen in Schwellenländern nimmt deutlich zu.

Finanzen, Seite 25

VORRUNDE ZUM AMERICA'S CUP

Die letzte Generalprobe ist für die Segel-Teams ein absoluter Härtestest für Mensch und Boot.

Sport, Seite 27

NACH (UN)WAHREN BEGEBENHEITEN

Der einstige NFL-Profi Michael Oher klagt über die Verfälschung seines Lebens.

Sport, Seite 27

Die Benzinpreise in Deutschland sind die dritte Woche in Folge gefallen und haben damit einen Jahrestiefstand erreicht. Und das, obwohl zum Wochenende mit dem Feriende in acht Bundesländern eine große Rückreisewelle auf Deutschlands Autobahnen ansteht. Das hat der Autoklub ADAC am Mittwoch aufgrund seiner wöchentlichen Auswertung der Preise von mehr als 14.000 Tankstellen in Deutschland berichtet. Der Preis für Super E10 sank demnach auf Wochensicht im bundesweiten Mittel um 1,8 Cent auf 1,715 Euro je Liter. Günstiger war Super zuletzt am 31. Dezember 2023 gewesen. Der Preis für Diesel ging um 1,3 Cent auf 1,590 Euro je Liter zurück. Das war der niedrigste Stand seit immerhin Juni 2023.

Hauptgrund ist laut ADAC das derzeit günstige Rohöl. Die Bundesbank berichtet in ihrem Monatsbericht für August aber auch davon, dass die Margen der Kraftstoffbranche gerade ungewöhnlich niedrig seien. Der sogenannte Crack-Spread, der Preisabstand zwischen Rohöl und raffinierten Produkten, ist unterdurchschnittlich. Im langjährigen Vergleich sind Kraftstoffe gleichwohl natürlich nicht wirklich billig, auch wenn die Betrachtung kaufkraftbereinigt etwas differenziert ausfällt: Benzin war früher erheblich billiger – aber das Geld war damals auch mehr wert (siehe Grafik).

Fällt Inflationsrate unter 2 Prozent?

Die gesunkenen Öl- und Benzinpreise dürften sich auch in der Inflationsrate bemerkbar machen. Das könnte nach Schätzungen der Commerzbank rund 0,1 Prozentpunkte der Rate ausmachen. Commerzbank-Chefvolkswirt Jörg Krämer hält es in diesem Zuge für möglich, dass die Inflationsrate für Deutschland im August erstmals seit März 2021 unter die Marke von 2 Prozent fällt, bevor sie im weiteren Jahresverlauf wieder steigt.

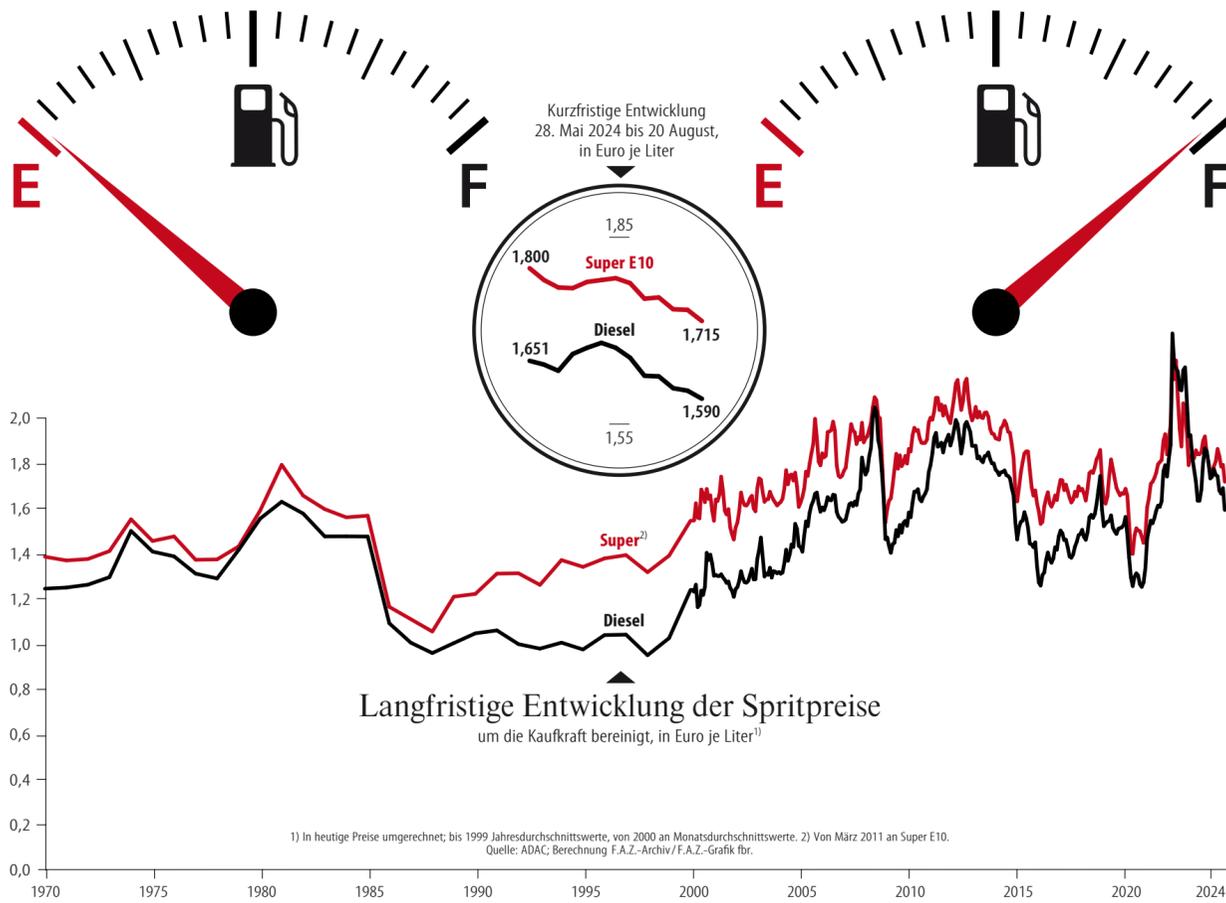
Der ADAC spricht davon, der aktuelle Benzinpreis sei „angemessen“. Das ist ungewöhnlich. Normalerweise pflegen die Benzinfachleute des Klubs die Spritpreise als „zu hoch“ zu geißeln. Der Dieselpreis hingegen sei aktuell „überhöht“. Rohöl hat sich dabei auf Wochensicht abermals verbilligt. Hintergrund sind vor allem Sorgen um die Konjunktur und die Ölnachfrage. Ein Barrel (Fass zu 159 Litern) der Nordseeölsorte Brent kostete am Mittwoch zeitweise weniger als 77 Dollar – vor einer Woche waren es noch mehr als 80 Dollar gewesen.

„Hinzu kommt, dass der Euro im Vergleich zum Dollar deutlich stärker notiert und mit mehr als 1,11 Dollar je Euro ein

Benzinpreis auf Jahrestief

Die dritte Woche in Folge fallen in Deutschland die Preise für Kraftstoff. Dahinter steckt die schwache Konjunktur. Das könnte die Inflationsrate unter 2 Prozent drücken.

Von Christian Siedenbiedel, Frankfurt



Schwellenländer sind wieder begehrt

Begeisterung für die riskanteren Anlagen nimmt zu, was Erklärungen jüngster Börsenturbulenzen infrage stellt

mho. FRANKFURT. Die Turbulenzen rund um Japan vorüber und das Notenbanktreffen in Jackson Hole voraus, geht es an den Finanzmärkten aktuell in einigen Bereichen turbulent zu. So haben etwa einige Schwellenländerwährungen deutlich aufgewertet. Für den Dollar werden aktuell zum Beispiel nur noch 923 chilenische Peso bezahlt – vor zwei Wochen waren es noch 966. Auch der brasilianische Real hat zum Dollar hinzugewonnen und notiert aktuell mit 5,48 Real nach 5,82 Real noch vor zwei Wochen.

Noch deutlicher haben asiatische Währungen aufgewertet. Seit Mitte Juli hat der thailändische Baht gegenüber dem Dollar sechs Prozent auf zuletzt 34,30 Baht zugelegt, der malaysische Ringgit seit Mitte Juli sieben Prozent auf 4,38 Ringgit. Auch der philippinische Peso hat seit Monatsbeginn um knapp vier Prozent aufgewertet, sodass für den Dollar mittlerweile 56,53 Peso bezahlt werden.

Rekordstände sind das alles keine. Das liegt auch daran, dass sich diese Schwellenländerwährungen mehr oder weniger stark seit den frühen Zehnerjahren in langfristigen Abwertungsphasen befinden. Zwischenzeitlich haben sich diese immer wieder einmal umgekehrt, die Wechselkursgewinne sind aber auch wieder abgegeben worden. Immerhin ist der Wechselkurs ein entscheidender Faktor für den Außenhandel. Eine starke Aufwertung der eigenen Währung beeinträchtigt die Handelschancen auf dem Weltmarkt.

Die aktuelle Bewegung geht, wie könnte es anders sein, auf Zinsspekulationen zurück. Ein Zinssenkungszyklus, den jeder erwartet, sollte eigentlich keine besonders relevante Sache sein, schreibt etwa Ulrich Leuchtmann, Leiter des Devisen-Research der Commerzbank. Aber es gehe um die Geschwindigkeit und das Ausmaß davon, wie sich die Attraktivität des Haltens von Anlagen in Dollar verringere, der sogenannte „Carry“ – und auch, wie die Fed mit dem Konflikt zwischen Inflations- und Rezessionsrisiko umgehe.

Die Aussicht auf sinkende Zinsen in den USA erhöht die Bereitschaft, in risikoreichere Anlagen in Schwellenländern zu investieren, weil diese mehr Gewinn versprechen. So wird auch erwartet, dass derweil die Zinsen in den USA sinken und sie etwa in Brasilien steigen. Weil auf diese Weise mehr Geld in die Schwellenländer fließt, werden dort auch die Wachstumschancen als größer eingeschätzt. Der Dollar schwächt unterdessen weiter, mittlerweile

ist der Index zu den wichtigsten Handelspartnerwährungen auf 101,5 Punkte gefallen und kommt dem Tief vom vergangenen Dezember immer näher.

Das hat auch zu einer Erholung der Metallpreise geführt. Seit Anfang August ist der Preis für das Pfund Kupfer von 3,93 auf 4,16 Dollar gestiegen, Aluminium kostet mit 1,103 Dollar rund 10 Cent mehr als noch vor zwei Wochen. Auch Schwellenländer-Aktien-ETF sind gefragt. In der vergangenen Woche flossen diesen in den USA 19,6 Millionen Dollar neu zu. Das ist zwar nicht viel, aber ein deutlicher Trendwechsel im Vergleich zur Woche davor, als noch 2,7 Milliarden Dollar abgezogen worden waren. Zudem waren Aktien in der vergangenen Woche nicht sehr beliebt, per Saldo sind 23 Millionen Dollar abgeflossen.

Die Zuflüsse in Schwellenländer-ETF beziffert der Dienstleister Bloomberg in diesem Jahr auf insgesamt knapp 3 Milliarden Dollar. Begehrt war zuletzt unter anderem der iShares MSCI Emerging Markets ex-China ETF, bei dem zu den bisher mehr als 5 Milliarden Dollar des laufenden Jahres in der vergangenen Woche Zuflüsse in Höhe von 352 Millionen Dollar dazugekommen sind.

Dass dieser ETF nicht in China anlegt, steht sinnbildlich für die Skepsis gegenüber dem Land, das zunehmend Zweifel an der Offenheit seiner Kapitalmärkte hervorruft. Unlängst hat China zum Beispiel begonnen, Informationen über grenzüberschreitende Mittelflüsse in den und aus dem heimischen Aktienmarkt zu verschleiern. Schlagzeilen wie diese häuften sich, sagt Malcolm Dorson, leitender Portfoliomanager eines nicht in

China investierenden Schwellenländer-ETFs von Global X. Entscheidungsträger fragten sich, ob sie wirklich Chinarisiken eingehen müssten. Zudem hätten die jüngsten Wirtschaftsdaten enttäuscht, wohingegen sich in Schwellenländern außerhalb Chinas möglicherweise gerade eine wichtige Wende abzeichne.

Die deutliche Aufwertung einiger Schwellenländerwährungen ist auch an anderer Stelle bedeutsam. Sie lässt das kolportierte Narrativ fraglich erscheinen, die starke Aufwertung des Yens und die Turbulenzen vor rund zwei Wochen, vor allem an der japanischen Börse, seien durch die massive Auflösung der sogenannten Carry-Trades mit dem japanischen Yen verursacht worden.

Dies war von Anfang an von einigen Marktteilnehmern angezweifelt worden. Analysten von Goldman Sachs etwa hielten zumindest die Auswirkungen für überschätzt, zumal mangels entsprechender Daten der Umfang der Geschäfte gar nicht klar gewesen sei. Auch Sonja Marten, Analystin der DZ Bank, ist nicht überzeugt. Die rapide Aufwertung des Yens und gleichzeitig höhere Risikoaversion legten zwar einen entsprechenden Schluss nahe, doch glaubt sie eher an einen zeitlichen Gleichlauf – und stützt sich dabei nicht zuletzt darauf, dass sich eben die Währungen der Gegenpartei, insbesondere unter den Schwellenländern, gut behauptet hätten.

Wenn die sogenannten Carry-Trades aufgelöst werden, bei denen in Yen finanziert und in einer anderen Währung angelegt wird, müsste die Anlagengewinnung eigentlich deutlich abwerten – falls die Auflösung dieses Geschäfts eine so starke Aufwertung des Yens bewirkt. Die zu beobachtenden Wechselkursentwicklungen stellten die These von den Carry-Trades zumindest infrage, sagt Marten. Auch der deutliche Abbau von Dollar-Yen-Positionen sei nicht zwangsläufig mit einer Liquidierung dieser Positionen gleichzusetzen. Obendrein ist sie wie schon Goldman Sachs der Ansicht, dass sich der Umfang der bestehenden Carry-Trades nicht seriös beziffern lasse.

Die amerikanische Investmentbank vertritt die Auffassung, es habe sich vor zwei Wochen vielmehr um ein zufälliges Zusammentreffen enttäuschender Gewinne sowie den Yen stützender Faktoren gehandelt, nicht zuletzt die Zinserhöhung der Bank of Japan. Beides, das Dollar-Yen-Verhältnis und die großen Technologieaktien, seien nach starken Kursgewinnen in diesem Jahr unabhängig voneinander anfällig gewesen.

NEUES VOM ANLEIHEMARKT

Vorsicht vor Langläufern

Anleihen im Portfolio haben klassischerweise den Zweck, Schocks zu absorbieren. Zwar ist die Anlageklasse ihrer Funktion lange Zeit, in der Nullzinsphase wie auch in der anschließenden Korrekturperiode, nicht gerecht geworden. „Aber das neue Regime an den Zinsmärkten bringt uns einen Zustand, der eigentlich der langfristigen Normalität entspricht“, sagt Wolfgang Sussbauer von PGIM Fixed Income, der dabei auch ein vermögende Privatanleger denkt. Für ihn hat das gute alte 60-40-Portfolio nicht ausgedient. Je nach Risikoappetit könnten es entweder mehr Aktien oder mehr Anleihen sein. „Auch eine Drittel-Stückelung in Aktien, Anleihen und alternativen Investments, etwa Immobilien, bietet sich für wohlhabende Privatanleger an“, sagt Sussbauer.

Doch welche Anleihen gehören ins Portfolio? Sussbauer warnt vor Papieren mit langen Laufzeiten. Dafür führt er mehrere Gründe an: „Die Rendite für US-Staatsanleihen mit 10-jähriger Laufzeit liegt aktuell bei 3,9 Prozent und damit immer noch am unteren Ende unseres Vorhersagekorridors von 3,8 bis 4,6 Prozent.“ Auch die Staatsverschuldung, insbesondere in den USA, aber auch in Frankreich und Italien hat er im Blick. Derzeit würden insbesondere von Frankreich emittierte Papiere mit einem Risikoaufschlag gehandelt. „Die Suche nach einem Premierminister nach den Neuwahlen in Frankreich und die Unsicherheit über die künftige Haushaltspolitik des Landes halten den Renditeabstand französischer Anleihen zu deutschen Papieren auf etwa 0,7 Prozentpunkten – das Zehn-Jahres-Mittel liegt bei 0,4 Prozentpunkten“, sagt Ulrich Stephan, Chefanlegestrategie für Privat- und Firmenkunden der Deutschen Bank.

Sussbauer ist auch der Ansicht, dass die steigende Staatsverschuldung in der Breite noch nicht am Anleihemarkt eingepreist sei. „Der Markt ist nicht auf schlechte Nachrichten vorbereitet, und das Risiko von Schocks nach oben bei Papieren mit langer Duration wird unterschätzt.“ Zudem sei das lange Ende am Anleihemarkt derzeit auch etwas überkauft. „Hier haben sich insbesondere institutionelle Anleger eingedeckert, um sich das gegenwärtige Zinsniveau langfristig zu sichern“, begründet der Anlageexperte von PGIM Fixed Income. Denn die Signale stehen auf einem Ende der gegenwärtigen Hochzinspolitik; nicht nur in der Eurozone, sondern auch in den USA, wo fest mit einer Senkung der Leitzinsen von der gegenwärtigen Spanne von 5,25 bis 5,5 Prozent im Sep-

tember gerechnet wird. Obgleich Sussbauer davon ausgeht, dass die Inflationsrate auf beiden Seiten des Atlantiks längerfristig über dem Ziel der Zentralbanken von 2 Prozent verharren dürfte.

Bei Unternehmensanleihen tendiert dieser Anlageexperte zu Papieren mit hoher Bonität. „Grundsätzlich sollte hier auf defensive Sektoren gesetzt werden, etwa Energieversorger oder Telekommunikationsunternehmen“, sagt Sussbauer. Auch sollten sich die Anleger nur Anleihen großer Unternehmen ins Portfolio packen. Skeptischer ist er indes bei mittelständischen Emittenten, insbesondere Automobilzulieferern oder Unternehmen aus dem Immobilien- oder Baustoffsektor: „Gerade im Mittelstand häufen sich die Insolvenzen. Es gibt keinen Grund, für ein oder zwei Prozent Rendite mehr, Ausfallrisiken einzugehen.“

Optimistischer für hoch verzinsten Anleihen ist dagegen Cathy Braganza, Senior Portfolio Manager von Insight Investment. Sie sieht, dass derzeit viel Kapital in das Segment der Hochzinsanleihen fließt. Höhere Renditen, geringe Ausfälle und eine verbesserte Kreditqualität seien dabei die drei ausschlaggebenden Faktoren. Der Anteil von „CCC“-Schuldtiteln, also von Papieren niedrigster Bonität, im „High-Yield“-Universum sei so niedrig wie seit über zehn Jahren nicht mehr. Das durchschnittliche Rating für den europäischen High-Yield-Markt betrage nun „BB“, und der US-High-Yield-Markt werde im Durchschnitt mit „B+“ bewertet. „Dies ist das höchste Gesamtniveau der Kreditqualität bei Hochzinsanleihen seit über zehn Jahren“, argumentiert Braganza. Auch in diesem Segment setzt die Anlageexpertin auf kurze Laufzeiten, um einen guten Überblick auf die zu erwartende Geschäftsentwicklung bis zur Endfälligkeit zu haben. Risiken sieht Braganza eher außerhalb des Marktes im makroökonomischen Umfeld, etwa durch eine höhere Inflation oder einen deutlichen Anstieg des Ölpreises.

Wenn die Inflation in den USA andauere, könne der Ansatz einer kurzen Duration einen gewissen Schutz mit einer attraktiven Rendite bieten. Sollte sich die makroökonomische Entwicklung in Europa verlangsamen, geht Insight Investment davon aus, dass eine Konzentration auf besser vorhersehbare kurzfristige Cashflows von Unternehmen die Anleger vor unterdurchschnittlichen Kreditrisiken schützen würde. Diese größere Transparenz der Cashflows von Unternehmen könne dazu beitragen, das Kreditrisiko zu verringern und potentiell Schutz und Rendite zu bieten, sagt Braganza. ARCHIBALD PREUSCHAT



Währungen wie der thailändische Baht haben aufgewertet.

Foto Mauritz

ANZEIGE

ARETE ETHIK INVEST
Nachhaltigkeits-Fonds (ESG)
PRIME VAL Growth A € 150,82/143,63 -0,45
PRIME VAL IncomeA € 133,84/129,94 0,34

.Deka Investments
www.deka.de | Tel. 069 / 7147-652
DBA ausgewogen € 131,70/126,63 -0,23
DBA dynamisch € 121,04/116,38 -0,65

.Deka Intern. Kapitalanlagegesellschaft
APO High Yid Spez € 10076/9596 0,68
StSk. Dtl. Abs. Ret. € 114,07/108,64 -0,63

.Deka Intern. Kapitalanlagegesellschaft
APO High Yid Spez € 10076/9596 0,68
StSk. Dtl. Abs. Ret. € 114,07/108,64 -0,63

.Deka Intern. Kapitalanlagegesellschaft
APO High Yid Spez € 10076/9596 0,68
StSk. Dtl. Abs. Ret. € 114,07/108,64 -0,63

Union Investment
www.union-investment.de
Tel. 069 589 98-6060
PrivatFonds: Nächst € 55,17/55,17 -0,20
Unilnächh AKEv A € 74,38/70,84 1,50

Alle Leipziger Trust
Euro Short Term € 41,83/41,42 0,71
Aktien Deutschland € 128,52/122,40 -0,45
AL Trust Euro Relax € 52,02/50,50 0,62

AXXION
www.axxion.lu / info@axxion.lu
MAS Val-Priv Inv P € 348,45/331,86 -0,86
Mit Axx-Europa A € 341,55/325,29 -0,58

BNP PARIBAS ASSET MANAGEMENT
BNP Paribas Funds
Aqua € /221,24 -0,52
China Equity € /127,76 -0,88

ÖKOWORLD
www.oekoworld.de
Growing Mkts 2.0 € 257,84/245,56 -3,22
Klima € 112,59/107,23 -1,25

Table with 5 columns: Titel, ISIN, Preis, Performance in %, Lfd. Kosten %
Deka Deka GlobalControl LU0324236479 142,25 EUR -1,01 +4,95 +10,31 +8,09 +13,34

Alle dargestellten Investmentfonds sind Teilnehmer am Fonds Service, sortiert nach 3-Jahresperformance, berechnet nach BVI Methode. Laufende Kosten % = Anteil der Verwaltungskosten eines Fonds, hoher Prozentsatz = hoher Kostenanteil.

Table with 5 columns: Titel, ISIN, Preis, Performance in %, Lfd. Kosten %
Deka-Sachver. CF € 111,76/108,50 1,07
Deka-Sachver. TF € 105,33/105,33 1,05
DekaSpezial CF € 648,04/624,62 -1,35

Table with 2 columns: hausinvest, Value Fund A
hausinvest € 45,85/43,67 0,05
Value Fund A € 91,26/86,01 -0,08

.Deka Investments
www.deka.de | Tel. 069 / 7147-652
Deka Intern. (Lux.) (Deka-Gruppe)
1822 Str. Cha. Pl. € 150,09/144,32 -1,83

Table with 2 columns: DAVIS FUNDS SICAV, Value Fund A
Global A € 54,52/51,39 0,66
Value Fund A € 91,26/86,01 -0,08

Tägliche Veröffentlichung der Anteilspreise von Qualitätsfonds - mitgeteilt von Infront Financial Technology GmbH

Table with 2 columns: DWS Offene Immobilienfonds, Grundb. europa IC
grundb. europa IC € 39,52/37,64 -0,58
grundb. europa RC € 39,43/37,55 -0,61

Table with 2 columns: Fonds Direkt Sicav, Skyline Dynamik
Skyline Dynamik € 218,80/218,80 -3,68

GUINNESS GLOBAL INVESTORS
www.guinnessgl.com/de
Global Equity Inc € /17,92 -0,03
Global Innovators € /34,08 -3,82

www.hal-privatbank.com
ERBA Invest OP € 32,10/30,57 -1,45
HAL Europ. SmCap Eq € 164,02/155,21 -1,31

www.hwb-fonds.com | info@hwb-fonds.com
Tel +49 651 1704 301 | +352 48 30 48 30
HWB Alex Str. PfH R € 81,89/81,89 -0,13
HWB Alex Str. PfH V € 81,91/81,91 -0,13

www.dje.lu | info@dje.lu
Tel. 00352 2692520
DJE - Asien PAE € 165,44/157,56 -3,03
DJE - Concept PA € 136,94/130,42 0,07

IFM Independent Fund Management AG
ACATIS FV Akt. Gl. € 298,08/283,89 -1,82

IPConcept
www.ipconcept.com | Die Fonds-Designer
ME Fonds PERGAMONFE 995,79/948,37 -0,21
ME Fonds Special V € 3500/3334 -1,52

KanAm Grund
www.kanam-grund.de
info@kanam-grund.de | Tel. 069-7104110
Leading Cities € 90,79/86,06 -0,94

LRI Invest S.A.
NW Global Strategy € 121,37/121,37 -2,09

MEAG
www.meag.com
privatanleger@meag.com
Dividende A € 68,64/65,37 -0,99
ERGO Vermö. Ausgew. € 59,67/57,10 -0,66

Metzler Asset Management GmbH
RWS-Aktien Nachh € 110,26/105,01 -4,43
ODDO BHF Asset Management
Exik-PolarisBal DRw € 92,91/90,20 0,20

NOBIS
LiLux Convert € 265,29/257,56 1,09
LiLux-Rent € 243,11/236,03 0,95

ODDO BHF Asset Management
Basis-Fonds I Nächst € 145,80/145,80 0,58
Substanz-Fonds € 1366/1326 0,83

UBS Funds Services Lux S.A.
UBS (L) EM Eq P AA \$* /132,41 1,28
UBS (L) EM Eq P XA \$* /141,43 1,30

Union Investment
www.union-investment.de
Tel. 069 589 98-6060
PrivFidKontr. € 132,20/132,20 -0,50
PrivFidKontr.pro € 180,15/180,15 -1,03

W&W Asset Management Dublin
SouthEast Asian Eq € /141,10 -3,08

Luxembourg Placement Funds
Solitär € 2387/2387 0,52
Solitär II € 1644/1644 0,65

Union Investment Luxembourg
PrivFidKonseq.pro € 108,78/108,78 -0,20
UniaAsia Pac.net € 142,76/142,76 -1,23

Metzler Asset Management GmbH
RWS-ERTRAG A € 16,30/15,83 -0,57

Union Investment Real Estate
Unimmo.Dt. € 100,35/95,57 0,29
Unimmo.Europa € 57,07/54,35 0,04

Universal Investment
Degussa Univ.Rent € 54,70/53,63 -0,78

Universal-Investment-Luxembourg S.A.
CondorBalance-UI € 104,81/99,82 -0,79
CondorChance-UI € 110,20/104,95 -3,88

W&W Asset Management Dublin
SouthEast Asian Eq € /141,10 -3,08

Luxembourg Placement Funds
Solitär € 2387/2387 0,52
Solitär II € 1644/1644 0,65

Union Investment Luxembourg
PrivFidKonseq.pro € 108,78/108,78 -0,20
UniaAsia Pac.net € 142,76/142,76 -1,23

Metzler Asset Management GmbH
RWS-ERTRAG A € 16,30/15,83 -0,57

Union Investment Real Estate
Unimmo.Dt. € 100,35/95,57 0,29
Unimmo.Europa € 57,07/54,35 0,04

Universal Investment
Degussa Univ.Rent € 54,70/53,63 -0,78

Frankfurter Allgemeine Buch
Arbeitgeber-Attraktivität erhöhen
Der demografische Wandel ist allgegenwärtig. Arbeitgeber-Attraktivität wird zu der zentralen Erfolgsvoraussetzung für Organisationen. Sie setzt gute Führung voraus. Beide sind untrennbar miteinander verbunden.
Cornelius Riese
Arbeitgeber-Attraktivität und Führung
Ein Impulsgeber
Frankfurter Allgemeine Buch
www.fazbuch.de - 0711-7899 2044
faz@zeitfracht.de



Streben nach Perfektion: Designer, Ingenieure, Elektriker, Bootsbauer und Hydrauliker gehen beim „Boat One“ bis an die Grenzen des Möglichen.

Foto Picture Alliance

Der Flug ins Ungewisse führt mit 70 Kilometern in der Stunde weniger als einen Meter direkt über die Wasseroberfläche. Fast lautlos rast die 21 Meter lange und auf den Namen „Boat One“ getaufte Yacht vorbei – getragen vom Wind und den mit wenigen Quadratzentimetern Kontakt zum Meer haltenden tragflächenähnlichen Foils. Trotz der Geschwindigkeit von 38 Knoten ist nicht viel mehr als ein leises Pfeifen und Plätschern zu hören. Die Jagd nach dem Wind sowie einige Erkenntnisse hat das Team Alinghi/Red Bull in dieser Trainingseinheit gewonnen – doch die Unsicherheit bei den Schweizern ist groß wie nie. Ausgerechnet jetzt.

An diesem Donnerstag beginnt vor der Küste von Barcelona die dritte und letzte Vorrunde zum America's Cup – dem ältesten und prestigeträchtigsten Segelwettbewerb der Welt. Zum ersten und einzigen Mal werden der Titelverteidiger – das Emirates Team New Zealand – sowie alle fünf Herausforderer aus Großbritannien, Italien, den Vereinigten Staaten, Frankreich und eben der Schweiz mit ihren für die 37. Cup-Auflage gebauten AC75-Yachten gegeneinander antreten. Die vier Tage dauernde Generalprobe für die eine Woche später startende Vorrunde zum America's Cup ist für die Teams der absolute Härtestest und soll nach Monaten des Testens erstmals ein genaues Bild liefern, welcher Herausforderer am ehesten geeignet ist. Mitte Oktober den zuletzt zweimal in Folge siegreichen Neuseeländern um die Segel-Stars Peter Burling, Blair Tuke und Nathan Outteridge die abermalige Cup-Verteidigung streitig zu machen.

Auch wenn die großen Performance-Geheimnisse wohl noch nicht während der Vorrunde gelüftet werden, ist vor allem beim Team die Vorfreude gehöriger Nervosität gewichen. Bereits vor zwei Monaten musste die Truppe des Schweizer Milliardärs Ernesto Bertarelli einen Mastbruch bei „Boat One“ im Training verkraften und reparieren. Nun geschah das Malheur am Dienstag zum zweiten Mal – und das bei eher milden Bedingungen. In einer Stellungnahme versicherte das Team, dass alle Crew-Mitglieder unversehr geblieben

Die Jagd nach dem Wind

Auf der Suche nach der perfekten Performance: Die letzte Generalprobe vor der Vorrunde zum America's Cup ist für die Teams der absolute Härtestest – und zeigt, wer wo steht.

Von Sebastian Reuter, Barcelona

seien und sich „voll und ganz“ auf die anstehenden Rennen konzentrieren. Eine genaue Untersuchung des Vorfalles werde es „zu gegebener Zeit“ geben.

Denn 21 und 17 Jahre nach den ersten und bislang einzigen Cup-Siegen einer europäischen Segel- sowie 14 Jahre nach der letzten Teilnahme will Alinghi eigentlich mehr als nur den bleibenden Eindruck eines technisch womöglich nicht ganz zuverlässigen Teams hinterlassen. „Wir werden gewinnen“, sagte Bertarelli siegesicher bereits im Frühjahr der „Neuen Zürcher Zeitung“. Und auch Nils Frei, der bei den Alinghi-Siegen 2003 und 2007 mit an Bord war und nun im Trainerstab arbeitet, sagte vor dem zweiten Mastbruch zur F.A.Z.: „Unsere Chancen stehen nicht schlechter als bei den übrigen Teams.“

Wie die Konkurrenz überlassen auch die Schweizer bei der Vorbereitung für den Kampf um die berühmteste Silberkanne der Sportgeschichte – dem „Auld Mug“ genannten 67 Zentimeter hohen Siegerpokal – so gut wie nichts dem Zufall und haben mehr als 100 Millionen Euro in ihre Kampagne für das erst vierte Gastspiel des

America's Cup an einer europäischen Küste in dessen 173-jähriger Historie gesteckt. Schon vor mehr als zwei Jahren hat die Alinghi-Crew im Hafen von Barcelona ein altes Multiplex-Kino umgebaut und zu ihrer Teambasis gemacht. In dem Komplex sind neben Büros und Rückzugsmöglichkeiten für die Segler auch ein Fitnessstudio, eine Lounge samt Aussichtsterrasse sowie drei Werkstatthallen für Bootsrumpf, Mast und Technik untergebracht. Etwa 60.000 Stunden Arbeit haben Designer, Ingenieure, Elektriker, Bootsbauer und Hydrauliker in Entwicklung und Bau der Alinghi-Yacht gesteckt und in Aerodynamik-Fragen eng mit dem Formel-1-Team von Red Bull zusammengearbeitet. „Es ist ein großes Spiel, das natürlich unfassbar viel Geld kostet. Alle Teams machen ein riesiges Geheimnis um ihr Boot. Aber dieses Streben nach absoluter Perfektion ist das, was den Cup ausmacht“, sagt Ties Rabe. Der gebürtige Ostwestfale gehört als erfahrener Bootsbauer zur Ingenieure-Crew bei Alinghi und hat in den vergangenen Jahren bereits für verschiedene Regatta-Kampagnen gearbeitet.

Über Monate hinweg wurde auch die im Vergleich zur Konkurrenz eher junge und unerfahrene Segel-Crew um Skipper Arnaud Psarofaghis gesteckt und mit ihr in unzähligen Sitzungen über die Besonderheiten des Segelreviers vor Barcelona sowie die Kommunikation an Bord gesprochen. „Es war einer der härtesten Jobs den besten Weg für präzise und kurze Ansagen zu finden. Alle Entscheidungen müssen in Sekundenschnelle gefällt werden und niemand darf den Fokus verlieren“, sagt Bryan Mettraux, der als Trimmer gemeinsam mit Steuermann, Taktiker und Flight-Controller zur vierköpfigen Steuergruppe an Bord gehört, die Kurs und Einstellung der Yacht bestimmt. Die ebenso große und aus Rudern, Radfahrern und Leichtathleten bestehende Powergruppe ist für die Kräfteerzeugung an Bord zuständig, damit die hydraulischen Systeme zur Steuerung und Trimmung genutzt werden können.

Experten zufolge hat „Boat One“ neben der Yacht des amerikanischen Team Magic das aggressivste Design. Während die Powergruppe der Amerikaner beispielsweise die notwendige Energie für die Hydraulik im Liegen in die Pedalen tretend generiert und so den Rumpf der Yacht für eine bessere Aerodynamik deutlich flacher gestalten konnte, setzt das Alinghi-Team auf einen scharf geschnittenen Rumpf und ein breites Deck, was eigentlich für Vorteile zu Beginn und Ende der bereits bei einer Windgeschwindigkeit von sechs Knoten möglichen Flugphase mithilfe der Foils sorgen soll. Ob das am Computer, im Windkanal und im Training auf dem Wasser erprobte Yacht-Design auch unter Wettkampfbedingungen so den Erfolg führt, wird sich allerdings erst in den nächsten Tagen zeigen – nachdem zumindest die Mast-Stabilität nun bereits zum zweiten Mal im Training versagt hat. Bootsbauer Rabe lässt sich die Zuversicht jedoch nicht nehmen und vertraut auf die Fähigkeiten seiner Ingenieure-Crew: „Wenn du siehst, wie die Boote über das Wasser fliegen und es perfekt aussieht, das ist einfach das Größte. Aber klar: Kriegen wir gleich zu Anfang des Cups nochmal einen drauf, wird das mit radikalen Änderungen natürlich eng – und wir segeln nur hinterher.“

Beach bis zum Abwinken

Tillmann/Müller im Flow nach Olympia und EM

FRANKFURT. „Fokus behalten“ war das Motto von Beachvolleyball-Spielerin Cinja Tillmann nach ihrer Rückkehr von den Olympischen Spielen, wo sie gemeinsam mit Svenja Müller knapp den Einzug ins Viertelfinale verpasste: „Olympia ist für uns vorbei, heißt aber nicht, dass wir runterfahren können.“ Denn danach stand und steht ein strammes Programm für das Duo an.

Zum Beispiel beim anstehenden Elite-16-Turnier in Hamburg. Die Hansestadt hat zwar keinen Eiffelturm, aber den Boomsport der Olympischen Spiele kann auch sie anbieten. Beachvolleyball, in Paris wunderbar präsentiert, bleibt präsent – und sogar fürs Laufpublikum erschwinglich: Im Tennisstadion am Rothenbaum werden die günstigsten Tickets für zehn Euro angeboten – kein Vergleich mit den Pariser Preisen, bei denen Beachvolleyball dem Luxussegment der nahen Champs Élysées zugeordnet schien.

Die Protagonisten im Sand sind weitgehend die gleichen: Aus deutscher Sicht stechen die Olympia-Zweiten Clemens Wickler und Nils Ehlers heraus, zudem Beachvolleyball-Ikone Laura Ludwig an der Seite von Louisa Lippmann – beim letzten internationalen Turnier ihrer Karriere. „Wir wollen noch einmal versuchen, Feuer aufs Feld zu kriegen“, kündigte die Achtunddreißigjährige an – „und nicht dumm rumstehen“, wie sie im typisch schnoddrigen Laura-Ludwig-Duktus mitteilte. Und natürlich die aktuellen Europameisterinnen Svenja Müller und Cinja Tillmann.

Kaum aus Paris heimgekommen, hielt das Underdog-Duo, das schon bei der WM 2022 überraschend Bronze gewonnen hatte, den Erwartungen stand. Nachdem Tillmann/Müller in Paris noch an Tina Graudina und Anastasija Samoiloვა gescheitert waren, schafften sie in den Niederlanden die Revanche, bezwangen die Lettinnen im Viertelfinale mit 2:1. „Keep Going ist das Motto“, teilte die gewohnt kämpferische Cinja Tillmann danach mit. Anderntags gewannen die 33 Jahre alte Sandwüherin und ihre zehn Jahre jüngere Netzpartnerin durch zwei 2:0-Siege gegen Esmée Böbner und Zoé Vergé-Dépré (Schweiz) sowie Marta Menegatti und Valentina Gottardi (Italien) unerwartet den EM-Titel. „Was soll ich sagen:

Wir sind Europameisterinnen“, postete Tillmann. Um dann das Dilemma dieser Tage dranzuhängen: „Nach dem Turnier ist vor dem Turnier. So richtig Zeit für Feierlichkeiten ist nicht, denn der nächste Wettkampf steht bevor.“

Warum nur eine knappe Woche nach der EM abermals ein großes Turnier ansteht, das die Spielerinnen abermals maximal fordert – und dem sich gerade die deutschen Teams wegen des Heimspielcharakters nicht entziehen können –, liegt an den komplizierten Ausrichtungsbedingungen innerhalb des Beachvolleyball-Sports: Die Elite-16-Turniere werden vom Weltverband (FIVB) ausgerichtet, die Europameisterschaft dagegen vom europäischen Verband (CEV) – und beide wollten von ihren Wunschterminen kurz nach dem Olympia-Termin, der längst bekannt war, nicht abrücken. Doch damit nicht genug: Um den kurzen Sommer möglichst auszukosten, werden am letzten Augustwochenende noch die Deutschen Meisterschaften am Timmendorfer Strand angehängt.

„Aus Sicht der Athleten ist diese Fülle an Terminen absolut fordernd“, sagt Julius Brink, früher selbst Weltklasse-Beachvolleyballer und mittlerweile Vizepräsident des Deutschen Volleyball-Verbandes (DVV): „Sechs Wochen am Stück Turniere zu spielen ist schon happig.“ Zumal dann, wenn der absolute Höhepunkt – die Olympischen Spiele – am Anfang des Turnier-Reigens steht.

Andererseits müsste man die Feiertage einer kleinen Sportart eben nehmen, wie sie kommen – gerade in einer Disziplin wie Beachvolleyball, die unabhängig vom olympischen Glanz des Eiffelturms spätestens mit den ersten Herbststürmen wieder in ihre übliche Lage am Rande der öffentlichen Aufmerksamkeit weggeblasen wird.

Somit ist die Motivation für Hamburg noch mal groß – auch wenn es dort am Wochenende nicht um Gold oder Silber geht, dafür aber um vergleichsweise viel Geld. Jeweils 150.000 Euro werden beim Turnier der Frauen und Herren ausgeschüttet – eine Summe, für die es sich lohnt, noch die Sportsachen aus dem Koffer zu holen. Oder wie es Cinja Tillmann formulierte: „Bei unserem Heimturnier wollen wir natürlich unser Bestes geben.“

ACHIM DREIS

90 Russen bei Paralympics dabei

Para-Athleten treten unter neutraler Flagge an

adav. FRANKFURT. Russland wird für die am 28. August beginnenden Paralympics insgesamt 90 Athletinnen und Athleten nach Paris entsenden. Das bestätigte der Präsident des Russischen Paralympischen Komitees (ROK), Pawel Roschkow, gegenüber der russischen Nachrichtenagentur Tass. „Unser Personal wurde von allen Abteilungen des Internationalen Paralympischen Komitees überprüft: Die Überprüfung der Neutralität, der Qualifikation und das letzte Problem war die Überprüfung durch die französischen Sicherheitsdienste“, sagte Roschkow. Im September vergangenen Jahres hatte das Internationale Olympische Komitee beschlossen, die Mitgliedschaft des ROK auszusetzen aufgrund der russischen Invasion in die Ukraine. Dessen ungeachtet dürfen Russlands Para-Athleten unter neutraler Flagge in Paris antreten – je-

doch nicht an der Eröffnungs- oder Abschlussfeier teilnehmen. Sportler und Betreuer, die den Ukrainekrieg aktiv unterstützt haben oder beim russischen Militär oder den nationalen Sicherheitsbehörden unter Vertrag stehen, sind hingegen komplett von den Spielen ausgeschlossen.

An den Spielen in Tokio 2021 hatten 246 Para-Athleten teilgenommen, die offiziell das Russische Paralympische Komitee vertraten und damals 118 Medaillen gewinnen konnten. An den Sommerspielen der Sportler ohne Einschränkungen in Paris, die vor zehn Tagen zu Ende gingen, hatten nur eine Hand voll Russen teilnehmen dürfen. Die Ukraine wird zu den Paralympics 140 Athletinnen und Athleten schicken, die in 17 der insgesamt 22 Disziplinen starten sollen. Es ist die größte Paralympics-Mannschaft in der Geschichte der Ukraine.

In Kürze

Satou glänzt, Nyara siegt

Satou Sabally hat in der US-Profiliga WNBA stark aufgespielt, im ersten „Sister Act“ der laufenden Saison gegen ihre jüngere Schwester Nyara auf dem Basketballparkett aber klar den Kürzeren gezogen. In ihrem zweiten Saison Einsatz unterlag die 26-Jährige mit den Dallas Wings 74:94 bei New York Liberty. sid

Boniface gesperrt

Stürmer Victor Boniface vom Fußball-Bundesligaklub Bayer Leverkusen ist nach seiner Entleistung im Supercup gegen den VfB Stuttgart für ein Spiel im DFB-Pokal gesperrt worden. Das entschied das Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes am Mittwoch. Der 23-Jährige hatte VfB-Spielern den ausgestreckten linken Mittelfinger gezeigt, eine „krass sportwidriges Verhalten“, wie das Sportgericht befand. Dazu muss Boniface eine Strafe in Höhe von 25.000 Euro zahlen. dpa

Milan gewinnt Prolog

Radprofi Jonathan Milan hat den Auftakt der 39. Deutschland Tour gewonnen. Der Italiener bewältigte den 2,9 Kilometer langen Prolog rund um Schweinfurt als Schnellster vor dem Dänen Mads Pedersen und dem Niederländer Maikel Zijlaard. dpa

Nach (un)wahren Begebenheiten

Sein Leben war Stoff für einen Oscarerfolg, jetzt wehrt sich der ehemalige NFL-Profi Michael Oher. Haben seine Pflegeeltern ihn getäuscht?

NEW YORK. Es handelte sich angeblich um eine wahre Geschichte, die im Frühjahr 2010 mit einem Oscar für die beste Hauptdarstellerin ausgezeichnet wurde. Mit ihrer Parforceleistung hatte Sandra Bullock das Musterexemplar einer selbstbewussten und ambitionierten weißen Amerikanerin auf die Leinwand gebracht, der man alles zutraut. Auch ein Mutter-Teresa-artiges Engagement, mit dem sie einem sportlich begabten schwarzen Teenager ein Dach über den Kopf gegeben und sogar ein Auto gekauft hatte. Und dass sie ihre Energie darauf verwendet hatte, ihm – dem Sohn einer drogenabhängigen Mutter, der als Pflegekind herumgereicht worden war – den Weg für eine vielversprechende Football-Karriere zu bahnen.

Manches an der Geschichte ist tatsächlich wahr, hat Michael Oher gesagt, inzwischen 38 Jahre alt, und seit 2016 nach acht Profi-Jahren als Offensive Lineman in der National Football League (NFL) bei den Baltimore Ravens, Tennessee Titans und Carolina Panthers nicht mehr aktiv. Vor allem die Details über die konkrete Unterstützung in der Zeit, ehe er mit Hilfe eines Stipendiums von seinem Heimatort Memphis an die University of Mississippi wechselte. Einiges jedoch nicht. Und das hat mit „Blind Side“ zu tun, jenem Erfolgsfilm, der unter ande-

rem dank Bullocks schauspielerischer Leistung ein Publikumserfolg wurde und weltweit mehr als 300 Millionen Dollar (rund 270 Millionen Euro) einspielte.

Der Streifen beruht auf dem gleichnamigen, 2006 erschienenen Sachbuch von Michael Lewis und überzeichnet den knapp zwei Meter großen Sportler als tumben, sanften Riesen mit null Ausstrahlung. Eine Darstellung, in der sich Oher nicht wiedererkannnte, aber gegen die er jahrelang nichts unternahm. Seine erste Reaktion war vielmehr: „Es wirkte witzig, so als wäre es eine Komödie über jemand anderen.“

Er brauchte einige Jahre, um zu erkennen, wie ihm diese Karikatur geschadet hatte. „Die Leute in der NFL haben sich gefragt, ob ich überhaupt ein Playbook lesen kann“, jene dicke Schwarte mit allen vom Trainerstab bis ins Detail durchgeplanten Spielzügen.

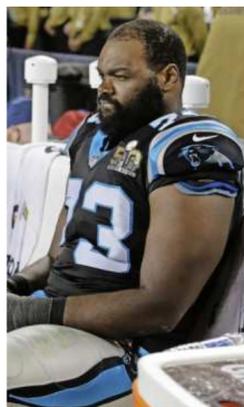
Umso überraschter waren die beiden Samariter Leigh Anne und Sean Tuohy, gläubige evangelikale Christen, wohlhabend und in der Upper Class von Memphis bestens vernetzt, als ihnen vor einem Jahr eine Zivilklage ins Haus flatterte. Oher hatte Anwälte konsultiert und wollte endlich jene Betreuungsvollmacht für nichtig erklären lassen, mit der er Jahre zuvor den Tuohys allzu naiv gestattet hatte, in seinem Namen geschäftlich aktiv zu werden.

Der ehemalige Football-Profi, inzwischen verheiratet und Vater von fünf Kindern, hatte im September keine Mühe, das Gericht davon zu überzeugen, dass die Tuohys ihn getäuscht hatten, als sie ihn nicht, wie von ihnen zugesichert, adoptiert und zum vollwertigen Familienmitglied

gemacht hatten. Doch mit dieser Maßnahme war er noch nicht zufrieden. Denn seine Anwälte schätzten, dass das Ehepaar bei der Auswertung der Persönlichkeitsrechte ihres Mandanten im Laufe der Jahre acht Millionen Dollar (rund sieben Millionen Euro) für sich selbst abzwacken konnte. Und dass er nur einen kleinen Betrag bekam. Der Rechtsstreit geht deshalb weiter. Anfang Oktober ist der nächste Termin.

Oher sagt, dass er, der in seiner NFL-Karriere 35 Millionen Dollar (rund 31 Millionen Euro) brutto verdient hatte, es nicht aufs Geld abgesehen hat. Gewiss: Er fühlt sich ausgebeutet. Aber noch mehr geht es ihm um seine Reputation. Der Film habe den Eindruck erzeugt, er sei geistig minderbemittelt. Den Eindruck möchte er gerne tilgen.

Nicht direkt von diesem Zerwürfnis betroffen ist Michael Lewis. Der Autor von Bestsellern über die Gier von Wall-Street-Finanzjongleuren („Liar's Poker“ und „The Big Short“), den Wert ausgetüftelter mathematischer Analyse bei der Bewertung von Baseball-Profis („Moneyball“) oder über den unlängst verurteilten Krypto-Betrüger Sam Bankman-Fried hatte über die Geschichte von seinem alten Freund Sean Tuohy erfahren. Er sah sie als ideales Belegstück für ein Buch über eine Facette von Amerikas populärster Mannschaftssportart: dass in der NFL große Ko-



Michael Oher

Foto Picture Alliance

JÜRGEN KALWA

„Krieg“ bei der TSG

Klub befürchtet wegen Ultras Spielabbruch

SINSHEIM. Als Anhänger der TSG 1899 Hoffenheim nach dem Vereinsbeben in der Sommerpause erstmals ihren Unmut kund taten, folgte der Spott aus anderen Fußballlagern prompt: „Hoffenheim hat eine Fanszene?“ Der Protest gegen Mäzen Dietmar Hopp und den Klub kommt vor dessen 17. Bundesliga-Saison plötzlich aus den eigenen Reihen. Im ersten Heimspiel gegen Holstein Kiel am Samstag (15.30 Uhr/Sky) ist die Situation nach Klubangaben „eskaliert“. Die Verantwortlichen fürchten sogar, dass ein Kern von 20 bis 40 Ultras mit Hassplakaten einen Spielabbruch provozieren könnte.

Nach der Trennung von der operativen Geschäftsführung um den langjährigen Manager Alexander Rosen haben zwei Fan-Gruppierungen ihrer TSG „den Krieg erklärt“, so gibt der Verein deren Wortwahl wider. Beim ersten Heimspiel rechnet der Verein mit weiteren Protestaktionen aufgebracht Anhängern.

Man wolle keine Meinung unterdrücken, erklärte der Klub, aber: „Wir wollen nicht, dass Dietmar Hopp aus seinem eigenen Stadion gemobbt wird.“ Das Ziel sei weiter, die Fans zu Gesprächen an einen Tisch zu bekommen, nachdem diese die Kommunikation zur TSG komplett eingestellt haben. Als erste Maßnahme lässt Hoffenheim das Fanlager im Stadion von Sinsheim räumen, weil gerade dort diffamierende Banner erstellt werden könnten.

Anhänger hatten in den vergangenen Monaten schon mehrfach auf Transparenten angegründet, dass die Spielerberater-Agentur Rogon zu viel Einfluss im Verein habe. Namentlich geht es gegen deren Mitbegründer Roger Wittmann, dem ein enges Verhältnis zu Hopp nachgesagt wird. Doch das ist inzwischen ein Randaspekt. Im Juli hatte die TSG unter Simone Engelhardt, die als Interimspräsidentin des eingetragenen Vereins den Mehrheitsgesellschafter vertritt, zu einem Rundumschlag ausgeholt. Die Hoffenheimer trennten sich nicht nur von Rosen – von den einst vier Geschäftsführern blieb nur der neu gekommene Jurist Markus Schütz auf seinem Posten. Aus dem operativen Geschäft bei den Kraichgauern verabschiedete sich auch Pirmin Schwieger als Leiter Profifußball. Danach wurden rund um die Arena in Sinsheim und das Trainingszentrum in Zuzenhausen von Anhängern Transparente mit harscher Kritik an den Verantwortlichen befestigt. „125 Jahre TSG – Aufgebaut und zerstört – danke für Nichts!“, hieß es auf einem Plakat. Auf einem weiteren wurde Mäzen Hopp sogar persönlich attackiert: „Wir Fans sind der Verein. Hopp verpiss Dich!“

Der 84 Jahre alte Milliardär und SAP-Mitbegründer hat sich selbst bisher nicht zu den ganzen Vorkommnissen geäußert. Sein Einfluss auch als Gesellschafter in der Spielbetriebs-GmbH gilt weiterhin als groß. dpa



Anfang, Höhepunkt, Ende: Manuel Neuer (oben) als junger Nationaltorwart 2010, als Weltmeister (lks.) und während der EM in diesem Jahr, seines letzten Turniers als erster Keeper der DFB-Auswahl.

Fotos Picture Alliance, Imago (2)



Rückzug des letzten Weltmeisters

Manuel Neuer, der wie kein anderer das Torwartspiel in der Geschichte des Fußballs entwickelt hat, sagt der Nationalmannschaft Ade.

Von Tobias Rabe, Frankfurt

Ein Satz in der Abschiedserklärung, die Manuel Neuer am Mittwoch veröffentlichte, fällt auf: „Jeder, der mich kennt, weiß, dass ich mir diese Entscheidung nicht leicht gemacht habe“, schrieb er. Wie wahr. Noch nach dem Ausscheiden im Viertelfinale gegen Spanien bei der Europameisterschaft im eigenen Land war sich der 38 Jahre alte Torwart nicht sicher, ob es nicht doch weitergehen könnte für ihn in der Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes (DFB).

Als Neuer sich am 5. Juli aus dem Stuttgarter Stadion verabschiedete, sagte er, dass er sich Gedanken machen werde, und hinterließ einen kryptischen Satz: „Das heißt nicht heute oder morgen, das kann ein halbes Jahr oder länger dauern.“ Ein halbes Jahr? Oder noch länger? Dann hätte eine Nations-League-Saison mit sechs Länderspielen hinter der Nationalmannschaft gelegen. Beim Abgang warf Neuer noch das Beispiel Toni Kroos in den Raum, der nach einer Pause zurückgekehrt war.

Nun hat es „nur“ sieben Wochen gedauert, bis der Torhüter – eine Woche vor der Kadernominierung für die Partien gegen Ungarn am 7. September und in den Niederlanden drei Tage später – die Entscheidung getroffen hat, mit der nicht alle gerechnet haben: Am Morgen, so teilte sein Management mit, habe Neuer erst Bundestrainer Julian Nagelsmann informiert, dann die Öffentlichkeit, als er in den sozialen Medien schrieb: „Nach über 15 Jahren und 124 Länderspielen endet mit dem

heutigen Tag meine Karriere in der deutschen Fußballnationalmannschaft.“

Es ist eine Karriere, die ihresgleichen sucht und die auch nicht vorbei ist. Denn Neuer bleibt dem FC Bayern erhalten. Sein Vertrag in München läuft bis Juli 2025, eine Fortsetzung darüber hinaus ist nicht auszuschließen. Denn er teilte mit: „Ich fühle mich körperlich sehr gut.“ Selbstredend ist das nicht beim Blick in Neuers gut gefüllte Krankenakte. Kurz nach dem Aus bei der WM 2022 in Qatar erlitt er beim Skifahren einen komplizierten Beinbruch. Doch Neuer kämpfte sich nicht nur zurück auf den Rasen, sondern auch ins Tor bei der EM.

Mehr als 15 Jahre nach seinem Debüt 2009 im DFB-Team beendete der Kopfballtreffer des Spaniers Mikel Merino eine Ära, in der Neuer den höchsten Gipfel erklomm: Die WM 2014 in Brasilien bleibt unvergessen, weil Deutschland den Titel gewann – und weil Neuer das Torwartspiel vor den Augen der Welt auf ein neues Niveau hob. Endgültig vorbei waren die Zeiten der reinen Handarbeit für Torhüter. Neuer war fortan „Manu, der Libero“, der den Ball auch

mit den Füßen im Griff hatte und manchen Feldspieler alt aussehen ließ.

Mit seinen Paraden, mit seinen Rettungstaten, mit seiner Spieleröffnung und mit seiner Ausstrahlung sei Neuer für die Nationalmannschaft, sagte Nagelsmann, „über fast eineinhalb Dekaden mehr als nur ein Rückhalt“ gewesen. Kein deutscher Torwart absolvierte mehr Länderspiele. Neuers Abschied sei ein Verlust – sportlich und menschlich: „Manu hat das Torwartspiel geprägt wie kein anderer in der Geschichte des Fußballs“, sagte der Bundestrainer.

Die Basis legte er in seiner Heimatstadt Gelsenkirchen bei Schalke 04, den er 2011 verließ, um beim FC Bayern zu erreichen. Trotz anfänglicher Proteste von Fans, die ihn in München mit „Koan Neuer“-Plakaten empfingen, gelang dies: zwei Champions-League-Titel, zwei Pokale als Klub-Weltmeister, dazu elfmal deutscher Meister und sechsmal DFB-Pokalsieger sind eine imposante Trophäensammlung, zu der Neuer mit herausragenden Leistungen maßgeblich beitrug. Unfehlbar, natürlich, war auch

er nicht. Beim WM-Aus nach der Vorrunde 2018 in Russland wie viereinhalb Jahre später in Qatar überragte er nicht, auch kurz vor der Heim-EM lösten Fehler in den Testspielen eine Debatte darüber aus, ob Neuer noch die richtige Nummer eins sei. Kurz zuvor hatte er, nach unbekanntem Weltklasse-Paraden, auch beim Champions-League-Aus des FC Bayern gegen Real Madrid und in der Bundesliga Fehler erkennen lassen. Doch der Bundestrainer ließ keine Zweifel an Neuers Status aufkommen, im Nachhinein zu Recht, denn beim Turnier hielt Neuer gut.

Während Nagelsmann nach dem Ende der DFB-Karrieren von Toni Kroos, Thomas Müller und İlkay Gündoğan einen größeren Umbau seiner Mannschaft bevärgen muss als erhofft, steht ein nahezu ebenbürtiger Nachfolger Neuers im Tor der Nationalmannschaft seit mehr als zehn Jahren parat. Marc-André ter Stegen, inzwischen 32 Jahre alt und in Neuers Verletzungsphasen zu 40 Länderspielen gekommen, wird zur neuen Nummer eins werden. Hinter ter Stegen wiederum wartet Alexander Nübel, 27 Jahre alt, der die EM-Vorbereitung mitmachte, vor dem Turnier aber trotz der anderslautenden Planung Nagelsmanns kurzfristig gestrichen worden war. Nübel wiederum, derzeit an den VfB Stuttgart verliehen, soll Neuer eines Tages beim FC Bayern beerben. Dass dieser Tag noch in einiger Ferne liegen kann, hat der Abschied des letzten Weltmeisters von 2014 aus dem DFB-Team gezeigt.

Das böse Wort „Doping“

Die Bekanntmachung des Dopingverfahrens gegen Jannik Sinner hält die Tenniswelt in Atem. Sein Trainer versucht, aufzuklären. Doch viele Fragen bleiben offen. Warum wurde der Fall erst jetzt publik?

Darren Cahill, der Trainer von Jannik Sinner, ist ein erfahrener und viel umwordener „Player“ im Tennis-Zirkus. Viele sagen, er sei der Beste seiner Zunft. Der Australier betreute früher Andre Agassi, er lehnte einst ein Angebot ab, Roger Federer zu coachen. Cahill war auch schon an der Seite der rumänischen Top-Spielerin Simona Halep. Seit 2022 reist er nun mit Sinner um die Welt. Der dreiundzwanzigjährige Südtiroler ist unter Cahill zur Nummer eins im Herrentennis aufgestiegen. In wenigen Tagen wird Sinner bei den US Open versuchen, seinen zweiten Grand-Slam-Titel des Jahres zu gewinnen. Die meisten Spieler sind bereits in New York. Auch Cahill ist schon da. Am Dienstag saß er im Open-Air-Studio des amerikanischen Sport-TV-Riesen ESPN auf der Anlage der US Open. Die Reporterin bat ihn, aufzuklären, was eigentlich passiert sei im März, als Sinner während des Turniers in Indian Wells und acht Tage später abermals positiv auf das verbotene Steroid Clostebol getestet wurde. Cahill wirkte angespannt, nervös, ja, auch ein bisschen unsicher. Er musste nun versuchen, das zu erklären, was seit Dienstag dieser Woche im Raum steht und über das die Tenniswelt immer lauter spricht.

Sinner ist mit der Erklärung der ITIA (International Tennis Integrity Agency) von „jeglichem Fehlverhalten“ freigesprochen worden. Er ist das neue Gesicht des Tennis, die Nummer eins. Nur wenige Stunden nachdem der Italiener am Montag noch das Masters-Turnier von Cincinnati gewinnen konnte, steht wie aus dem Nichts das Wort „Doping“ überall neben seinem Namen. Und man ahnt es schon: Es wird so schnell nicht wieder verschwinden.

Cahill nahm einen langen Atemzug vor seiner Antwort. Er klärte sachlich auf: Sinners Physiotherapeut Giacomo Naldi habe sich beim Fassen in seine Behandlungstasche am Finger geschnitten. Sinner, der dabei war, habe noch gefragt, wie er die Wunde behandeln würde und dass er, Naldi, aufpassen müsse mit verbotenen Substanzen. Der Physio habe beschwichtigt und offen und transparent dem ganzen Team mitgeteilt, dass er die Wunde mit einem in Italien frei erhältlichen Spray behandeln würde. Im italienischen Sport gab es wiederholt Fälle von Doping im Zusammenhang mit diesem Spray, weil es verbotene anabole Steroide in sich trägt. Es sei nun, sagt Cahill, bei den



Unappetitliche Fragen: Wird sich Jannik Sinner bei den US Open auf den Sport konzentrieren können?

täglichen Massagen und Behandlungen von Sinner zur Übertragung der Stoffe von Nardis verletzten Finger „in das System von Jannik“ gekommen. „Wir wissen aber noch nicht wie.“ Die positiven Dopingproben wurden am 10. März während des Masters-Turniers entnommen, bei dem Sinner das Halbfinale erreicht hatte, sowie acht Tage nach dem Event in der kalifornischen Wüste. Der Dreiundzwanzigjährige wurde daraufhin von der ITIA vorläufig suspendiert, konnte jedoch erfolgreich Berufung

einlegen und schnell weiter an Turnieren teilnehmen.

„Der Grund, warum er nach der kurzen Sperre weiterspielen konnte, liegt darin, dass man genau nachvollziehen konnte, wo der Vorfall stattfand und was mit dem Spray passiert ist“, erklärte Cahill bei ESPN. Die Sperren traten nach seinem Sieg bei den Miami Open Ende März und zu Beginn des Madrid Masters im Mai ein. Sinner kam beim spanischen Sandplatzklassiker bis ins Viertelfinale. Die Sperre war als vor Beginn aufgehoben worden.

Es gab für Sinner dann nur noch zwei weitere Strafen für die Doping-Vergehen: Ihm wurden die Punkte (400) und das Preisgeld (rund 300.000 Euro) für das Turnier in Indian Wells aberkannt. Allerdings erst jetzt, am 15. August, als eine Anhörung einberufen worden war, „bei der das unabhängige Gericht feststellte, dass in dem Fall kein Verschulden oder keine Fahrlässigkeit vorlag, was zu keiner Sperre führte“. So heißt es in dem Report der ITIA, der am Dienstag zeitgleich mit einem Statement von Sinners PR-Verantwortlicher Fabienne Benoit veröffentlicht worden war.

Der späte Zeitpunkt der Bekanntmachung des Doping-Vergehens wirft Fragen auf: Warum verging so viel Zeit zwischen den Dopingproben und Veröffentlichung des Falls? Hätten die Tennisbehörden nicht schneller reagieren müssen? War das Vorgehen zu jeder Zeit korrekt? Warum die Intransparenz? Es sind heikle Fragen, denen sich Sinners Team vor dem Grand-Slam-Turnier in New York, bei dem das Medienaufkommen enorm sein wird, ausgesetzt sieht. Der Bericht besagt, dass bei Sinner weniger als ein Milliardstel Gramm der verbotenen Substanz nachgewiesen wurde. Es ist eine verschwindend geringe Menge, die, das behaupten Doping-Experten, trotzdem leistungssteigernd sein kann. In der Tennis-Szene sorgt der Freispruch von Sinner für gemischte Reaktionen. Nick Kyrgios oder der Kanadier Denis Shapovalov rückten auf X von Sinner ab. Cahill, sein Coach, verteidigte bei ESPN seinen Spieler bis zum Schluss: „Jannik würde niemals absichtlich so etwas tun. Er war in einer unglücklichen Situation.“ KLAUS BELLSTEDT



Eine heikle Verbindung

Von Daniel Theweleit

Wenn die Verantwortlichen von Borussia Dortmund und die Vorstände ihres „Champion Partner“ Rheinmetall dachten, dass ein paar Wochen Sommerpause die Gemüter beruhigen würden, dann lagen sie offenkundig falsch. Schon beim Champions-League-Finale Anfang Juni gab es Proteste gegen den damals noch frischen Sponsorendeal, für den der Düsseldorfer Rüstungskonzern pro Saison einen hohen einstelligen Millionenbetrag an den Revierklub bezahlt. Nun haben Fans für das erste Saisonspiel gegen Frankfurt am Samstag weitere Aktionen angekündigt, denn die Verbindung von Rheinmetall und dem BVB hat eine Dimension, die ande-

Der BVB wirbt mit seinem Sponsor für eine Politik der Konfliktlösung durch Waffen.

ren moralisch schwierigen Sponsorendeals fehlte.

Es gab beispielsweise die staatliche Fluggesellschaft Qatar Airways beim FC Bayern, die aufgrund der Menschenrechtslage am Persischen Golf zu heftigen Debatten führte. Der FC Schalke nahm seinerseits gerne das russische Geld von Gazprom, was aus heutiger Perspektive im Hinblick auf den Angriffskrieg in der Ukraine besonders gruselig war. Ein Unterschied ist jedoch: Keines dieser Unternehmen warb mit einem Slogan im Stadion, der auch als politische Positionierung verstanden werden kann.

Beim Testspiel gegen Aston Villa zum Ende der Sommerpause stand auf den Rheinmetall-Banden „TAKING RESPONSIBILITY IN A CHANGING WORLD“. Das heißt übersetzt: Die Produktion von Waffen und deren Verkauf an demokratische NATO-Staaten, aber auch an umstrittene Regimes, ist gleichzusetzen mit der Übernahme von Verantwortung für eine sich wandelnde Welt. Beworben wird also nicht nur ein Unternehmen, sondern ziemlich unmissverständlich auch eine Politik der Aufrüstung und der Konfliktlösung durch Waffen.

Diese Haltung ist zwar verankert in der Mitte des politischen Spektrums, fühlt sich aber dennoch längst nicht für alle Menschen richtig an. Es ist erst zehn Jahre her, dass der damalige Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) von einer „Schande“ sprach, weil die deutsche Rüstungsindustrie in seinen Augen viel zu viele Waffen exportierte. Nun hat sich die Haltung nach dem Überfall der Russen auf die Ukraine gewandelt.

Die Welt ist zudem voller Widersprüche, die sich kaum auflösen lassen. So wurde in dieser Woche bekannt, dass Borussia Dortmunds Geschäftsführer Hans-Joachim Watzke im November den Leo-Baeck-Preis, die höchste Auszeichnung des Zentralrats der Juden, erhält. Weil er sich seit Jahren mit Überzeugung und Leidenschaft gegen Antisemitismus und für eine offene Gesellschaft einsetzt. Zugleich verteidigt Watzke das Geschäft mit Rheinmetall, einem Unternehmen, das im zweiten Weltkrieg viele Zwangsarbeiter beschäftigte und zu den wichtigsten Waffenherstellern des Naziregimes gehörte.

Vor diesem Hintergrund hat sich ein großer Raum für äußerst komplizierte Fragen und Kontroversen geöffnet, der so nicht vorhanden war im bisherigen Kosmos des BVB. Das Unternehmen Rheinmetall mag sein Image durch die Verbindung polieren, der BVB leuchtet deshalb bestimmt nicht heller.

Ergebnisse auf FAZ.NET

Immer aktuell: Mit Ihrem Handy finden Sie an dieser Stelle jederzeit Sport-Resultate aus aller Welt. [faz.net/ergebnisse](https://www.faz.net/ergebnisse)



Immer mit der Ruhe ins wunschlose Glück: Kaum schneller als mit Fahrradgeschwindigkeit ist die MS Juno auf dem Göta-Kanal unterwegs – und ihre Passagiere sind heilfroh, dass es gar nicht flotter vorwärtsgeht.

Foto Mauritius

Sie knirscht und knarzt, rumpelt und rumort, ächzt und stöhnt, und manchmal scheint sie sogar zu seufzen, ganz so, als stecke ihr das Methusalem-Alter doch ein wenig in den Planken. Sie ist zerbeult und zerkratzt, hat Schrammen und Rostflecken, braucht viel Liebe und noch mehr Pflege, doch sie erfüllt seit 150 Jahren so klaglos wie tapfer ihre Pflicht: Seit 1874 befährt die MS Juno den 190 Kilometer langen Göta-Kanal zwischen Stockholm und Göteborg, überwindet dabei 184 Höhenmeter, passiert 58 Schleusen und erreicht eine Durchschnittsgeschwindigkeit von neun Kilometern pro Stunde. Mit dem Fahrrad wären wir doppelt so schnell am Ziel, doch dann schlugen wir die schönste Gabe fahrlässig aus, die dieses knirschende, stöhnende, nicht umsonst nach der römischen Göttin der Fürsorge benannte Gefährt so großzügig mit seinen Gästen teilt: Die Juno, das älteste, noch im Dienst stehende Passagierschiff der Welt, schenkt uns während der viertägigen Fahrt von der größten zur zweitgrößten Stadt Schwedens eine unerschütterliche, tiefenentspannende, glücksspendende Gelassenheit – nichts weniger als das höchste Gut in unserer Zeit der Raserei und Narretei.

Es ist allerdings keine Liebe, sondern ein Erschrecken auf den ersten Blick. Winzig klein kommt uns die Juno an ihrem Pier in Stockholms Altstadt Gamla Stan vor, ein Passagierschiffchen, 30 Meter lang, sieben Meter breit, drei Decks, 29 Kabinen, dazu ein kecker, schwarz-weiß geringelter Schornstein, ein Schiffsfahrtsfossil, so altertümlich wie ein Mississippi-Schaukelraddampfer, nur ohne Schaufelrad. Auf Pomp und Prunk wird vollständig verzichtet, stattdessen ersetzt – wie es in Schweden typisch ist – freundliche Zurückhaltung jede Form von Präntation. Mit ein bisschen Mahagoni müssen wir uns schon als größtem Luxus in diesem schwimmenden Biedermeierwohzimmer begnügen. Wir teilen uns brav Toilette und Dusche mit den anderen Passagieren und richten uns klaustrorhobisch in unserer Kabine ein, die eine kofferraumkleine Kojette mit Etagenbett, Miniaturwaschbecken und selbstverständlich ohne Fernseher oder Klimaanlage ist. Immerhin steht eine Demi-Bouteille Pol Roger zur Begrüßung neben dem Bett, Winston Churchills Lieblingschampagner, das nennen wir Stil. Und dass wir in diesem Kabuff wie ein Murrelter im Mutterschoß der Göttin der Mutterschaft schlafen werden, können wir jetzt noch nicht ahnen.

Kein Ozeandampfer mit Dreiklassengesellschaft wird für die nächsten vier Tage unser Zuhause sein, sondern ein schwedisch-basisdemokratisches Schiff, in dem Egalität und Fraternität die obersten Gebote sind. Der Kapitän ist so kollegial, dass er nach einem der vielen Regenschauer eigenhändig zum Wischmob greift, um die Decks zu trocken – schlechtes Wetter, das lernen wir schnell,

Der wahre Luxus der Langsamkeit

Die MS Juno ist nicht nur das älteste Passagierschiff der Welt, das seit 150 Jahren den Göta-Kanal zwischen Stockholm und Göteborg befährt. Sie ist auch eine schwimmende Wunderkammer, die ihren Passagieren ein ganz besonderes Geschenk macht.

Von Jakob Strobel y Serra



gibt es im schwedischen Sommer nicht, nur die Freude über den Regenbogen danach, die auch uns vergönnt ist. Die Selbstbedienungstheke im offenen Oberdeck mit ihren schlichten Korbsesseln heißt uns gutem Grund Honesty Bar, weil in der Kneipe der Ehrlichkeit niemand betrügt, sondern alle brav ihre Biere und Weine aufschreiben – weswegen auch die Kabinentüren gefahrlos während der gesamten Reise offen bleiben können. Und die skandinavische Eigenverantwortung erspart uns das lästige Abzählen der Passagiere, da jeder selbst dafür sorgen muss, wieder rechtzeitig an Bord zu sein – ansonsten muss man auf eigene Kosten mit dem Wassertaxi der Juno hinterherfahren, was aber noch nie vorgekommen sein soll.

Wir sind rechtzeitig an Bord und verlassen mit ein wenig Wehmut Stockholm, das so inbrünstig wie kaum eine zweite Stadt der Welt mit dem Wasser lebt und das Wasser liebt. Immer ist es ihm zärtlich zugewandt, niemals zeigt es ihm den Rücken oder die kalte Schulter. So spiegelt und verdoppelt sich Stockholms Schönheit in den Schären und Seen – die klassizistischen Paläste mit ihren pastellfarbenen Fassaden, die barocken Kirchen mit ihren Türmen so schlank wie die Masten der alten Galeonen, die Schlösser und Festungsanlagen, die von Schwedens kurzem Großmachtrum zeugen, die Achterbahnen und Himmelsschaukeln des Vergnügungsparks Gröna Lund mitten in der Stadt, die viel besser zur heiteren Unbeschwertheit dieser Stadt passen. Überall wimmelt es von Schärenfähren und Segelbooten, die vor den Apartmenthäusern geparkt sind wie andernorts Autos, weil jeder Stockholmer ein schwimmendes Gefährt zu besitzen scheint. Und Dutzende Bars und Cafés hat man an den Piers auf Pontons gesetzt, weil die Menschen ihrem geliebten Wasser gar nicht nah genug sein können.

Langsam endet Stockholm, aber nicht das aquatische Schweden. Jetzt gleitet die Juno durch den Mälaren, den drittgrößten See des Landes, nahtlos gesäumt von Fichten und Kiefern, verschwenderisch gespickt mit Tausenden von Schäreninseln, grauen Felsbuckeln, die von den ungeheuren Eismassen der Gletscher rundgeschliffen wurden, manche groß genug für kleine Städte, andere so winzig, dass nur eine Möwe auf ihnen Platz findet. Es ist eine Landschaft, die aussieht, als sei sie vor Jahrmillionen für alle Ewigkeit geformt worden. Dabei ist sie ein geologisches Baby, keine 10.000 Jahre alt, kaum doppelt so alt wie die Pyramiden der Pharaonen, und längst noch nicht der Schöpfung letztes Wort.

Eine echte Antiquität ist hingegen die Juno, altertümlich, aber nicht greisenhaft, patinös, aber nicht morbide und längst mit einem schönen neuen Dieselmotor statt der alten Dampfmaschine ausgestattet. Das Messing strahlt nicht mehr ganz so hell wie einst, die Spiegel sind ein klein wenig matt geworden, und

der Aufzug, mit dem die Kellner die Teller von der Kombüse in den Speisesaal von Hand kurbeln, rasselt so rachtisch, dass wir manchmal um unser Essen fürchten. Doch glücklicherweise kokettiert die Juno nicht mit ihrem Alter und parfümiert sich nicht mit süßlicher Nostalgie, so wie die luxuriösen Oldtimerzüge, die immer versuchen, Vergangenheit zu simulieren, und doch nur schimärenhafte Kulisse bleiben. Die Juno nimmt ihr Alter gelassen hin und pendelt so stoisch wie seit anderthalb Jahrhunderten zwischen Stockholm und Göteborg, weil sie es eben noch kann. Und die blutjunge, notorisch frohgemute Crew ist ohnehin der beste Garant dafür, dass die Fahrt nicht zu einem nostalgischen Kostümball wird. Stattdessen zelebriert sie ungewollten lebendige schwedische Traditionen und singt uns zum Aquavit, der obligatorisch den Hering begleitet, ein Ständchen im Speisesaal, so viel Zeit muss trotz der vielen Arbeit sein.

Die Juno hat es niemals eilig auf ihrem Weg einmal mitten durch Schweden, auf dem sie im ständigen Wechsel Seen überquert, Flüsse befährt und dazwischen auf Kanälen das Land durchmisst – und sie steckt uns augenblicklich mit ihrer wunderbaren Geruchsamkeit an. Sie gönnt sich und uns sogar einen Schlenker zum Schloss Drottningholm, der Residenz des schwedischen Königspaares, das idyllisch am Ufer des Mälaren liegt. „Schwedens Versailles“ nennen manche das Barockschloss im schönsten Schönbrunner Kaisergelb, doch es ist viel bescheidener als die Prunkresidenzen des Sonnenkönigs oder der habsburgischen Imperatoren. Und selbstverständlich teilen Carl Gustaf und Silvia ihren Park voller gestutzter Buchsbaumskulpturen mit ihren Untertanen und lassen wie fast jeder Schwede einen langen, schlanken Wimpel in Blaugelb über ihrem Dach wehen, Hoheitszeichen eines pazifistischen Heimatstolzes.

Sogar auf die offene Ostsee wagt sich die Juno für ein paar Stunden, als sei sie ein jugendlicher Eroberer und keine alte Tante, bevor sie sich dann in Trosa von ihrem eigenen Wagemut erholt, einem Ferienort südlich von Stockholm, der in der Belle Époque der Spielplatz der Boheme und Hautevolee war. Heute ist er eine Art schwedisches Sylt und dabei genauso unpräntös und entspannt wie das ganze Land. Die Millionäre trinken auf ihren Yachten Dosenbier oder stricken Pullover für die Enkel. Die Lokale an der Hauptstraße, die hier ein Kanal ist, werben nicht mit Champagner und Austern, sondern mit einer enzyklopädischen Karte an Aquavit und einer exzessiven Palette an Smörrebröd. In den Fenstern der Holzhäuser mit ihren verspielten Erkern und geschnitzten Balkonen stehen Schiffsmodelle, in den Vorgärten blühen die Blauglocken und Pfingstrosen. Und auf dem Friedhof der Kirche aus dem frühen 18. Jahrhundert, die als einziges Gebäude in Trosa den „Russenbrand“ überlebt hat, das Wüten

der zaristischen Truppen, steht auf einem Grabstein der rührende Satz „Je t'aime“. Nur 44 Jahre alt ist der Geliebte geworden, vor dessen Grab wir lange stehen bleiben, bis uns die Juno zum Aufbruch drängt.

Dann endlich biegt unser Schiffsoldat in den eigentlichen Göta-Kanal ein, der nicht nur eine gewaltige Wasserstraße, sondern auch ein nationaler Mythos ist, von den Schweden zu ihrem „Bauwerk des Jahrtausends“ gekürt. 58.000 Soldaten gruben ihn in 22 Jahren unvorstellbarer Schufferei mit bloßen Händen und blechbeschlagenen Holzschauflern quer durch das Land. Tag für Tag mussten sie um vier Uhr morgens aufstehen und nach einem kurzen Militärgottesdienst bis acht Uhr abends arbeiten, bevor sie in Baracken für 500 Mann auf ihre nackten Holzpritschen sanken. 1832 war das größte Bauwerk Schwedens vollendet und erlaubte nun die direkte Passage von Stockholm nach Göteborg und weiter durch das Skagerrak in den Nordatlantik. Die Schiffe mussten nicht mehr den beschwerlichen Weg entlang der Südspitze Schwedens auf sich nehmen und den Dänen keinen Sundzoll mehr für die Durchfahrt des Öresunds zahlen – ein Triumph der Ingenieurskunst, eine Sternstunde des Nationalstolzes, die keine Generation später kläglich vergilben sollte.

Nur 24 Jahre nach seiner Eröffnung machte die Eisenbahn den Göta-Kanal über Nacht zu einem obsoleten Relikt aus vorindustriellen Zeiten. Denn sie brauchte nur ein paar Stunden und nicht wie die Schiffe vier Tage für die Strecke. Was für eine grausame Ironie der Geschichte, die ganze fürchterliche Arbeit umsonst! Aber nur vorerst, denn der Tourismus sorgt jetzt für ein vornehmliches Ende. Drei Millionen Besucher zieht der Kanal Jahr für Jahr an, die längst nicht nur mit der Juno und ihren beiden Schwesterschiffen unterwegs sind. Und so ist das Jahrtausendbauwerk doch nicht zum monströsen Irrtum der Geschichte geworden, sondern zum ganz Stolz Schwedens – und zu einer wunderbaren Geduldsprobe in Zeiten der Hetze und Hektik.

Es ist eine animierende Gemächlichkeit, eine therapeutische Monotonie, die uns heilsame Reizunterflutung, die die Juno zumutet. Wir sind höchstens im Postkutschentempo unterwegs, oft auch nur mit dem geruhamen Schritt eines Flaneurs, und lassen die Bäume an der Kanalböschung elegisch an uns vorbeiziehen, Erlen und Eschen, Birken und Ulmen, Apfel- und Kirschbäume, die nicht nur als Dekoration dienen, sondern auch das Ufer stabilisieren und vor Erosion schützen sollen. Wir zählen die blöken, dösenden Schafe, die hier Staatsangestellte sind und als Landschaftspfleger eingesetzt werden. Wir staunen über uralte Schleusen, die noch per Hand von einem Schleusenwärter wie von einem menschlichen Maultier mit einer großen

Fortsetzung auf Seite 3

Depeschen

1 Babyboom im Naturpark

Der spanische Naturpark Cabárceno in Penagos ist zu einem Zufluchtsort für afrikanische Elefanten geworden. Während die Weltpopulation der Tiere in den vergangenen Jahrzehnten um 86 Prozent zurückgegangen ist, hat sich die Zahl der Individuen in diesem Gebiet in Kantabriens so weit erhöht, dass es zur größten Savannenelefantenherde der Welt außerhalb Afrikas geworden ist. In dem Park leben 19 Elefanten, seit der Ankunft der ersten Tiere im Jahr 1992 wurden 24 hier geboren. Der Cabárceno Natural Park ist ein Zoo und Naturschutzgebiet 17 Kilometer südlich von Santander. rsr

2 Kostenloses WLAN bei Delta Air Lines

Die Fluggesellschaft Delta Air Lines plant in den nächsten Monaten auf den meisten Transatlantik-Flügen schnelles und kostenloses Internet anzubieten. Auf Deutschland-Strecken mit Flugzeugen, die mit WLAN des Satelliten-Dienstleisters Viasat ausgestattet sind, beginnt die Einführung bereits in diesen Tagen. Die Schweiz soll im September folgen. Bislang ist der streamingfähige Internet-Service in mehr als neunzig Prozent der Kernflotte verfügbar. F.A.Z.

3 Eine außergewöhnliche Reise in das antike Rom

Bis zum 22. September können Besucher der Ewigen Stadt eine außergewöhnliche Multimediashow erleben, die in die antike Vergangenheit führt. Mit Hilfe von Filmen, Projektionen und Videomapping wird das alte Rom rekonstruiert. Die Show, die über Kopfhörer in acht Sprachen angehört werden kann, startet an der Piazza della Madonna di Loreto, durchquert das Trajans- und Cäsarforum und führt weiter zur Römischen Kurie und zur Via dei Fori Imperiali. Weitere Informationen unter www.viaggionefori.it rsr

4 Zwölf Jahre Bauarbeiten

Die Via dell'Amore delle Cinque – einer der schönsten Klippenwege Italiens – ist nach zwölfjährigen Bauarbeiten wieder begehbar. Wegen eines Erdbebens 2012 war die 900 Meter lange Strecke zwischen den Dörfern Riomaggiore und Manarola jahrelang geschlossen gewesen. Die umfangreichen Sicherheitsarbeiten an den Hängen und Wegen wurden Mitte Juli abgeschlossen. Wegen des zu erwartenden Andrangs gibt es Zugangsbeschränkungen. So können Touristen den Weg ausschließlich in Richtung Manarola gehen. Ihre Zahl wird auf 400 Personen pro Stunde beschränkt. rsr

Zum Teil wurden die Recherchen für diese Ausgabe von Veranstaltern, Fluglinien, Hotels oder Fremdenverkehrsämtern unterstützt. Dies hat keinen Einfluss auf den Inhalt der Texte.



Konzerte unter dem Kirschbaum

Ende August findet in den Barockgärten des Dirigenten William Christie im tiefsten Frankreich das Festival Dans les Jardins statt. Schöner kann man den Sommer nicht ausklingen lassen. *Von Klaus Simon*



Gärtnerglick: Bald ist es mit der Beschaulichkeit vorbei, denn die Musikfans sind schon im Anmarsch.

Gummistiefelwetter in Thiré, im fernen Westen Frankreichs. Es hat seit Tagen geregnet. Die Cardinal-Richelieu-Rosen im Cloître auf der Ostseite des Bâtiment, das William Christie vor fast vierzig Jahren als halbe Ruine am Dorfrand inmitten von Feldern und Wiesen gekauft hat, lassen die bischofslila-farbenen Blüten hängen. Ein Hahn kräht. „Bergische Kräher“, kommentiert Christie. Der Cembalist, Dirigent und Gründer des nach einer Charpentier-Oper benannten Barock-Ensembles „Les Arts Florissants“ besitzt eine kleine Herde der alten deutschen Rasse. Die Hühner stehen in einer umfriedeten Wiese zwischen dem Potager, dem Gemüsegarten mit Gewächshaus, und dem mit Kirsch-, Pfirsich-, Birnen- und Quittenbäumen bepflanzten Obstgarten.

Der gebürtige Amerikaner mit französischer Staatsbürgerschaft nutzt jede Möglichkeit, die sich zwischen Konzerten, Tourneen und Lehrveranstaltungen bietet, um in Thiré nach dem Rechten zu schauen. In den Monaten, die dem Ende August in diesem Jahr zum dreizehnten Mal veranstalteten Festival Dans les Jardins de William Christie vorausgehen, wird der Besuch zum Pflichtprogramm. „Ansonsten tanzen die Mäuse hier auf den Tischen“, scherzt Christie, der im Dezember seinen achtzigsten Geburtstag feiern wird. Flinken Schrittes geht es durch die nach den Vorbildern französischer und italienischer Barockgärten ex nihilo angelegten Jardins de William Christie, wie der öffentlich zugängliche, mit dem Label Jardin remarquable versehene und auf einer Liste des nationalen Denkmalschutzes geführte Park offiziell heißt.

Von anfänglich vier Hektar ist der Besitz auf fünfzehn Hektar angewachsen. Ein Glückskauf war der große Hang im Norden des Parks, auf den die zentrale Sichtachse von der hinteren Terrasse des Bâtiment durch einen Formengarten mit zu Kegeln, Kugeln, Stufenpyramiden gestutzten Eiben und über die Wasserfläche des Miroir d'eau zuläuft. Ebenfalls als Glückskauf erwies sich eine Parzelle auf der Vorderseite des Bâtiment. Ausgerechnet schräg gegenüber des dort angelegten Théâtre de Verdure, einer von in Form chinesischer Pagoden geschnittenen Eibenhecken gerahmten Freilichtbühne, sollte eine Neubausiedlung entstehen. Christie ließ nach dem Kauf statt dessen Eichen pflanzen und bewies Humor. Inoffiziell trägt die Parzelle heute den Namen Williamwood.

Es sei ein Künstlergarten, den er nach allen künstlerischen Freiheiten geschaffen habe, erklärt Christie, ein Garten, der ihn an die Musik denken lässt, die er liebt. An die Musik der Barockkomponisten Lully, Rameau, Purcell also, für deren Werke Christie mit „Les Arts Florissants“ Maßstäbe in der historisch informierten Aufführungspraxis von Barockmusik gesetzt hat. Zum in der Tiefe der französischen Provinz geschaffenen Gesamtkunstwerk gehören neben dem Park, dem Musikprogramm auch das Bâtiment selbst. Aus dem schlichten Herrenzitz ist ein mit Trompe-l'Œil-Malerien und großer Galerie aufwartender idealtypischer Bau im Stil des französischen Barocks geworden.

Tauben fliegen vom Dach eines Pigeonnier aus dem sechzehnten Jahrhundert auf, der von einem Anwesen ein paar Kilometer entfernt stammt, dort verfiel und auf der Rückseite des Bâtiment wiederaufgebaut wurde. Lilien stehen hoch, ein halbes Dutzend zu Kegeln getrimmte Eiben krönt je eine von der Gartenschere modellierte Taube.

Ein für eine Wasserleitung gegrabener Schacht oberhalb des siebzig Meter langen Miroir d'eau sorgt für Missfallen. Es steht zu befürchten, dass die Grasnarbe bis Ende August, wenn Tausende von Besuchern zum Festival durch den Park schreiten, nicht nachgewachsen sein könnte, und das ausgerechnet am Miroir d'eau. Auf dem von der Smagne gespeisten Wasserbecken wird die Seebühne für die Grands Concerts genannten Hauptkonzerte des Festivals platziert. Christie greift zum Handy, spricht mit der Baufirma und einer Vertreterin der gemeinnützigen Fondation Les Arts Florissants – William Christie, der er 2017 Park und Bâtiment übertragen hat. Schon Ende August steht im Park die konzertante Aufführung von Purcells Oper Dido und Aeneas unter der Leitung von Christie auf dem Festivalprogramm. Am Wochenende danach folgt unter der musikalischen Leitung des schottischen Tenors und Dirigenten Paul Agnew, der arts 2020 musikalischer Ko-Direktor der Arts Florissants ist, die Gluck-Oper Orpheus und Eurydike.

Zum Festivalprogramm gehören die abendlichen Konzerte bei Kerzenschein in der spätmittelalterlichen Dorfkirche im nahen Saint-Juire-Champgillon, unter denen in diesem Jahr das Konzert Le Violon de Rameau mit dem Geiger Théotime Langlois de Swarte und Christie am Cembalo hervorsteht. Die Festivaltage

Augenweide: Wer bei so viel Schönheit nicht ins Schwärmen kommt, muss ein Banause sein. Fotos Sebastian Ortola/Laif



Hin und weg

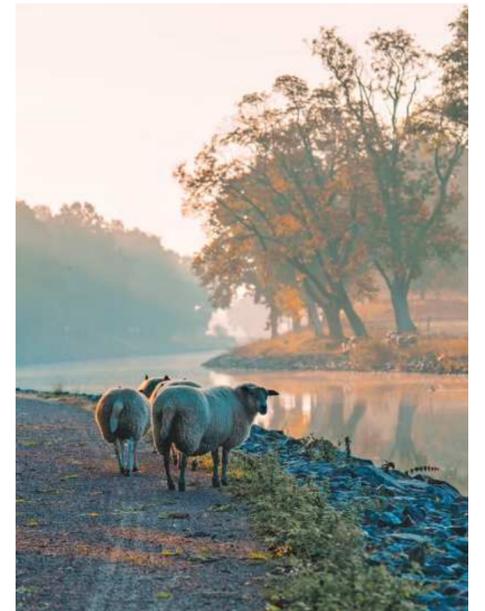
Strandbemerkung

Gibt es ein berühmtes Zitat, wonach einem die besten Ideen im Strandkorb kommen? In diesen geflochtenen Skulpturen mit ihrem bestechenden Chic des Streifenmusters aus zwei Farben, was an den Minimalismus eines Daniel Buren erinnert und worin sich zugleich die Lebensfreude widerspiegelt, die David Hockneys knalligsten Arbeiten eigen ist. In diesen Tiny Houses, die wie Reihenhäuser entlang der Ostseeküste eng an eng in den Sand gepflanzt sind, raffiniert konstruiert mit angehängten Klappstühlen, ausziehbaren Klapphockern und Klapplehnen im Rücken, die man immer tiefer und tiefer stellen kann, um sich allmählich im Dämmer zu verlieren, außerdem an beiden Seiten versehen mit Schlaufen aus Schiffstau, an denen man sie im Laufe des Tages gewöhnlich einen Halbkreis weit um sich selbst ruckelt. So ist der Blick mal aufs Meer gerichtet, mal hat man es im Rücken, um sich jeweils von der Sonne wärmen zu lassen, was sie an der Ostsee allerdings nicht unbedingt und immer tut und was man sich gerade dort umso mehr wünschte.

Macht Seeluft träge? Oder bläst einem die Brise vom Meer her im Gegenteil das Hirn frei? Wie also ist das, wenn man vor sich hinstarrt, den Sand vor Augen, das sanfte Rauschen des Meeres im Ohr, oder umgekehrt. Wenn man zuhört, wie sich Urlauber ein paar Strandkörbe weiter über die Qualität ihrer Unterkuft austauschen und der Wind das Freudengeschrei von Kindern vor sich her treibt, während sie zu den Eltern gerannt kommen, um gleich zwei gefundene Hühnergötter zu präsentieren und sie gegen die Sonne halten zum Beweis dafür, dass deren Strahl sich seinen Weg in kaum erkennbaren Bahnen durch den Stein presst. Und wie ist das, wenn Kolonnen von Feriengästen vorübergehen, am Wasser entlang, dort, wo der Sand so hart ist, dass man nicht bis zu den Knöcheln darin einsinkt. Die meisten barfuß, um ebendiesen Sand unter den Sohlen und zwischen den Zehen schmeicheln zu spüren. Manche in Sandalen. Dann lehnen sich bei jedem Schritt die Zehen auf und fallen wieder hinab, und es sieht aus, als schnappten sie nach irgendetwas, und wenn es nur Luft ist. Es sind verzweifelt wirkende Zehen in dieser sich immer wiederholenden Bewegung.

Dabei macht es keinen Unterschied, ob die Nägel in aufregenden Farben wie Chili Forever lackiert sind, diesem knalligen, leuchtenden Rot, oder ob sie so aus behaarten Füßen heraus schauen, als habe man den Werwolf ans Meer verjagt. Stets steigen sie auf, fallen sie runter, und stets schnappen sie ins Leere. Traurig ist das. Und man sieht Füße in Flipflops vorbeigehen, hört sie zugleich – flipp und flopp, flipp und flopp. Und hier krümmen sich die Zehen in das Gummi der Latschen, nicht mit Gewalt, vielmehr wohligh, ganz sanft. Fast so, als kuschelten sie sich hinein. Und mit einem Mal begriff ich, weshalb ich intuitiv noch nie in Sandalen herumlaufen bin, sondern immer barfuß oder in Flipflops. So könnte man immerhin behaupten, der Strandkorb diene wenn schon nicht der Welt-, so doch der Selbsterkenntnis. FREDDY LANGER

Informationen zum Festival online unter www.events.vendee.fr



Landschaftspfleger:
Die Schafe halten
als Staatsangestellte
das Gras flach.
Foto Göta-Kanal

Archaischer Komfort:
Eng geht es zu auf der
MS Juno, Toilette und Dusche
sind auf dem Gang, doch
gerade das ist der Charme
dieser Zeitreisenschiffahrt.
Foto Mauritius

Fortsetzung von Seite 1

Wunschlos glücklich auf dem Göta-Kanal

Kurbel geöffnet und geschlossen werden. Und hin und wieder sehen wir einen der 143 erhaltenen Ellensteine entlang der Treidelpfade, die alle 1000 Ellen, also 594 Meter gesetzt wurden, damit die Besitzer der Ochsen die gezogene Strecke genau berechnen und ihren gerechten Lohn erhalten konnten.

Wie sehr der Kanal ein Menschenwerk ist, merken wir erst, wenn uns ein See wieder den unruhigen Kontrast liefert und Wind und Wellen die Juno ins Wanken bringen. Im Göta-Kanal aber sind die Naturgewalten gezähmt, hier gibt es niemals rauhen Seegang oder tosende Fluten. Spiegelglatt und seelenruhig ist das Wasser, für alle Zeiten befriedet und deswegen die stete Quelle inneren Friedens. Und am allerschönsten ist, dass der Göta-Kanal nicht wie seine französischen Brüder humorlos streng geradeaus führt, sondern sich vernünftig, verspielt durch die Landschaft schlängelt und manchmal sogar mäandert, immer an den Höhenlinien entlang, um Schleusen und Schleusenwärter zu sparen.

So tuckern wir auf dem Göta-Kanal durch den Inbegriff des Idylls, und manchmal kommt es uns vor, als wolle Schweden die kitschigste Vorstellung des eigenen Klischees noch einmal übertreffen. Lauter Bullerbüs und Villen Kunterbunt sehen wir, lauter leuchtend weiße Gehöfte mit roten Dächern, in denen lauter Björns und Annikas glücklich zu leben scheinen. Der Raps strahlt, der Weizen wogt, die Schafe, Kühe und Ponys sind wie im Kinderbilderbuch in die Pittoreske getupft. Die Holzhäuschen haben ihre Besitzer liebevoll mit Rabatten, Pa-

villons und Lauben verschönert, die Korbessel in den Gärten und Schleusen-Cafés sind allesamt auf den Göta-Kanal ausgerichtet, obwohl auf ihm keine Titanic sinkt und auch sonst wenig Aufregendes passiert.

Doch scheinbar gibt es nichts Schöneres für die Schweden, als am Ufer zu sitzen und den vorbeirudelnden Booten zuzuschauen, in der Gewissheit, dass man hier in der heilsten aller heilen Welten ist, in einem unaufgeregten Kosmos voller Sanftmut und Friedfertigkeit, Gelassenheit und Sorglosigkeit, Behaglichkeit und Aufgeräumtheit. Alles scheint unverrückbar gut zu sein, alles ist an seinem Platz, nichts muss zum Besseren verändert werden. Und nichts passt besser in diese Welt als die gute, alte, unverbesserliche Juno, der jede Brücke artig die Honneurs erweist, indem sie beiseite schwenkt oder sich in die Höhe hievt, als vollführe sie eine umgekehrte Verbeugung.

Wir befinden uns zwar auf einem Schiff, doch wir fühlen uns Schweden ganz nah, als reisten wir durch seinen innersten Wesenskern. Denn uns wird, oft zum Greifen nah, die gesamte Palette schwedischer Archetypen geboten: Die Bullerbüs an den Ufern des Kanals wechseln sich mit breiten, ruhigen Flüssen ab, die von farbenfrohen Sommerhäuschen, blumengeschmückten Bootsstegen und luxuriös mit Schwenkgrill ausgestatteten Picknickplätzen gesäumt werden, bewohnt von Menschen, die uns freundlich zuwinken – und längst nicht nur die Kinder. Dann durchqueren wir riesige Seen, in die der Bodensee zehnmals hineinpasst und in denen es vor Barsch, Zander und

Lachs, Saibling, Meerforelle und Schnepel, Äsche, Schleih und Rotauge, Renke, Stichling und Stint nur so wimmelt, wovon Ruderboote mit Hobbyfischern zeugen, reiche Beute ist ihnen gewiss. Manchmal sehen wir an den Seeufern auch ein Haus so rettungslos einsam, dass alle anderen Menschen der Melancholie anheimfielen. Doch den Schweden kann die Proportion von Natur und Zivilisation offenbar gar nicht verwegen genug sein.

In Berg wird es dann ausnahmsweise spektakulär: Sieben unmittelbar hintereinanderliegende Schleusen, die wie die gewaltige Kaskade eines barocken Lustgartens aussehen, heben unser Schiff auf kürzester Distanz um 20 Meter in die Höhe. Und für einen Augenblick müssen wir an den verrückten Fitzcarraldo denken, weil unsere Juno so tollkühn, so unwahrscheinlich wie ihre amazonische Schwester den Hügel erklimmt. Am verblüffendsten aber ist, dass diese Schleusen auch nach 200 Jahren noch tadellos funktionieren und genauso unverwundlich zu sein scheinen wie die Juno – beides Metaphern der Beständigkeit und Unveränderlichkeit, die in einer Epoche des schwankenden Bodens und der einstürzenden Gewissheiten wie Rettungsanker wirken.

Nach der Schleusentreppe von Berg werden wir zum Besuch des nahen Klosters Vreta angehalten, eine kulturhistorische Attraktion ersten Ranges sei das, sagt man uns: das älteste Nonnenkloster Schwedens, um 1100 von Benediktinerinnen gegründet und über Jahrhunderte ein herausragendes geistliches Zentrum des Landes. Doch nach der Reformation verfiel es bis auf die Grundmauern, die heute mit Fetthenne bewachsen sind, während vom Kreuzgang nur ein Laubengang voller Lavendel übrig geblieben ist. Dafür ist die Klosterkirche erhalten, mächtig wie eine Basilika, aus leuchtendem Kalkstein errichtet, von einem verwunschenen Friedhof mit schlichten Grabsteinen aus grauem Granit umgeben.

Innen allerdings ist sie protestantisch minimalistisch hart an der Grenze zur Askese. Der Altar besteht aus einem schlichten Tisch mit drei schmucklosen Kronleuchtern darüber, ein plumper, hölzerner Jesus hängt an einem grob gezimmerten Holzkreuz von der Decke herab, selbst die Sarkophage der Würdenträger sind ohne Prunk. Als einziges Ornament erlaubt sich das Gotteshaus drei dicke posauende Engel über der Orgel. Und nicht einmal das Hagioskop kann uns in Begeisterung versetzen, die Lepra-Spalte des Mittelalters, ein Fensterchen an der Außenmauer, durch das Aussätzige einen Blick ins Innere der Kirche in der Hoffnung auf göttliche Gnade werfen konnten. Wir aber wollen keine Gnade. Wir wollen einfach nur zurück aufs Schiff.

Erst ganz zum Schluss merken wir, dass wir uns nicht eine Sekunde lang auf der Juno gelangweilt haben, obwohl nichts Sensationelles passiert, der Tagesrhythmus kaum variiert und es zu jeder Mahlzeit zuverlässig Dillkartoffeln gibt. Doch die Aura dieses Schiffes, seine altersweise Gelassenheit und unerschütterliche Ruhe überträgt sich so vollkommen auf uns, als liege sie wie eine gütige, unsichtbare Hand auf unserer Schulter. So geht es offensichtlich auch allen anderen Passagieren, die wenig reden, kaum lesen, nie telefonieren und sehr viel schweigend schauen. Niemand rührt die

Gesellschaftsspiele in der Bibliothek an, niemand führt das große Wort, nicht einmal lautes Lachen ist zu hören, dafür umso mehr leises Lächeln in den Gesichtern zu sehen.

Nach vier Tagen erreichen wir Göteborg. Jetzt säumen Autobahnen, Hafenanlagen, Schrotthalden, Schiffswerften die letzten Kilometer unserer Reise. Die Juno legt im Zentrum an, die Mannschaft steht zum Abschied am Pier Spalier, dann entlässt uns das Schiff aus seiner Stille in den Lärm der Welt. Nach keinen zehn

Minuten sind wir einem Radikalchristen mit Megaphon begegnet, der uns ewige Verdammnis androht, sollten wir uns nicht augenblicklich zum rechten Glauben bekehren; einer Horde Hare-Krishna-Jünger im Rentenalter, die auf dem Trottoir hocken und stumpfsinnig immer dasselbe singen; einem Dutzend grimmig patrouillierender Wachleute, die mit Handschellen und Schlagstöcken bewaffnet sind; der aufgemotzten Karre irgendeines Blödmanns mit einem Auspuff groß wie ein Ofenrohr, die mit dem Krach

eines startenden Düsenjägers an uns vorbeidonnert. Die Juno sehen wir da schon nicht mehr. Aus dem Sinn aber ist sie noch sehr lange nicht.

Information: Die Reederei AB Göta Kanal bietet in den Sommermonaten zwei- bis sechstägige Kanaltouren auf historischen Schiffen an, unter anderem auf der MS Juno, die 1874 vom Stapel lief. Die beschriebene Viertagetour kostet ab 1685 Euro pro Person inklusive Ausflügen und Vollpension. Weitere Auskünfte und Buchung unter www.gotakanal.se/de.

F.A.Z.-Vorteilswelt
Exklusiv für Abonnenten



Dolce Vita auf Sizilien

Wir verlosen eine 8-tägige Reise für zwei Personen nach Sizilien, inklusive Flug, 4-Sterne-Hotel mit Halbpension und Ganztagesausflügen.

Erleben Sie Gegensätze pur auf der größten Mittelmeerinsel. Ob beim Bummeln in der lebhaften Inselhauptstadt mit hellen Sandstränden und bunten Gässchen, oder auf Entdeckungstour im Inneren der Insel, wo die Zeit stehen geblieben zu sein scheint. Die Reise umfasst unter anderem einen Ausflug zum Tal der Tempel bei Agrigent, einen Tagesausflug zum Ätna, Stadtbesichtigungen in Taormina, Marsala, Monreale/Palermo sowie weitere Highlights.

Gleich im Onlineservice anmelden und Angebot sichern:*
vorteilswelt.faz.net

In Kooperation mit: **berge & meer**



Jahrhundertbauwerk:
Der Göta-Kanal führt quer durchs
Land und ist Schwedens ganzer
Stolz. Foto Laif



*Sie sind noch nicht registriert? Unter faz.net/online-service erhalten Sie alle Informationen, die Sie für Ihre Erstanmeldung benötigen. Teilnahmechluss des Gewinnspiels ist der 25. August 2024. Die Teilnahme ist ausschließlich über die F.A.Z.-Vorteilswelt unter vorteilswelt.faz.net möglich. Mitarbeiter der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH und der beteiligten Kooperationspartner sowie deren Angehörige sind teilnahme-, aber nicht gewinnberechtig. Keine Barabgeltung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Strand der Woche

Das Paradies hatte einen Namen

Vai ist der berühmteste Strand auf Kreta. Früher war das Leben hier wild, jetzt sind das nur noch die Palmen.

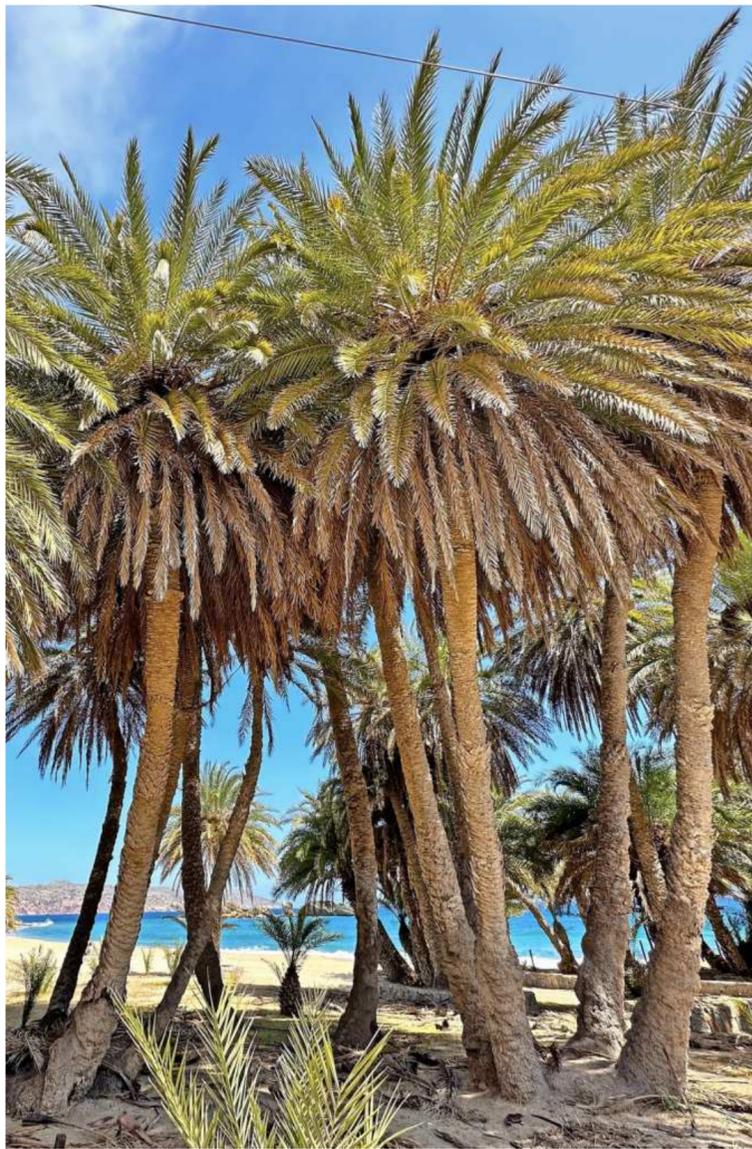
Es knirschte im Mund, juckte am Kopf. Das Schlimmste war jeden Morgen der Sand zwischen den Zähnen, in den Haaren, im Schlafsack. Die Nächte waren lang: Musik, Wein, Joints, Sex. Der Schlaf kurz: Um kurz nach sechs stand die Sonne schon gleißend am Horizont. Aber nach dem morgendlichen Bad im Meer, nackt wie Adam und Eva, begann ein weiterer

Tag im Paradies, das einen Namen hatte: Vai, Europas einziger großer Strand, der komplett gesäumt ist von natürlich gewachsenen Palmen.

Vierzig Jahre später stehen in der Hochsaison für Tagesgäste Sonnenschirme und -liegen gegen Gebühr bereit und eine Taverne für das leibliche Wohl. Auch Wassersportmöglichkeiten gibt es, und der große Parkplatz ermöglicht eine bequeme Anreise mit dem Mietwagen. Täglich treffen zudem zahlreiche Touristenbusse ein. Der Strand und der ganze Hain stehen zwar seit rund dreißig Jahren unter Naturschutz, doch gleichzeitig wird der Strand im Sommer professionell vermarktet. Backpacker sind längst nicht mehr erwünscht, schon gar nicht über Nacht.

Vai ist der berühmteste Strand Kretas. Von dem mit 5000 Bäumen größten Palmenhain Europas wachsen Hunderte bis zum Strand. Eine Palmenart, die es ausschließlich auf Kreta und nur am und im Hinterland des Vai-Strandes sowie an der Südküste am kleinen Preveli-Strand gibt. Der Hain von Vai ist rund 2000 Jahre alt, und der Legende nach sind die Palmen aus Dattelnkernen gewachsen, die von phönizischen Seefahrern ausgespuckt wurden. Die Phönizier beherrschten zu dieser Zeit das östliche Mittelmeer.

In Vai darf man sich wie in der Karibik fühlen: Die Wasserfarben schimmern in Türkisblau, der Sand ist fein und hell, wenngleich der Schatten nicht von Kokos-, sondern eben von kretischen Dattelpalmen kommt. Sogar ein Werbespot für „Bounty“ wurde dort gedreht. Die Besitzer des Hains – ohnehin schon reich genug – nahmen die Einnahmen gerne mit. Palmen und Strand gehören, wie Großteile der ganzen Region, dem nahen Toplou-Kloster. Mönche des Klosters kommen jedoch nie an den Strand. JOCHEN MÜSSIG



Statt Sex, Drugs and Rock'n'Roll gibt es hier jetzt Bequemlichkeiten gegen Gebühr.

Foto Jochen Müssig

Buch der Woche

Ein Erlebnis aus Farbe und Duft

„Alles strahlt, nichts nervt.“ Katja Eichinger beschwört das Blau und den hypnotischen Reiz der Côte d'Azur auf Künstler und Lebenskünstler, Stars, Sternchen und Suchende. Ihr Buch erzählt von Glück und Exzess, Reichtum und Übertourismus. Im Jazz Age der Zwanzigerjahre waren Sara und Gerald Murphy Pioniere der Strandkultur. Coco Chanel, die braun gebrannt nach Paris zurückkehrte, prägte das Modeideal gebräunter Haut als Inbegriff von Luxus. Nach dem Ersten Weltkrieg entwickelte die „Lost Generation“ einen sonnen durchfluteten Hedonismus an der Côte d'Azur. Nachdem in den 1930er-Jahren Exilanten wie Arnold Zweig oder Brecht in Sanary-sur-Mer das „Weimar an der Riviera“ bildeten, leiteten die Filmfestspiele in Cannes die Golden Fifties ein: Auftrieb erfuhren Monaco durch Grace Kelly, Saint-Tropez als Wohnort der Bardot oder Nizza mit Hitchcocks Juwelenraub-Thriller. Das Buch erörtert das „Halbseidene“ und die irisierende Leuchtkraft der Region als Inspiration der Klassischen Moderne: So entwarf Matisse die Fenster der Rosenkranzkapelle von Vence in Blau und Gelb als Farben der Côte d'Azur. Das Töpferdorf Vallauris prägte Picasso, während Yves Klein sich ultramarinblaue Farbe patentieren ließ. Eichinger schreibt über das Gasthaus La Colombe d'Or in Saint-Paul-de-Vence, in dem Maler mit Bildern bezahlten, oder die Villa Nellcôte in Villefranche-sur-Mer, in der die Rolling Stones „Exile on Main St.“ aufnahmen. Die Küste war Magnet Süchtiger, Suchender und Philosophen. Leitmotivisch durchziehen Nietzsches dionysische Ideen („Also sprach Zarathustra“ entstand teils in Nizza) das Buch. Griffige Stadtporträts skizzieren Grasse als „Welthauptstadt der Düfte“ und Monte-Carlo als „Spektakel der Schiff gewordenen Superlative“. Augenfällig ist die Öko-Kritik des Jetsets: Zeitkritisch mahnend, bezaubernd lyrisch und schockverliebt beschwört Eichinger den legendären Küstenstrich als „synästhetisches Erlebnis aus Farbe und Duft, das so schön ist, dass es den Verstand übersteigt“. STEFFEN GNAM

„Das große Blau. Côte d'Azur“ von Katja Eichinger. Mit Fotografien von Christian Werner. Blumenbar Verlag, Berlin 2024. 208 Seiten, Geb., 22 Euro.

Friseurbesuch der Woche

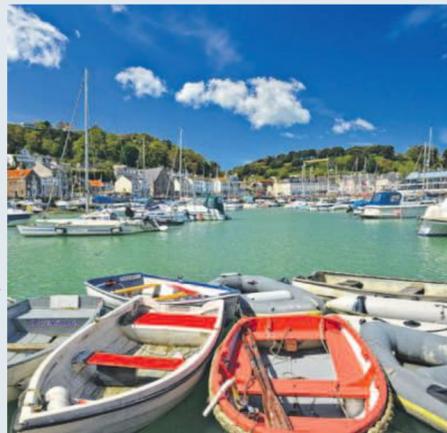
Der Barbier ist der beste Entertainer

Entschuldigung für die Unordnung, sagt Miroslav Bugarcic, der im mittlereuropäischen Städtchen Cačak den Barbershop Bugo führt. Die Handwerker seien gerade da. Tatsächlich stehen da Werkzeugkisten. Aufgefallen waren die gleichwohl nicht inmitten der anderen Gerätschaften, mit denen der Laden vollgestopft ist. Man solle Platz nehmen, sagt „Frizer“ Miroslav, der gerade einen Kunden frisiert, und zeigt auf eine kleine Bank. Die Pause kommt zur rechten Zeit. So wie die Augen sich nur langsam an die Dunkelheit gewöhnen, so macht ihnen hier der Überfluss an Eindrücken zu schaffen. Doch langsam finden sich Muster in diesem dreidimensionalen Wimmelbild. Da gibt es zwar auch Einzelerscheinungen wie eine kleine Pfeifensammlung neben dem Frisiertisch, eine Kaffeemühle auf dem Kachelofen oder ein Fahrrad in Chopper-Bauweise am Fenster. Was

sich aber wiederholt, sind mechanische Uhren in allen denkbaren Größen und Ausführungen. Und, das zumindest naheliegender, zahlreiche Abbildungen aus der altherwürdigen Welt der Barbieri. Wer aber meint, Miro sei nur Archivar der Welt von gestern, irrt. Spätestens sobald man auf dem Frisierstuhl sitzt, merkt man, dass das Inventar dem hyperaktiven Erzähler vor allem als Requisite dient. Etwa als es darum geht, dass er gerne Musik macht und wie zur Bestätigung eine Mundharmonika aus der Schublade zieht. Eine Trompete ist auch gleich zur Stelle, neben dem Frisiertisch ruht ein Akkordeon. Dann hängt da noch das Porträt eines Mannes, der einem auf unheimliche Weise bekannt vorkommt, am Frisierspiegel: bis es bei Miro schallendem Lachen klick macht und man Hitler erkennt, dem man das groteske Bärtchen abrasiert hat. Manchmal weiß man nicht recht, ob er gerade nichts Besseres dahatte als eine nun mit Wasser befüllte Jack-Daniels-Flasche mit Sprühaufsatz zum Befeuchten der Haare oder einen Reisstroh-Handbesen zur Reinigung der Kleidung von Härchen. Oder aber ob jedes Detail einem genauen Plan folgt, wie das bei Entertainern so üblich ist. GERALD FRANZ

Frankfurter Allgemeine LESERREISEN

Weitere Informationen, Beratung und Buchung auf leserreisen.faz.net



Britischer Lifestyle und französisches Savoir-vivre: die kleine Insel Jersey

Möchten Sie dem Alltag für ein paar Tage entfliehen? Wir haben das perfekte Reiseziel für Sie: die wunderschöne Insel Jersey! Atemberaubende Küsten und entzückende Fischerhäfen werden Sie bezaubern. Kulturfreunde werden Geschichte pur entdecken, Wanderer werden sich von der Naturschönheit faszinieren lassen und Erholungsuchende die Ruhe an einem der vielen unberührten Strände genießen. Aber das vielleicht Schönste ist, dass die Kanalinseln vom Massentourismus bis jetzt immer noch verschont blieben.

- Klein aber fein: Reise-Highlight im Ärmelkanal
- Reiseziel-Rarität zwischen zwei Welten
- Goldene Sandstrände und verträumte Fischerdörfer
- Charmante Nachbarinsel Guernsey
- 4-Sterne Hotel Pomme d'Or in guter Lage
- Bequeme Nonstop-Flüge mit kurzen Flugzeiten

1. Tag: Flug nach Jersey. Sie fliegen nonstop nach Jersey. Am Flughafen werden Sie von Ihrer Deutsch sprechenden Reiseleitung empfangen und zu Ihrem Hotel gebracht

2. Tag: „Jerseys romantischer Osten mit traditionellem Fish & Chips-Lunch“ (AP). Der Südküste entlang geht es nach Osten zum „Mont Orgueil Castle“, das spektakulär über dem malerischen Städtchen Gorey thront; nach der Besichtigung führt die Fahrt die Ostküste entlang, wo der gigantische Tidenhub von 12 Metern besonders beeindruckende Wattlandschaften zaubert. Vorbei am „Archiron-del Tower“ geht es anschließend zu einem Pub, in dem Sie den Klassiker Fish & Chips genießen. Dann bringt Sie der Bus nach Rozel, ins schönste Fischerdorf Jerseys, und in die „Bonne Nuit Bay“ mit ihrem pittoresken Hafen für kleine Fisch-Trawler.

3. Tag: „St. Helier, die Hauptstadt der Insel“ (AP). Es ist eine geschäftige, kleine Metropole mit einer attraktiven Mixtur aus gemühten historischen Fassaden und moderner Architektur, aus Shoppingangeboten mit traditionellen Jersey-Pullovers und Antiquitäten. Ihre Reiseleitung führt Sie zur Markthalle mit ihrer imposanten Dachkonstruktion aus viktorianischer Zeit und dem Besessenen Fish Market; die Stände hier sind ein bunter Augenschmaus und dokumentieren, dass die (französische) Kochkunst auf exemplarische Zutaten zurückgreifen kann. Nach dieser bis Mittag dauernden Führung empfehlen wir Ihnen, in St Helier zu bleiben.

4. Tag: Zusatzausflug Insel Guernsey. Heute können Sie die etwas kleinere und deutlich französischere Nachbarinsel Guernsey und deren Inselhauptstadt St. Peter Port kennen lernen (wetterabhängig).

5. Tag: „Durch Jerseys Gärten zur Austern-Degustation“ (AP). Genießen Sie die romantische Fahrt durch eine Landschaft, in der gewaltige Eichen Akzente setzen. In einem Privatgarten mit vielen Pflanzenarten machen wir Station. In den „Fisheries“ genießen Sie frische Austern und ein Glas Weißwein. Die Rückfahrt führt über die Ruinen von Grosnez Castle zum Samarès Manor, einem der wenigen öffentlich zugänglichen Feudalsitze.

6. Tag: zur freien Verfügung. Heute können Sie einfach individuell die nähere Umgebung erkunden.

7. Tag: „Genießer-Tour mit Leuchtturm“ (AP). Eine der schönsten Straßen Jerseys führt an der Südküste entlang über das charmante Städtchen St. Aubin mit seinem malerischen Hafen zum Leuchtturm „La Corbière“. Von hier aus fahren wir zum Weingut „La Mare Wine Estate“ und zum mystischen Ganggrab „La Hougue Bie“.

8. Tag: Rückflug. Transfer zum Flughafen und Rückflug.

Wir haben für Sie das 4-Sterne Hotel Pomme d'Or reserviert, eine der beliebtesten Hoteladressen Jerseys. Hier verbinden sich die Vorteile der idealen Lage im Zentrum St. Heliers mit einem exzellenten Service und sehr geschmackvoll ausgestatteten Zimmern.

Im Reisepreis bereits eingeschlossen: Flüge mit Blue Islands nonstop nach Jersey und zurück • Rail&Fly (Zug-zum-Flug) 2. Klasse zum Abflughafen und zurück • CO₂-Kompensation der Flüge über atmosfair • Flugabhängige Steuern und Gebühren • Transfers im Zielgebiet • 7 × Übernachtung im 4-Sterne Hotel Pomme d'Or • 7 × Frühstück im Hotel • Deutsch sprechende Reiseleitung vor Ort • Reiseliteratur

Termine / Preise:	Doppelzimmer	Einzelzimmer
28.09. – 05.10.2024	1.499 € p.P.	+ 399 €
05.10. – 12.10.2024	1.499 € p.P.	+ 399 €

Alle Preise gelten pro Person.

Flüge: Nonstop ab/an Frankfurt

Optionale Wunschleistungen - nur vorab buchbar:

- Zuschlag Zug-zum-Flug in der 1. Klasse: + 100 € p.P.
- 4 × Abendessen im Hotel Pomme d'Or: 229 € p.P.
- Umfangreiches Ausflugspaket (AP): 369 € p.P.
- Jerseys romantischer Osten mit traditionellem Fish & Chips-Lunch
- St. Helier, die Hauptstadt der Insel
- Durch Jerseys Gärten zur Austern-Degustation
- Genießer-Tour mit Leuchtturm
- Zusatzausflug Guernsey: 133 € p.P.



Hotline: (069) 75 91-37 86 • E-Mail: leserreisen-glob@faz.de • Prospekt, Beratung und Buchung: Montag bis Freitag von 9 bis 18 Uhr, Samstag und Sonntag von 10 bis 14 Uhr.
Verantwortlich für den Inhalt dieser Anzeige und für die Durchführung der Reise ist der Veranstalter GLOBALIS Erlebnisreisen GmbH, Uferstraße 24, 61137 Schöneck

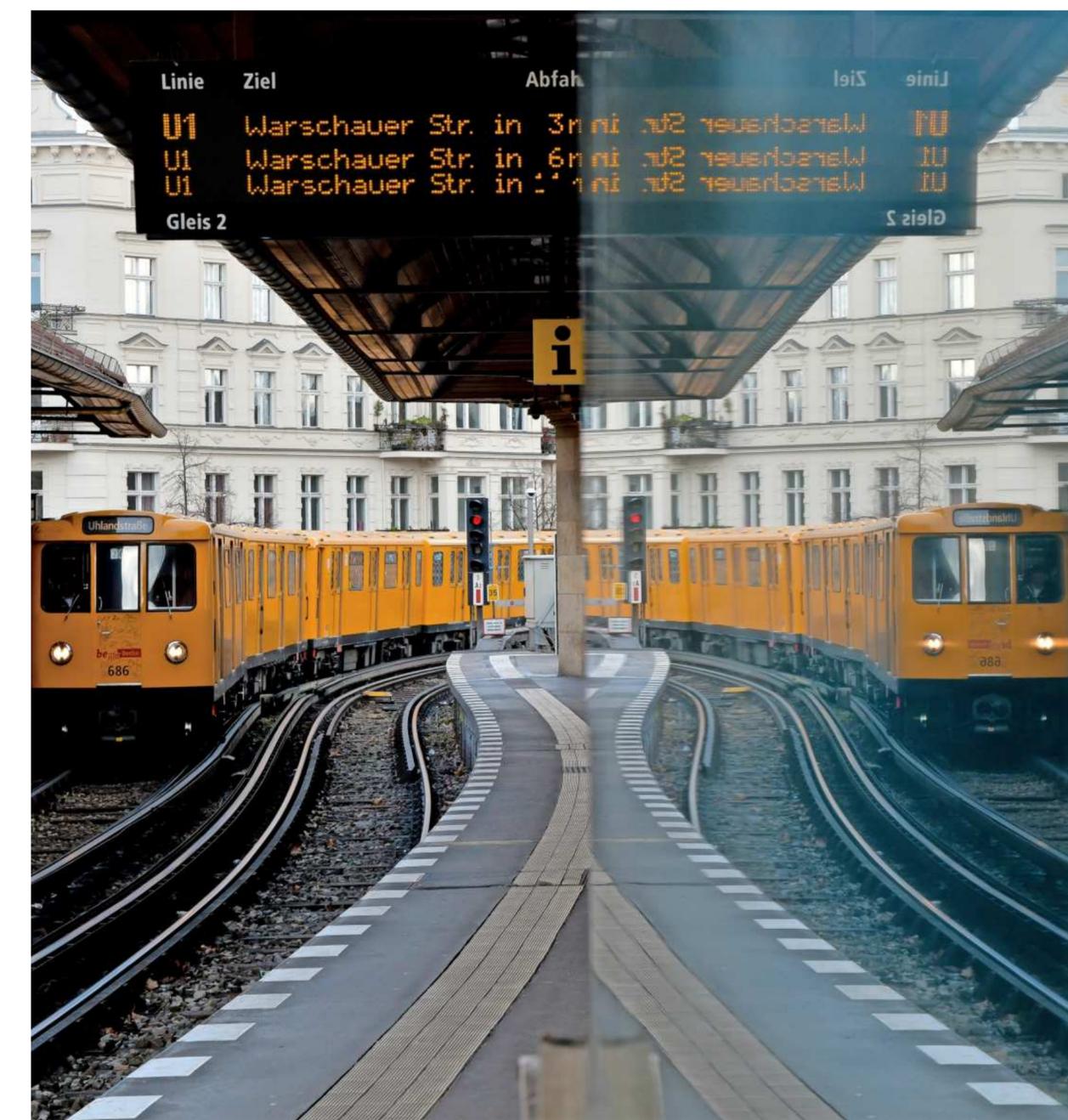
Die Memoiren der Filmregisseurin und Fotografin Leni Riefenstahl lesen sich mitunter wie ein Abenteuerroman, reich an Schicksalsschlägen, Triumpfen, Intrigen und Amouren. Abenteuerlich, um es freundlich zu formulieren, ist auch der Blick der Künstlerin auf die entscheidenden Jahre ihrer Karriere während der Zeit des Nationalsozialismus, die sie vor allem hinter der Kamera oder im Schneiderraum und damit fern der politischen Realitäten verbracht haben will. Die bis zur Groteske selbstgerechte Riefenstahl'sche Legende von der genialen, jeder Lebenswirklichkeit entrückten Künstlerin beginnt recht prosaisch an einem Jungtag des Jahres 1924 im Berliner U-Bahnhof Nollendorfplatz. Sie damals 21 Jahre alte Tänzerin, an einer Knieverletzung laborierend, war auf dem Weg zu einem Arzttermin. Dann geschah etwas Außergewöhnliches: „Müde und zermüht stand ich auf dem Bahnsteig und wartete. Ich musste die Zähne zusammenbeißen. Im Knie begann es wieder zu stechen. Meine Augen glitten über die Farben der Plakate der mir gegenüberliegenden Wand, und plötzlich blieb mein Blick an einem hängen. Ich sah eine Männergestalt, wie sie einen hohen Felsskamm überschreitet. Darunter stand ‚Berg des Schicksals – ein Film aus den Dolomiten von Dr. Arnold Fanck‘. Eben noch von traurigen Gedanken über meine Zukunft gepeinigt, starrte ich wie hypnotisiert auf dieses Bild. Wie aus einer Trance erwachend, sah ich die Bahn im Tunnel der Kleiststraße verschwinden.“

Der Zug der Linie 1 war also weg, der Arzttermin vergessen, und eine enthusiastische Leni Riefenstahl humpelte über den Nollendorfplatz hinüber zum Mozartsaal des Metropol-Theaters, in dem „Berg des Schicksals“ als Stummfilm gezeigt wurde. Tatsächlich markiert diese Episode den Beginn von Riefenstahls Karriere als Schauspielerin und Regisseurin. Zwei Jahre später – ihre Durchsetzungsfähigkeit war Legende –, agierte sie neben Luis Trenker als Hauptdarstellerin in Fancks Film „Der heilige Berg“. Steht man heute auf demselben Bahnsteig und wartet auf die U-Bahn der Linie 1 wie damals ein Fräulein Riefenstahl, mag man schnell versucht sein, über die Launenhaftigkeit des Schicksals nachzudenken. Was wäre geschehen, hätte die so begeisterungsfähige junge Frau aus gutbürgerlichem Berliner Hause während des Wartens in einer Zeitung geblättert oder auch nur ein paar Meter weiter entfernt gestanden? Dann wäre das Filmplakat unsichtbar geblieben, der Arzttermin also nicht ausgefallen, die darauffolgende Operation vermutlich gelungen, das Knie damit geheilt gewesen, und die Tanzkarriere hätte fortgesetzt werden können. Vielleicht hätte Leni Riefenstahl auch nur ihren damaligen Verlobten geheiratet, den Tennisspieler Otto Froitzheim.

Bahnhöfe sind seit jeher besondere Orte. Zwischen Ankunft und Abfahrt, Fernweh und Heimweh, sich drängelnden Menschenmassen bei gleichzeitiger Anonymität des Einzelnen konzentriert sich hier menschliches Dasein auf besonders intensive Weise. Auch die kleinen oder großen Kapriolen des Schicksals, im allgemeinen Zufall genannt, geschehen gern auf Bahnsteigen, Rolltreppen, in Wandelhallen oder vor Fahrkartenautomaten. Gleichzeitig ist nichts so alltäglich und oft auch so banal wie der öffentliche Nahverkehr. Und Bahnhöfe, selbst wenn manche von ihnen Einkaufszentren gleichen, bleiben dann doch eher Orte des flüchtigen Verweilens. Trotzdem sind öffentliche Verkehrsmittel und insbesondere die U-Bahnen viel mehr als nur ein Transportmittel. Denn nichts hat städtisches Leben so sehr verändert, nichts den Topos von „Moloch Großstadt“ so sehr geprägt wie der Ausbau der U-Bahn-Linien in europäischen und amerikanischen Metropolen rund um die vorletzte Jahrhundertwende.

Die erste deutsche U-Bahn-Linie entstand – wo auch sonst – in der Reichshauptstadt Berlin. Und hier fährt sie, 122 Jahre nach ihrer feierlichen Eröffnung, noch immer: als U1 die Stationen Warschauer Straße und Uhlandstraße und somit das ehemalige proletarische Friedrichshain-Kreuzberg im Osten mit den bürgerlichen bis großbürgerlichen Welten von Charlottenburg-Wilmersdorf im Westen verbindend. Heute sind in einer nahezu vollständig durchgentrifzierten Stadt die einstigen Unterschiede zwischen West und Ost sehr viel unschärfer geworden. Auch Berlins berühmte Sexyness – das hedonistische Partyleben in den vielen Clubs, die ehemals blühende, abseits jeder subventionierten Hochkultur existierende alternative Kunstszene – ist fast schon Vergangenheit. Berlin ist zu teuer geworden. Bezahlbare Wohnungen und Ateliers sind rar, stattdessen überflutet der Airbnb-Tourismus mit seinen Rollkoffer-Geschwadern die Stadt. Trotz alledem gibt es aber noch ein anderes Berlin, quasi unberührt von den Geschehnissen der vergangenen Jahrzehnte, dabei immer noch so ruppig und laut, schmutzig und großstädtisch, hektisch und manchmal auch verschlafen wie das Berlin von einst. Und es verdichtet sich an keinem anderen Ort so stark wie in der U-Bahn.

Wahrscheinlich riechen sämtliche U-Bahnhöfe weltweit gleich oder doch zumindest ähnlich. Es ist diese Mischung aus Gummi, Öl und Staub, Schweiß, Parfüm und Alkohol, manchmal auch Urin, Putzmittel und kaltem Rauch. Ein Odeur von dem man nicht weiß – und wohl auch nicht wissen möchte –, wie oft und von wem er schon ein- und ausgeatmet worden sein mag. Die U1 macht da keine Ausnahme, auch wenn sie wie keine zwei-



Optische Verdoppelung: Ein Zug der Linie U1 spiegelt sich im Bahnhof Schlesisches Tor.

Foto Funke

Zurückbleiben, bitte!

Wechselbad zwischen Unterwelt und Oberwelt: Wer mit der Berliner U1 durch Vergangenheit und Gegenwart fährt, kommt dem Geheimnis des Lebens ganz nah.

Von Andreas Schlüter

te Strecke in der Hauptstadt glorifiziert wird. Sie ist nicht nur die älteste, sondern auch die berühmteste aller Berliner U-Bahn-Linien, der das Grips Theater mit seinem 1986 uraufgeführten Musical „Linie 1“ ein Denkmal für die Ewigkeit setzte. Es wurde zu einem weltweiten Erfolg und steht – im Dezember vergangenen Jahres gab es die zehntausendste Vorstellung – noch immer auf dem Spielplan der Berliner Bühne. Die Geschichte von Natalie aus der westdeutschen Provinz, die in der U-Bahn auf der Suche nach dem Rocksänger Johnny allerlei Abenteuer erlebt, vor allem aber die unterschiedlichsten Großstadtypen trifft, prägte, ähnlich wie das Buch „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“, für viele Jahre das Bild der Stadt.

Bis zum Mauerfall war die U1 eine Art Synonym für das alte Westberlin. Damals war Kreuzberg tatsächlich noch wild, es gab besetzte Häuser, Punks, Straßenschlachten, aber auch die legendäre Schaubühne am Halleschen Ufer. Und im Berliner Volksmund hatte die U1 wegen der vielen türkischen Gastarbeiter den etwas robusten Spitznamen „Orientexpress“. Das alles ist Vergangenheit. Doch die U1 fährt unverdrossen weiter, als könnten ihr die Läufe der Zeit nichts anhaben.

Heute besteht die Linie U1, die in ihrer Geschichte zahlreiche Modifikationen des Streckenverlaufs erlebte, aus dreizehn Stationen und hat eine Länge von knapp neun Kilometern, die in einer Fahrzeit von zweiundzwanzig Minuten zurückgelegt wird. Mehr als fünf Kilometer der Strecke verlaufen oberirdisch, und die Züge verkehren tagsüber alle fünf, abends alle zehn und während der Wochenendnächte alle fünfzehn Minuten. Soweit die nüchternen Fakten. Wenn man nun in Berlin mit der U-Bahn fährt, und das vielleicht nicht, um ein Ziel zu erreichen oder überhaupt irgendwo anzukommen, sondern eher wie ein Gemächlich durch die Straßen schlendernder Flaneur, dann kann einem auf diesen Fahrten Erstaunliches widerfahren: an Begegnungen, Erlebnissen, Erkenntnissen.

Ein ganz besonderer Moment bei der Fahrt im Morgengrauen mit der U1 Richtung Osten ist der plötzliche Wechsel von der Unterwelt ans Tageslicht. Erst tauchen in rascher Folge neonhell

erleuchtet und wie Fata Morgana die Stationen aus dem Dunkel des Tunnels auf: Kurfürstendamm, Wittenbergplatz, Nollendorfplatz. „Einsteigen bitte!“ knarrt die Lautsprecherstimme, die Türen schließen sich druckluftseufzend, und der Zug fährt wieder in das Dunkel des Tunnels hinein. Hinter der Station Kurfürstendamm erlebt man dann den Augenblick der Überwältigung: Tunnel und Dunkelheit spucken den Zug kurz vor der Station Gleisdreieck hinaus in den jungen Tag, der fast noch Nacht ist und trotzdem schon aus nichts als Licht besteht. Da ist der Nachthimmel mit Sternen und Restmond, der sich am Horizont schon in einen noch schüchternen hellblauen Streifen zu verwandeln beginnt. Da sind die Straßenlampen, ferne Autoscheinwerfer, Ampeln, Leuchtklappen, der glitzernde Zug der U-Bahn selbst und die wie ein Raumschiff daliegende Station Gleisdreieck.

Fast kommt es einem vor, als habe sich die brave U1 in eine extraterrestrische Milchstraße verwandelt. Dazu als Geräuschsymphonie das rhythmische Stakkato der Räder, ächzende Weichen und quietschendes Metall. Wenige Stationen später, beim Überqueren der Oberbaumbrücke zwischen den Stationen Schlesisches Tor und Warschauer Straße, gibt es ein Bild von ähnlicher Intensität. Der über der Spree liegende dunstige Nebel, die sich im Wasser spiegelnden Lichter und der sich jetzt sehr schnell aufhellende Himmel verschwimmen zu einem diffusen Farbrausch, ganz so, als würde die U1 direkt in ein Gemälde William Turners hineinfahren.

Der Berliner Theaterkritiker Alfred Kerr schrieb beim Anblick der New York

er U-Bahn im Jahre 1923, es sei „unabwendbar vom Anblick einer Untergrundbahn fast religiös erschüttert zu werden“. Als Kerr dieses „neue Wunder“ bestaunte, hatte die U-Bahn den städtischen Lebensraum auch in Berlin schon radikal verändert. Dank der von Siemens entwickelten Elektromotoren und der Fortschritte im Tief- und damit auch Tunnelbau wurde die Untergrundbahn in wenigen Jahren zu dem öffentlichen Verkehrsmittel schlechthin. Das 19. Jahrhundert mit seiner Pferdekutschen-Behaglichkeit war schlagartig Vergangenheit und hatte einer großstädtischen Moderne Platz gemacht. Auch entferntere Stadtviertel, ebenso die urbane Peripherie, waren jetzt für jedermann erreichbar, was eine ganz neue Durchmischung sozialer Milieus zur Folge hatte. Raum und Zeit bekamen in den Stadtzentren eine ganz andere Dimension und Dynamik.



„Wir erklären, dass sich die Herrlichkeit der Welt um eine neue Schönheit bereichert hat: die Schönheit der Geschwindigkeit“, schrieb im Jahr 1909 Filippo Tommaso Marinetti in seinem Manifest des Futurismus und erklärte gleichzeitig: „Zeit und Raum sind gestern gestorben.“ Tatsächlich muss auf die Menschen von damals dieses neue Verkehrsmittel U-Bahn genau so gewirkt haben: als wahrgewordene Science Fiction. In einer länglichen Metallbüchse durch das Erdinnere zu rasen war ein unerhörtes Erlebnis.

Die heutige Linie U1 wurde sieben Jahre vor Marinettis Manifest in Betrieb genommen worden, im Februar des Jahres 1902. Auf der sogenannten östlichen Stammstrecke führen die Züge vom Bahnhof Stralauer Thor, den es nicht mehr gibt, zum Potsdamer Platz. Und das nicht unterirdisch, wie der Name „Untergrundbahn“ vermuten lässt, sondern auf stählernen Viadukten, die heute noch stehen. In den Jahren bis 1926 wurde die Strecke weiter ausgebaut und mit der westlichen Stammstrecke verbunden, die dann tatsächlich größtenteils unterirdisch verlief, wobei eine kurze Nebenstrecke vom Gleisdreieck aus zum Potsdamer Platz und weiter zum Zoologischen Garten führte. Diese damals Bill genannte Linie fuhr von der Station Warschauer Brücke bis zur Uhlandstraße, folgte also dem heutigen Verlauf.

In der südlichen Eingangshalle des Bahnhofes Hallesches Tor sind an den gekachelten Wänden einige historische Fotografien aus der Frühzeit der Berliner U-Bahn zu sehen. Hier steht neben dem Triebwagen der allerersten Berliner U-Bahn ein uniformierter, dunkelhäutiger Mann, der eher ernst als stolz in die Kamera blickt. Es ist Quana a Dibobe, in der Kameruner Missionsschule auf den Vornamen Martin getauft, der 1896 anlässlich der Berliner Gewerbeausstellung in die deutsche Reichshauptstadt kam. Trotz der Erfahrung als menschliches Ausstellungsexponat eines Völkerschau-Spektakels blieb Dibobe in Berlin, wurde erst Mechaniker und dann „Lokführer Erster Klasse“ bei der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin, kurz Hochbahngesellschaft genannt, der Vorläuferin der jetzigen Berliner Verkehrsbetriebe. Nicht nur als farbiger Zugführer, auch als politischer Aktivist wurde Dibobe zu einer lokalen Be-

rühmtheit. Ein von ihm 1919 verfasstes, heute „Dibobe-Petition“ genanntes Papier, in dem er unter anderem die Bürgerrechte für alle Menschen in den deutschen Kolonien forderte, blieb zwar folgenlos, ist aber noch immer ein beeindruckendes Dokument politischen Selbstbewusstseins. Als Leni Riefenstahl im Juni 1924 eben nicht in den Zug der U-Bahn einstieg, sondern stattdessen lieber ins Kino ging, war Quana a Dibobe schon nicht mehr in der Stadt. Er war 1922 mit seiner dritten Ehefrau nach Afrika zurückgekehrt.

Sitzt man in der U1 von heute und versucht all die Kilometer zusammenzurechnen, die diese U-Bahn-Linie seit ihrer allerersten Fahrt zurückgelegt hat, kann einem schon wieder schwindlig werden. Nur grob kalkuliert, hätte die U1 seit dem Jahr ihrer Eröffnung sechszigmal zum Mond und zurück fahren können. Und dann die Abermillionen von Menschen, jede und jeder von ihnen ein Schicksal mit sich herumtragend, die hier ein-, aus- und umgestiegen sind. So bestieg nur ein paar Jahre nach Riefenstahls folgenschwerer Bahnsteig-Vision am Nollendorfplatz der englische Romancier Christopher Isherwood in Begleitung seines Liebhabers Bubi oder seines Dichterkollegen W. H. Auden regelmäßig die U-Bahn, um das Berliner Nachtleben zu erkunden. Und fast zeitgleich ermittelte Erich Kästners Romanheld Emil mit seinen jugendlichen Detektiven rund um den Nollendorfplatz. Joseph Roth hingegen beschrieb 1924 in einem Text für die „Frankfurter Zeitung“ die U-Bahn-Station Gleisdreieck mit einem Furor, der an Marinettis futuristisches Manifest erinnert: „Alle vitalen Ereignisse des Umkreises haben hier Mündung und Ursprung zugleich, wie das Herz Ausgang und Ziel des Blutstroms ist, der durch die Adern des Körpers rauscht.“

In den Mythen der Moderne des frühen 20. Jahrhunderts ist die großstädtische U-Bahn genau das, ein unterirdischer Organismus, ein Paralleluniversum zur oberirdischen Stadt, gleichzeitig Verkehrsmittel wie auch lichtlose Unterwelt. „Schließlich steht das U für Untergrund“, heißt es im Song „Alle vier Minuten“ der Gruppe „Element of Crime“, in dem Sven Regener die Einfahrt der U1 in den Tunnel zwischen Gleisdreieck und Kurfürstendamm „als Fahrt in den Abgrund kurz vor Schöneberg“ besingt. In dem Mietshaus an der Dennewitzstraße, durch das die Züge der U1 tatsächlich fahren, soll man in den Wohnungen dank einer aufwendigen Tunnelisolierung nur ein zartes und sehr ferne Grollen hören. Aber allein die Vorstellung einer durch ein Berliner Mietshaus fahrenden U-Bahn, scheint viel eher eine Bilderfindung René Magrittes zu sein, als Wirklichkeit sein zu können.

Überhaupt kann es gerade während nächtlicher Fahrten mit der U1 zu manchmal phantastischen Szenarien kommen. Das liegt nicht nur an dem beständigen Wechsel zwischen Unter- und Oberwelt und den so ergreifend schönen Berliner Sonnenaufgängen am frühesten Morgen. Das liegt auch an dem großstädtischen Publikum, das vor allem in den Wochenendnächten die Friedrichshainer Clubs frequentiert und die U1 in einen fahrenden Laufsteg modischer Extravaganzen verwandelt. Wenn man als älterer Herr mit Tweedjackett und festem Schuhwerk vielleicht nicht unbedingt auf dem Laufenden ist, was Geschlechterdiversität heute bedeutet, so kann man nachts in der Berliner U1 viel lernen. Und über erotische U-Bahn-Phantasien hat schon vor hundert Jahren niemand so schön und schmerzvoll geschrieben wie Gottfried Benn. Sein „Untergrundbahn“ betitelt Gedicht, in dem er das voyeuristische Begehren beim Anblick einer fremden Frau beschreibt – „wie strömen deine Hüften so kühl den Hauch hervor, in dem du gehst“ –, könnte auch von einer Begegnung in der heutigen U1 inspiriert worden sein.

Sind Berliner U-Bahn-Fahrten nachts oft spektakulär, so sind sie tagsüber zwar nie langweilig, oft jedoch auf angenehme Weise monoton. Die rhythmische Geräuschkulisse ist zur vertrauten Melodie geworden, unterbrochen nur von dem regelmäßigen „Einsteigen, bitte!“ aus den Lautsprechern. Die Menschen kommen und gehen, manche hinterlassen einen Duft, andere im Ohr nachhallende Gesprächsfetzen. Jenseits der Abteile ziehen die Fassaden der Berliner Mietshäuser vorbei. Manchmal musiziert jemand, ohne es zu können, oder fragt nach Kleingeld. Und wie immer geht es am Gleisdreieck entweder in den Tunnel hinein oder hinaus. In der griechischen Mythologie ist der Styx der Fluss, auf dem die Verstorbenen ins Reich der Toten geführt wurden. Und auch wenn die Berliner U-Bahnen meist voller Leben sind, so lässt sich hier – gefühlt im Erdinneren – über Zufall und Schicksal, Leben und Tod gut nachdenken.

Manchmal jedoch geschieht es, dass das wirkliche und pralle Leben am helllichten Tag in die U-Bahn hineinplatzt wie ein Überfall aus Fröhlichkeit und Übermut. So im vergangenen Sommer an der U1-Station Prinzenstraße. Die Hitze hatte Berlin narkotisiert, die Freibäder der Stadt, so auch das nahe Prinzenbad, meldeten Besucherrekorde. Eine Gruppe Jugendlicher in bester Stimmung mit noch nassen Haaren und feuchten Handtüchern stürmte den Waggon. Gelächter, Flirts, Scherze und Rufe und plötzlich auch der Geruch von Sonnencreme und Chlor. Für ein paar Augenblicke verwandelte sich die U1 in einen Ferien-Express. Die Sonne schien, und alle lächelten, miteten in Berlin.

Ist es in meinem Kopf?

Von der Subkultur der Arbeiterklasse zum Jahrmarkt der Eitelkeiten: Einmal im Jahr treffen sich Tausende Mods mit ihren Motorrollern in Brighton. Der Fotograf Martin Kuschel war dabei.

Von Freddy Langer

Rebellisch? Martin Kuschel stockt einen Moment zu lang. Deshalb die Option, noch bevor er auch nur überhaupt Zeit hat, Luft zu holen: „Dann also romantisch?“ Und da muss er grinsen und sagt: „Irgendwie ja.“ Irgendwie sei das ein romantisches Unternehmen gewesen, sich mit zwei Freunden und drei völlig überpackten Vespas von Bielefeld aus auf den Weg nach Brighton zu machen, „zu pilgern“, wie er es formuliert, an einem letzten Augustwochenende, zum „Brighton Mod Weekender“, an dem sich seit jetzt neunzehn Jahren die Mods zu Hunderten und Tausenden in dem englischen Seebad treffen, um zu tanzen, zu trinken, Musik zu hören, einen Tag lang als riesige Meute durchs Land zu rollern und ansonsten anzugeben mit ihren teuren Klamotten und ihren aufgemotzten Motorrollern – wie auch nun wieder, von morgen an für drei Tage. Und wenn sie sich zwischendurch mit alten Parkas uniformieren, längst ebenfalls eines ihrer Erkennungszeichen, dann nur, um den feinen Zwirn vor schlechtem Wetter zu schützen.

Es gab eine Zeit, da waren die Mods den Sommer über jedes Wochenende in Brighton, das war in den Sechzigern und frühen Siebzigern, Arbeiterkinder, die in einer Subkultur Halt fanden, der Ästhetik wichtig war, von italienischen Anzügen bis zum italienischen Lebensgefühl, das Vespas und Lambrettas ausstrahlen, und die dennoch Schlägereien mit Rockern keineswegs verachteten – und wenn sie nur dazu dienten, denen zu zeigen, dass zwölfhundert Kubik, eine speckige Lederjacke und fettiges, langes Haar keineswegs genügen, um ein ganzer Kerl zu sein.

The Who, nach eigenen Angaben die lauteste Band der Welt, haben den Mods mit „Quadrophenia“ eine Rock-Oper geschrieben, die melancholische Coming-of-Age-Geschichte eines Jungen, der unter gleich doppelter Schizophrenie leidet. Aber wer weiß das schon: wer er ist, wohin er gehört. „The Real me“ heißt das erste Lied, in dem der junge Mann vom Psychiater zur Mutter und von dort zum Pfarrer rennt und sie allesamt bittet, ihn doch in seiner wirklichen Persönlichkeit zu erkennen. Später fragt er: „Is it in my head?“

Heute, sagt Martin Kuschel, seien die Teilnehmer des Wochenendes „nicht mehr ganz jung“. Aggressiv gehe es auch nicht mehr zu. Es sei eher ein Jahrmarkt der Eitelkeiten, auf dem alle freundlich seien und lächelten, sobald sie einen Fotoapparat sähen. Liest man die aktuelle Ankündigung der Veranstalter im Internet, bittet die Polizei darum, mit den geparkten Rollern nicht die Rampen für Rollstuhlfahrer an den Gehwegen zu blockieren. Das scheint deren größte Furcht.

Eigentlich, gesteht Martin Kuschel, eigentlich sei es ihm zu voll gewesen. Aus der Wahrnehmungskultur sei eine Zurschaustellungskultur geworden. Und auch wenn er seine Karriere ausgerechnet als Modofotograf begonnen hat und heute Image-Kampagnen fotografiert, war es ihm mit seinen Bildern aus Brighton gerade nicht um die Raffinesse der Kleidung zu tun, vieles Vintage, noch mehr selbst entworfen und genäht, sondern um Details, die im Wust der Massen zu ertrinken schienen. Dabei habe das dank Meer und Strand besonders effektive Licht ihn, der sonst so gerne in der Nacht arbeitet, eher irritiert, als dass er es als seinen Scheinwerfer zu bündeln verstand. Was ihm ins Auge stieß, waren Union-Jack-Wimpel, war das Hoheitszeichen der Royal Air Force, waren Dutzende Rückspiegel und Scheinwerfer an manchen Rollern oder ein Aufkleber von The Who an einer Windschutzscheibe – aber dann konnte er den markanten Gesichtern der Männer und den hübschen Gesichtern der Frauen doch nicht widerstehen. Aber eben auch nicht deren Tanzschuhen, die sie in Reihe gestellt hatten, um in bequemere Loafers zu schlüpfen.



Mit dem frisch-frech-fröhlich-italienischen Lebensgefühl, das die Vespa mit Gregory Peck und Audrey Hepburn einst vermittelt hat, haben die Motorroller der Mods, die sich einmal im Jahr im englischen Seebad Brighton treffen, herzlich wenig zu tun. Das sieht man an den Emblemen der Royal Air Force und Abzeichen mit Totenköpfen. Aber darum, Randalen mit den Rockern anzuzetteln, geht es ihnen auch schon lange nicht mehr. Fotos Martin Kuschel



GEW Hessen: Mehr als 1000 Lehrer fehlen

RHEIN-MAIN Wenn am Montag die Schule in Hessen wieder beginnt, dürfte die Personaldecke in zahlreichen Lehranstalten ziemlich dünn sein. Mindestens 1000 Lehrerstellen seien derzeit unbesetzt, kritisiert der Vorsitzende der Bildungsgewerkschaft GEW Hessen Thilo Hartmann. Er beruft sich auf Angaben des Kultusministeriums und eigene Berechnungen der GEW. Besonders stark betroffen seien Beruf- und Förderschulen sowie die Sekundarstufe I, vor allem an Gesamtschulen. Wie viele Lehrkräfte genau fehlten, ließe sich aber nicht sagen, meint Hartmann, denn das Kultusministerium veröffentliche dazu kaum Zahlen oder nur solche, die nicht vergleichbar seien. Hartmann wirft dem Land daher vor, das Problem zu „verschleiern“, denn der eigentliche Bedarf der Schulen sei vermutlich noch höher.

Die GEW hatte gemeinsam mit den Landesvertretern der Schüler und Eltern in Hessen zu einer Pressekonzferenz zum Schuljahresbeginn eingeladen. Deren Hauptthema war der Lehrkräftemangel. Besonders viele offene Stellen gebe es in Frankfurt und Offenbach, wo jeweils 165 beziehungsweise 148 Stellen unbesetzt seien. Weil unter anderem Sportlehrer fehlten, sei in Frankfurt an vielen Grundschulen kein regulärer Sportunterricht mehr möglich.

Hartmann zufolge ist auch die Zahl der Lehramtsanwärter rückläufig, während die Schülerzahlen, vor allem im Rhein-Main-Gebiet, stark ansteigen. Zuletzt hätten nur noch rund 2000 Lehramtsanwärter den Vorbereitungsdienst angetreten, während es vor fünf Jahren noch 2500 und 2023 noch 2300 gewesen seien. „Das sind Alarmzeichen, die ernst genommen werden müssen“, sagt der Gewerkschaftsvorsitzende. Es helfe auch wenig, die Zahl der Studienanfänger zu erhöhen, denn viele brächen nach dem „Praxischock“ ihr Studium ab. „Von 100 Studienanfängern landen nur noch 50 an hessischen Schulen.“

Der Lehrkräftemangel ließe sich auch durch zahlreiche Vertretungslehrer nicht ausgleichen. „Viele machen einen sehr guten Job, aber es sind keine ausgebildeten Lehrkräfte und sie haben keine Perspektive in ihrem Beruf.“ Hartmann empfiehlt der Landesregierung, sich an ihren Koalitionsvertrag zu halten, nämlich Vertretungslehrer zu entfristen und zu qualifizieren. Keinesfalls dürfe im Landeshaushalt an den Ausgaben für die Bildung gespart werden: „Das hessische Bildungssystem ist auf Kante genäht.“

Die stellvertretende Landeschulsprecherin Nele Vogel hält den wachsenden Rechtsextremismus unter Schülern für eine große Gefahr und fordert, verpflichtende Besuche von Gedenkstätten im Lehrplan zu verankern. Als stellvertretender Vorsitzender des Landeselternbeirats beklagt Thorsten Sprenger den schleppenden Ausbau des Ganztagsangebots an Grundschulen. Das Land habe keinen Überblick, wie viele Plätze noch fehlten. rsch.



Die aktuellsten
Meldungen aus
der Region auf
www.faz.net/rmz

Wetter

Der Tag zeigt sich mit strahlender Sonne und nur wenigen Wolken. Bei Höchsttemperaturen bis 26 Grad am Nachmittag bleibt es zudem trocken.

Temperaturen Dienstag	Min.	Max.
Flughafen Frankfurt	15°	24°
Feldberg im Taunus	13°	18°
Niederschlag Dienstag 0 bis 24 Uhr	Flughafen Frankfurt 0,0 mm	

Zeitlos

Ein gelungener Urlaub ist, wenn man den Rückflug verpasst, weil man vor lauter Entspannung den Wochentag verwechselt hat. rsch.



Nach der Tat: Bis zum frühen Mittwochmorgen sichern Ermittler am Frankfurter Hauptbahnhof Spuren am Tatort.

Foto: Lucas Bümmel

Bis in den frühen Mittwochmorgen sind die Spurensicherer im Einsatz gewesen, erst gegen 4.30 Uhr hoben sie die Sperrung der Gleise 7 bis 11 am Frankfurter Hauptbahnhof wieder auf. Schwer bewaffnete Polizeibeamte waren im Bahnhof und an dessen Eingängen zu sehen, rund um das Gebäude parkten zahlreiche Polizeifahrzeuge. Etwa eine halbe Stunde war der Bahnhof gesperrt, kein Zug konnte mehr fahren.

Die Nachricht, warum es zu der Sperrung gekommen war, verbreitete sich währenddessen über die sozialen Netzwerke: Ein Mann sei im Frankfurter Hauptbahnhof erschossen worden, hieß es dort. Von einem oder mehreren Kopfschüssen war die Rede, von einem Mord vor den Augen zahlreicher Reisender und Pendler.

Über das Motiv für die Tat wird seitdem spekuliert. Die Ermittler der Frankfurter Staatsanwaltschaft machen dazu noch keine Angaben. „Wir stehen noch ganz am Anfang“, sagt Oberstaatsanwalt Dominik Mies bei einem Pressetermin am Mittwochmorgen. Zahlreiche Zeugen würden noch befragt, Spuren müssten ausgewertet werden. Man müsse nun vor allem herausfinden, ob die Tat geplant gewesen sei.

Mehr Details nennt Mies zu Täter und Opfer. Der mutmaßliche Schütze ist ein 54 Jahre alter Türke, seine Meldeadresse ist in Baden-Württemberg, bislang sei er der Polizei noch nicht aufgefallen. Der Getötete war 27 Jahre alt und ebenfalls türkischer Staatsangehöriger. In

Tödliche Schüsse an Gleis 9

FRANKFURT Mitten im Hauptbahnhof wird ein Mann erschossen, Pendler stehen unter Schock. Täter und Opfer sind türkische Staatsbürger, das Motiv ist unklar.

Von Alexander Jürgs

Deutschland war der Mann nicht gemeldet. Darüber, in welchem Verhältnis die beiden zueinander standen, wisse man noch nichts.

Der mutmaßliche Täter sollte nach am Mittwoch einer Ermittlungsrichterin am Frankfurter Amtsgericht vorgeführt werden. Sie entscheidet über die Anordnung von Untersuchungshaft für den Vierundfünfzigjährigen. Zu der Tat habe sich der

Mann bislang nicht geäußert, sagt Pressesprecher Mies.

Die ersten offiziellen Informationen über die tödlichen Schüsse hatte am Dienstagabend die für den Hauptbahnhof zuständige Bundespolizei bekannt gegeben. Gegen 21 Uhr war es zu der Tat gekommen, eine Streife hatte die Schüsse gehört. Durch das Eingreifen der zwei Polizisten sei es gelungen, den mutmaßli-

chen Täter schnell zu stellen, sagt Oberstaatsanwalt Mies am Mittwochmorgen. Der Täter habe sich seinem Opfer an Gleis 9 von hinten genähert und ihm mit einer Pistole in den Kopf geschossen. Insgesamt dreimal habe er auf den Kopf des Mannes gezielt. Danach habe er die Tatwaffe in Richtung des Opfers geworfen und sei geflüchtet. Der Täter habe wohl versucht, in einen Zug zu entkommen, wurde an Gleis 7 jedoch von den Polizisten gestellt und festgenommen. Für sein Opfer kam jede Hilfe zu spät. Der Siebenundzwanzigjährige starb noch am Tatort.

„Das war ein Schock, als ich die Schüsse hörte“, berichtet ein Augenzeuge gegenüber der F.A.Z. von der Tat. Er stand auf dem Bahnsteig zwischen Gleis 6 und 7 und wartete auf den Zug nach Fulda, als es zu der Tötung kam. Kinder hätten geschrien, einige Reisende seien in Panik davongelaufen, er selbst sei in einen ICE geflüchtet, der gerade auf das Gleis eingefahren sei. „Du denkst dann nur: Ich will hier weg. Du weißt ja nicht, ob es jetzt vorbei ist oder weiter Gefahr droht“, sagt der Zeuge. Die Schüsse habe er, obwohl er Kopfhörer trug, gehört und gesehen, wie der Täter davonlief. Über einen Tunnel am Gleis konnte er sich in Sicherheit bringen. „Die Mitarbeiter der Bahn-Sicherheit haben sich gut um die Leute gekümmert“, sagt er.

Wann mit weiteren Erkenntnissen zu der Tat oder dem Verhältnis der Männer zueinander zu rechnen ist, ist laut Mies schwer zu sagen. „Das kann in wenigen Stunden, aber auch erst in einigen Tagen der Fall sein.“

FRANKFURT Nach der Bundestagswahl könnte es keine direkt gewählten Abgeordneten aus Frankfurt mehr geben

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist klar: Der nächste Bundestag kann 2025 nach einem neuen Wahlrecht gewählt werden. Damit im Reichstag künftig maximal 630 Abgeordnete sitzen, werden nicht mehr alle direkt in den Wahlkreisen gewählten Abgeordneten ein Mandat bekommen. Diejenigen, die innerhalb eines Landes das relativ betrachtet schlechteste Ergebnis erzielt haben, gehen leer aus, wenn die Liste ihrer Partei nicht genügend Zweitstimmen erhalten hat. Auf diese Weise werden Überhang- und Ausgleichsmandate verhindert, die das Parlament zuletzt auf 736 Mitglieder anwachsen ließen.

Wie sich die Neuregelung auf die Zusammensetzung des Bundestags auswirkt, hängt von den konkreten Wahlergebnissen ab. Doch schon jetzt lässt sich prognostizieren, dass wahrscheinlich die Großstädte zu den Verlierern der sogenannten Zweitstimmendeckung der Direktmandate zählen werden. Denn in urbanen Räumen in Hessen haben nicht nur CDU und SPD Chancen auf ein Direktmandat, sondern es haben sich auch die Kandidaten der Grünen zu relevanten Konkurrenten entwickelt. Das führt dazu, dass Direktmandate häufig mit nicht sehr hohen Stimmenanteilen gewonnen werden. 2021 zum Beispiel reichten in Frankfurt Armand Zorn (SPD) und Omid Nouripour (Die Grünen) jeweils 29 Prozent, um ihren Wahlkreis zu gewinnen. In Offenbach, Darmstadt und Wiesbaden

führte sogar ein noch geringerer Stimmenanteil zum Sieg.

Bei der Wahl 2021 hätte das neue Wahlrecht in Hessen keine Auswirkungen gehabt, da keine Überhangmandate angefallen sind. Das heißt: Keine Partei gewann mehr Direktmandate, als ihr gemäß ihres Zweitstimmenanteils zustanden. Blickt man jedoch vier Jahre weiter zurück, sieht die Situation ganz anders aus. 2017 gewann die CDU in Hessen 17 Direktmandate, darunter in den beiden Frankfurter Wahlkreisen. Die auf die CDU-Landesliste entfallenen Zweitstimmen reichten jedoch nur für 14 Mandate. Nach dem damals geltenden Wahlrecht fielen also drei Überhangmandate an, die nach einem komplizierten System mit zusätzlichen Sitzen für andere Parteien ausgeglichen wurden.

Hätte 2017 schon das neue Wahlrecht gegolten, wären hingegen die drei Wahlkreisgewinner der CDU mit dem niedrigsten Stimmenanteil leer ausgegangen. Das waren die beiden direkt gewählten Frankfurter Abgeordneten Matthias Zimmer (30,5 Prozent) und Bettina Wiesmann (32,4 Prozent) sowie Astrid Mannes (30,7 Prozent) aus dem Wahlkreis Darmstadt. Andere Abgeordnete gewannen ihr Direktmandat mit einem deutlich höheren Stimmenanteil, Michael Brand im Wahlkreis Fulda in Osthessen zum Beispiel mit 45,2 Prozent. Daran zeigt sich die Tendenz, dass Großstadtkandidaten schlechtere Aus-

sichten haben als ihre Parteifreunde in ländlichen Regionen.

Bei der CDU könnten die Folgen bei der kommenden Bundestagswahl besonders gravierend sein. Zwar vergeht bis dahin noch mehr als ein Jahr, in dem sich viel verändern kann. Doch liegt die CDU derzeit in allen Umfragen mit großem Abstand vor SPD, AfD und Grünen. Das Internetportal wahlkreisprognose.de, das die Umfrageergebnisse regional umlegt, kommt zu dem Schluss, dass derzeit 21 der 22 hessischen Wahlkreise „sicher“ oder „eher sicher“ von der CDU gewonnen werden. In Kassel sieht das Portal zwar ebenfalls die CDU vorne, legt sich jedoch nicht fest. Angesichts der aktuellen Umfragen erscheint es unrealistisch, dass die Zweitstimmen der CDU für 21 Mandate in Hessen reichen. Deshalb wird es wohl Kandidaten geben, die zwar einen Wahlkreis gewinnen, aber kein Mandat. Wen es trifft, ist schwer vorherzusagen, aber die Ergebnisse früherer Wahlen deuten darauf hin, dass es die Bewerber in Frankfurt, Darmstadt, Offenbach und Wiesbaden besonders schwer haben werden. Es kann sogar sein, dass es keine direkt gewählten Bundestagsabgeordneten aus Frankfurt mehr gibt.

Die Frankfurter CDU-Politikerin Bettina Wiesmann, die 2017 bis 2021 direkt gewählte Abgeordnete war und kürzlich über die Landesliste in den Bundestag nachrückte, hält das für problematisch. „In Großstädten wie Frankfurt sind die

Wahlkreise stark umkämpft, sie werden meist nur mit geringem Vorsprung gewonnen.“ Das könne dazu führen, dass große Ballungsräume im nächsten Bundestag weniger stark repräsentiert sind und damit benachteiligt werden. „Aus meiner Sicht muss das Wahlrecht auch aus diesem Grund noch einmal korrigiert werden – und zwar vor der nächsten Wahl“, sagt Wiesmann. Die Ampelkoalition sollte im Interesse des Vertrauens in die Demokratie auf die Gesprächsangebote von CDU-Chef Friedrich Merz eingehen, meint sie.

Der Frankfurter SPD-Abgeordnete Armand Zorn räumt ein, dass das neue Wahlrecht einige Schwächen habe. „Es ist schwierig zu vermitteln.“ Dennoch hält er die Reform für richtig. „Es ist nicht die optimale Lösung, aber wir haben eine gute Balance gefunden.“ Kandidaten in urbanen Räumen hätten es zwar künftig besonders schwer, doch auch im bisherigen Wahlrecht gebe es Verzerrungen.

Derzeit ist Frankfurt mit zwei Grünen und je einem Mitglied von SPD, CDU, FDP und Linken im Bundestag vertreten. 0,8 Prozent der Abgeordneten für 0,9 Prozent der Einwohner – die Quote ist nicht nur an der Frage, ob es weiterhin direkt gewählte Abgeordnete gibt. Wer aus Frankfurt nach Berlin geschickt wird, bestimmen auch die Parteien bei der Zusammensetzung ihrer Landeslisten. mu.



Weniger Gewicht in Berlin

Von Günter Murr

Das deutsche Wahlrecht ist kompliziert. Wer nachvollziehen will, wie die Zusammensetzung des aktuellen Bundestags zustande gekommen ist, muss sich durch ein mehrere 100 Seiten starkes Dokument kämpfen und sich mit Begriffen wie Divisoren, Ober- und Unterverteilung oder Ausgleichsmandaten befassen. Allein deshalb ist eine Reform und Vereinfachung des Wahlrechts sinnvoll – ganz unabhängig von dem Ansinnen, den Bundestag auf eine bestimmte Größe zu beschränken.

Mit der von der Ampelkoalition in Berlin beschlossenen Reform wird aber ausgerechnet ein Prinzip abgeschafft, das für Wähler leicht zu verstehen ist: In einem Wahlkreis wurde bisher der Kandidat mit den meisten Erststimmen in den Bundestag gewählt. Künftig gilt: Vielleicht wird im Wahlkreis jemand gewählt, vielleicht aber auch niemand – wenn der Stimmenanteil zu niedrig ist. Das ist juristisch in Ordnung, wie das Bundesverfassungsgericht bestätigt hat. Politisch klug ist es nicht. Denn Wähler werden sich fragen, warum sie überhaupt ihre Stimme abgeben, wenn am Ende kein Direktkandidat ein Mandat erhält.

Mit der schon bei der Gründung der Bundesrepublik eingeführten Mischung aus Mehrheitswahlrecht in den Wahlkreisen und Verhältniswahlrecht über die Landeslisten sollte gewährleistet werden, dass sich der Bundestag aus Abgeordneten aus allen Regionen zusammensetzt. Dabei geht es weniger um die viel zitierte Nähe zwischen Wählern und Gewählten. Die meisten Bürger werden den Abgeordneten ihres Wahlkreises nie persönlich treffen.

Viel wichtiger ist es, dass es aus allen Regionen Abgeordnete gibt, die ihre jeweilige lokale Perspektive in die Bundespolitik einfließen lassen. Frankfurt hat zum Beispiel als Verkehrsknoten, als wachsende Finanzmetropole und als Drogenzentrum ganz andere Probleme als eine Kleinstadt im ländlichen Raum. Schon bisher haben es die Großstädte wegen der strukturellen Zusammensetzung des Bundestags schwer, ihren Interessen in Berlin Gehör zu verschaffen. Mit der Wahlrechtsreform drohen sie weiter an Gewicht zu verlieren. Nicht aus sachlichen Gründen, sondern weil die politischen Strukturen ohne klar dominierende Parteien Wahlsiege mit hohem Stimmenanteil unwahrscheinlich machen. Diese drohende Schwächung der Großstädte muss dringend korrigiert werden.

Schärfere Regeln für Handgepäck

FRANKFURT An den Flughäfen werden die Flüssigkeitsregeln fürs Handgepäck wieder verschärft. Passagiere dürfen vom 1. September an Flüssiges wieder ausschließlich in Behältern mit maximal 100 Millilitern mit sich führen, wenn diese zudem in einer durchsichtigen Plastiktasche mit einem Höchstvolumen von einem Liter verpackt sind. Darauf weisen die Bundespolizei und der Frankfurter Flughafenbetreiber Frankfurt hin.

Hintergrund sind Zweifel bei der EU an der Zuverlässigkeit der neuartigen Gepäckscanner mit der aus der Medizin bekannten Computertomographie-Technik (CT). Diese können in Sekundenschnelle dreidimensionale Bilder des Handgepäckinhalts herstellen, sodass die Flüssigkeitsregelungen überflüssig schein. Die bereits 2006 eingeführte Flüssigkeitsregel war aus einigen deutschen Kontrollspuren ausgesetzt worden, wenn das Gepäck mit CT-Scannern überprüft werden konnte. Damit ist nun bis zu einer Überprüfung der Sicherheitszweifel vorerst Schluss. lhe.

Grüne könnten Mandate neu vergeben

Spekulationen zur Bundestagswahl

WIESBADEN Die Diskussion in der Partei ist in vollem Gange. Zwar beschließen die hessischen Grünen erst Anfang Februar ihre Kandidatenliste für die voraussichtlich am 28. September 2025 anstehende Bundestagswahl. Aber die Abgeordneten und solche, die es werden wollen, beginnen, sich zu positionieren.

Belebt wird die innerparteiliche Debatte durch die Nachricht, dass der frühere Wirtschaftsminister und Landtagsabgeordnete Tarek Al-Wazir offenbar eine Kandidatur für den Bundestag erwägt. „Die Spekulation ehrt mich“, hatte er der F.A.Z. auf Nachfrage gesagt. Die „Entscheidung, wer wofür kandidiert“, falle im Herbst.

Sollte der Dreifundfünfzigjährige in den Bundestag einziehen, würde der Ko-Vorsitzende der hessischen Landespartei, Andreas Ewald, in den Hessischen Landtag nachrücken. Der 35 Jahre alte Ingenieur aus Darmstadt, der seine Aufgabe an der Spitze der Partei auf einer Vollzeitstelle wahrnimmt, steht auf dem 22. Rang der Kandidatenliste, mit der die Grünen in die Landtagswahl am 8. Oktober zogen. So verpasste er den Einzug ins Parlament denkbar knapp.

Wenn ein Kandidat der Grünen nachrücken müsste, werde er seine „Verantwortung wahrnehmen“, sagte Ewald der F.A.Z. auf Nachfrage. Dass Al-Wazir einen Platz frei macht, um nach Berlin zu gehen, ist allerdings noch nicht ausgemacht.

Sein Parteifreund, der gegenwärtige Offenbacher Bundestagsabgeordnete Wolfgang Strengmann-Kuhn, überlegt nach seinen Angaben noch, ob er abermals antritt. Der Sechzigjährige gehört dem Bundestag mit einer kurzen Unterbrechung von vier Monaten seit dem Jahr 2005 an. Am Ende der Sommerpause will er sich erklären. Parteifreunde wollen allerdings wissen, dass er sich schon entschieden habe aufzuhören.

Al-Wazir wohnt in Offenbach. Der Dreifundfünfzigjährige war dort über viele Jahre in der Kommunalpolitik aktiv und kandidierte regelmäßig auf einem sicheren Listenplatz für den Hessischen Landtag. Im Jahr 2018 gelang es ihm sogar, dem damaligen Gesundheitsminister Stefan Grüttner (CDU) das Direktmandat abzunehmen.

Der Offenbacher Bundestagswahlkreis umfasst acht Gemeinden des Landkreises. Er ist für die Grünen nach menschlichem Ermessen nicht direkt zu gewinnen. Darum würde Al-Wazir einen sicheren Platz auf der Landesliste bekommen, um in den Bundestag einziehen zu können.

Strengmann-Kuhn stand 2021 als zweiter Mann hinter dem heutigen Bundesvorsitzenden Omid Nouripour aus Frankfurt auf Rang vier der Landesliste. Dieser Platz würde auch in dem Fall, dass die Grünen bei der nächsten Bundestagswahl deutlich schlechter abschneiden sollten als 2021, mit einiger Sicherheit den Einzug ins Parlament ermöglichen. Aber er ist nicht unmittelbar mit der Kandidatur in Offenbach verknüpft.

Sollte Al-Wazir in Offenbach als Direktkandidat aufgestellt werden, ist damit für ihn noch nicht viel gewonnen. Um eine Chance zu haben, dem nächsten Bundestag anzugehören, müsste er am 1. Februar mit einem vorderen Listenplatz ausgestattet werden. In diesem Fall hätte wiederum Ewald Grund zur Freude.



Von der Schiersteiner Brücke überquert: Die Wiesbadener Rheininsel Rettbergsaue soll absehbar wieder ein attraktives Ausflugsziel werden.

Foto Axel Häslar



Andreas Ewald

Die Freunde der Wiesbadener Rettbergsaue können wieder hoffen, dass die drei Kilometer lange und bis zu 400 Meter breite Rheininsel absehbar die Chance auf eine Revitalisierung als Ausflugsziel erhält. Denn der immer noch geschlossene Radweg unter der Schiersteiner Brücke soll bald geöffnet werden, sodass die Ausflügler nicht nur auf das Fährboot Tamara angewiesen sind. Vor allem aber hat sich die Landeshauptstadt endlich dazu durchgerungen, einen Seitenarm des Rheins auf der Insel auszubaggern, damit Besucher dort wieder ein Badevergnügen erwarten.

Wie Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende (SPD) berichtet, ist der Auftrag für das Ausbaggern des verlandeten Seitenarms durch den kommunalen Bäderbetrieb Mattiaqua vergeben worden. Die Arbeiten sollen noch in diesem Jahr erledigt werden, sofern der Wasserstand des Rheins unter den Pegel von 250 Zentimetern fällt.

Laut Mende ergänzt das Ausbaggern die „vielfältigen, umfassenden Maßnahmen zur Attraktivierung“ der Rettbergsaue. Mattiaqua arbeite intensiv daran, das Freizeitangebot auf der weitgehend unter Naturschutz stehenden Rettbergsaue zu erhalten und auszubauen. Der Radweg auf die Insel werde „rechtzeitig zur Saison 2025“ eröffnet. Auch der Uferweg zwischen den beiden Freizeitgeländen auf der Insel werde wieder begehbar gemacht. Das Radfahren bleibe auf der Insel aber verboten.

Nach Angaben der Stadt sind inzwischen zwei neue Spielgeräte auf dem Freizeitgelände Schierstein installiert worden. Das Inselcafé habe einen neuen

Ausbaggern rückt näher

WIESBADEN Die Rheininsel Rettbergsaue ist Naturschutzgebiet und Freizeitgelände. Die Vernachlässigung der zurückliegenden Jahre soll ein Ende haben.

Von Oliver Bock

Anstrich erhalten. Ausgetauscht werden sie teilweise auch die Beleuchtung auf dem Gelände, auch seien die Sanitäranlagen modernisiert worden. Vorgesehen sei zudem die Pflanzung von zehn neuen Bäumen. Mende verweist darauf, dass der Fährbetrieb der Tamara durch einen Zuschuss von Mattiaqua maßgeblich ermöglicht werde.

Zu dem von den Ortsbeiräten lange geforderten Ausbaggern des Seitenarms sagte Mende, es sei Mattiaqua endlich gelungen, schwierige rechtliche Fragen zu klären. Die Schadstoffanalyse des Sediments sei abgeschlossen, die Genehmigung des Wasser- und Schifffahrtsamts liege vor, und ein Unternehmen sei mit den Baggerarbeiten betraut worden. Wegen des Vogelschutzes auf der Rheininsel

könne aber nur im September gebaggert werden, sofern der aktuell noch bei 267 Zentimetern stehende Rheinpegel dies zulasse. Sollte der Pegel nicht sehr bald unter 250 Zentimeter fallen, werde das Ausbaggern erst im September des nächsten Jahres möglich sein.

Insgesamt erstreckt sich die Rettbergsaue über eine Fläche von 68 Hektar innerhalb der Gemarkungen von Biebrich und Schierstein. Damit zählt sie zu den größten Inseln im Rhein. Der Rad- und Gehweg auf der Ostseite der Schiersteiner Brücke ist schon seit 2013 gesperrt, weil das Areal für den Brückenneubau in Beschlag genommen worden war. Die Insel ist für ihre reichhaltige Vogel- und Pflanzenwelt bekannt und seit 1978 ein 1984 noch einmal erweitertes

Naturschutzgebiet wegen ihrer Funktion als Brut- und Rastplatz für bedrohte Vogelarten. Die Unterschutzstellung beendete die kühnen Pläne der frühen Siebzigerjahre, die Insel in ein attraktives Naherholungsgebiet mit Ferienwohnungen, Reitstall, Sportstätten, Seminarhaus, einem Café und Rundwanderwegen umzugestalten – inklusive einer Seilbahn nach Biebrich.

Geologisch gesehen ist die Insel eine nach der jüngsten Kaltzeit entstandene Flussauffüllung des Rheins aus Lehm und Sand. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts bestand sie aus zwei Teilen: Biebricher Wörth und Schiersteiner Wörth. Ihren Namen verdankt sie dem nassauischen Offizier Freiherr Carl von Rettberg, der den westlichen Teil der Insel im Jahr 1832 erworben hatte. 1914 wurde das Strandbad Schierstein gegründet, 1921 folgte am Nordufer das Strandbad Biebrich, die aber beide wegen der Verschmutzung des Rheins Anfang der Sechzigerjahre wieder geschlossen wurden. Dennoch blieb die Insel mit ihren Spiel- und Grillplätzen und dem Café ein beliebtes Naherholungsgebiet.

In jüngerer Zeit waren aber die Sorgen gewachsen, dass die Stadt das „Kleinod“ ohne Not dem Verfall preisgibt. „Die Rettbergsaue darf nicht sterben“, war im Frühjahr ein Berichtsantrag der Rathausfraktionen von CDU und FDP überschrieben. Auch das Linksbündnis griff das Thema auf, dem die damals noch kursierende Kostenschätzung für das Ausbaggern von 150.000 Euro aber zu hoch war. Nun geht es offenbar deutlich billiger: Knapp 35.000 Euro netto soll es kosten, um der Attraktivität der Insel wieder einen Schub zu geben.

Städte im Taunus setzen auf Kunstrasen

KÖNIGSTEIN/USINGEN Kommunen erneuern Sportplätze / Vorteile gegenüber Naturrasen überwiegen

Der Sportplatz am Königsteiner Kreisel zeigt sich Vorbeifahrenden zurzeit in Schwarz statt Grün. Der Grund ist, dass die Stadt den Kunstrasen entfernt hat und im Lauf der nächsten Wochen durch einen neuen ersetzt. Das ist laut dem Ersten Stadtrat Jörg Pöschl (CDU) nach 14 Jahren „intensivster Nutzung“ dringend notwendig. Die jetzt zu sehende schwar-

ze Fläche bildet schon die Unterschicht für den neuen grünen Belag.

Laut Pöschl, der unter anderem Sportplatz 230.000 Euro aufwenden. Die Summe sei in den Haushalt dieses Jahres eingestellt und werde nun abgerufen. Ende September sollen die Fußballer den Platz wieder nutzen können.

Der ehrenamtliche Erste Stadtrat nennt es überfällig, den 2010 verlegten Belag zu erneuern. Üblicherweise halte Kunstrasen etwa zehn Jahre. Pöschl meint: „Es gibt wohl wenige Kunstrasenplätze im Hochtaunuskreis, die derart stark beansprucht wurden wie das Kunstgrün am Königsteiner Kreisel, das vom 1.FC-TSG Königstein mit seinen 27 Mannschaften bespielt wird.“

Anders als beim bisherigen Kunstrasen verwendet die Stadt künftig kein Gummi-Granulat mehr. Die Mannschaften könnten auch ohne die Zusatzausstattung dort spielen und trainieren, heißt es. Der Verzicht solle der Umwelt dienen, denn beim Granulat handle es sich um Mikroplastik. Zudem sei das Gummi bei Hitze verklebt. Möglicherweise wird es noch durch eine Korkfüllung ersetzt. Als Vorteil des Kunstrasens gegenüber Naturrasen sieht die Stadt, dass er das gesamte Jahr über genutzt werden könne und strapazierfähiger sei. Es sei weniger Pflege nötig, was Zeitaufwand und Kosten vermindere. Der bei Naturrasen höhere Wasserverbrauch spiele laut einer Sprecherin ebenso eine wichtige Rolle. Auf dem Sportplatz hinter dem Taunusgymnasium unterhält Königstein einen herkömmlichen Rasenplatz. Dort gibt es zwar eine Zisterne. Aber in heißen Sommern habe das Wasser nicht immer gereicht.

Auch beim Licht will die Stadt Ressourcen sparen. Deshalb werden die Flutlichtanlagen der Sportplätze auf LED-Technik umgerüstet. Im vorigen Oktober seien Förderanträge für die Plätze am Kreisel und in den Stadtteilen Fal-

kenstein und Schneidhain nach Berlin gegangen. „da wir als Klimakommune für dieses Projekt bis zu 80 Prozent Bundesfördermittel erhalten können“. Ein Antrag für den Mammolshainer Sportplatz ist jetzt laut Pöschl ebenfalls unterwegs. Wenigstens für die drei anderen rechnet er mit einer Zusage im Lauf des Jahres.

Neuer Kunstrasen wird auch in Usingen verlegt. Dort ersetzt er den bisherigen Naturrasen. Die Arbeiten sind Teil einer umfassenden Sanierung des Sportplatzes Muckenacker nach 34 Jahren. Daran beteiligt sich der Hochtaunuskreis als Schulträger, weil auch Klassen den Platz nutzen. Zum Ortstermin am Mittwoch kündigte sich daher nicht nur Bürgermeister Steffen Wernard an, sondern auch Landrat Ulrich Krebs (beide CDU).

Der Kunstrasen braucht einen Unterbau aus mehreren Schichten. Dafür wird zunächst die Naturrasennarbe abgefräst und der Baugrund um 30 Zentimeter abgetragen. Auf dem neu angelegten Bett soll nach den Plänen bis Ende September der Kunstrasen verlegt werden. Danach wird die Leichtathletikanlage modernisiert und insbesondere die Laufbahn saniert. Auch in Usingen soll künftig LED-Licht leuchten, wofür vier 18 Meter hohe Flutlichtmasten aufgestellt werden.

Die Gesamtkosten betragen knapp 1,1 Millionen Euro. Jeweils 400.000 Euro übernehmen Stadt und Kreis, der Usinger Sportverein TSG 1846 zahlt knapp 100.000 Euro. Vom Sportstätten-Förderprogramm des Landes Hessen kommen weitere gut 170.000 Euro. Das Bauende ist für Mitte Oktober vorgesehen. flf.



Kunstrasen der Natur zuliebe

Von Florentine Fritzen

In manchen Familien war vor vielen Jahren sogenanntes Kunststiefel verpönt. Gemeint war nicht der Belag von Schlittschuhbahnen, sondern Wasserreis am Stiel, für dessen lecker leuchtende Farben Stoffe sorgten, deren Namen aus dem Buchstaben E und drei Ziffern bestanden. Statt Flutschfinger gab es also Mini Milk. Weil es natürlicher erschien.

Auch auf Kunstrasen werfen einige Menschen abfällige Blicke, etwa sobald sie die Deko im Lokal als Attrappe enttarnt haben. Der Kunstrasen hat ebenfalls Kritiker. Manche nennen ihn kratziger als Naturrasen, andere rutschiger – zumindest, wenn es trocken ist, bei Regen schlittern Sportler auf beiderlei Grün. Unter Umweltbewussten hält sich die Sorge, dass das Granulat als Mikroplastik in den Naturkreislauf wandert.

Trotzdem setzen Städte beim Belag der Sportstätten auf Kunst statt Natur. Mitunter schon zum wiederholten Mal – und aus Erfahrung klüger. So wird er in die Jahre gekommene Kunstrasen von 2010 auf einem Fußballplatz in Königstein jetzt ohne Granulat erneuert. Hoffentlich bestätigen die Sportler die Erkenntnis der Stadt, er sei auch so bespielbar. Die Stadt Usingen hat sich beim Modernisieren eines Sportplatzes ebenfalls für ein Kunstprodukt entschieden und ersetzt damit einen bisherigen Naturrasen.

Die Kommunen haben gute Gründe. Sportlergruppen mit Naturrasenplatz müssen im Winter pausieren oder in die Halle ausweichen. Auf Kunstrasen lässt sich trotzdem trainieren. Außerdem ist er pflegeleichter. Das fällt in Zeiten ins Gewicht, in denen Vereinen die Ehrenamtlichen abhandenkommen und Städte unter Personalkosten ächzen. Wenn echten Rasen niemand mäht, wässert, nachsät und die Linien nachzieht, wird er unansehnlich – und unbespielbar.

Das beste Argument für Kunstrasen ist, dass er der Natur nutzt. In Königstein hat der bisherige 14 Jahre gehalten. Beim Nachhaltigkeitscheck schnitt er damit vermutlich besser ab als Naturrasen. Dasselbe gilt für den Wasserverbrauch. Besonders in Taunuskommunen wie Königstein, die im Sommer oft vor dem Trinkwassernotstand stehen. Der Kunstrasen bleibt dann trotzdem grün.

Zaun gegen Schweinepest

WIESBADEN Im Kampf gegen die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) wird in Südhessen ein 50 Kilometer langer fester, wildschweineicher Zaun gebaut. Mit dem Bau von Dieburg im Norden bis zur Landesgrenze im Süden entlang der Bundesstraße 45 sollte noch am Mittwoch begonnen werden, teilte das Landwirtschaftsministerium mit.

„Dieser feste Zaun ist eine weitere wichtige Maßnahme im Rahmen der Gefahrenabwehr. Wir wollen einen deutlichen Vorsprung vor dem Seuchengeschehen erzielen und eine starke Barriere gegen die Ausbreitung der ASP auf andere Regionen bilden“, sagte Landwirtschaftsminister Ingmar Jung (CDU).

Dem Ministerium zufolge soll im Zwei-Schicht-Betrieb mit sechs Baugruppen parallel gearbeitet werden. In zwei bis drei Wochen soll der Zaun stehen, um damit eine Ausbreitung in den Odenwald und in die Nachbarländer Bayern und Baden-Württemberg zu verhindern. Der neue Zaun sei eine Reaktion auf die wiederholten Einzelfälle von Schweinepest außerhalb der bereits bestehenden taktischen Zäune.

In Hessen ist Mitte Juni erstmals ein Wildschwein positiv auf die Schweinepest getestet worden. Das Tier wurde nahe einer Landstraße im Kreis Groß-Gerau gefunden. Nach diesem Ausbruch wurden die Schutzzone immer weiter ausgeweitet. Betroffen sind derzeit vor allem weite Teile Südhessens, aber auch Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Den aktuellen Zahlen des Landwirtschaftsministeriums zufolge wurden bisher 114 Fälle von ASP bei Wildschweinen nachgewiesen. Auch bei acht Hausschweinbeständen, alle im Landkreis Groß-Gerau, wurde die Seuche nachgewiesen. lhe/elzo.

Buch.Der Markt
Hauptstr. 73 · 65719 Hofheim a. Taunus
Tel.: +49 6192 9630, Fax: +49 6192 1234

Öffnungszeiten:
Mo-Fr 8.00-20.00 Uhr
Sa 7.30-18.00 Uhr

ÖKO-KONTROLLSTELLE DE-ÖKO-006

MITTWOCHE, 14.08. - DIENSTAG, 27.08.2024

Trauben
verschiedene kernlose Sorten, rot, blau oder grün, aus Italien oder Griechenland, HKL II
je 1 kg **4,99**

BIONELLA
Nuss-Nougat-Creme
zart schmelzender Brotaufstrich mit 14 % frisch gerösteten, aromatischen Haselnüssen, verfeinert mit echter Bourbon-Vanille, vegan
400 g (1 kg = 8,33) **3,33**

Als Aufklärer unterwegs:
Elena dokumentiert auf Instagram ihre Erfolge dank Sport, bewusster Ernährung und der Operationen.

Foto brc_bariatriccouple/Instagram



Unter einigem Gekeuche wuchten Elena und Ingmar im Baumarkt einen 25-Kilo-Sack mit Gartenkies auf einen Rollwagen. Dann noch einen. Und noch einen. Als sie fünf davon aufgeladen haben, stehen sie für einen Moment ein wenig ehrfürchtig davor: Gemeinsam haben sie in den letzten Jahren 130 Kilogramm abgenommen, mehr, als diese fünf Säcke wiegen. Diese Last schleppten sie jeden Tag mit sich herum, bevor sich beide zu einer Magenverkleinerung entschlossen hatten.

Auf Instagram zeigt das stark übergewichtige Ehepaar in Videos wie diesem Stationen auf seinem langem Weg vom Viel-zu-viel-Gewicht zurück zu Körpermaßen, die das Leben leichter machen. Allerdings in einem privaten Account, versperrt für ahnungs- und herzlose Hacker, geöffnet nach Prüfung für jene, die auf dem gleichen Weg wie sie sind oder ihn mit Mitgefühl begleiten. Ihren Nachnamen wollen die beiden daher auch hier nicht nennen, auf Instagram sind sie das „bariatric couple“. Bariatrisch wird die medizinische Behandlung von Übergewicht genannt.

Im Februar hat sich das Ehepaar bereits zum zweiten Mal gemeinsam einer Operation am Magen unterzogen. Nicht weil die erste erfolglos gewesen wäre, sondern weil eine Magenverkleinerung nur zu einem endlichen Erfolg führen kann. Nach einer sogenannten Honey-moon-Phase, in der die Kilos wie sonst nur bei falschen Diätversprechen purzeln, stabilisiert sich das Gewicht nach etwa einem Jahr wieder auf einem neuen Plateau – und kann auch wieder steigen. Der Körper hat sich auf die Veränderungen des Stoffwechsels eingestellt, erklärt Plamen Staikov, der Chirurg, der Ingmar und Elena zum wiederholten Male operiert hat. Staikov ist Spezialist für Revisionen, im Jahr operiert er Leiter des Frankfurter Adipositaszentrums am DGD Krankenhaus Sachsenhausen rund 300 Patienten zum zweiten, rund 900 zum ersten Mal.

Das sind nicht alle Schlauchmagen-OPs, bei denen das Magenvolumen um bis zu 85 Prozent verkleinert wird, es gibt mehr Optionen. Elena erhielt beim ersten Mal einen Roux-Y-Magenbypass, der beim zweiten Mal noch verlegt wurde, Ingmar zunächst einen Schlauchmagen, der dann zu einem sogenannten SADI umgebaut wurde. In beiden Fällen wird, verkürzt gesprochen, der Inhalt ihres verkleinerten Magens an einem Teil des Darms vorbeigeleitet, sodass weniger Nährstoffe, darunter auch Fette, vom Körper aufgenommen werden können.

Selbst diese massiven Umbauten im Verdauungstrakt werden heute laparoskopisch gemacht, sagt Staikov, fünf kleine Schnitte am Bauch, und die Patienten können nach wenigen Tagen wieder nach Hause gehen. Für den erfahrenen Operateur in weniger als einer Stunde erledigt, doch für Ingmar und Elena Eingriffe, die ihren Alltag dauerhaft verändern: Sie nehmen zwar deutlich ab, aber sie müssen auch für den Rest ihres Lebens auf ihre Ernährung achten, Essen und Trinken nach Möglichkeit trennen und jeden Tag jene Vitamine als Tabletten schlucken, die ihr verkleinert Magen und der verkürzte Darm nicht mehr aufnehmen können.

Doch die Not der stark Übergewichtigen, die sich zu einer solchen Operation entschließen, ist groß. „Wenn Sie einen Body-Mass-Index über 40 haben, können

Sie nicht mehr durch Diäten auf ein Normalgewicht kommen“, sagt Plamen Staikov. Dann ist Adipositas längst zur chronischen Krankheit geworden. Den Chirurgen treibt um, dass es im deutschen Gesundheitssystem keine wirkungsvollen Konzepte gegen die Fettleibigkeit gibt. „Wir verwalten die Krankheit nur.“

In Skandinavien habe man erkannt, wie wichtig es sei, schon Kindern in der Schule Ernährungstipps zu geben, Sportunterricht werde viel ernster genommen als hier. „Wir müssen bei den Kindern anfangen, das sind die adipösen Erwachsenen von morgen“, sagt Staikov. „Mit einer Erst-OP können Sie etwa 70 Prozent des Übergewichts loswerden“, fügt er hinzu. Dann sind viele seiner Patienten aber immer noch adipös; auch weil sie erst spät gehandelt haben. Und sind dann immer noch fern von einem Gewicht, das ihnen eine bessere Gesundheit verspricht, weniger Last auf ihren Gelenken, eine geringere Wahrscheinlichkeit, Diabetes und Bluthochdruck zu entwickeln.

Ingmar und Elena gehörten beide zu denen, die spät kamen. Weil der Leistungsdruck nicht so hoch war, die Angst vor dem drastischen Eingriff dazukam und insbesondere Ingmar lange Zeit daran festhielt, sein Leben und damit seine Figur aus eigener Kraft wieder in den Griff bekommen zu wollen. Eine Operation erschien ihm wie ein Scheitern, ein Ausweg für Feiglinge.

Auch in den sozialen Medien, erzählt Elena, kursiere der Mythos, eine bariatrische Operation sei der einfache Weg, Gewicht zu verlieren, viel einfacher, als sich Monate und Jahre mit Kalorienzählen und Sport zu quälen. „Für uns war wichtig anzuerkennen: Wir haben eine chronische Krankheit, und wir brauchen Hilfe. Wenn man sich ein Bein bricht, geht man ja auch zum Arzt.“

Die Vorbereitung auf ihre erste Operation im Dezember 2021 begann schon ein Jahr vor dem ersten Schnitt. Weil die Folgen des Eingriffs so weitreichend sind, soll jedem Patienten klar sein, worauf er sich einlässt. Mit einer Ernährungsberatung, Psychotherapie und einem Bewegungsprotokoll

werden vor dem Krankenhausaufenthalt die Weichen für die Zeit danach gestellt. Wer sich einer Magenverkleinerung unterzieht, muss es ernst meinen.

Elena war dazu bereit, Ingmar anfangs nicht. Probiert hatten beide schon so gut wie jene Diät, hatten die klassischen Auf und Abs des Gewichts, die Jo-Jo-Effekte, am eigenen Leib erfahren. Dauerhaft geholfen hatte nichts. Bei einem der zahlreichen Abnehmprogramme hatten sie sich vor 15 Jahren kennengelernt, vor sechs Jahren heirateten sie. Elena, die sich tief in Informationsberge vergräbt, bevor sie eine Entscheidung trifft, hatte dabei auch diese statistische Zahl gefunden: Wenn in adipösen Paaren nur einer abnimmt, übersteht das die Beziehung in 80 Prozent der Fälle nicht. Für sie, die Eigenverantwortung hochhält, war klar: Überreden darf sie niemanden zu einem

solch irreversiblen Eingriff, auch nicht ihren Mann. Aber als sie vor einigen Jahren mit Anfang dreißig Diabetes Typ 2 und Bluthochdruck entwickelte, war für sie der Kipppunkt erreicht. Sie wollte sich operieren lassen. Ingmar entscheidet sich schließlich auch dazu – aus freien Stücken, wie er betont.

Mit den Erfahrungen aus der ersten Operation wussten die Eheleute schon, was nach dem Eingriff auf sie zukam: einige Wochen, in denen nur Brei auf dem Speiseplan steht, damit die inneren Wunden so wenig wie möglich strapaziert werden. Nach wenigen Löffeln sind Elena und Ingmar schon satt, in ihre klein genähten Mägen passt ohnehin fast nichts mehr hinein. Wer mehr isst, bekommt davon nur Bauchschmerzen.

Der Brei soll dann aber bald ersetzt werden, die Experten des Adipositaszentrums empfehlen einen schnellen Kostaufbau nach der OP, sagt Elena: „Der Darm ist ja ein faules Stück, wenn er nicht gefordert wird, wird er träge und schnippisch.“ Die Ernährungsberater setzen daher nach der Anfangszeit keinerlei Verbote, was gegessen werden darf, damit keine dauerhaften Unverträglichkei-

ten entstehen und der Stoffwechsel nicht sein Können verlernt. Alles ist erlaubt, wenn auch in Maßen. Aber auch wer alle Empfehlungen wie Elena aufmerksam gelesen hat, ist nicht vor Übelkeit, Blähungen, Schwindel, Durchfall und Müdigkeit gefeit. Oder den gefürchteten Dumpings, die sich überfallartig wie ein schlimmer Kreislaufkollaps anfühlen können. Dazu hat bei ihr nach der ersten OP ein Schnapsglas voll Eierlikör genügt: Der Zucker schießt in den Darm, der sendet das Signal an die Bauchspeicheldrüse, Insulin auszuschießen, was aber für die kleine Menge an Süßem viel zu viel ist. Der Körper war abrupt unterzuckert, erklärt Elena. Wird ihr so nicht wieder passieren.

Bei Ingmar, dem es nach der ersten Operation vergleichsweise gut ging, hat sich Frustration nach der zweiten eingestellt. Seine Verdauung macht nicht, was er will, mehrfach täglich muss er auf die Toilette. Nachts bekam er Spätdumpings, viele Stunden nach der Mahlzeit, konnte nicht schlafen. „Ich war drauf und dran zu fragen, ob sie die Operation wieder rückgängig machen können“, gesteht er rückblickend ein. Dass er die heftigen ersten vier Wochen durchhält, hat er auch einer Internetbekanntschaft zu verdanken. Ein Mann, der die gleichen Operationen wie Ingmar in der gleichen Reihenfolge durchgestanden hat und identische Beschwerden beschreibt. Ihm glaubt Ingmar, als der ihm verspricht: Es wird besser werden. Und genau so kommt es. Die Waage motiviert Ingmar ebenfalls, das Gewicht sinkt, im März beginnt sein Honey-moon. Was er zu sich nehmen kann, ist weniger als das, was er an Kalorien verbrauchen kann, selbst im Liegen. Der Körper geht an seine Fettreserven.

Was dem Körper jedoch an Vitaminen fehlt, muss jeden Tag in Form von Tablet-

Ein langer Weg:
Im Jahr 2018 hat sich das Paar verlobt (großes Bild). Heute müssen die beiden jeden Tag Vitamine schlucken, die ihre Körper nicht mehr ausreichend über die Nahrung aufnehmen können (kleines Bild links). Die beiden Fotos unten zeigen Ingmar vor und nach der ersten Magenverkleinerung.

Fotos privat



Kein leichter Schnitt

FRANKFURT Elena und Ingmar lassen sich zum zweiten Mal den Magen verkleinern, um abzunehmen. Wer das für eine einfache Lösung hält, hat keine Ahnung.

Von Monika Ganster



Spezialist für Revisionen:
Plamen Staikov leitet das Adipositaszentrum im Krankenhaus Sachsenhausen.

Foto Aaron Leithäuser



Raum für Kunst: Die „Neue Teefabrik“ (links) bietet Ateliers auf 1600 Quadratmetern. Die Künstler der ersten Etage, Günter Zehetner, Toni Wombacher, Rosario Arostegui, Isabel Friedrich, Sigi am Thor und Monika Romstein (oben, von links) haben sich mit Geli von der Schulenburg, Tatiana Urban und Ekaterina Leo zu einer Miet-GbR zusammengetan. Das Bild unten zeigt einen Blick in das Atelier von Toni Wombacher.

2500 Gebäude auf der Liste

Die energetische Sanierung der 2500 städtischen Gebäude soll nach dem Willen der Koalition schneller vorangehen. In einem digitalen „Informations- und Sanierungsmanagement-Tool“ sollen alle Informationen zum Zustand verfügbar gemacht werden, um dann eine Prioritätenliste erstellen zu können. Kriterien wären etwa der Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen, aber auch, ob der allgemeine Zustand eine bauliche Sanierung erforderlich macht und diese ohnehin vorgesehen ist. In einem Antrag für eine „umfassende Sanierungsoffensive“ setzen sich Grüne, SPD, FDP und Volt große Ziele. Bis 2030 soll die Hälfte aller stadteigenen Immobilien auf einen möglichst klimaneutralen Gebäudebetriebszustand gebracht worden sein. Das heißt in der Regel, dass sie den Passivhausstandard erfüllen, wenn nicht technische, wirtschaftliche oder andere Gründe dagegensprechen. Die restliche Hälfte soll bis 2040 folgen.

Um möglichst viele Gebäude sanieren zu können, sollten die knappen Haushaltsmittel und Fachkräfte „so effizient und effektiv wie möglich“ eingesetzt werden, teilen die Koalitionsfraktionen mit. Unter den 2500 Gebäuden seien viele Schulen, Kitas und Verwaltungsgebäude, so der klimapolitische Sprecher der Grünen, David Edelmann. Die Sanierungsoffensive trage dazu bei, dass sie deutlich weniger Strom und Wärme verbrauchten, mit Photovoltaikanlagen ausgestattet und möglichst umfassend begrünt würden. Bei vielen stehe ohnehin eine Sanierung an, ergänzt Simon Witsch (SPD). Simon Papke (FDP) hebt hervor, wie wichtig eine solide Datengrundlage sei. Als Vorbild nennt Johannes Hauenschild (Volt) die Kunsthalle Schirn. Bauliche Mängel seien der Anlass für die Sanierung gewesen, jetzt werde sie auch energetisch saniert. **bie.**

AfD fragt nach Frauenhäusern

Das zweite Jahr in Folge hat die Fraktion der AfD im Römer ihr besonderes Interesse für die Frankfurter Frauenhäuser bekundet und abermals eine Anfrage über Kosten und Auslastung der Schutzeinrichtungen an den Magistrat gerichtet.

In der Stadt gibt es vier Frauenhäuser. Drei werden vom Frankfurter Verein für soziale Heimstätten geführt, ein Frauenhaus ist autonom. Das Jugend- und Sozialamt hat den Trägern der Einrichtungen im Jahr 2023 Zuschüsse für den Betrieb in Höhe von 627.162 Euro gewährt, dazu kamen Landesmittel in Höhe von 824.789 Euro, teilt der Magistrat mit. Außerdem habe die Aufstockung der verfügbaren Plätze um 20 im vergangenen Jahr die Lage bei der Aufnahme von Frauen in akuter Not entspannt.

Die AfD-Fraktion wollte außerdem wissen, wie sich der Anteil der Bewohnerinnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in den vergangenen neun Jahren entwickelt habe. Daraufhin heißt es, dass dies bei der Auswertung des Jugend- und Sozialamtes nicht relevant sei und daher keine Auskunft erteilt werden könne. **mg.**

RHEIN-MAIN

Leben in Frankfurt und in Hessen

VERANTWORTLICHE RESSORTLEITER: Manfred Köhler und Jacqueline Vogt, Marie Lisa Kehler (stv.)

Peter Badenhop (Koordination Newsroom), Matthias Trautsch (Koordination Reportage); Bernhard Biener, Ralf Euler, Monika Ganster, Mechthild Harting, Katharina Iskandar, Alexander Jürgs, Ingrid Karb, Anna-Sophia Lang, Daniel Meuren, Günter Murr, Martin Ochmann, Jan Schiefelhövel, Rainer Schulte, Johanna Schwanitz, Dieter Schwöbel, Timur Ting, Elena Zompi, Sascha Zoske.

KULTUR: Eva-Maria Magel (Koordination); Dr. Florian Balke, Katharina Deschka, Sonja Esmalzaldeh, Guido Holze.

WIRTSCHAFT: Daniel Schleidt (Koordination); Patricia Andreae, Dominik Großpietsch, Petra Kirchner, Barbara Schäder.

KORRESPONDENTEN: Oliver Bock, Andrea Diener, Dr. Florentine Fritzen, Hanns Mattes, Jochen Remmert, Markus Schug, Thorsten Winter.

LANDESPOLITIK: Dr. Ewald Hettröd.

ONLINE: Inga Janovic (Koordination Internet); Alexandra Dehe, Xenia Reinfels, Christian Riethmüller.

RHEIN-MAIN-SPORT: Der Rhein-Main-Sport wird redigiert von der Sportredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung; verantwortlich: Anno Hecker; Ralf Weibrecht.

ANSCHRIFT FÜR DEN VERLAG UND REDAKTION:

Postanschrift: 60267 Frankfurt am Main
Hausanschrift: Pariser Straße 1,
60486 Frankfurt am Main, Telefon (069) 7591-0,
E-Mail-Redaktion: rhein-main@faz.de

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Achim Pflüger, RheinMainMedia GmbH, Waldstraße 226, 63071 Offenbach, Telefon (069) 7501-3336, Telefax (069) 7501-3337, E-Mail: service@rmm.de

Anzeigenpreise laut RMM-Preisliste Nr. 29, gültig vom 1. Januar 2024 an.

Kunst statt Tee in der alten Fabrik

Sigi am Thor wäre auch ins Risiko gegangen, um diesen Ort zu bekommen. Als die bildende Künstlerin Wind davon bekommen hatte, dass an der Hohenstaufenstraße neue Atelierräume entstehen, war ihr klar: Das könnte ein guter Ort werden. Jetzt, wenige Tage nach der Fertigstellung der Räume, fühlt sich die neue Atelierrgemeinschaft im ersten Obergeschoss nicht nur für sie richtig gut an.

Als „Neue Teefabrik“ ist an der Hohenstaufenstraße 8, in unmittelbarer Nähe zu Messe, Europaviertel und dem Einkaufszentrum „Skyline Plaza“ in den vergangenen Monaten ein neuer Ort für Künstler und kreative Berufe entstanden, der auf mehr als 1600 Quadratmetern Arbeitsräume und Ateliers bereitstellt. Möglich gemacht hat den Umbau die Vernetzung der Vermittlungsagentur Radar und der städtischen Umbauförderung, die das Stadtplanungsamt verantwortet. Mehr als 40 neue Mieter versammelt die „Neue Teefabrik“, die Klingelschilder bilden die hiesige Kunstszene ab.

Seit 2011 vermittelt Radar in Frankfurt Leerstand zur Um- und Zwischennutzung zwischen Eigentümern, Künstlern und Kreativen, die Kooperation mit dem Stadtplanungsamt und dem Kulturamt im „Frankfurter Programm zur Förderung des Umbaus leerstehender Räume für Kreative“ hat schon weit mehr als 200 Räume erschlossen. Voraussetzung: Sie müssen geeignet und noch dazu bezahlbar sein. Dass Radar konsequent von „Kunstmarkt“, „Designmarkt“ oder „Musikwirtschaft“ spricht, wenn es um die Vermittlung von Raum für Künstler und

Es ist das größte Projekt, das die Leerstandsagentur Radar bisher vermarktet hat: Auf 1600 Quadratmetern arbeiten jetzt bildende Künstler und Kreative nahe der Messe in der „Neuen Teefabrik“.

Von Eva-Maria Magel und Felix Kaspar Rosic (Fotos)

Kreative geht, soll allerdings deren Bedeutung für die Wirtschaftskraft der Stadt hervorheben.

Die „Neue Teefabrik“ ist das bislang größte Projekt, das Radar unternommen hat. Der Name ist von der ursprünglichen Nutzung abgeleitet: Erbaut um 1910 als Stammhaus des Unternehmens Ernst Groch Tee, einst wie das von Johann Tobias Ronnefeldt gegründete noch heute existierende Unternehmen Ronnefeldt ein erfolgreiches hiesiges Teehandelsunternehmen, ist es im Zweiten Weltkrieg stark beschädigt, später wiederaufgebaut und dann seit den Sechzigerjahren auf verschiedene Weise genutzt worden – von einer Moschee bis zu einem Frauen-Software-Netzwerk reichte die Palette der Mieter. Auch eine künstlerische Nutzung hat es immer mal wieder gegeben. Eigentlich hatte die Eigentümerfamilie Schübel die Bebauung abreißen und das Areal ganz neu bauen lassen wollen. Doch die Pandemie und ihre Auswirkungen auf den Markt haben die Pläne geändert. Dank der Umbauhilfe, 150 Euro maximaler Zuschuss je Quadratmeter, sind die Räume instandgesetzt worden, auch kunstgeeignete Arbeitsleuchten sind installiert.

Radar hat seit 2022 die Räume etagenweise ausgeschrieben und vermittelt. „Das Bewerbungsverfahren war sehr komplex“, sagt Sigi am Thor. Portfolio, finanzielle Pläne und der Mehrwert, den die Stadt von einer Vermietung haben soll, mussten dargelegt werden. „Ich wäre auch Hauptmieterin geworden“, sagt am Thor. Aber da sie über ihr Netzwerk Frankfurtstern ohnehin schon fünf Mitstreiterinnen gefunden hatte und die übrigen vier, darunter als einziger Mann der Experimentalfilmer Günter Zehetner, rasch gefunden waren, weil man sich kennt und schätzt, haben die neun eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) gegründet. Und gesellig, gemeinschaftlich geht es auch zu auf den Fluren und in der kleinen Teeküche.

Monika Romstein schätzt das – und die Größe ihres neuen Ateliers. Endlich, sagt die Malerin, könne sie auf knapp 50 Quadratmetern große Leinwände vorbereiten und auch mal etwas stehen lassen. Und der Preis stimmt auch – zwischen sieben und zehn Euro je Quadratmeter, schätzen die Künstlerinnen, denn die Berechnung samt der Verkehrsflächen ist unterschiedlich, daher die Schwankung.

Dass bezahlbarer Atelierraum in Frankfurt kaum zu finden ist, schlechter noch als in anderen Großstädten, ist immer wieder Thema in der Kultur- und Planungspolitik. Die Stadt müsse viel tun, damit nicht alle Jungen nach Berlin abwanderten, sagt Toni Wombacher. „Radar müsste noch viel besser besetzt werden, weil die Vermittlung noch viel mehr leisten könnte. Alleine wären wir nie auf diesen Raum gekommen“, fügt Isabel Friedrich an.

Mit der Eröffnung durch Planungsdezernent Marcus Gwechenberger (SPD), dem Eigentümer Oliver Schübel und Felix Hevelke, Projektleiter von Radar, knüpft die „Neue Teefabrik“ an eine Tradition an: Schließlich lag einst mit dem ursprünglichen, 2004 in einem Teilgebäude des Polizeipräsidiums gegründeten Atelierfrankfurt bis 2013 in derselben Straße ein kreatives Zentrum der freien Szene, aus dem viele Netzwerke hervorgegangen sind.

Etlliche der je neun Künstler auf drei Etagen kommen aus bekannten anderen Kunstorten, vor allem von Basis im Bahnhofsviertel und dem Atelierfrankfurt im Ostend. Wombacher etwa war zuvor im Atelierfrankfurt ansässig, auch

Sigi am Thor, die schon mit der Neugründung des Atelierfrankfurts im Ostend eingezogen war.

Wie berichtet, haben zahlreiche Künstler mittlerweile das 11.000 Quadratmeter große Areal im Ostend verlassen – vielen sind die Indexmieten und die enorm gestiegenen Nebenkosten im Atelierfrankfurt zu hoch, auch die Unkosten stiegen in dem gentrifizierten Viertel. Die Heterogenität der Mieter, viele sind nicht künstlerisch tätig, finden viele Künstler nicht gut. Im Atelier- und Ausstellungsbasis wiederum hatte man viele Langzeitmieter ausgetauscht, Rosario Arostegui und Günter Zehetner hatten dort länger gearbeitet. Arostegui stieß über Radar zur Teefabrik GbR, Zehetner hatte ein Jahr lang keinen Raum mehr, was seine Arbeit extrem einschränkte. Dass es nun viel weniger „Überbau“ gebe als in Basis oder Atelierfrankfurt mit Ausstellungsbetrieb, Partys und Ähnlichem, die Konzentration unter Gleichgesinnten, findet nicht nur er gut.

Es ist ein Phänomen, das sich auch an deren Orten der Stadt beobachten lässt, wo Künstler in lockeren Verbänden arbeiten, etwa in den Westateliers der Hellerhofstraße im Gallus, die ab und an gemeinsame Veranstaltungen und Ausstellungen planen. So ähnlich stellen sich auch die Neuzugänge der „Neuen Teefabrik“ das vor. Im Erdgeschoss baut der Chaos Computer Club seine neuen Räume kräftig um, was bei den Künstlern eine große Hoffnung nährt: dass nach dem Fünfjahresvertrag, den sie abgeschlossen haben, noch lange nicht Schluss sein wird.

Gegen Leerstand hilft oft nur Abriss

Institut: Rund ein Drittel der ungenutzten Wohnungen in Frankfurt unbrauchbar

Trotz des Wohnungsmangels werden in Frankfurt derzeit rund 12.900 Wohnungen nicht genutzt. Das geht aus den Daten des Zensus 2022 hervor. Etwa ein Drittel dieser Wohnungen stehe schon seit einem Jahr oder länger leer, meldet das auf die Erforschung des Wohnungsmarkts spezialisierte Pestel Institut. „Dabei geht es oft um Wohnungen, die keiner mehr bewohnen kann“, teilte Institutsleiter Mattias Günther am Mittwoch mit.

Sie befänden sich oft in alten Häusern, seien „abgewohnt“ und müssten nach und nach ersetzt werden. „Hier geht es insbesondere um Nachkriegsbauten, bei denen sich eine Sanierung nicht mehr lohnt.“ Wegen der nötigen Ersatzbauten und des wachsenden Bedarfs müssten nach Einschätzungen des Pestel Instituts bis 2028 in jedem Jahr rund 6000 Wohnungen gebaut werden. Daran ändere auch der ermittelte Leerstand nichts. Ohnehin sollten nach

Einschätzung Günthers rund drei Prozent des Wohnungsbestands unbewohnt sein, damit Umzüge reibungslos verlaufen können und Sanierungen möglich sind. Der Leerstand, der sich aus dem Zensus ergibt, entspricht rund 3,2 Prozent des Frankfurter Wohnungsbestands. Laut Günther stehen die leerstehenden Einheiten aus verschiedenen Gründen dem Markt nicht zur Verfügung. Oft scheuten die Eigentümer teure Sanierungen, aber auch Erbstreitigkeiten spielten eine Rolle.

Das Pestel Institut hat die Analyse im Auftrag des Bundesverbands Deutscher Baustoff-Fachhandel erstellt. Dessen Präsidentin Katharina Metzger zieht daraus den Schluss, dass am Neubau kein Weg vorbeiführt. Es sei eine „Milchmädchenrechnung“, die leerstehenden Wohnungen mit dem aktuellen Bedarf aufzurechnen. „Politiker, die das gerade versuchen, betreiben Augenwischerei“, sagte sie. Im Entwurf für den Bundes-

haushalt 2025 stünden jedoch zu wenig Fördermittel für den Wohnungsbau bereit, kritisierte Metzger. Bauen müsse außerdem wieder einfacher und günstiger werden.

Darauf setzt auch Thomas Reimann, Präsident des hessischen Baugewerbeverbands. „Wir müssen nicht nach neuen Förderprogrammen suchen, wenn doch allen Beteiligten letztendlich klar ist, dass mit einfacheren Verfahren, weniger Auflagen und schlankeren Gesetzen die Kosten im Bau erheblich gesenkt werden könnten“, sagte er. Für Hessen sei er zuversichtlich, dass die Kommissionen „Innovation im Bau“ und „Bündnis gegen die Bürokratie“ gute Ergebnisse bringen. Bundesweit ist die Zahl der Baugenehmigungen im ersten Halbjahr um rund 21 Prozent gegenüber dem Vorjahr eingebrochen. Für Hessen veröffentlicht das Statistische Landesamt am Donnerstag neue Zahlen. **mu.**

BEKANNTMACHUNGEN

ESCHBORN

Öffentliche Bekanntmachung Nr. 47/2024

Gasversorgung im Stadtgebiet von Eschborn / Konzessionsvertrag
Gemäß § 46, Abs. 1 des Gesetzes über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG) vom 01.07.2023 haben Gemeinden ihre öffentlichen Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen, einschließlich Fernwärmlösungen zur Netzsteuerung und Zubehör, zur unmittelbaren Versorgung von Letztverbrauchern im Gemeindegebiet diskriminierungsfrei durch Vertrag zur Verfügung zu stellen. Hiernit wird gemäß § 46 Abs. 3 in Verbindung mit § 46a EnWG bekannt gegeben, dass der Konzessionsvertrag mit dem bisherigen Energieversorgungsunternehmen zum 22.08.2026 ausläuft.

Eschborn, den 21. August 2024

DER MAGISTRAT

gez.: Adnan Shaikh
Bürgermeister



Heute schon die F.A.Z. gehört?

Jetzt reinhören:
der F.A.Z. Podcast für Deutschland.

Jetzt anhören unter faz.net/podcast





Hin und weg: Entwickler Luca Dreiling bewegt sich mit der VR-Brille durch den Tempelbezirk.

Fotos Lando Hass

Tempelbesuch mit VR-Brille

Die Sonderausstellung „Virtual Jerusalem“ im Bibelhaus Erlebnismuseum ist ziemlich klein und gigantisch groß. Die Sichtweise hängt davon ab, ob man eine VR-Brille aufzieht, die den Träger in eine am Computer geschaffene Kunstwelt versetzt. Der englische Begriff dafür findet sich auch im Untertitel: „Münzen im Jerusalemer Tempel vor 2000 Jahren in Virtual Reality“. Nun handelt es sich bei der Ausstellung nicht um einen Erlebnisparkours für Numismatiker. Stattdessen geht es darum, einen Eindruck vom zweiten Tempel in Jerusalem zu vermitteln, wie ihn Herodes der Große 21 vor Christus errichten ließ. Der Monumentalbau war eines der eindrucksvollsten Gebäude der antiken Welt am Mittelmeer. „Nur die Pyramiden waren größer“, sagt Museumsdirektor Veit Dinkelaker.

Im Bibelhaus an der Metzlerstraße am Museumsufer bezahlt werden, die jeder männliche Israelit einmal im Jahr entrichten musste“, sagt Jakob Trugenberger von der Evangelisch-Theologischen Fakultät in Tübingen. Dort ist die Wanderausstellung in Zusammenarbeit mit dem Sonderforschungsbereich „Andere Ästhetik“ entstanden. „Das erklärt, warum es im Tempel Geldwechsler gab“, sagt Trugenberger. Fremde Währungen und Kleingeld wie die in der Ausstellung gezeigten Prutot des Nabatäer-Königs aus der Wüstenstadt Petra in Jordanien mussten in Schemel getauscht werden.

„Aber der Tempel war nicht nur religiöses, sondern auch ökonomisches

Kleingeld für das Tieropfer: Das Bibelhaus Erlebnismuseum schickt seine Besucher jetzt auf eine Zeitreise in das antike Jerusalem
Von Bernhard Biener

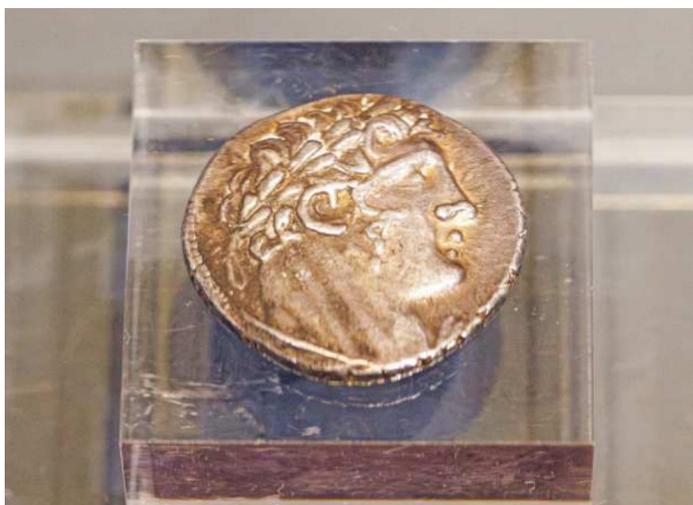
Zentrum“, sagt der Theologe. Was das heißt, erfahren die Besucher, die sich eine VR-Brille aufsetzen und zwei Controller in die Hände nehmen. Sie werden 2000 Jahre zurückversetzt und stehen plötzlich auf einer großen Terrasse, die von langen Säulenreihen umstellt ist. Eine freundliche Dame begrüßt den weit gereisten Pilger, der mit dem Controller eine Münze greifen kann. Auf geht's zum Basar, um ein Brot zu kaufen – das Essen nicht vergessen, damit man die Hand wieder frei hat. Denn mit einer weiteren Münze lässt sich eine Taube als Opfertier erwerben. Wenn sie einem denn nicht entwischt. In der virtuellen Realität kann man sich drehen, und da erhebt sich der Haupttempel. Nur hinlaufen sollte man nicht, sonst endet der Tempelbesuch an der Wand des Bibelhauses. Damit das nicht passiert, begleitet ein Helfer die Reise nach Jerusalem in der realen Welt.

„Wer sich mit Videospielen auskennt, ist im Vorteil“, sagt Luca Dreiling, der die künstliche Welt programmiert hat. Doch man muss kein frommer Gamer sein: „Wir hatten in Tübingen auch 80 und 90 Jahre alte Besucher, die sich die Brille aufgesetzt haben.“ Eine virtuelle Rekonstruktion des Tempels kann sich nur aus wenigen Quellen wie den Angaben des jüdischen Geschichtsschreibers Flavius Josephus und ein-

gen Stellen im Talmud speisen. „Es gibt wenig Konkretes“, sagt der Theologe Trugenberger. Teile der Umfassungsmauer des Plateaus stünden noch – etwa die Westmauer, die heutige Klagemauer. Auch Fragmente wie Türstürze und Kapitelle seien erhalten. „Wir wollten vor allem die Größe und Dimension zeigen“, sagt Trugenberger.

Nicht nur die bei der Ausstellung verwendete moderne Technik schlägt eine Brücke ins Hier und Jetzt. Bei einem Streaminganbieter kann man seit Juli die Serie „Those About to Die“ über Ränkespiele und Gladiatoren im Rom des Jahres 79 sehen. „Wir fangen mit der Ausstellung genau diese Zeit ein“, sagt Dinkelaker. Die von ihm beschriebene Verbindung klingt nach Adelsaga, ist aber historisch: Das Kolosseum, das in der Serie eine wichtige Rolle spielt, hat Kaiser Vespasian mit der Beute aus dem jüdischen Krieg bauen lassen. Unter anderem mit dem Schatz des Jerusalemer Tempels, der bei seiner Zerstörung im Jahr 70 nach Christus geplündert wurde.

Und dann kommt in der Serie auch noch Berenike vor, Urenkelin Herodes' des Großen, die mit Tom Hughes, also vielmehr dessen Rolle Titus, angehandelt hatte, der wiederum römischer Oberbefehlshaber bei den Kämpfen in Jerusalem war. „Und unter den Gladiatoren waren neben den professionellen Kämpfern auch Sklaven“, sagt der Museumsdirektor, „und dazu zählten Kriegsgefangene, in diesem Fall auch aus Judäa.“ Einige Themenführungen greifen die Verbindung auf, denn im Bibelmuseum gibt es Münzen und Gefäße aus der Zeit des jüdischen Aufstands. Auch wenn die Ausstellung am 15. September endet, will Dinkelaker sich bemühen, die Software und eine kleinere Zahl von VR-Brillen dauerhaft in das Museum zu übernehmen. Informationen zum Programm, auch zur Anmeldung für Besucher wegen der begrenzten Kapazitäten, finden sich unter der Adresse www.bibelhaus-frankfurt.de.



Münze mit Gottheit: ein Schemel aus der phönizischen Hafenstadt Tyros, mit dem die Tempelsteuer in Jerusalem bezahlt werden musste. Auf der Vorderseite ist Stadtgott Herakles Melkart abgebildet.

Netto

Marken-Discount

KNALLER-ANGEBOTE

bis zu 40% gespart



Wassermelone
Spanien/
Italien,
Kl. I
1 kg



kernarm

Aktion

0,99*



Gouda oder Pizzakäse
gerieben, 250 g
(5.96 / kg)



-25%

1,49*

1,99!

Danone Activa
versch. Sorten
8 x 115 g (3.25 / kg)



XXL

-40%

8 x 115 g

2,99

UVP 4,99

Kinder Country Sparpack
376 g
(9.55 / kg)



Aktion

3,59

Bad Vilbeler UrQuelle Mineralwasser
Medium, 12 x 1 Liter Kiste, zzgl. Pfand 3.30
(0.42 / l)



-28%

4,99

6,99!

aus Hessen

Lenor Weichspüler
versch. Sorten
1,4 Liter (2.38 / l)



Aktion

1,4 Liter

3,33

ALLE ANGEBOTE AUCH DIGITAL

In der Netto-App oder unter netto-online.de



Donnerstag, 22.08.24 – Samstag, 24.08.24

*Bisheriger 30-Tage-Bestpreis. Die abgebildeten Artikel sind nicht in allen Filialen erhältlich und können wegen des begrenzten Angebots schon am ersten Tag ausverkauft sein. Druckfehler/Irrtum vorbehalten. *Erhältlich bei Netto City (nicht in allen Sorten). Abgabe nur in haushaltsüblichen Mengen. Netto Marken-Discount Stiftung & Co. KG • Industriepark Porholz 1 • 93142 Maxhütte-Haidhof



Preisgekrönt: Rinderzüchter Mario Walther mit seinem Simmentaler-Zuchtbullen Caruso auf dem Hof in Frankfurt-Nieder-Erlenbach.

Foto Lucas Bümmel

„Tierhalter brauchen Mut“

FRANKFURT Die Landwirte in Hessen, die Tiere züchten, haben es derzeit besonders schwer. Schweinepest und Blauzungenkrankheit könnten die Bestände langfristig verändern.

Von Patricia Andreae

Strahlende Gesichter sind bei Landwirten in Hessen dieser Tage eher eine Seltenheit. Mario Walther aber hatte am Dienstagabend viel Grund zur Freude. Denn er wurde von Landwirtschaftsminister Ingmar Jung (CDU) mit dem „Staatssehrenpreis in der Rinderzucht für das Jahr 2024“ ausgezeichnet und von vielen Kollegen aus dem Kreis der Fleckviehzüchter gefeiert. Denn mit seinem Zuchtbetrieb in Nieder-Erlenbach, dem mehrfach preisgekrönten Bullen Caruso, 18 Mutterkühen und insgesamt rund 100 Tieren ist es ihm gelungen, in die „Champions League“ der europäischen Züchter für Simmentaler Rinder aufzusteigen, wie der Minister hervorhob.

Vollkommen ungetrübt ist Walthers Freude aber nicht. Denn auch seine Herde könnte sich mit der Blauzungenkrankheit infizieren, die in den vergangenen Wochen in Hessen schon einige Bestände befallen hat. Für seine Rinder sei sie zwar nicht so gefährlich wie für Schafe oder Ziegen, für die sie oft tödlich verlaufe, sagt der Landwirt. Dennoch hoffe er, dass seine Tiere verschont blieben, denn eine Impfung sei jetzt nicht mehr möglich. „Das hätte man im Frühjahr machen müssen, da war der Impfstoff aber noch nicht zugelassen“, so Walther.

Das bestätigt auch Minister Jung, sagt allerdings, dass es gestattete Impfstoffe gebe, die auch jetzt noch genutzt werden könnten, das Ministerium unterstütze dies. „Es muss uns gelingen, die Impfquote massiv zu erhöhen, bevor die zweite Welle im nächsten Frühjahr kommt“, sagt der Minister. Denn schon jetzt werden immer mehr Fälle von Infektionen mit dem Blauzungenvirus in Hessen registriert. Es war im Oktober vergangenen Jahres erstmals in Deutschland festgestellt worden. Gefährdet durch diese Tierseuche sind alle Wiederkäuer wie Rinder, Schafe und Ziegen. Auch Lamas und Alpakas sowie Wild-Wiederkäuer können sich anstecken. Der Erreger ist für Menschen nicht gefährlich. Es wird von Tier zu Tier über Mücken übertragen. Fleisch und Milch der betroffenen Tiere können verzehrt werden. Die Seuche hat

aber dennoch Auswirkungen für die Landwirte, selbst wenn ihre Bestände nicht befallen sind. Denn Zucht- und Nutztiere empfänglicher Arten aus Hessen dürfen seit dem Ausbruch nicht mehr in seuchenfreie Regionen innerhalb der EU transportiert werden.

Damit haben die Rinderhalter ähnliche Sorgen wie die hessischen Schweinehalter, allerdings sind deren Sorgen gravierender. Die grassierende Afrikanische Schweinepest hat in Südhessen inzwischen schon mehrere Betriebe befallen, insgesamt mussten mehr als 3000 Tiere gekeult werden. Weil aber die Auflagen für die Schlachtung auch von Schweinen aus gesunden Beständen sehr hoch sind, leiden auch deren Besitzer unter der Seuche. Das bestätigt auch Axel Schmidt, der seinen Hof gleich neben Walther in Nieder-Erlenbach hat. Er ist froh, schon vor Ausbruch der Seuche seinen alten Stall im vergangenen Jahr nicht wieder belegt zu haben. In seinem neuen Stall aber stehen 600 Schweine in der Mast und er hofft, dass sich das für die Tiere tödliche Virus von Südhessen nicht weiter ausbreitet: „Die Angst ist da“, sagt er. Noch aber könne er seine Tiere vermarkten

und in Wölfersheim schlachten lassen. Darum will er einseitigen weitermachen wie bisher. Bei Kollegen, die ihre Bestände hätten keulen lassen müssen, sei aber oft fraglich, wie es weitergehe, so Schmidt: „Niemand weiß genau, was alles gemacht werden muss, bevor man wieder Tiere einstellen kann.“

Landwirtschaftsminister Jung hofft, dass die bisherigen Schweinemäster und Ferkelzüchter in Hessen auch in Zukunft wieder für Fleisch aus regionaler Haltung sorgen. Allerdings wird es seiner Ansicht nach wohl noch eine Weile dauern, bis wieder Tiere in den Ställen stehen, vor allem dort, wo bisher die Fälle in den Schweinebeständen aufgetreten sind. Wie lange das dauern könnte sei seriös nicht zu sagen. Fest stehe nur, so Jung: „Das ist kein Sprint, das ist ein Marathon.“ Was die Seuche für die Schweinehaltung in Hessen langfristig bedeuten werde, sei derzeit noch nicht abzuschätzen. Zuletzt hatte sie stark abgenommen. Nach der zuletzt vom Statistischen Landesamt veröffentlichten Erhebung gab es Stand März vergangenen Jahres 2130 Betriebe mit insgesamt 420.000 Schweinen im Land, während 2020 noch 544.000 Schweine

gezählt wurden. Die Zahl der Schweinehalter hat sich seit 2020, als es noch 2400 Betriebe waren, um elf Prozent verringert. Seit 2010 haben 3600 Betriebe die Schweinehaltung eingestellt.

Als einer der Gründe dafür gilt das Fehlen von regionalen Schlachthöfen. Was zu langen Transportwegen und damit Belastungen für die Tiere und hohen Kosten führt. Das Land habe darum eine bundesweite Initiative gestartet, sagt der Minister im Gespräch mit der F.A.Z., „damit wir regionale Schlachthöfe wieder einfacher in Betrieb zu nehmen können“. Derzeit hätten nämlich kleine Schlachthöfe vor Ort die selben Dokumentationspflichten zu erfüllen wie die industriell arbeitenden Großbetriebe. „Vor dem Hintergrund regionaler Erzeugung und Direktvermarktung müssen wir da wieder eine bessere Struktur hinbekommen“, so Jung.

Damit die von der Schweinepest betroffenen Tierhalter nicht komplett aufgeben, bietet das Ministerium Unterstützung und Beratung an, empfiehlt aber insbesondere auch die verfügbaren Versicherungen, die auch in dem Fall griffen, in denen ein Betrieb vorübergehend seinen Stall nicht nutzen könne. „Es gibt die Ertragsausfallversicherung, die auch ASP-Fälle abdeckt, sie kann übrigens auch jetzt noch abgeschlossen werden, wenn man noch nicht in der Sperrzone ist“, sagt der Minister. Probleme sieht er eher in der Vermarktung, „bei der wir im Moment nicht seriös sagen können, wie das auf Dauer weitergeht“. Weil etwa der Export von Schweinefleisch ins Ausland aus Ländern mit Schweinepest untersagt ist, „Landwirtschaft war nie einfach, es kommen immer wieder neue Herausforderungen“, so Jung und für die Schweinehaltung „braucht es noch eine Extraportion Mut.“

Mario Walther, der neben seinen Rindern auch ein paar Schweine im Stall stehen hat – das Fleisch verkauft er im Hofladen und über Automaten –, hat diesen Mut derzeit nicht mehr. Die letzten acht Tiere kämen demnächst zum Schlachter, sagt er. Zu groß ist die Angst, dass die Schweinepest auch bis nach Frankfurt kommt.

Weinhandlung Dr. Teufel sucht einen Investor

FRANKFURT Traditionsbetrieb insolvent / Inhaber: Umsatzrückgang wegen Wegfalls von Parkplätzen

Die Frankfurter Weinhandlung Dr. Teufel, eine der ältesten Weinhandlungen in der Stadt, ist in Schieflage geraten. Anfang Juli hat die Dr. Teufel GmbH beim Amtsgericht Frankfurt einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt, bestätigt der vorläufige Insolvenzverwalter Lason Gutsche, Mitgesellschafter der auf Unternehmensinsolvenzen spezialisierten Frankfurter Kanzlei Hoge Gutsche Walter (HGW).

Die Weinhandlung Dr. Teufel wird seit 1982 in zweiter Generation von Manfred Teufel geführt. Dessen Vater hatte den Fachbetrieb 1948 gegründet. Zum Unternehmen gehören zwei Filialen und acht Mitarbeiter und seit 2000 ein Onlineshop. Die Weinhandlung zeichne sich durch hohe Beratungskompetenz und die persönliche Betreuung der Kunden aus, heißt es in einer Mitteilung der Kanzlei.

Als Ursache für die Schieflage werden rückläufige Umsätze in beiden Filialen genannt, die auf verkehrliche Veränderungen zurückgeführt werden. In der Innenstadt, am Kleinen Hirschgraben, ist es die Signa-Baustelle an der Hauptwache (ehemals Standort der Sportarena, künftig Zentrale der Frankfurter Sparkasse), die laut Gutsche den Zugang erschwert. In der Westend-Filiale am Grüneburgweg habe die Umgestaltung der Straße zur Fahrradstraße zu Umsatzrückgängen geführt, heißt es. Kunden könnten nicht mehr mit dem Auto vor der Ladentür parken, um Wein abzuholen,

sagt der Rechtsanwalt auf Anfrage. Zugleich hätten sich die Kosten erhöht.

Ziel sei es, den Betrieb zu erhalten und im Oktober im Zuge einer sogenannten übertragenden Sanierung möglichst geräuschlos unter neuer Führung und Begleitung des jetzigen Geschäftsführers – Manfred Teufel ist 74 Jahre alt – weiterzuführen. Ob das im Fall der Westend-Filiale gelingen wird, muss sich aber erst noch zeigen. Denn der Vermieter hat nach Gutsche Angaben eine hundertprozentige Erhöhung der Miete angekündigt.

Mit zwei Interessenten aus der Branche sei man im Gespräch. „Wir sind zuversichtlich, dass der Traditionsbetrieb mit seiner Fachkompetenz erhalten bleiben kann und Chancen für die Zukunft bestehen“, heißt es. Gutsche hebt die „motivierten und loyalen“ Mitarbeiter hervor. Deren Gehälter übernimmt jetzt für drei Monate das Arbeitsamt. Damit erhalten Unternehmen, die wirtschaftlich angeschlagen sind, finanziell erst einmal wieder Luft.

Der Geschäftsbetrieb in den Filialen und im Onlineshop läuft derweil weiter wie bisher. Als vorläufiger Insolvenzverwalter trifft Gutsche in Abstimmung mit der Geschäftsleitung Vereinbarungen mit den Lieferanten und sorgt für den Warenfluss. Im Geschäft müssen sich Kunden, die Wein kaufen, ohnehin keine Sorgen machen, weil sie nicht in Vorkasse gehen. Doch auch der Onlineeinkauf sei aufgrund von Zahlungsgarantien, für die der Insolvenzverwalter haften, sicher, erläutert die Kanzlei. hoff.



Weiterhin geöffnet: Die Dr.-Teufel-Filiale am Grüneburgweg

Foto Jasper Hill

Gesundheitsausgaben auf Höchststand

WIESBADEN Mit 38 Milliarden haben die Gesundheitsausgaben in Hessen im Jahr 2022 einen neuen Rekordwert erreicht, teilt das Statistische Landesamt in Wiesbaden mit. Mehr als die Hälfte der Ausgaben trugen dabei die gesetzlichen Krankenversicherungen mit 19,7 Milliarden. Die Kostensteigerungen werden mit den Folgen der Corona-Pandemie und der damit gestiegenen Zahl von Erkrankten erklärt sowie der Alterung der Bevölkerung. Besonders die Pflege älterer und kranker Menschen erfordere immer höhere Ausgaben, heißt es. Im Vergleich zum Vorjahr waren die Kosten 2022

um 11,6 Prozent auf 4,2 Milliarden Euro gestiegen.

Die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände mahnt an, die finanziellen Belastungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht unkontrolliert steigen zu lassen. Sie finanzierten mit ihren Krankenversicherungsbeiträgen den Löwenanteil der Gesundheitsausgaben. Die Unternehmen sehen das Land in der Verantwortung, mit seiner Planungshoheit für den mit Abstand größten Ausgabenblock Krankenhäuser die Strukturen in Hessen so neu zu ordnen, „dass Geld und Personal reichen und überall die Qualität stimmt“. mg.

Jugend und Wirtschaft

Lehrkräfte gesucht

Jetzt bis 31. August 2024 bewerben!

Wirtschaftsthemen entdecken, Interviews führen, Artikel schreiben – und vielleicht sogar seinen eigenen Beitrag in der Zeitung lesen. Das ist „Jugend und Wirtschaft“, ein Medienprojekt der FAZIT-STIFTUNG für Ihren Schulunterricht.

Das einjährige Projekt richtet sich an die Sekundarstufe II und beginnt am 19. September 2024. Für die Projektarbeit werden den Teilnehmern Digitalabonnements der F.A.Z. und F.A.S. zur Verfügung gestellt.

Die Teilnahme an einem Einführungsseminar (19. bis 20. September 2024 in Frankfurt) ist für alle Lehrkräfte, die zum ersten Mal mitmachen, obligatorisch.

Bitte senden Sie uns:

- ☑ Argumente, warum Sie teilnehmen möchten
- ☑ Angaben zum Kurs (Jahrgangsstufe, Fach, Stunden- und Schülerzahl)

per E-Mail an Dr. Titus Maria Horstschäfer vom IZOP-Institut: th@izop.de
Für Rückfragen: Telefon +49 24 08 58 89 17



FAZIT-STIFTUNG

Mit Unterstützung der
BROST-STIFTUNG

20 JAHRE SEGMÜLLER WEITERSTADT

KOSTENLOS
Fahrspaß
genießen.

RACING DAYS

FR. 23.08. + SA. 24.08.
11-19 UHR

**RIESIGE
KARTBAHN**
auf 1500 m² für
spannende Ren-
nen.

**SPIEL
UND SPASS**
Riesige Hüpfburg,
nostalgisches Karussell,
Palmen-Klettern,
u. v. m.

GRATIS
**FERIEN-
PROGRAMM**
MO-SA
11-19 UHR

Jeder
COCKTAIL
1.50

**KLIMATISIERTES
EINRICHTUNGSHAUS**

COCKTAILBAR

BEACH AREA

CHILL-OUT MUSIC

FOOD SPECIALS

**VOLLSTÄNDIGES
PROGRAMM UNTER:**

www.segmuller.de/super-sommer

**LANGER SHOPPING-ABEND BIS 22 UHR
BEI SEGMÜLLER IN WEITERSTADT**

SAMSTAG

24

AUGUST

**AB 18 UHR
ERHÄLTlich**

**1.99
je
Sekt**

MM Extra Sekt, trocken, 0,75 Ltr.,
1 Liter = 2,65 €. 3778912 Abgabe
nur in handelsüblichen Mengen.
Abgabe nur an Personen ab 18
Jahren. Symbolbild

NUR SOLANGE VORRAT REICHT!



LIVE MUSIK: SÄNGERIN „AMY SUE“
18-22 UHR



**IM 1. OG AN DER
ESPRESSO BAR**
18-22 UHR

**1.90
je**
Glas Sekt
od. Orangensaft



**KINDERSCHMINKEN,
BALLONMODELAGE**
13-21 UHR



64331 Weiterstadt
Im Rödling 2,
Tel.: 06150/136-0

Öffnungszeiten
Mo bis Fr: 10:00 bis 20:00 Uhr
Samstag: 09:30 bis 20:00 Uhr

Preise gültig bis 24.08.2024. Promotionteam Friedberg, Segmüller Einrichtungshaus der Hans Segmüller Polstermöbelfabrik GmbH & Co. KG, Münchner Straße 35, 86316 Friedberg | 241072

SEGMÜLLER

Unfallklinik stellt die Notärzte

Zwei neue Fahrzeuge für Johanniter

BAD NAUHEIM/FRANKFURT Zwei Notarztwagen für den Wetteraukreis verstärken die Rettungswache der Johanniter-Unfall-Hilfe in der Kurstadt an der Usa. Die Johanniter arbeiten in diesem Fall mit der BGU Unfallklinik (BGU) in Frankfurt zusammen, sie stellt die Notärzte für die Einsätze mit diesen Fahrzeugen. Zu Hilfe eilen die Mediziner, wenn es sich um komplexe unfallchirurgische Fälle und andere medizinische Notfälle handelt, bei denen eine schnelle Hilfe entscheidend ist, wie die beiden Partnerorganisationen melden.

„Diese Kooperation ist ein Gewinn zum Wohl der Patienten und Patientinnen als auch für unsere Mitarbeitenden in der Wetterau“, sagt Oliver Pitsch, Regionalvorstand der Johanniter Rhein-Main, der in Bad Nauheim sitzt. Durch die Bündelung von Ressourcen und Fachkompetenz werde die hohe Versorgungsqualität in der Wetterau weitergeführt, obwohl es allerorts an Fachkräften fehle.

Nach dem Aus für alle stationären Betten im Büdinger Mathilden-Hospital muss der Kreis die Arbeit der Rettungsdienste neu ordnen. Das soll bis in den Herbst dauern. Wie eine Sprecherin der Johanniter sagte, hat die Zusammenarbeit mit der BGU aber damit nichts zu tun. Sie sei schon vor der Teilschließung in Büdingen in die Wege geleitet worden.

„Schon heute zählt unsere Klinik mit 5000 Notarzteinsetzten zu den größten Notarztstandorten in Hessen. Die Notfall- und Rettungsmedizin hat in der Unfallklinik einen sehr hohen Stellenwert“, sagt Matthias Münzberg, der Medizinische Geschäftsführer und Ärztliche Direktor der BGU. Ein ausgeweitetes Angebot in der Wetterau sei im Sinne der Klinik. Doch werden die neuen Notarztwagen die Patienten nicht automatisch nach Frankfurt fahren. Es gebe kein Koppelgeschäft. Dessen ungeachtet sei mancher Einsatzort zu weit weg von Frankfurt und manch andere Klinik näher gelegen, sagte die Sprecherin. thwi.

Ein Jahr länger als geplant

KELKHEIM Eigentlich sollte die Sanierung der Straße längst fertig sein. Doch die Strecke durch Ruppertshain ist offiziell noch immer gesperrt.

Von Andrea Diener

Glücklich ist niemand mit der Situation. Der Kelkheimer Bürgermeister nicht, der am Dienstagabend auf der Kreuzung der Robert-Koch-Straße mit der Straße Am Steinbruch Rede und Antwort gestanden und um Verständnis geworben hat. Die rund 120 Ruppertshainer nicht, die zu dem Informationsgespräch gekommen waren, und die Eppenheimer auch nicht, deren Kinder in Ruppertshain in die Schule gehen. Die Fischbacher Geschäftsleute, die auf Ruppertshainer Kundschaft angewiesen sind, schon gar nicht.

„Damals am Sportplatz waren alle noch voller Vorfreude“, erinnert sich Bürgermeister Albrecht Kündiger (UKW) an die Aufbruchsstimmung, die herrschte, als die holprige Straße durch den Kelkheimer Ortsteil endlich saniert werden sollte. Von dieser Begeisterung ist allerdings wenig geblieben. Im September 2022 ging es mit einer Vollsperrung los, abgeschlossen sein sollten die Bauarbeiten eigentlich im September 2024, also in einem Monat. Nun wird es wohl ein weiteres Jahr dauern, bis auch der vierte Bauabschnitt endlich bewältigt ist.

Immerhin, der untere Teil der Robert-Koch-Straße ist nahezu fertig – das entspricht dem zweiten Bauabschnitt. Der Asphalt ist glatt, der Gehweg endlich vorhanden und hübsch gepflastert, zumindest größtenteils. Die Ampelanlage fehlt zwar noch, dennoch kann der Abschnitt am 2. September für den Verkehr freigegeben werden. Die Schulkinder der Rosser-Grundschule bekommen einen provisorischen Zebrastreifen, eventuell muss der Verkehr übergangsweise von Schülerlotsen entschärft werden.



Geduldsfrage: Die Ruppertshainer Hauptstraße ist am Ortseingang von Fischbach kommand weiterhin gesperrt. Foto Saskia Stöhr

Über Schleich- und Nebenwege kommen die Anwohner momentan halbwegs dorthin, wo sie hinneraus. Schwieriger wird das, wenn im dritten Bauabschnitt die Durchgangsstraße im Ortskern zwischen dem Alten Rathaus und der Abzweigung Am Wolfes gesperrt wird. Das werde leider sehr eng und „für die Anwohner nicht lustig“, so Kündiger. Busse fahren den Ort momentan nicht an, die nächste Haltestelle ist der Zauberberg an der Straße nach Königstein. Die Steigung bis dorthin ist im vierten Bauabschnitt vorgesehen, der Bus wird also so lange an Ruppertshain vorbeifahren.

Feuerwehr, Rettungswagen und Müllabfuhr müssen dennoch irgendwie durchkommen, die Stadt wird daher mehrere Halteverbotschilder aufstellen, damit

niemand die Schleichwege zaparkt. Zudem sei das Bauunternehmen verpflichtet, die Mülltonnen zu einem Sammelplatz zu bringen, sagt Kündiger – und trifft auf herzliches Gelächter der Bevölkerung. Womöglich hat die Regelung in der Vergangenheit nicht gut funktioniert.

Vertreter von Hessen Mobil oder des zuständigen Bauunternehmens Matthäi nahmen nicht am Termin teil. Es handelt sich um das gleiche Unternehmen, das auch für die Baustelle an der L3011 zwischen Hofheim und Lorschbach an der sogenannten Klärwerkskurve verantwortlich ist und dort schon für reichlich Ärger bei der Bevölkerung gesorgt hat, weil die Sache nicht so zügig vorangeht wie erhofft. Wer abends in Lorschbach mit der S-Bahn einrollt, rauscht regelmäßig an

mehreren Kilometern Stau vorbei. Immerhin hat sich die Landespolitik öfter in Lorschbach sehen lassen, der Bauherr Hessen Mobil hat zudem regelmäßige Bürgerfragestunden und Sorgentelefone eingerichtet.

Von dieser Aufmerksamkeit ist in Ruppertshain wenig zu spüren, entsprechend allein gelassen fühlen sich die Anwohner. Schon mehrfach wurden die Matthäibauleiter ausgewechselt. Die Stadt steht in Kontakt mit der Geschäftsleitung, doch der Fachkräftemangel mache sich dort eben auch bemerkbar. Das Unternehmen habe immerhin zugesagt, künftig mit zwei Kolonnen zügig arbeiten zu wollen, sagt der Bürgermeister. Er wollte jedoch keine Versprechungen machen: „Ich kommentiere das nicht.“

Die Bagger sind schon bestellt

Antragskonferenzen für neue Stromtrasse

RHEIN-MAIN Der genaue Streckenverlauf wird noch diskutiert. Erst in vier Jahren rechnet der Übertragungsnetzbetreiber Amprion mit der Baugenehmigung für die Stromtrasse Rhein-Main-Link. Trotzdem hat das Unternehmen schon Verträge mit Tiefbaubetrieben geschlossen, die auf rund 300 Kilometer Länge die Gräben für zwölf Erdkabel ausbaggern sollen. Der Auftrag ging an das Düsseldorf Unternehmen Eiffage Infra-Bau und den niederländischen Baukonzern De Romein.

Mit dem frühen Vergabeverfahren will Amprion sichergehen, dass der Bau mit Vorliegen der Genehmigung beginnen kann. Im Idealfall also 2028. Vom Jahr 2033 an soll die Trasse, die zumeist unterirdisch vom südhessischen Bürstadt durch das Rhein-Main-Gebiet bis nach Diemelstadt führen wird, Strom aus Niedersachsen nach Hessen bringen. Die Gesamtleistung soll bei acht Gigawatt liegen.

Davor liegen aber noch die grundstücksgenaue Festlegung des Trassenverlaufs und alle Stufen eines Planfeststellungsverfahrens, in das auch die Bürger eingebunden sind. Aus deren Reihen hat sich Protest formiert, vor allem aus dem Main-Taunus-Kreis gibt es Kritik, weil die bislang noch sehr grob abgesteckte Strecke, der sogenannte Präferenzraum, durch Hochheimer Weinberge führt und eine große Konverterstation mitten in eng besiedelten Landkreis Platz finden soll.

Derartige Einwände werden auch Thema der sogenannten Antragskonferenzen mit Vertretern aus Politik und Verwaltung sein, von denen Amprion mehrere plant. Sie sind öffentlich und die Bürger als Zuhörer eingeladen. Die erste Veranstaltung wird es am 29. August im Butzbacher Bürgerhaus (Beginn um 9 Uhr) geben, danach folgen Termine in Königstein (4. September, Haus der Begegnung, 9 Uhr), Steinheim (10. September, Stadthalle, 9 Uhr) und Bürstadt (12. September, Bürgerhaus, 9 Uhr). ing.

LESERFORUM

NACHGELESEN FAZ.NET

„Ein kleiner ‚Central Park‘ ist es wohl nicht geworden, dafür aber immerhin eine große Hundewiese.“

Rainer Kyon zur Gestaltung des Europaparkens im Frankfurter Europaviertel.

Sven Köllen auf FAZ.NET

POSTEINGANG

Schatten

Der Leser kritisiert die Gestaltung des Europaparkens in Frankfurt. Schon vor Bekanntwerden des Klimawandels haben die Leute in Parks Abkühlung und Schatten gesucht. Der Park wird hauptsächlich im Sommer genutzt, wenn es grün und sonnig ist. Aber weder der Brunnen funktioniert noch bietet eine „freie Mitte“ etwas Schutz und Abkühlung von der Sonne. Anstatt einer „freien Mitte“ sollte es Bäume oder Hecken geben, die im Sommer Schatten mit Sitzgelegenheiten bieten. Dazwischen kann es immer noch kleinere Freiflächen für Spielplätze oder Wiesen geben.

Leser „Yabba_Dabba_Doo“ auf FAZ.NET

Bekannt gewesen

Der Leser bezieht sich auf unser Interview mit dem Landschaftsarchitekten, der den Europapark geplant hat. Die Ausführungen von Herrn Gero Heck haben mich sprachlos gemacht. Sie illustrieren einmal mehr, wie abgehoben in sicherlich gut gemeinter gestalterisch-visueller Manier (Hybris?) (Landschafts-)Architekten an den Bedürfnissen von Menschen und an den natürlichen Ressourcen vorbeiplänen. Höchst erstaunlich, dass 2008 das Thema Klimaanpassung

bei der Planung keine Rolle gespielt habe. Auch Herrn Heck und den Verantwortlichen bei der Stadt müsste damals die einschlägige Fachliteratur zu urbaner Ökologie und Stadtklimatologie bekannt gewesen sein, etwa der Professoren Sukopp (Berlin), Wittig (Frankfurt) oder Böcker (Hohenheim). Der Europapark mag eine Art modernes Kunstwerk sein, vielleicht in der Architektenwelt geschätzt. Aber für Anwohner und Stadtköologie ist er ein Trauerspiel. Hoffen wir, dass die nun geplanten Maßnahmen Besserung bringen. Auf ein Honorar sollten die erneut hinzugezogenen Planer aus Berlin aber verzichten. Teuer wird es vermutlich ohnehin.

Sven Köllen auf FAZ.NET

Trostlos

Der Leser ist von der Platzgestaltung in Frankfurt nicht überzeugt. Genau so trostlos und wenig einladend sind Goetheplatz, Rossmarkt und Hauptwache. Auch bei deren Planung konnte man wissen, dass man in einer Stadt Grünflächen und Schattenplätze benötigt.

UserPL_1693039910636 auf FAZ.NET

Billig

Der Leser vermutet die Kosten als Ursache für den schlechten Zustand des Europaparkens. Die Planung des Parks war ja gar nicht schlecht – anscheinend wollte man aber die Ausführung möglichst billig haben. Es wurde eben keine Wiese auf vernünftigem Untergrund angelegt, sondern ein Schotterrasen auf verdichtetem Boden – da kann Wasser weder versickern noch gespeichert werden. Also hat man abwechselnd eine riesige Pfütze oder eine Wüste.

Dirk Augustin auf FAZ.NET

Schätze

Die Leserin will die Bäume im Europapark auch nach der Umgestaltung erhalten. Warum die Bäume fällen? Man kann durch Belüftung des Bodens den Wurzeln helfen und mit Düngung. Warum nicht sie schützen und um sie herum arbeiten? Jeder Baum ist ein Schatz.

Hildegard Kleiser auf FAZ.NET

Wasserrohrbruch in Hauptstraße

OESTRICH-WINKEL Nach Wiesbaden ist auch in Oestrich-Winkel eine zentrale Verkehrsachse nach einem Wasserrohrbruch unpassierbar geworden. Die Hauptstraße im Ortsteil Winkel wurde zwischen Schillerstraße und Gängasse voll gesperrt, nachdem eine Transportleitung des Versorgers Rheingauwasser mit einem Durchmesser von 20 Zentimetern gebrochen war. „Verschleiß“ nennt Bürgermeister Carsten Sinß (SPD) als Ursache für die Havarie der 40 Jahre alten Leitung. Inzwischen wurde das Rohr auf einer Länge von sechs Metern freigelegt und ausgetauscht. Wie in Wiesbaden kam es allerdings zu Unterspülungen des Untergrunds, die mit einigem Aufwand wieder repariert werden müssen. Teile des Gehwegs und der Straße seien abgesackt, berichtet Sinß.

Ein Ende der Reparaturarbeiten sei nicht absehbar, sagt Sinß, der gleichwohl darauf hofft, dass die Sperrung nur wenige Tage dauern wird. Die Verantwortung für die Kosten sieht Sinß bei der Verkehrsbehörde Hessen Mobil, doch sei nicht auszuschließen, dass man in einer Stadt Grünflächen und Schattenplätze benötigt.

Eine Umleitung wurde über Schillerstraße, Greiffenclaustraße und den Engerweg eingerichtet, die auch für Linienbusse der Verkehrsgesellschaft RTV gilt. Die Bushaltestellen Brentanohaus/Lindenplatz sowie Graugasse/Apotheke sind in Richtung Wiesbaden nicht anfahrbar und entfallen vorerst. Alle Autofahrer werden gebeten, das Gebiet über die Rheinfurterstraße B 42 weiträumig zu umfahren. obo.

Solidarität mit Ukraine zeigen

DARMSTADT Mit einer Kundgebung auf dem Karolinenplatz und einem Demonstrationszug durch die Innenstadt soll am Samstag an das Leiden der Ukrainer erinnert werden. Der vor 30 Monaten von Russland begonnene Angriffskrieg habe Millionen Menschen Tod, Gewalt und Vertreibung gebracht, heißt es im Aufruf des Bündnisses für die Ukraine, das alle Bürger einlädt, zwischen 10.30 und 13.30 Uhr ein Zeichen der Solidarität mit der Ukraine zu zeigen, die am 24. August ihren Unabhängigkeitstag begehe. Die Demonstration soll unter anderem auf dem City-Ring bis zum Luisenplatz führen und von dort wieder auf den Rückweg gehen. sug.

DEUTSCHLANDS
KÜCHENPROFI

KÜCHENTAGE

NUR BIS	FREITAG	SAMSTAG	MONTAG	DIENSTAG
	23.	24.	26.	27.
	August	August	August	August

KEINER LIEFERT UND MONTIERT

MEHR KÜCHEN IN DEUTSCHLAND

ALS Höffner

1/2 PREIS

5 Jahre KEINE ZINSEN^{F)}

ZUSÄTZLICH

0% FINANZIERUNG

OHNE ANZAHLUNG, OHNE GEBÜHREN.

Gilt auf alle mit „Aktionspreis“ gekennzeichneten Küchen mit Höffner Kundenkarte (Siehe A)

Höffner Möbelgesellschaft GmbH & Co. KG • Rabenastr. 3–9 • 63584 Gründau-Lieblos
Tel. 06051/822-0 • Öffnungszeiten: Mo-Sa von 10-19 Uhr, Fr-Sa von 10-20 Uhr

A) Im Möbelhaus gewährt Ihnen Höffner gegen Vorlage Ihrer Kundenkarte auf alle als „Aktionspreis“ gekennzeichneten Küchen 50% Rabatt auf den am Artikel ausgezeichneten „Preis ohne Nachlässe“. Alle in Anzeigen und Prospekten angegebenen Preise sind Endpreise, die etwaige Rabatte und Aktionsvorteile bereits beinhalten. Keine Barauszahlung. Gültig für Neukäufe. Nicht mit anderen Aktionen kombinierbar. Gültig bis einschließlich 27.08.2024. In Einzelfällen kann es für ausgewählte Artikel während oder nach Aktionsende zu höheren Rabatten und weiteren Preisnachlässen kommen. F) Ohne Anzahlung - ohne Gebühren. Ihre 0% Finanzierung für Laufzeiten bis 60 Monate, ab 900€ im Möbelhaus, nach Abzug aller Rabatte, für Neukäufe möglich. Effektiver Jahreszins und gebundener Sollzinssatz (jährlich 0,00% bis zu 60 Monate). Kaufpreis entspricht dem Nettodarlehensbetrag. Vermittlung erfolgt ausschließlich für den Kreditgeber TARGOBANK AG in Düsseldorf. Bonität vorausgesetzt. Keine Gebühren. Voraussetzungen - Sie stehen in einem ungekündigten und unbefristeten Arbeitsverhältnis und arbeiten bei einem in Deutschland ansässigen Arbeitgeber - oder Sie beziehen Rente in Deutschland - oder Sie gehen in Deutschland einer selbstständigen Tätigkeit nach - und Sie haben keinen negativen Schufa-Eintrag - und Sie haben ein regelmäßiges Haushaltsnettoeinkommen von mind. 600€ netto. Höchstfinanzierungssumme 50.000€. Mindestalter 18 Jahre. Gilt nicht im Online Shop. Gültig bis 27.08.2024.

REWE
Dein Markt

rewe.de

Jeder Tag Spartag

Wöchentlich über 300 Angebote!



Deine Top-Angebote

Meggle Feine Butter
je 250-g-Pckg. (1 kg = 7.52)

Aktion 1.88

Funny-frisch Chipsfrisch ungarisch
versch. Sorten, je 150-g-Btl. (1 kg = 8.60)

Aktion 1.29

Barilla Pasta
versch. Ausformungen, je 500-g-Pckg. (1 kg = 1.76)

Aktion 0.88

Red Bull Energy Drink
versch. Sorten, koffeinhaltig, je 0,25-l-Dose (1 l = 3.96) zzgl. 0.25 Pfand

Aktion 0.99

Bananen
je 1 kg

Aktion 1.79

Deutschland: Kohlrabi Kl. I,
je St.

Aktion 0.49

Deutschland: Speisekartoffeln
Sorte und Kocheigenschaft: siehe Etikett, Qualität I, je 2,5-kg-Netz (1 kg = 0.72)

Aktion 1.79

Herta Saftschinken oder Saftschinken salzreduziert
je 100-g-Pckg. (1 kg = 16.90)

Aktion 1.69

Käseebellen Bergblumen Rebell Hartkäse, 51% Fett i.Tr.,
je 100 g

Aktion 1.99

Langwiesche Butterschinken
je 100 g

Aktion 1.89

Frische Hähnchen-Grillplatte
mit Paprikawürzung, Haltungsform 2, je 800-g-Pckg. (1 kg = 5.55)

Aktion 4.44

Danone Actimel Drink
versch. Sorten, je 8 x 100-g-Fl.-Pckg. (1 kg = 2.78)

Aktion 2.22

Milram Müritzer Scheiben
Schnittkäse, 55% Fett i.Tr., je 150-g-Pckg. (1 kg = 9.93)

Aktion 1.49

Wagner Big City Pizza Budapest
tiefgefroren, je 400-g-Pckg. (1 kg = 4.98)

Aktion 1.99

Jacobs Lungo Kaffeeapseln
versch. Sorten, je 104-g-Pckg. (1 kg = 38.37)

Knaller 3.99

Barilla Pesto Rosso
je 200-g-Glas (1 kg = 9.95)

Knaller 1.99

Barilla Pasta Spezialitäten Collezione
versch. Sorten, je 500-g-Pckg. (1 kg = 3.58)

Aktion 1.79

Veltins Pilsener¹
je 20 x 0,5-l-Fl.-Kasten (1 l = 1.05) zzgl. 3.10 Pfand

Aktion 10.49

Coca-Cola
koffeinhaltig, je 2-l-Fl. (1 l = 0.65) zzgl. 0.25 Pfand

2 Liter Knaller 1.29 1.19
(1 l = 0.60)

Elisabethen Quelle Bio Mineralwasser¹
versch. Sorten, je 12 x 0,75-l-Fl.-Kasten (1 l = 0.55) zzgl. 3.30 Pfand

Aktion 4.99

REWE Markt GmbH, Domstr. 20 in 50668 Köln, Namen und Anschrift der Partnermärkte finden Sie unter www.rewe.de oder der Telefonnummer 0221 - 177 397 77. Unser Unternehmen ist Bio-zertifiziert durch DE-ÖKO-006.

Druckfehler vorbehalten. Abgabe nur in haushaltsüblichen Mengen. Aktionspreise sind zeitlich begrenzt. Verkauf nur solange der Vorrat reicht. Artikel sind nicht ständig im Sortiment. In fast allen Märkten erhältlich. Abbildung beispielhaft.

Steinhalle als Schauraum

MAINZ Landtag und Stadtrat tagen nicht mehr im Landesmuseum. Dort soll es nun wieder Ausstellungen geben. Darüber hinaus sind „wegweisende Neuerungen“ geplant.

Von Markus Schug



Blick in die Vergangenheit: Besucherin mit VR-Brille im Landesmuseum

Das Plenargestühl in der zum Landesmuseum Mainz gehörenden Steinhalle wird nicht mehr länger benötigt und ist schon abgebaut. Ebendort hatten in den vergangenen Jahren zunächst die Fraktionen des Landtags und später dann Mitglieder des Mainzer Stadtrats Platz genommen, weil deren Sitzungssäle wegen umfassender Bauarbeiten nicht zur Verfügung standen. Mittlerweile versammeln sich die Landespolitiker aber wieder in dem von Grund auf sanierten Deutschhaus auf der anderen Seite der Großen Bleiche. Und der Stadtrat tagt, bis das alte Rathaus am Rheinufer komplett modernisiert und umgestaltet ist, im nahe gelegenen Kurfürstlichen Schloss.

Was mit und in der Steinhalle passieren soll, die bis vor Kurzem noch durch

eine große Trennwand in Sitzungssaal und Ausstellungsfläche unterteilt war, haben Museumsdirektorin Birgit Heide und der rheinland-pfälzische Innenminister Michael Ebling (SPD) am Mittwoch verraten. Die Neukonzeption, für die das Land in den nächsten beiden Jahren 1,5 Millionen Euro geben will, verfolge das Ziel, das ganze Museum zukunftsfit zu machen und „hin zum städtischen Leben zu öffnen“.

Zum Plan gehört, die Steinhalle wieder in einen Ort zu verwandeln, an dem ausschließlich das kulturelle Erbe präsentiert wird. Im nächsten Jahr etwa soll dort die Ausstellung „Jüdisches Erbe und Leben in Rheinland-Pfalz“ zu sehen sein. Ohnehin möchte man der bewegten Geschichte der drei ausgezeichneten UNESCO-Welterbestätten Speyer,

Worms und Mainz im Landesmuseum künftig mehr Raum geben.

Bei all dem wird laut Ebling modernste Technik, wie etwa Augmented Reality und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz, in der Praxis gleich mit erprobt. Außerdem soll das beliebte „Schaufenster der Generaldirektion Kulturelles Erbe“, in dem aktuelle Funde gezeigt werden, „noch sichtbar werden“, kündigte Direktorin Heide an.

Darüber hinaus sei beabsichtigt, den auch heute schon für Veranstaltungen genutzten Innenhof weiter aufzuwerten und etwa die dort aufgebauten Schwerlastregale für Steindenkmäler zu entfernen. Nicht zuletzt möchte man künftig die Außenfassade des Gebäudes bespielen: erstmals mit einem Adventskalender in der Vorweihnachtszeit.

FAMILIEN-TIPP Der Kanu-Klassiker

An der Kanustation am Ortsrand von Aumenau geht es ins Wasser, direkt hinein in einige Stromschnellen. Die Lahn ist dort flach, die Strömung des sonst recht gemächlichen Flusses ordentlich. Bald schon fahren wir unter einer Brücke hindurch, dann wird es immer ruhiger und idyllischer.

Die Etappe von Aumenau über Villmar bis Runkel zählt sicherlich zu den schönsten Kanu- oder Kajaktouren, die man auf der Lahn unternehmen kann. Und sie eignet sich besonders gut für einen Familienausflug: Die etwa zwölf Kilometer lange Tour ist abwechslungsreich, man schafft sie in gemütlichem Tempo in vier Stunden. Und wer eine Pause einlegen will, um zu picknicken oder kurz ins Wasser zu springen, findet genug Gelegenheiten, um am Flussufer anzulegen.

160 „paddelbare“ Kilometer bietet die Lahn, das macht sie zum beliebtesten Kanu- und Kajakrevier der Region. Doch so entspannt, natürlich und ruhig wie zwischen Aumenau und Runkel ist sie nicht immer. Das hat vor allem damit zu tun, dass auf dem längsten Teil der Strecke die Landstraße so weit entfernt liegt, dass man vom Autoverkehr nichts hört. Dafür bekommt man viele Tiere zu sehen: Graureiher, Enten und sogar einen Eisvogel haben



Viel Natur: die Lahn zwischen Villmar und Runkel

Foto Frank Rumpenhorst

wir entdeckt. Und ein Reh, das uns vom Flussufer aus anschaut.

Spaß macht es auch, die Schleusen zu durchfahren, zwei Stück davon muss man auf der Etappe passieren – und dabei selbst Hand anlegen. Schleusenklappen müssen auf- und zugekurbelt werden, damit das Wasser in die Kammer hineinfließen oder entweichen kann. Kraft braucht es auch, die Tore der Schleuse vor der Weiterfahrt zu öffnen. So lernt man auf der Tour ganz nebenbei auch etwas über die Flussschiffahrt.

Für das Etappenziel Runkel sollte man einige Zeit einplanen: Der Ort ist wirklich entzückend. Durch die Altstadt mit ihren vielen Fachwerkhäusern zu bummeln macht Spaß. Oder man besichtigt die mittelalterliche Burg (Informationen unter www.burg-runkel.de). Vor allem aber sollte man in Runkel noch einmal ins Wasser springen. Zwei schöne, an heißen Tagen gut besuchte Badeplätze gibt es, beide liegen direkt an der historischen Lahnbrücke, die im 15. Jahrhundert erbaut wurde. Auf die Badeinsel gelangt man über einen Zugang an der Schleuse, von dort geht es in den Fluss. Ist man mit kleinen Kindern unterwegs, sollte man besser auf der anderen Seite der Brücke ins Wasser steigen, wo es flacher ist.

Wer auf der Lahn paddeln möchte, braucht übrigens keine eigenen Boote. Kanuvermieter gibt es zahlreiche, ihre Angebote und die Preise unterscheiden sich nicht besonders. Bucht man eine Tour, dann ist der Rücktransport zum Ausgangspunkt meistens inklusive. Sehr gut geeignet ist die Lahn auch für eine Mehrtagestour. Unterwegs gibt es einige Campingplätze, die oft von den Kanuverleihern selbst betrieben werden.

ALEXANDER JÜRGS

GLÜCKSLOS-AKTION

1 Ab 20 Euro Einkaufswert ein Glückslos erhalten.

2 Code in der EDEKA-App aktivieren und attraktiven Rabattcoupon erhalten sowie an großer Schlussverlosung teilnehmen.

Gültigkeitszeitraum: 12.08.-31.08.2024
Weitere Informationen unter edeka.de/glueckslos

Jetzt downloaden!

Jedes Glückslos enthält einen attraktiven Rabattcoupon folgender Marken:

Gewinne im Gesamtwert von 1 Mio. Euro!

<p>BIO HIGHLIGHT DER WOCHE</p> <p>Bio Mini Wassermelonen aus Spanien oder Italien Klasse II, Stück</p> <p>Ganze Früchte!</p> <p>-40% BIO-HIGHLIGHT</p> <p>2.99</p>	<p>Unsere Heimat – echt & gut</p> <p>Kraussalat oder Eichblatt rot aus Süddeutschland Klasse I Stück</p> <p>-33%</p> <p>0.99</p>	<p>GUTE GÜNSTIG</p> <p>Rispen Tomaten aus den Niederlanden oder Belgien Klasse I 1kg</p> <p>-16%</p> <p>0.99</p>	<p>Rindswürstchen geräuchert herzhalt-knäckig 100g</p> <p>-25%</p> <p>1.19</p> <p>✓ LAKTOSEFREI ✓ GLUTENFREI</p>
<p>Himbeeren aus Portugal, Klasse I, 125g Schale, 1kg = 11,92 oder Heidelbeeren aus Deutschland oder Polen Klasse I, 125g Schale 1kg = 11,92</p> <p>MINDESTENS -40%</p> <p>1.49</p> <p>EDEKA Sorglos-Preis!</p>	<p>Der große Bauer Fruchtjoghurt versch. Sorten z. B. Erdbeere 250g, 1kg = € 1,76 Schokosplits Stracciatella 225g, 1kg = € 1,96 Becher</p> <p>-55%</p> <p>0.44</p>	<p>Meggle Feine Butter oder Joghurt-Butter 250g Packung 1kg = € 6,76</p> <p>-43%</p> <p>1.69</p>	<p>FRISCHE KNÜLLER</p> <p>Patros Original Feta mind. 45% Fett i. Tr., 150g, 1kg = € 11,27, Natur mind. 52% Fett i. Tr., 180g, 1kg = € 9,39 und weitere Sorten Packung</p> <p>-43%</p> <p>1.69</p>
<p>Barilla italienische Teigwaren versch. Ausformungen 500g Packung 1kg = € 1,54</p> <p>-63%</p> <p>0.77</p>	<p>Tassimo Kaffee Kapseln versch. Sorten z. B. Crema XL 132,8g 1kg = € 28,54 Packung</p> <p>-36%</p> <p>3.79</p>	<p>Schwarzwald-Sprudel Mineralwasser versch. Sorten, Kiste mit 12x 0,7l Flaschen (zzgl. € 3,30 Pfand) 1l = € 0,53</p> <p>-18%</p> <p>APP-PREIS³</p> <p>3.99 -27%</p>	<p>DIESEN SAMSTAG² EXTRA GÜNSTIG:</p> <p>Pollo fino* eine Hähnchenspezialität aus der Keule, zum Kurzbraten oder Grillen, 1kg</p> <p>INITIATIVE TIERWOHL haltungform.de 1 2 3 4</p> <p>-38%</p> <p>7.99</p>
<p>Frosta Fertiggerichte versch. Sorten, z. B. Paella 450g, 1kg = € 5,91 tiefgefroren Packung</p> <p>-43%</p> <p>2.66</p>	<p>Mövenpick Eis versch. Sorten z. B. Bourbon Vanille 900 ml, 1l = € 1,88 tiefgefroren Becher</p> <p>-57%</p> <p>1.69</p>	<p>Coca-Cola**, Fanta, Mezzo Mix** und weitere Sorten 1,5l PET-Flasche (zzgl. € 0,25 Pfand) 1l = € 0,74</p> <p>-37%</p> <p>1.11</p> <p>1,5l PET-Flasche!</p>	<p>Unsere Heimat – echt & gut</p> <p>Zwetschgen aus Süddeutschland Klasse I, 1,5kg Korb</p> <p>DIESEN SAMSTAG</p> <p>-30%</p> <p>2.77</p>

Angebote gültig bis 24.08.2024, KW 34. Für Druckfehler übernehmen wir keine Haftung. EDEKA ZENTRALE Stiftung & Co. KG, New-York-Ring 6, 22297 Hamburg. Firma und Anschriften der teilnehmenden Märkte unter www.edeka.de/marktsuche oder unter der Telefonnummer 0800 333 52 11 (kostenfrei aus dem dt. Fest- und Mobilfunknetz).

* Nur in Märkten mit Beauftragten, Sonderverkaufspreise. ** koffeinhaltig

Niedrigster Gesamtpreis der letzten 30 Tage: Rindswürstchen: € 0,99, Bio Mini Wassermelonen: € 3,33, Barilla: € 2,09, Himbeeren: € 1,50, Heidelbeeren: € 2,49, Der große Bauer Fruchtjoghurt: € 0,49, Tassimo: € 3,99, Frosta: € 4,69, Mövenpick: € 1,77, Patros: € 1,29, Pollo Fino: € 8,99, UH Zwetschgen: € 2,49. ¹ Gleichzeitig niedrigster Gesamtpreis der letzten 30 Tage. ² Samstags-Knüller - gültig am Samstag, 24.08.2024.

MAINOVA IRONMAN EUROPEAN CHAMPIONSHIP

Anzeigen-Sonderveröffentlichung | Donnerstag, 22. August 2024

Mit eisernem Willen

ANZEIGE

Erfolg, Spannung und Emotionen: Die Mainova IRONMAN® European Championship 2024. Anmeldungen für 2025 ab heute möglich.

Hart, härter, IRONMAN! 3,8 km Schwimmen, 178 km Radfahren und 42,2 km Laufen – über 80 professionelle Triathleten sowie rund 3000 Altersklassen-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer aus 61 Nationen stellten sich am vergangenen Sonntag der sportlichen Schinderei in drei Akten und kämpften nicht nur um den Titel „IRONMAN“, sondern auch um die Europameisterschaftstitel und einen der begehrten Startplätze für die VinFast IRONMAN World Championships in Nizza und Kailua-Kona, Hawaii.

Mit enthusiastischer Unterstützung des Publikums stürmte der Norweger Kristian Blummenfelt in 7:27:21 zum Sieg und sicherte sich unter anderem den Titel des IRONMAN-Europameisters. „Ich hatte keine große Vorbereitung auf das Rennen, aber es lief sehr gut“, sagte



IRONMAN-Europameister: Der Norweger Kristian Blummenfelt.

Blummenfelt nach dem Zieleinlauf. Der IRONMAN-Triathlon-Debütant Kieran Lindars aus Großbritannien wurde Zweiter, gefolgt vom Italiener Gregory Barnaby auf Platz 3. Bester Deutscher wurde Jonas Hoffmann auf Platz 6, und mit Patrick

Lange auf Platz 8 und Finn Große-Freese auf Platz 9 waren insgesamt drei deutsche Profis in den Top 10 vertreten.

Für Profis, Amateure, Rookies und Zuschauer entlang der Strecke – die 22. Auflage der Mainova IRONMAN® European Cham-

pionship Frankfurt war einmal mehr ein unvergessliches und mitreißendes Erlebnis. Vor allem das einzigartige Finish am Römer, wo alle Teilnehmer stimmungsvoll zum Ziel getragen werden, ist für jeden – ob erste Finisher oder abends zur großen Finishline-Party – der atmosphärische Hotspot des Wettbewerbs. Mike Matthias, Project Director der Mainova IRONMAN European Championship Frankfurt, zieht eine positive Bilanz: „Wir freuen uns, dass die Mainova IRONMAN European Championship Frankfurt als Teil der IRONMAN Pro Series ausgewählt wurde. Wir konnten ein großartiges Profi-Starterfeld mit über 80 Athleten und ein großes internationales Starterfeld mit rund 3000 Altersklassen-Athletinnen und -Athleten aus 61 Nationen in Frankfurt begrüßen. Ein besonderer Dank gilt der

Stadt Frankfurt, unserem Titelpartner Mainova und dem hr-Fernsehen sowie unseren Partnern, ohne deren Unterstützung die Durchführung der Veranstaltung nicht möglich gewesen wäre, und vor allem unseren 3000 Volunteers, Ersthelfern und dem Sicherheitspersonal.“

Sei dabei! Nach dem IRONMAN ist vor dem IRONMAN Wer die einzigartige Strecke, den unvergleichlichen Stimmungsräusch der Zuschauer aktiv erleben und unter lautem Jubel die Finishline überqueren will, muss sich sputen. Die „Mainova IRONMAN Frankfurt European Championship“ findet im kommenden Jahr am 29. Juni 2025 statt.

► **Öffnung der Anmeldung:** Donnerstag, 22. August 2024, 14 Uhr auf www.ironman.com/im-frankfurt-register.



Lässt die Teilnehmer – hier Kristian Blummenfelt (NOR) – alle Qualen vergessen: der Zieleinlauf auf dem Römer. Fotos: Jan Hettfleisch/Getty Images for IRONMAN (4)



3,8 km Schwimmen im Langener Waldsee ...



... 178 km Radfahren auf einem Rundkurs in Richtung Frankfurt City ...



... 42,2km Laufen entlang des Mainufers im Schatten der Skyline. Foto: Jasmin Walter/Getty Images for IRONMAN

29. JUNI 2025

mainova IRONMAN FRANKFURT EUROPEAN CHAMPIONSHIP

www.ironman.com/im-frankfurt

3.8KM SWIM • 180KM BIKE • 42.2KM RUN

IRONMAN

IRONMAN Germany

ironman_germany

SPORTSTADT FRANKFURT AM MAIN

BREITLING 1884 **VINFAST** **HOKA** **RÖKA** **AGI** **ATHLETIC** **KEO** **FULGAZ** **MAURTEN** **NIRVANA** **PRECISION** **QATAR AIRWAYS** **Santini** **TriDot** **wahoo** **mainova**



Breaking ist cool:
Die Kreativität von Hessens besten Nachwuchssportlern kennt keine Grenzen.
Fotos Lando Hass



Zurück in Mainz

Svensson spielt mit Union Berlin bei 05

MAINZ Was Jürgen Klopp überlebt hat, wird auch Bo Svensson nicht aus der Bahn werfen: die erstmalige Rückkehr zum FSV Mainz 05 als Trainer einer gegnerischen Mannschaft. Die steht am Samstagmittag an. Schon vor einem Jahr standen sich Mainz und Union Berlin zum Auftakt gegenüber. Wenn man so will, leitete die Mainzer 1:4-Niederlage in Köpenick Svenssons Ende Oktober erfolgte Demission ein.

So emotional und tränenreich der Abschied von der Mannschaft und – per Videobotschaft – den Fans nach dem Aus im DFB-Pokal, einem desolaten Auftritt beim Zweitligaverein Hertha BSC (0:3), geriet, so herzlich dürften die 05-Anhänger Svensson und seinen Assistenten Babak Keyhanfar, einen gebürtigen Mainzer, am Samstag begrüßen.

Svensson, der von 2007 bis 2014 unter anderem 90 Bundesligaeinsätze im Mainzer Trikot absolviert und später als Trainer im Nachwuchsleistungszentrum gearbeitet hat, war Anfang 2021 nach eineinhalb Jahren in Salzburg an den Bruchweg zurückgekehrt. Diesmal als Cheftrainer, mit Keyhanfar als Assistenten – und für eine vermeintliche „Mission impossible“. Binnen kürzester Zeit gelang es ihm, die Abwehr des designierten Absteigers zu stabilisieren und die gesamte Spielweise wieder auf den „Mainzer Weg“ zu bringen. Am Ende stand die mit 32 Rückrundepunkten erfolgreichste Aufholjagd in europäischen Profiligen, Svensson führte das Team vom letzten auf den zwölften Rang, in der Saison 2022/23 galten sie als Kandidat fürs internationale Geschäft, das sie jedoch verpassten.

Aus heutiger Sicht hätten Verein und Trainer sich damals trennen sollen. Svensson wirkte bei seinen öffentlichen Auftritten zunehmend mürrisch. Daran änderte die Sommerpause nichts, auch während des Trainingslagers in Schladingm 2023 trug der Däne überwiegend schlechte Laune vor sich her und machte auch keine Anstalten, seinen noch eine Saison laufenden Vertrag zu verlängern. Damals ließ ihn wohl ein Mix aus der Enttäuschung über den verpassten Europa-League-Platz und der Unzufriedenheit mit dem noch unterfertigen Kader an seinem Engagement zweifeln. Lediglich drei Zähler standen nach neun Partien zu Buche, dazu ein Torverhältnis von 9:24. Nicht erst nach dem Pokal-Aus sah Svensson seine Arbeit in Mainz am Ende angekommen, doch erst jetzt teilten Sportvorstand Christian Heidel und Sportdirektor Martin Schmidt seine Meinung. Ein früheres Rücktrittsgesuch hatten sie abgelehnt. Bis Saisonende nahm Svensson kein neues Engagement an. Dabei mangelte es nicht an Anfragen. Union Berlin hätte ihn schon damals (und kurz vor Saisonende abermals) gerne verpflichtet, Interesse bestand auch bei anderen abwärtsbedrohten Klubs. Alle handelten sich Absagen ein. Für Svensson war es eine Charakterfrage, nicht bei einem Klub anzuheuern, der in direkter Konkurrenz zu seinem Herzensverein stand. Auch das werden ihm die Fans des FSV Mainz 05 am Samstag mit Sicherheit danken. ehu.

Der Traum vom Fliegen

Sieid ihr ready?“, ruft Omar Qiami. Die B-Boys nicken und verteilen sich im Raum. Sie blicken in eine Richtung, zu einer verspiegelten Wand. Für die nächsten drei Stunden dröhnt amerikanischer Hip-Hop aus der fetten JBL-Box.

In einem kühlen Kellerraum in Wiesbaden-Biebrich treffen sich acht B-Boys, um zu breaken. Sie alle sind im Breaking-Landeskader Hessen. Einmal im Monat finden die Lehrgänge bei Landestrainer Omar Qiami statt.

Ihr Alter und ihre Ziele sind unterschiedlich. Teenager, die beim Breakeen hohe Ambitionen haben und einmal auf der olympischen Bühne stehen möchten, trainieren zusammen mit älteren Tänzern, die fit bleiben und Spaß haben wollen. Eines haben sie gemein: Sie gehören zu den 16 besten B-Girls und B-Boys in Hessen. In einem mehrstufigen Nominierungsverfahren mussten sie sich gegen über hundert andere Tänzer durchsetzen. Es ist Leistungssport, aber anders, als man ihn sich vorstellt. In der Mittagspause gibt es Pizza für alle.

Kendrick Lamars neuester Hit „Not Like Us“ dröhnt durch den Raum. Ein Junge mit weiter Cargohose dehnt sich auf dem Boden. Dann macht er einen Handstand, grätscht die Beine und dreht sich viermal um die eigene Achse. Lockere Aufwärmübungen eben. Bob Diemand ist 14 Jahre alt und breakt, seit er sechs ist. Für die nächsten Stunden ist er B-Boy

WIESBADEN Trainieren, tanzen, tricksen: Die besten hessischen B-Girls und B-Boys suchen im Breaking nach individueller Freiheit. „Früher war es wichtig, dass man Style hat. Heute braucht man krasse Powermoves.“

Von Hannah Bolsius

Hunter. Seine geflochtenen Zöpfe wippen im Takt der Musik. Wenn er über das Breakeen redet, huscht ein Lächeln über sein Gesicht.

„Mir gefällt am meisten, dass man so frei ist und sich selbst ausdenken kann, was man macht“, sagt Bob. Er trainiert immer, wenn er Zeit hat, meistens mehr als siebenmal die Woche. Die Olympischen Jugendspiele 2026 in Dakar sind sein Ziel. In den nächsten zwei Jahren wird er an Qualifikationsturnieren teilnehmen und dafür um die ganze Welt fliegen. Sein Vorbild ist der Kanadier Phil Wizard, der am gleichen Abend in Paris die erste olympische Goldmedaille im Breaking gewinnen wird.

Bob gehört als einer von sechs B-Boys zum Bundeskader. Als Omar davon erzählt, hört er sich fast ein bisschen stolz an. Er sieht viel Potential in Bob, vor Kurzem hat er ihn in seine Crew, die „Bookofraw“, aufgenommen. Jeden Sonntag trainieren sie gemeinsam in Frankfurt.

Wenn Omar ihm Tipps gibt oder die gesamte Gruppe anspricht, benutzt er



Aufmerksamer Beobachter:
Landestrainer Omar Qiami

viele englische Begriffe. „No shit, du musst mehr an deiner Footwork arbeiten!“, sagt er zum Beispiel. Manchmal beginnt oder beendet er seine Sätze mit „Digga“. Die Atmosphäre ist entspannt, die Hierarchien sind flach. Trainer und Schüler begegnen sich auf Augenhöhe – typisch für die Breaking-Szene.

Wer schon mal bei Kaderlehrgängen anderer, traditioneller Sportarten wie Fußball oder Leichtathletik war, weiß, dass dort ein anderer Wind weht. Die Abläufe sind streng getaktet, der Trainer gibt genau vor, was zu tun ist. In der Mittagspause sucht man vergeblich nach Pizzakartons.

Beim Breaking herrscht mehr Freiheit, alles folgt einem natürlichen Fluss. Die B-Boys helfen sich gegenseitig, oft wird in Kleingruppen minutenlang darüber gefachsimpelt, wie jemand einen bestimmten Powermove, so werden die athletischen Elemente genannt, perfektionieren kann – mal mit Trainer, mal ohne.

Altersunterschiede und verschiedene Perspektiven können das von Vorteil sein. Und die gibt es im Hessenkader: Hier

trainieren nicht nur Vierzehnjährige mit Profi-Ambitionen. Da ist auch Sebastian Samstag, Vollbart, 34 Jahre alt, Künstlername Zippo. Er steht als Videograph und Tanzlehrer mitten im Berufsleben und ist in einer ganz anderen Lebensphase. Seit 20 Jahren ist er in der Breaking-Szene unterwegs. In dieser Zeit habe sich einiges geändert: „Früher war es wichtiger, dass man Style hat und fresh aussieht. Heute braucht man krasse Powermoves, man muss fliegen können.“

Er versuche, „die Jüngeren, die auf diesem Powermove-Drill sind“, mit weichen Bewegungen und Kreativität zu inspirieren. Der „Funk“, also das Unkonventionelle, würde ihnen manchmal fehlen.

Omar sieht in der heterogenen Gruppenzusammensetzung – im Hessenkader trainieren nicht nur jegliche Altersstufen zusammen, sondern auch beide Geschlechter – viele Vorteile. Dennoch würde er eine Trennung der Gruppen für sinnvoller halten, um „auf die verschiedenen Defizite und individuellen Ziele besser eingehen zu können“. Dies wird in absehbarer Zukunft jedoch nicht möglich sein. Trotz der zunehmenden Kommerzialisierung und Professionalisierung des Sports hat der Hessische Tanzsportverband nicht die finanziellen Mittel, um mehrere Landestrainer zu bezahlen.

Solange das so bleibt, werden B-Boy Hunter und B-Boy Zippo weiterhin zusammen trainieren und voneinander lernen. Es gibt Schlimmeres.

Nun bleiben Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei;
aber die Liebe ist die größte unter ihnen.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Marianne Schäfer

* 13.01.1948 † 14.08.2024



In stiller Trauer
Gerd und Dirk

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung findet am Donnerstag, dem 29. August 2024, um 12.45 Uhr auf dem Friedhof Goldstein statt.

Statt Blumen- und Kranzspenden bitten wir um eine Spende an die „Hilfe für krebskranke Kinder Frankfurt e. V.“, IBAN: DE98 5005 0201 0000 6200 50, Stichwort: Marianne Schäfer



Wir sind dankbar für die Zeit mit Dir. Dein guter Rat, Deine Liebe und Fürsorge und Deine Fröhlichkeit werden uns fehlen.

Heinz Kerber

* 4. 5. 1936 † 13. 8. 2024

Jakobsthal, Frankfurt am Main

Du wirst immer bei uns sein:
**Deine Elfriede
Thomas und Diana
Andreas und Daniela
Deine Enkel:
Michel mit Rebecca, Lisa,
Felix und Lilly
im Namen aller Angehörigen**

Das Requiem mit anschließender Urnenbeisetzung feiern wir am Montag, den 26. August um 14.00 Uhr in der Herz Jesu Kirche in Jakobsthal, vorher beten wir um 13.30 Uhr den Rosenkranz. Für alle Anteilnahme sagen wir herzlichen Dank.

Bestattungskalender

Am Donnerstag, dem 22.08.2024 (Angaben ohne Gewähr) Bad Homburg-Dornholzhausen 14.00 Bestattung Junne, Günter, 91 J. Frankfurt am Main-Bornheim 12.00 Trauerfeier und Bestattung Unterköfler, Helmut Karl Christian, 92 J. Frankfurt am Main-Griesheim 9.00 Bestattung Manil, Regine Madeleine, geb. Desrayaud, 79 J. Frankfurt am Main, Hauptfriedhof 12.00 Trauerfeier und Bestattung Schäfer, Gerta Julie, geb. Ullrich, 94 J. 14.15 Trauerfeier und Bestattung Heinlein, Norbert Ernst Erwin, 86 J. Frankfurt a. M., Hauptfriedhof Urne 13.00 Bestattung Nitschke, Margit Lisa, geb. Röhlhng, 68 J. 13.30 Bestattung Poser, Bodo Wilfried, 75 J. Frankfurt am Main-Höchst 11.15 Trauerfeier und Bestattung Fütterer, Gerhard, 84 J. 12.00 Bestattung Kinnel, Heinz, 80 J. 12.45 Bestattung Hofmann, Maria, geb. Tebele, 88 J.	Frankfurt am Main-Kalbach 14.15 Trauerfeier und Bestattung Ruppel, Irmgard, geb. Sänger, 83 J. Frankfurt am Main-Niederursel 12.45 Trauerfeier und Bestattung von Frankenberg und Ludwigsdorf-Cloos, Friederike-Sylvia geb. von Frankenberg und Ludwigsdorf, 95 J. Frankfurt am Main-Westhausen 11.15 Trauerfeier und Bestattung Dahlke, Monika, geb. Koch, 83 J. 12.00 Bestattung Ritsert-Seib, Ralf Thomas, 66 J. 12.45 Trauerfeier und Bestattung Tolksdorf, Erna, geb. Ochsner, 100 J. Hattersheim am Main-Eddersheim 11.00 Trauerfeier mit Urnenbeisetzung Weller, Michael, 63 J. 14.30 Trauerfeier mit Urnenbeisetzung Schubert, Rosemarie, geb. Pfeifer, 80 J. Hochheim am Main, neuer Friedhof 13.00 Trauerfeier mit Urnenbeisetzung Emmrich, Günther, 83 J. Hofheim am Taunus-Wallau 14.00 Urnentrauerfeier Raab, Gerda
---	--

In Stunden der Trauer sind wir für Sie da!

seit 1936

PIETÄT SCHÜLER

Bestattungshaus Andreas Schüler GmbH

In der Römerstadt 10 • 60439 Frankfurt
Heerstraße 28 • 60488 Frankfurt
Telefon: (069) 57 22 22 (Tag und Nacht)

www.pietat-schueler.de

Menschen gehen für immer.
Die Erinnerung bleibt.

Freude oder Trauer in der Familie

Informieren Sie Ihre Freunde, Bekannten, Nachbarn und Kollegen mit einer Familienanzeige

Zwischen Wurzel und Wipfel

In der Tradition seiner thematischen Gruppenausstellungen widmet sich der Künstlerverein in dieser großen Schau dem Thema Wald. Der Ausstellungstitel „Zwischen Wurzel und Wipfel“ beschreibt dabei keinen statischen Zustand, sondern einen gedachten Raum, der sich zwischen den einzelnen Akteuren des Waldes als Netzwerk aufbaut: Denn der Wald ist wesentlich mehr als die Summe seiner Bäume. Im „Dazwischen“ lebt eine bunte Gemeinschaft in einem systemischen und symbiotischen Miteinander, dass allerdings von menschlichen Eingriffen gezeichnet und daher in seiner Funktionstüchtigkeit herausgefordert wird.

ZWISCHEN WURZEL UND WIPFEL
Wiesbaden, Künstlerverein Walkmühle,
Sa/So 14–18 Uhr
23. August bis 10. November 2024

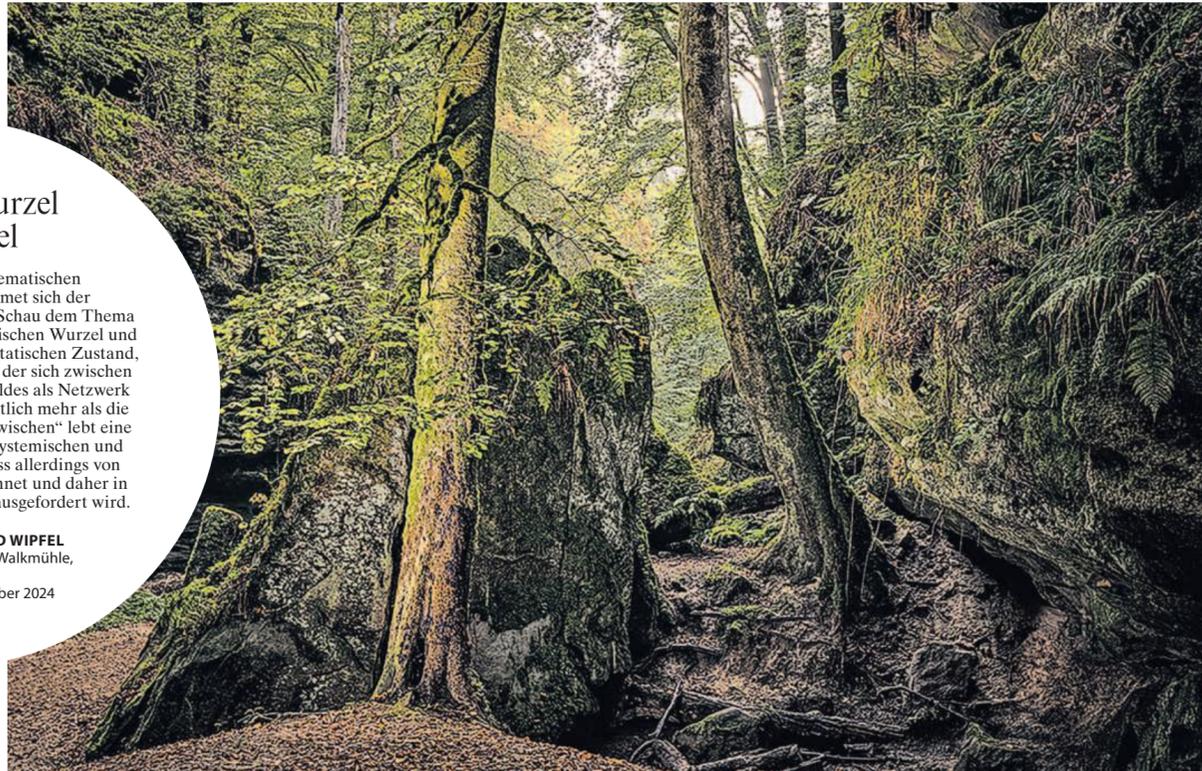


Foto Eckart Bartnik, Schickelgemeinschaft, Fotografie

Ausstellungen in Frankfurt und Rhein-Main

Frankfurt

1822-Forum Fahrgasse 9 ☎ 26 41 42 34 ► **Sonderausstellung:** Cyril Tyrone Hübscher, Manifesting Mainhattan ☎ Do/Fr 14–18 Uhr, Sa 13–16 Uhr, Di/Mi 14–18 Uhr, bis 21.09.2024

Archäologisches Museum Karmelitergasse 1 ☎ 21 23 54 67 ► **Sonderausstellung:** Ausgeschlossen, Archäologie der NS-Zwangsarbeiter ☎ Do–So 10–18 Uhr, Mi 10–20 Uhr, bis 01.12.2024; **Führungen:** ☎ Mi 18 Uhr

Ausstellungshalle Schulstraße 1a ☎ 96 20 01 88 ► **Weitere Veranstaltung:** Uschi Lüdemann, Malelei, Sommergäste 2024 ☎ Do 19 Uhr

Bibelhaus Erlebnis Museum Metzlerstraße 19 ☎ 66 42 65 25 ► **Sonderausstellung:** Virtual Jerusalem, VR in der Jerusalemer Tempel vor 2000 Jahren in VR ☎ Do–Sa 10–17 Uhr, Fr 11–17 Uhr, Sa 11–14 Uhr, Di 10–17 Uhr, bis 15.09.2024 ► **Dauerausstellung:** Ein interkultureller Schatz ☎ Do–Sa 10–17 Uhr, Sa 10–17 Uhr, Di/Mi 10–17 Uhr

Bibliothekszentrum Sachsenhausen Hedderichstraße 32 ☎ 21 23 39 58 ► **Sonderausstellung:** Klimagourmet, Die interaktive Ausstellung macht erlebbar, was Essen, Genuss und Klima miteinander zu tun haben ☎ Do 13–19 Uhr, Fr 11–17 Uhr, Sa 11–14 Uhr, Mo 11–17 Uhr, Di 13–19 Uhr, Mi 11–19 Uhr, bis 30.08.2024

Bildungsstätte Anne Frank Hansaallee 150 ☎ 5 60 00 20 ► **Dauerausstellung:** Anne Frank. Morgen mehr, Lernlabor ☎ Do/Fr 14–17 Uhr, Sa/So 12–18 Uhr, Mo–Mi 14–17 Uhr

Caricatura-Museum Frankfurt Weckmarkt 17 ☎ 21 23 01 61 ► **Sonderausstellung:** Polo, Die komische Kunst des André Poloczek ☎ Do–So/Di/Mi 11–19 Uhr, bis 01.09.2024

Deutsches Exilarchiv 1933–1945 der Deutschen Nationalbibliothek Adickesallee 1 ☎ 15 25 19 87 ► **Dauerausstellung:** Exil. Erfahrung und Zeugnis, Dauerausstellung des Deutschen Exilarchivs 1933–1945 ☎ Do/Fr 9–21.30 Uhr, Sa 10–17.30 Uhr, Mo–Mi 9–21.30 Uhr ► **Frag nach!** – Digitale, interaktive Interviews mit Inge Auerbacher und Kurt S. Maier ☎ Do/Fr 9–21.30 Uhr, Sa 10–17.30 Uhr, Mo–Mi 9–21.30 Uhr; **Führungen:** ☎ Di 15 Uhr

Deutsches Romantik-Museum Großer Hirschgraben 21–25 ☎ 13 88 00 ► **Sonderausstellung:** Werthers Welt – Das Werther-Jahr 1774, Studioausstellung ☎ Do 10–21 Uhr, Fr–Mi 10–18 Uhr, bis 30.12.2024

DFP – Deutsches Filminstitut & Filmuseum Schaumainkai 41 ☎ 9 61 22 02 20 ► **Sonderausstellung:** Neue Stimmen: Deutsches Kino seit 2000 ☎ Do–So/Di/Mi 11–18 Uhr, bis 23.02.2025 ► **Dauerausstellung:** Filmisches Sehen und Filmisches Erzählen ☎ Do–So/Di/Mi 11–18 Uhr; **Führungen:** Führung durch die Dauerausstellung ☎ So 15 Uhr

Dialogmuseum An der Hauptwache 15B-Ebene, Passage ☎ 9 99 99 95 25 ► **Dauerausstellung:** Dialog im Dunkeln, Ausstellung zur Entdeckung des Unsichtbaren ☎ Do/Fr 9–19 Uhr, Sa 10–20 Uhr, Di 9–13 Uhr, Mi 9–19 Uhr

Dommuseum Frankfurt Domplatz 3 ☎ 13 37 61 86 ► **Dauerausstellung:** Frankfurter Kirchenschätze, Dauerausstellung im Kreuzgang des Doms St. Bartholomäus ☎ Do/Fr 10–17 Uhr, Sa/So 11–17 Uhr, Di/Mi 10–17 Uhr ► **Licht und Farbe – Wie das Göttliche sich zeigt, Dauerausstellung im Sakristeum** ☎ Do/Fr 10–17 Uhr, Sa/So 11–17 Uhr, Di/Mi 10–17 Uhr

Ernst-May-Haus im Burgfeld 136 ☎ 15 34 38 83 ► **Dauerausstellung:** Ernst May und das Neue Frankfurt, Ein originalgetreu rekonstruiertes Musterhaus u.a. ☎ Do 11–16 Uhr, Sa/So 12–17 Uhr, Di/Mi 11–16 Uhr

Experimenta Science Center Hamburger Allee 22–24 ☎ 71 37 96 90 ► **Dauerausstellung:** Fragen, forschen und begreifen, Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, Mitmach-Museum ☎ Do/Fr 9.30–14 Uhr, Sa/So 10.30–17.30 Uhr, Mo–Mi 9.30–14 Uhr

Fotogalerie am Wiesenhüttenplatz im Le Méridien Wiesenhüttenplatz ☎ 42 69 66 11 ► **Sonderausstellung:** Magic Moments im alten Präsidium ☎ Do–Mi 9–21 Uhr, bis 11.10.2024

Fotografie Forum Frankfurt Braubachstraße 30–32 ☎ 29 17 26 ► **Sonderausstellung:** Echoes. Identity, Mónica Alcázar-Duarte, Joy Gregory, Jürgen Klauke, Dinu Li, Inuetaq Storch, RAY – Triennale der Fotografie ☎ Do–So/Di/Mi 11–18 Uhr, bis 01.09.2024

Frankfurter Goethe-Haus Großer Hirschgraben 21–25 ☎ 13 88 00 ► **Dauerausstellung:** Frankfurter Goethe-Haus und Gemäldegalerie ☎ Do 10–21 Uhr, Fr–Mi 10–18 Uhr

Geldmuseum der Deutschen Bundesbank Wilhelm-Epstein-Straße 14 ☎ 9 56 63 30 73 ► **Dauerausstellung:** Das Geldmuseum, Bargeld, Buchgeld, Geldpolitik, Geld global ☎ Do/Fr/So–Mi 9–17 Uhr

Geschichtsort Adlerwerke: Fabrik, Zwangsarbeit, Konzentrationslager Kleyerstraße 17 ☎ 40 32 19 84 ► **Dauerausstellung:** Geschichtsort Adlerwerke: Fabrik, Zwangsarbeit, Konzentrationslager ☎ Do/Fr 14–18 Uhr, So 14–17 Uhr, Di/Mi 14–18 Uhr

Haus am Dom Domplatz 3 ☎ 80 08 71 80 ► **Sonderausstellung:** Betroffene zeigen Gesicht, Menschen, die in ihrer Kindheit sexualisierte Gewalt innerhalb der Kirche erleben mussten, kommen zu Wort, Fotoausstellung ☎ Mo–Mi 9–17 Uhr, bis 08.10.2024

Hindemith-Kabinett im Kuhhirtenturm Große Rittergasse 118 ► **Sonderausstellung:** Musikleben in Frankfurt 1918–1933 ☎ So 11–18 Uhr, bis 31.12.2024 ► **Dauerausstellung:** Paul Hindemith ☎ So 11–18 Uhr

Historisches Museum Saalhof 1 ☎ 21 23 51 54 ► **Sonderausstellung:** Stadt der Fotografieren, Frankfurt 1844–2024 ☎ Do–So/Di/Mi 11–18 Uhr, bis 22.09.2024 ► **Dauerausstellung:** Die Schneekugel – Typisch Frankfurt! ☎ Do–So/Di/Mi 11–18 Uhr ► **Frankfurt Einst?** ☎ Do–So/Di/Mi 11–18 Uhr ► **Frankfurt Jetzt!** ☎ Do–So/Di/Mi 11–18 Uhr ► **Frankfurter Sammler und Stifter** ☎ Do–So/Di/Mi 11–18 Uhr ► **Staufzeit + Staufhafen** ☎ Do–So/Di/Mi 11–18 Uhr

Hochbunker Friedberger Anlage 5–6 ► **Sonderausstellung:** Displaced Persons – Vom DP-Lager Föhrenwald nach Frankfurt am Main, Initiative 9. November e.V. ☎ So 11–14 Uhr, Mi 17–19 Uhr, bis 30.11.2024 ► **Frankfurt – Auschwitz, Initiative 9. November e.V.** ☎ So 11–14 Uhr, Mi 17–19 Uhr, bis 30.11.2024 ► **O – Frankfurt, Eine Zeitzeugendokumentation ohne Zeitzeugen, Initiative 9. November e.V.** ☎ So 11–14 Uhr, Mi 17–19 Uhr, bis 30.11.2024 ► **Ostend – Blick in ein jüdisches Viertel, Initiative 9. November e.V.** ☎ So 11–14 Uhr, Mi 17–19 Uhr, bis 30.11.2024 ► **Synagogen in Deutschland – Eine virtuelle Rekonstruktion, Initiative 9. November e.V.** ☎ So 11–14 Uhr, Mi 17–19 Uhr, bis 30.11.2024 ► **Zivlkourage und Widerstand. Ein Bockenheimer Netzwerk, Initiative 9. November e.V.** ☎ So 11–14 Uhr, Mi 17–19 Uhr, bis 30.11.2024

Institut für Stadtgeschichte/Karmeliterkloster Münzgasse 9 ☎ 21 23 84 25 ► **Sonderausstellung:** Mauern voller Geschichte(n): Das Frankfurter Karmeliterkloster ☎ Do–Mi 11–18 Uhr, bis 15.04.2025 ► **Dauerausstellung:** Jörg Ratgeb (um 1480–1526), Die Wandbilder im Karmeliterkloster ☎ Do–Mi 11–18 Uhr ► **Thomas Werner, WandBild (für Jerg)** ☎ Do–Mi 11–18 Uhr

Instituto Cervantes Frankfurt Staufenstraße 1 ☎ 71 37 49 70 ► **Sonderausstellung:** Issa Watanabe, Flucht ☎ Do 9–18 Uhr, Fr 9–15 Uhr, Mo–Mi 9–18 Uhr, bis 13.09.2024

Jüdisches Museum Bertha-Pappenheim-Platz 1 ☎ 21 23 50 00 ► **Sonderausstellung:** Else Meidner, Melancholia ☎ Do 10–20 Uhr, Fr–So/Di/Mi 10–17 Uhr, bis 02.03.2025 ► **Laura J. Padgett, Regenerating Permanence** ☎ Do 10–20 Uhr, Fr–So/Di/Mi 10–17 Uhr, bis 03.11.2024 ► **Mirjam Pressler, Schreiben ist Glück** ☎ Do 10–20 Uhr, Fr–So/Di/Mi 10–17 Uhr, bis 01.09.2024; **Führung:** ☎ Do 18.30 Uhr, So 11.30 Uhr; ► **Natalia Roman. Architekturen des Überlebens** ☎ Do 10–20 Uhr, Fr–So/Di/Mi 10–17 Uhr, bis 01.09.2024; **Führungen:** ☎ Do 18 Uhr, So 11 Uhr; ► **Dauerausstellung:** Wir sind Jetzt: Jüdisches Frankfurt von der Aufklärung bis zur Gegenwart, Rothschild-Palais ☎ Do 10–20 Uhr, Fr–So/Di/Mi 10–17 Uhr; **Führungen:** Highlights der Ausstellung, ☎ Mi 15 Uhr

Junges Museum Frankfurt Saalhof 1 ☎ 21 23 51 54 ► **Sonderausstellung:** Umwelt, Klima & DU ☎ Do–So/Di/Mi 11–18 Uhr, bis 16.02.2025

Kunststiftung DZ Bank Platz der Republik/Eingang Friedrich-Ebert-Anlage ☎ 7 68 05 88 00 ► **Sonderausstellung:** Der Sammlung zugeneigt – Konsellation 2 ☎ Do–Sa/Di/Mi 11–19 Uhr, bis 28.09.2024; **Führungen:** ☎ Do 18 Uhr

Land in Sicht Rotteckstraße 13 ☎ 44 30 95 ► **Sonderausstellung:** Robert Schuler, Traditionalisten Spezialisten Existentialisten 2005 – Da Capo 2024, Fotos aus dem Nordend, Kulturverein Literatur im Stadttell (LiS) e.V. ☎ Do/Fr 10–19 Uhr, Sa 10–16 Uhr, Mo–Mi 10–19 Uhr, bis 14.09.2024

Liebighaus Skulpturenammlung Schaumainkai 71 ☎ 6 05 09 82 00 ► **Dauerausstellung:** Skulpturen vom alten Ägypten bis zum Klassizismus ☎ Do 10–21 Uhr, Fr–So 10–18 Uhr, Di/Mi 12–18 Uhr

Momem An der Hauptwache 15; B-Ebene ► **Sonderausstellung:** Milestones – Favorite Club Tracks 1985–2020 ☎ Do–So/Di/Mi 13–19 Uhr, bis 31.12.2024

Museum Angewandte Kunst Schaumainkai 17 ☎ 21 23 40 37 ► **Sonderausstellung:** Meet Asian Art: Antik? Renaissance in der Ostasiatischen Kunst ☎ Do–So/Di 10–18 Uhr, Mi 10–20 Uhr, bis 24.11.2024 ► **RAY Echoes, Triennale der Fotografie** ☎ Fr–So/Di 10–18 Uhr, Mi 10–20 Uhr, bis 01.09.2024

Museum für Kommunikation Schaumainkai 53 ☎ 6 06 00 ► **Sonderausstellung:** STREIT. Eine

Annäherung ☎ Do–So/Di 10–18 Uhr, Mi 10–20 Uhr, bis 01.09.2024; **Führungen:** ☎ Mi 18 Uhr; ► **Volker Reiche, Comiczeichner und Maler** ☎ Do–So/Di 10–18 Uhr, Mi 10–20 Uhr, bis 27.10.2024

Museum für Moderne Kunst (MMK) Domstraße 10 ☎ 21 23 04 47 ► **Sonderausstellung:** There is no there there ☎ Do–So/Di 11–18 Uhr, Mi 11–19 Uhr, bis 29.09.2024; **Führungen:** ☎ Do 16 Uhr, Sa/So 12, 15 Uhr, Mi 17 Uhr; in engl. Sprache ☎ Sa 16 Uhr

Museum Giersch der Goethe-Universität Schaumainkai 83 ☎ 13 82 10 10 ► **Sonderausstellung: Paris, Königstein, Berlin – Louise Rösler (1907–1993)** ☎ Do 10–20 Uhr, Fr–So 10–18 Uhr, bis 25.08.2024

Museum Judengasse Battonstraße 47 ☎ 21 27 07 90 ► **Dauerausstellung:** Masel und Broche ☎ Do–So/Di/Mi 10–17 Uhr

Palmengarten Siesmayerstraße 63 ☎ 21 23 39 39 ► **Sonderausstellung:** Verspielt? – Roulette mit der Insekten- und Pflanzenwelt ☎ Do–Mi 9–19 Uhr, bis 06.10.2024

Paulskirche Paulsplatz 1 ► **Sonderausstellung:** Paulskirche, Demokratie, Debatte, Denkmal ☎ Do–Mi 10–17 Uhr, bis 31.12.2030

Portikus Alte Brücke 2 ☎ 96 24 45 40 ► **Sonderausstellung:** Tarik Kiswanson, A Century ☎ Do/Fr 12–19 Uhr, Sa/So 11–19 Uhr, Di/Mi 12–19 Uhr, bis 08.09.2024

Porzellan Museum Frankfurt im Kronberger Haus Bolongarstraße 152 ☎ 21 24 54 74 ► **Dauerausstellung:** Höchste Güte und barocke Zier, Höchster Porzellan 1746–1796 ☎ Sa/So 11–18 Uhr ► **Sammlung Kurt Bechtold** ☎ Sa/So 11–18 Uhr ► **Städtische Porzellansammlung** ☎ Sa/So 11–18 Uhr

Schirn Kunsthalle Römerberg ☎ 2 99 88 20 ► **Sonderausstellung:** Casablanca Art School, Eine postkoloniale Avantgarde 1962–1987 ☎ Do 10–22 Uhr, Fr–So/Di 10–19 Uhr, Mi 10–22 Uhr, bis 13.10.2024; **Führungen:** ☎ Fr 11, 17 Uhr, Sa 15, 18 Uhr, So 13, 16 Uhr, Di 17 Uhr, Mi 19 Uhr; **Eine postkoloniale Avantgarde 1962–1987, in engl. Sprache** ☎ Do 20 Uhr; **Eine postkoloniale Avantgarde 1962–1987, Kuratorin-nenführung, mit Luise Leyer** ☎ Do 19 Uhr; ► **Selma Selman, Flowers of Life** ☎ Do 10–22 Uhr, Fr–So/Di 10–19 Uhr, Mi 10–22 Uhr, bis 15.09.2024; **Führungen:** **Flowers of Life, Einführung** ☎ Do 19 Uhr, Fr 16, 18 Uhr, Sa 12, 16, 19 Uhr, So 12, 15 Uhr, Di 15 Uhr

Senckenberg Naturmuseum Senckenberganlage 25 ☎ 7 54 20 ► **Sonderausstellung:** Stadtkisten – Frankfurts kleine Helfer ☎ Do/Fr 9–17 Uhr, Sa/So 9–18 Uhr, Mo/Di 9–17 Uhr, Mi 9–20 Uhr, bis 01.12.2024

Städel Museum Schaumainkai 63 ☎ 6 05 09 82 00 ► **Sonderausstellung:** Muntean/Rosenblum, Mirror of Thoughts ☎ Do 10–21 Uhr, Fr–So/Di/Mi 10–18 Uhr, bis 01.12.2024 ► **Städel / Frauen, Künstlerinnen zwischen Frankfurt und Paris um 1900** ☎ Do 10–21 Uhr, Fr–So/Di/Mi 10–18 Uhr, bis 27.10.2024; **Führungen:** ☎ So 11 Uhr, Di 13 Uhr

Stadtbibliothek Rödelheim Radiostraße 17–19 ☎ 21 23 07 75 ► **Sonderausstellung:** Stadttellmonster, Collagen von Kindern und Jugendlichen, entstanden zum Jubiläumfest 2024 des Fördervereins ForSteR ☎ Do 13–16 Uhr, Fr 13–18 Uhr, Sa 11–14 Uhr, Di 13–19 Uhr, Mi 13–18 Uhr, bis 31.08.2024

Stolze-Museum der Frankfurter Sparkasse Markt 7 ☎ 26 41 40 06 ► **Sonderausstellung:** Bruder Moenus, Geschichten und Gedichte von Friedrich und Adolf Stolze rund um den Main ☎ Do–Mi 10–18 Uhr, bis 31.03.2025

Struwelpeter Museum Hinter dem Lämmchen 2–4 ☎ 94 94 76 74 00 ► **Sonderausstellung:** Der Pop-Up-Peter. Buchkunst und Animationen von Marianne R. Petit ☎ Do–So/Di/Mi 11–18 Uhr, bis 16.02.2025 ► **Der Zauberlehrling, Illustrationen von Sabine Wilharm** ☎ Do–So/Di/Mi 11–18 Uhr, bis 09.09.2024

Tower MMK Taunustor 1 ☎ 21 23 04 47 ► **Sonderausstellung:** Robert Metzger ☎ Do–So/Di 11–18 Uhr, Mi 11–19 Uhr, bis 05.01.2025; **Führungen:** ☎ So 14 Uhr, Di 16 Uhr; in engl. Sprache ☎ So 16 Uhr

Weltkulturen Museum Schaumainkai 29–37 ☎ 21 23 15 10 ► **Sonderausstellung:** Klangquellen, Everything is music! ☎ Do–So 11–18 Uhr, Mi 11–20 Uhr, bis 01.09.2024; **Führungen:** Everything is music!, Museumsuferfest-Kurzführungen ☎ Fr 16 Uhr, Sa 12, 15, 18 Uhr, So 12, 15 Uhr

Werkskantine in der Klassikstadt Orber Straße 4A ☎ 4 08 96 98 98 ► **Dauerausstellung:** 16.000 m² automobiles Erlebnis, Alles rund um den Oldtimer ☎ Do–Sa 10–20 Uhr, So 10–18 Uhr, Mo–Mi 10–20 Uhr

Aschaffenburg

Christian Schad Museum Pfaffengasse 26 ☎ 0 60 21 / 38 67 40 ► **Dauerausstellung:** Christian Schad (1894–1982), Protagonist der Moderne – Leben und Werk des Ausnahmekünstlers ☎ Do–So 10–18 Uhr, Di 10–20 Uhr, Mi 10–18 Uhr

Naturwissenschaftliches Museum Wermbachstraße 15 ☎ 0 60 21 / 38 67 40 ► **Dauerausstellung:** Insekten, Botanik, Zoologie, Mineralogie und Geologie des Spessarts ☎ Do–So/Di/Mi 10–16 Uhr

Neuer Kunstverein Aschaffenburg Kunstland Landingstraße 16 ☎ 0 60 21 / 29 92 78 ► **Sonderausstellung:** Welcome to the Foto-Motel ☎ Do–So/Di/Mi 11–17 Uhr, bis 15.09.2024

Schloss Johannisburg Schloßplatz 4 ☎ 0 60 21 / 38 65 70 ► **Sonderausstellung:** Verstrickt! Siegfried Rischar zum 100. Geburtstag ☎ Do–So 9–18 Uhr, bis 25.08.2024

Stiftsmuseum Stiftsplatz 1a ☎ 0 60 21 / 4 44 79 50 ► **Dauerausstellung:** Archäologie, mittelalterliche Plastik, kirchliche Schätze, alteutsche Tafelmalerei, religiöse Volkskunst ☎ Do–So/Di/Mi 11–17 Uhr ► **Pracht und Glaube des Mittelalters, Der Stiftsschatz St-Peter und Alexander** ☎ Do–So/Di/Mi 11–17 Uhr

Bad Homburg

Kunstverein Bad Homburg Artland Tannenwaldweg 6 ☎ 0 61 95 / 96 07 91 ► **Sonderausstellung:** Vogelfrei, Gabriele Böhmer und Margot Hochberger ☎ Fr 15–18 Uhr, Sa/So 11–18 Uhr, bis 08.09.2024

Römerkastell Saalburg Am Römerkastell 1 ☎ 0 61 75 / 9 37 40 ► **Dauerausstellung:** Armamentaria, Die Waffenkammer der Saalburg ☎ Do–So/Di/Mi 9–16–18 Uhr ► **Kastell mit archäologischem Museum** ☎ Do–So/Di/Mi 9–16–18 Uhr

Schloss Bad Homburg Schloss 1 ☎ 0 61 72 / 9 26 21 48 ► **Dauerausstellung:** 244ff. – Von Friedrich bis Ferdinand, Landgrafschaft Hessen-Homburg ☎ Do–So/Di/Mi 10–16 Uhr ► **Vom Landgrafensitz zum Kaiserschloss 1622 – 1866 – 1918** ☎ Do–So/Di/Mi 10–16 Uhr

Bad Nauheim

Jugendstilpark im Badehaus 3 – Sprudelhof Nördlicher Park 3 ☎ 0 60 32 / 9 25 17 42 ► **Sonderausstellung:** Die Waffenkammer der Saalburg ☎ Do–So/Di/Mi 9–16–18 Uhr ► **Friedrich Wilhelm Kleukens** ☎ Do–So/Di/Mi 13.30–17.30 Uhr, bis 29.09.2024

Rosenmuseum Steinfurth Alte Schulstraße 1 ☎ 0 60 32 / 8 60 01 ► **Sonderausstellung:** Die dunkle Seite der Rose oder die Faszination des Gegenteilis ☎ Do–Mi 13–17 Uhr, bis 30.11.2024 ► **Dauerausstellung:** Rosige Zeiten, Ausstellung zur Kunst- und Kulturgeschichte der Rose ☎ Do–Mi 13–17 Uhr

Darmstadt

Bahngalerie im Hauptbahnhof Europaplatz ► **Dauerausstellung:** Ein Kaleidoskop der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Fotoausstellung auf Themenplakaten ☎ Fr–Do 0–0 Uhr

Bioversum Kranichstein Kranichsteiner Straße 253 ☎ 0 61 51 / 97 11 18 88 ► **Sonderausstellung:** Wision, Outdoor-Ausstellung, in Kollaboration mit BioDivKultur ☎ Do/Fr 11–17 Uhr, Sa/So 10–17 Uhr, Di/Mi 11–17 Uhr, bis 31.10.2024

Eisenbahnmuseum Steinstraße 7 ☎ 0 61 51 / 37 64 01 ► **Dauerausstellung:** Dampfkomotiven, Züge und Fahrkarten in Deutschland, Herstellung und Entwicklung ☎ So 10–16 Uhr

Hessisches Landesmuseum Friedensplatz 1 ☎ 0 61 51 / 1 65 70 00 ► **Sonderausstellung:** Graphic Revival, Natur, Mensch, Industrie in England um 1900 ☎ Do/Fr 11–18 Uhr, Sa/So 11–17 Uhr, Di 11–18 Uhr, Mi 10–20 Uhr, bis 29.09.2024

Hessisches Landesmuseum Darmstadt, Abteilung für Schriftguss, Satz und Druckverfahren Kirschenallee 88 ☎ 0 61 51 / 89 91 76 ► **Dauerausstellung:** Schriftguss, Satz und Druckverfahren ☎ Do 15–17 Uhr, Di 10–12 Uhr

Internationales Waldkunst Zentrum Ludwigshöfstraße 137 ☎ 0 61 51 / 7 89 95 37 ► **Sonderausstellung:** 2. Digitaler Wald, Kunst Natur Wasser, 12. Internationaler Waldkunstpfad ☎ Fr–So 14–18 Uhr, bis 22.09.2024

Kunst-Archiv Kasinostraße 3 ☎ 0 61 51 / 29 19 16 ► **Sonderausstellung:** Helga Föhl (1935–2022), Dank und Erinnerung – Eisenkulpturen, Reliefs, Collagen und Zeichnungen ☎ Do 10–18 Uhr, Fr/Di/Mi 10–13 Uhr, bis 15.09.2024

Kunstforum der TU Darmstadt Hochschulstraße 1 ► **Sonderausstellung:** Milli Bau. 5000 km bis Paris ☎ Do–So/Mi 13–18 Uhr, bis 27.10.2024

Museum Jagdschloss Kranichstein Kranichsteiner Straße 261 ☎ 0 61 51 / 9 71 11 80 ► **Sonderausstellung:** Karoline von Hessen-Darmstadt – Naturgefühl und Wissenschaft ☎ Do/Fr 13–17 Uhr, Sa/So 10–17 Uhr, Mi 13–17 Uhr, bis 31.01.2025; **Führungen:** Karoline von Hessen-Darmstadt: Naturgewandt und wissenschaftsbeflügelt, ☎ So 15 Uhr

Museum Künstlerkolonie Olbrichweg 13a ☎ 0 61 51 / 13 33 85 ► **Dauerausstellung:** Raumkunst 2 – Made in Darmstadt 1904 bis 1914 ☎ Do–So/Di/Mi 11–18 Uhr

Schlossmuseum Residenzschloss/Marktplatz 15 ☎ 0 61 51 / 2 40 35 ► **Dauerausstellung:** Kunsthandwerk, Interieurs und Gemälde aus fünf Jahrhunderten ☎ Fr–So 10–17 Uhr

Skulpturengarten Auf der Ludwigshöhe 202 ☎ 0 61 51 / 2 76 90 54 ► **Sonderausstellung:** Lebenselixier Skulpturengarten ☎ So 14.30–16 Uhr, bis 10.11.2024; **Führungen:** mit Elisabeth und Joachim Kuhlmann ☎ So 14.30–16 Uhr

Hanau

Deutsches Goldschmiedehaus Altstadt Markt 6 ☎ 0 61 81 / 25 65 56 ► **Sonderausstellung:** Aus dem Büro, Eine Befragung der Sammlung ☎ Do–So/Di/Mi 11–17 Uhr, bis 20.10.2024 ► **Eckhard Adler, Konzept Form Konstruktion** ☎ Do–So/Di/Mi 11–17 Uhr, bis 22.09.2024 ► **Elisabeth Holder – Vom Schmuck zur Kontextuellen Kunst** ☎ Do–So 11–17 Uhr, bis 25.08.2024

GrimmsMärchenReich im Schloss Philippsruher Philippsruher Allee 45 ☎ 0 61 81 / 2 95 17 99 ► **Dauerausstellung:** GrimmsMärchenReich, Das Brüder-Grimm-Mittelmuseum für die ganze Familie ☎ Do–So/Di/Mi 11–18 Uhr

Hessisches Puppen- und Spielzeugmuseum Parkpromenade 4 ☎ 0 61 81 / 8 62 12

Klassiker im historischen Haus:
Die Schweinshaxe mit hausgemachten Semmelknödeln und Dunkelbiersoße und die Biere der Brauerei Faust werden in der Gaststube und auf dem Platz vor dem 1590 erbauten Fachwerkhhaus serviert.

Fotos Wonge Bergmann



Kochkäse, Schweinebraten und Kräusen

MILTENBERG Das Gasthaus „Zum Riesen“ rühmt sich, das älteste Wirtshaus Deutschlands zu sein. Tatsächlich kommt dort aber ganz zeitgemäße, frische Traditionsküche auf die Tische.

Von Peter Badenhop

Jetzt ist es endlich wieder so weit: In Miltenberg wird wie seit mehr als 750 Jahren die Michaelismesse gefeiert, das mit Abstand größte Volksfest am Untermain. Der Aufbau der großen Holzfesthalle direkt am Fluss hat schon vor ein paar Wochen begonnen. Die beeindruckende Konstruktion des „Lechner Wirts“ mit drei Etagen, Balkonen, Lounges, Bühne und Biergarten ist schon eine Attraktion für sich, aber auch das zehntägige Festprogramm mit Volksmusik, Frühschoppen, Schlager- und Tanzabenden, Disko und Comedy wird wieder Tausende Besucher in die Kleinstadt mit ihrem historischen Ortskern locken.

Vieles in Miltenberg ist historisch: Die Wurzeln der Stadt am Mainknie reichen bis in die vorchristliche Zeit zurück. Die Römer errichteten in der Nähe den Limes, die Franken siedelten später am schmalen Ufer des Flusses, seit 1816 gehört die Stadt zu Bayern. In der Altstadt bezeugen zahlreiche Fachwerkhäuser die reiche Tradition – eines der ältesten ist das Gasthaus „Zum Riesen“.

Errichtet wurde der mächtige Bau im Jahr 1590, aber die Historie des Gasthauses reicht viel weiter zurück. Es ist urkundlich verbürgt, dass an

dieser Stelle schon Mitte des 12. Jahrhunderts ein Wirtshaus dieses Namens stand. 1314 war Ludwig der Bayer kurz nach seiner Wahl zum König im „Riesen“ zu Gast, Karl IV. im Februar 1368. Und im Laufe der folgenden Jahrhunderte nahmen zahlreiche weitere Fürsten und Könige hier Quartier. Wohl mit Recht wirbt das Traditionshaus heute damit, das älteste Gasthaus Deutschlands zu sein.

Geführt wird es seit mehr als zwei Jahrzehnten von der Brauerei Faust – und die ist in Miltenberg selbst eine Institution. Seit mehr 370 Jahren steht das Familienunternehmen für anspruchsvolle Braukunst, die Faust-Biere sind bis weit in die Region bekannt und werden auch in Frankfurt und im Rhein-Main-Gebiet geschätzt. Zwar werden in diesem Teil Unterfrankens auch gute Weine gekeltert, große Rote zumal. Aber im Gasthaus „Zum Riesen“ steht eindeutig die Brautradition im Mittelpunkt.

Die Brauerei hat das Gasthaus nach langem Niedergang und Schließung um die Jahrtausendwende übernommen und grundlegend renovieren lassen. Heute ist es wieder so etwas wie der Mittelpunkt der Altstadt, Anlaufpunkt für Touristen,

die mit den Mainschiffen in die Stadt kommen, für die vielen Camping-Urlauber in der Gegend, für Ausflügler und Wanderer, aber auch für die Einheimischen, die sich in der urigen Gaststube oder auf den wuchtigen Holzbänken vor dem Haus eine knusprige Haxe, deftigen Schweinebraten oder Ochsenbrust mit Meerrettichsoße schmecken lassen wollen. Oder eines der 17 Faust-Biere, die auf der gesonderten Bierkarte aufgeführt sind – vom strohgelben, feinen Pils bis zum rotbraunen, intensiven Doppelbock.

Dass das Gasthaus „Zum Riesen“ seit der Übernahme durch die Brauerei Faust im Grunde ein Brauerei-Ausschank ist, zeigten die Bierempfehlungen, die es auf der Speisekarte für jedes Gericht gibt: das milde Bayrisch Hell zur Flädlesuppe, das dunkle Schwarzviertler zur sehr empfehlenswerten Frikadelle mit Zwiebel-Dunkelbiersoße, das fruchtig-helle Hefe-Weizen zu den Spinatknödeln, das naturtrübe Kräusen zum Kochkäse oder das süffige Riesen-Spezial zur üppigen Bierbrauerpfanne.

Propos Kochkäse: Abgesehen davon, dass er weit und breit der cremigste und würzigste seiner Art und auch als Topping des Kochkäs'-Schnittzels

eine Wucht ist, hat er eine Qualität, die im „Riesen“ auch bei der Frikadelle, den Suppen, den Semmel- und Spinatknödeln, der Dunkelbiersoße und den anderen Soßen und selbst bei der Kräuterbutter zum Steak auffällt: Das alles ist hausgemacht und nicht mit den vielen Fertigprodukten zu vergleichen, die man in manchen anderen Gasthäusern aufgetischt bekommt.

Auch das Festbier für die „Michaelismesse“ kommt im Übrigen von der Brauerei Faust – ein goldgelbes, vollmundiges Saisonbier, das mit leichten Honignoten in der Nase und einem malzetonen, süffigen Geschmack auch außerhalb des hölzernen Festzells des „Lechner Wirts“ stets viele Freunde findet. Der große Bieranstich findet am Freitag um 17 Uhr statt – und dann nimmt die große, alljährliche Sause in Miltenberg ihren Lauf.

Gasthaus Zum Riesen
Hauptstraße 99, Miltenberg,
Telefon 0 93 71/98 99 48,
Internet riesen-miltenberg.de.
Geöffnet täglich von 11 bis 22 Uhr,
freitags und samstags bis 23 Uhr.



Foto Jasper Hill

PROBIEREN

Italienische Wacholdermilde

Die Familie Poli ist in Venetien eine Institution. Ach, was reden wir: in ganz Italien. Und eigentlich auch darüber hinaus. Denn die Grappas aus der Poli-Destille nahe der Tresterbrand-Hauptstadt Bassano del Grappa gehören seit Jahrzehnten zu den bekanntesten und werden auch international geschätzt. Die Brennerei der Familie gehört zu den ältesten Italiens, die Marke Jacopo Poli geht auf das Jahr 1898 zurück.

Damals zog der Namensgeber und Unternehmensgründer mit einer mobilen Minidestillieranlage durch das Land, heute führt sein gleichnamiger Nachfahre mit seinen drei Geschwistern die im Örtchen Schiavon gelegene Destillerie als modernen Betrieb und wird für sein großes, erstklassiges Sortiment an Trester- und Obstbränden in regelmäßigen Abständen mit Preisen ausgezeichnet. Ausschlaggebend für die Qualität der Spirituosen und Liköre des Hauses ist die traditionelle, handwerkliche Destillation, die allen Poli-Produkten eine typische Handschrift verleiht: Sie sind generell sehr weich, blumig, fruchtig und vollmundig.

Und so sind auch die beiden Wacholderbrände der Familie Poli, der Marconi 46 Dry Gin und der Marconi 42 Mediterranean Gin, außergewöhnlich filigran, mild und rund. Destilliert werden sie in einer Vakuum-Pot-Still, abgefüllt in weißen und blauen, bauchigen Flaschen mit dem für Poli typischen dünnen Hals mit Bügelverschluss. Während der Marconi 46 Dry eine starke Wacholderwürze und regionale Aromen von Zirbelholz, Muskatellertrauben und Kiefernholz ins Glas und an den Gaumen bringt und mit einem sehr langen, delikatschmeckenden Abgang überzeugt, punktet der etwas leichtere Marconi 42 Mediterranean mit seinen 42 Prozent Alkohol vor allem mit seiner Mischung aus mediterranen Kräutern wie Thymian, Rosmarin, Basilikum und Minze und feinen Zitrus-, Koriander- und Ingwernoten. Im Zusammenspiel mit einem kräuterbetonten Tonic und einer Zitronenzeste wird er zum perfekten Sommerdrink, lässt sich aber auch gut pur auf Eis genießen.

Wie die Grappas der Familie Poli, so ragen auch ihre beiden Gins aus dem riesigen und unübersichtlichen Angebot an Spirituosen dieser Art wegen ihrer feinen Aromatik und ihrer bemerkenswerten Milde heraus. Und das zu Preisen, die mit gut 30 Euro je 0,7-Liter-Flasche die meisten Konkurrenten im Preis-Leistungs-Vergleich weit hinter sich lassen. bad.

HEUTE IN RHEIN-MAIN

JAZZ

Trio-Vesi Group



Foto Roberto Ciarelli

Italien ist in diesem Jahr Gastland der Frankfurter Buchmesse. So konnte es gelingen, eine der großen Persönlichkeiten des italienischen Jazz für ein Konzert auf der großen Bühne im Palmengarten zu gewinnen. Gianluigi Trovesi

hat seine langjährigen musikalischen Freunde aus der Lombardei ebenso mitgebracht wie seine eigene 60-jährige Erfahrung als vielseitiger Musiker. Neben Originalkompositionen für das aktuelle Quartett schließt die Setlist ebenso afro-amerikanische Standards ein wie auch Neuinterpretationen aus dem umfangreichen Songbook Trovesis, die für ganz unterschiedliche Formationen entstanden.

TRIO-VESI GROUP
Frankfurt, Palmengarten,
19.30 Uhr



Foto PhotoWork

KLASSIK/JAZZ

hr-Bigband und hr-Sinfonieorchester und die Europäische Zentralbank

Zum sechsten Mal lädt das hr-Sinfonieorchester unter der Leitung von Alain Altinoglu (Foto) um 20 Uhr zum „Europa Open Air“ ans Mainufer. Auf dem Programm stehen Bedrich Smetanas „Die Moldau“ und Modest Mussorgskijs „Bilder einer Ausstellung“ in der Orchesterfassung von Maurice Ravel. Bereits um 18 Uhr präsentiert die hr-Bigband gemeinsam mit der

Solistin Shelea ein Repertoire der Songs der größten Jazz-Diven.

HR-BIGBAND UND HR-SINFONIEORCHESTER UND DIE EUROPÄISCHE ZENTRALBANK
Frankfurt, Weseler Werft – Sommerwerft, 18 und 20 Uhr



Foto Eugen Sommer

THEATER

Der Club der toten Dichter

Der neue Englischlehrer John Keating bringt frischen Wind in das erzkonservative Welton-Internat. Er stellt durch seinen unkonventionellen Unterricht die althergebrachten Werte Tradition, Ehre, Disziplin und Leistung infrage, indem er mithilfe der Literatur die Schüler aufruft, selbstständig zu denken. Ein Plädoyer für die freie Entfaltung des Geistes und der Poesie. 1989 wurde das Stück von Tom Schulmann in Hollywood mit prominenten Stars wie Robin Williams und Ethan Hawke verfilmt.

DER CLUB DER TOTEN DICHTER
Bad Vilbel, Wasserburg,
20.15 Uhr

KLASSIK

São Paulo Symphony Orchestra

Das seit 70 Jahren aktive São Paulo Symphony Orchestra bringt schwingvolle Rhythmik und ausgelassene Klänge Lateinamerikas mit. Dass sich die Musiker aber ebenso wohl in der Musik Europas fühlen, stellen sie mit der zweiten Sinfonie von Johannes Brahms unter Beweis. An der Seite des brasilianischen Ausnahmorchesters steht keine Geringere als eine der besten Geigerinnen überhaupt: Hilary Hahn. Dieser Abend vereint vieles – feurige Leidenschaft, virtuose Darbietung und große Sinfonik.

SÃO PAULO SYMPHONY ORCHESTRA UND HILARY HAHN
Wiesbaden, Kurhaus
Wiesbaden, 20 Uhr



Alle Termine
finden Sie
online unter
[faz.net/vk](https://www.faz.net/vk)



Foto David Königsmann

POP

LaBrassBanda

Der in der Bayerischen Blasmusik verwurzelte energiegeladene Sound aus Techno, Ska, Reggae und Punk zündet auf der ganzen Welt. Was LaBrassBanda von der Bühne bläst, ist pure Energie, die direkt in Herz und Hüften geht. Live laufen sie einfach zur Höchstform auf, egal ob in Südostasien, Australien, Neuseeland, Nordamerika, Brasilien oder in Bayern. Und so zählt die Band um Stefan Dettl bereits zwei Goldalben ihr Eigen und spielte seit Gründung vor 15 Jahren über 1.100 Konzerte weltweit – stets barfüßig und in Lederhosen.

LABRASSBANDA
Hanau, Amphitheater/Schloss
Philippsthal, 19.30 Uhr

Auf Youtube hat Hayato Sumino unter seinem Klarnamen fast 70.000 Abonnenten. Das ist für einen jungen Pianisten mit klassischem Repertoire nicht wenig. Zum Internetstar mit mehr als 1,3 Millionen Followern ist Sumino allerdings unter seinem Künstlernamen „Cateen“ geworden. Damit stellt er sogar populäre Kollegen wie den gebürtigen Chinesen Lang Lang in den Schatten, der über lediglich 362.000 Abonnenten verfügt, erst recht aber Pianisten wie Daniil Trifonov und Igor Levit, die von vielen Kritikern zu den besten ihrer Generation gezählt werden, auf der Videoplattform allerdings auf weniger als 50.000 Abonnenten kommen, auch wenn Levit auf X, vormals Twitter, traditionell stark ist. Was also macht Hayato Sumino anders? Und: Wie wird man überhaupt zum Youtubeststar?

Auf diese Frage antwortet der 1995 geborene Japaner online, weil er sich gerade in Palermo aufhält. Doch der junge Mann, der in der sizilianischen Sonne eher nachdenklich in die Kamera seines Smartphones blickt, ist keineswegs das munter drauflos parlierende Kommunikationstalent, das sofort Worthülsen parat hätte. Sondern vielmehr ein nachdenklicher, oft zögernd erläuternder Musiker, der lieber exakte als schnelle Antworten gibt. Er verrät, dass er „Youtube schon während der Schulzeit gemacht hat“.

Dann kam die Corona-Pandemie, gerade zu dem Zeitpunkt, als er am Ende seiner Ausbildung und am Beginn seiner Musikerkarriere stand. Da geschah ohnehin vieles online, der Unterricht beim französischen Pianisten Jean-Marc Luisada zum Beispiel. All das bestärkte Sumino beim Beschreiten des schon zuvor eingeschlagenen Wegs. Am heimischen Flügel nahm er Clips von einigen Minuten Dauer auf. Drei Millionen Mal sind seine eigenen zwölf Variationen über „Happy Birthday“ seitdem aufgerufen worden, vier Millionen Mal seine sieben Arten, „Funkle, funkle, kleiner Stern“ zu spielen, mehr als sechs Millionen Mal sein Video der stürmischen Chopin-Etude op. 25/11.

Dass er kleine Spielfehler sofort korrigieren kann, wenn er etwas aufnimmt, sei ein Vorteil gegenüber dem Auftritt im Konzertsaal, sagt er. Trotzdem findet Sumino, der beim renommierten Warschauer Chopin-Wettbewerb 2021 bis ins Halbfinale kam (2,1 Millionen Youtube-Aufrufe): „Nichts kann durch ein echtes Konzert ersetzt werden.“

Beim Rheingau Musik Festival tritt „Cateen“, der neben seiner musikalischen Ausbildung vor einigen Jahren an



Viele Fans: Hayato Sumino, hier bei einem Auftritt im japanischen Sendai im Januar 2023, hat auf Youtube mehr als 1,3 Millionen Follower.

Foto Picture Alliance

Melodien für Millionen

GEISENHEIM Der japanische Pianist Hayato Sumino ist ein Star auf Youtube und schätzt das Livekonzert – wie beim Rheingau Musik Festival, wo er auf Schloss Johannisberg auftritt.

Von Axel Zibulski

der Universität Tokio auch einen Masterabschluss in Informationswissenschaften erworben hat, in diesem Sommer zweimal auf. Anfang August sprang er auf Schloss Johannisberg für das Klavierduo Ferhan und Ferzan Önder ein, mit dem er in seinem eigentlichen Konzert am 23. August zu erleben ist. Es enthält Werke von Chopin und Johann Sebastian Bach, an dessen Musik den Pianisten die „perfekte Balance von Objektivität und Subjektivität“ begeistert, bietet aber auch Suminos eigenes Arrangement von Maurice Ravel's „Bolero“ sowie drei von ihm selbst komponierte Nocturnes.

Dass ihn die Musik des ukrainisch-russischen Komponisten Nikolai Kapustin fasziniert, die exakt ausnotiert ist, aber jazzig-frei klingt, erstaunt daher nicht, denn genau an solchen Schnittstellen bewegt er sich künstlerisch. Von einem „Dualismus zwischen Improvisation und Komposition“ schwärmt er, wenn er über Chopins Musik spricht. „Selbst habe ich zum Beispiel versucht, im Stil seiner Mazurken zu improvisieren, weil man durch Improvisieren einen Stil besser erfahren kann.“

Und Vorbilder? Vielleicht ist es kein Zufall, dass er in sein Programm ein Präludium und eine Fuge des österreichischen Pianisten und Komponisten Friedrich Gulda aufgenommen hat. Der war ein exzellenter Musiker, aber auch ein schillernder Medienstar, ein unkonventioneller Aufrehrer. Und einer, der, lebte er heute noch, vielleicht auch ein Youtuber wäre. Weil man dort, wie Sumino sagt, „frei ist und einfach machen kann, was man will“.

Das reicht, um den Garten schon bald mit Besuchern zu fluten. Dabei liegt das Anwesen auch ohne den Erfolg der Serie, die bei Netflix derzeit so viele Zuschauer hat wie keine andere Produktion des Streamingdienstes, nicht gänzlich verlassen in der normannischen Spätsommer-sonne. Noch in diesem Jahr aber werden sich unter die Bewunderer von Monet und seinen Seerosen die Bewunderer von Emily mischen. Viele von ihnen fahren allein zu dem Zweck nach Frankreich, um den Spuren der jungen amerikanischen PR-Beraterin zu folgen, die als kluge Naivchen in der Fremde zahlreiche Pariser Abenteuer erlebt. Wundere sich niemand, wenn demnächst nach Barcelona und den Balearen auch in Giverny Protestplakate zu sehen sind, die gegen ein Übermaß an Tourismus protestieren.

Nützen wird es ebenso wenig wie das Augenrollen der Pariser über die bunt aufgemotzte Garderobe, die Serienmacher Darren Star seiner Schauspielerin Lily Collins umhängt. Aber er setzte ja schon in „Sex and the City“ eher auf Klotzen als auf Kleckern. Weniger verzei-lich ist, dass Emily auch in der vierten Staffel noch immer kein Französisch spricht, weiterhin vor allem Missgeschicke verursacht und nach wie vor nicht weiß, was sie will. Im Internet hat dazu jemand die nette Formulierung gefunden, die einzige Emily, die es verdient habe, nach Paris zu fahren, sei Emily, die zickige Assistentin von Meryl Streep in „Der Teufel trägt Prada“, unvergesslich gespielt von Emily Blunt. Selbst sie aber kam nicht bis Giverny. Mal sehen, welche Orte „Emily in Paris“ im Rest der Staffel noch unsicher macht.

HAYATO SUMINO

Schloss Johannisberg, Geisenheim, 23. August, 19 Uhr

Bloß keine Panik

FRANKFURT „Schöne neue Welt“ in der Galerie Beckers

Das ist es wohl, was man nennt, aus der Not eine Tugend zu machen. Immerhin waren für den Sommer neue Arbeiten von Anton Corbijn angekündigt. Aber der viel beschäftigte Künstler, der einst mit stilprägenden Arbeiten für Bands wie Captain Beefheart, Depeche Mode und U2 bekannt wurde, kam offenbar nicht in die Gänge. Und schuf im Ausstellungskalender der Frankfurter Galerie Anita Beckers überraschend Platz für ein Projekt, wie es der Galeristin schon seit Jahren am Herzen liegt.

Mit seinen foto-, film- und videobasierten Arbeiten nimmt es zudem Bezug auf das von Beckers in den vergangenen 25 Jahren entwickelte Programm. Schon immer war die Galeristin an medienbasierten Positionen interessiert, schon früh hat sie sich für Videokunst sowie für computer- und netzbasierte Arbeiten stark gemacht.

Wenn die nach Aldous Huxleys Roman „Schöne neue Welt“ benannte Sommerausstellung nun aber eine ganze Reihe von Werken aus den vergangenen fünf Jahrzehnten zusammenführt, die den jeweiligen Stand der Technik reflektieren, bleibt von der Euphorie und den Zukunftsversprechen, die sich mit fast jeder bahnbrechenden technologischen Entwicklung der vergangenen 100 Jahren verbanden, nicht viel übrig.

Igor Simics „Don't be fake“ möchte man sich als ironisch eingefärbte Utopie ja sogar noch gefallen lassen. Wann singt einem die Nachrichtensprecherin im Fernsehen schließlich schon etwas vor? Im Kern aber handelt es sich bei den zehn Positionen aus fünfzig Jahren, die Beckers für den zweiten Teil der in zwei Portionen angelegten Ausstellung ausgewählt hat, fast ausnahmslos um Arbeiten, die einen so frösteln lassen wie Huxleys Dystopie.

Das gilt selbst für einen Pionier wie den im Frühjahr 2023 gestorbenen Peter Weibel, dessen Arbeit „The Endless Sandwich“ aus dem Jahr 1972 mit der Idee des Simulacrum spielt. Eine philosophische Spielerei mag man das nennen. Aber wie Rainer Werner Fassbinders zur selben Zeit entstandener Fernsehfilm „Welt am Draht“ kennt „Endless Sandwich“ schlicht kein Außen. Und für den Betrachter von Weibels Spiegelkabinett gibt es am Ende kein Entkommen. Da reißen es selbst Böhler & Orendt und ihr Freund „B.U.D.“, das den Besuchern vom Künstlerduo empfohlene „gutwillige Utopisierungsgesetz“, nicht mehr heraus. „Keine Panik“, „Alles ist gut“ und „I want you to chill“ wird „B.U.D.“ nicht müde, dem Besucher zu versichern. Doch angesichts von Thorsten Brinkmanns aktuellen, mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz erzeugten Stille-

ben und Assemblagen im Stil des Künstlers Thorsten Brinkmann darf man daran durchaus Zweifel hegen. Noch, scheint es, hat die KI es nicht wirklich drauf. Und tut, in Ermangelung selbst generierter künstlerischer Kreativität, einfach so als ob.

So geht es dem Besucher dieser „Schönen neuen Welt“ am Ende denn auch alenthalben. Auch die Arbeiten Jan Schmidts entwerfen nicht wirklich eine große Utopie. Doch wenn der Frankfurter Künstler die Craquelés der Alten Meister – und nichts sonst – in einen Kreidegrund einschreibt, wenn er Blatt für Blatt das Laub eines Busches nummeriert, nur um im Herbst die trockenen Blätter für sein Herbarium wieder einzusammeln, wenn der 1973 geborene Künstler schließlich mit der Handsäge Schnitt für Schnitt einen Marmorblock in hauchdünne Scheiben schneidet und den Staub aufhängt: Dann ergibt all das im Grunde keinen Sinn. Hier geht es um das künstlerische Tun und Machen und um sonst nicht wirklich viel. Und doch sieht man den Busch, den Stein, die Alten Meister, sieht man die Kunst oder doch wenigstens die Dinge aus anderer Perspektive. Und womöglich selbst die Welt mit anderen Augen.

CHRISTOPH SCHÜTTE

SCHÖNE NEUE WELT

Galerie Anita Beckers, Braubachstraße 9, Frankfurt, bis 30. August nach vorheriger Vereinbarung unter info@galerie-beckers.de



Fünf Jahrzehnte Medienkunst: Blick in die Ausstellung Foto Wolfgang Gänzel

Schimmern in der Nacht

FRANKFURT Das Trio Nation Of Language begeistert im Palmengarten

In den vergangenen drei Jahren ist die amerikanische Band Nation Of Language gut in der Welt herumgekommen, hat in kleinen Schuppen und größeren Hallen gespielt sowie auf Festivals Matsch, Regen und sengender Sonne getrotzt. In einem Botanischen Garten seien sie allerdings noch nie aufgetreten, sagt die Keyboarderin Aidan Noell leicht verwundert, aber durchaus entzückt beim ersten Konzert des Trios in Frankfurt, wobei sie genaugenommen den Palmengarten meint, wo Nation Of Language die diesjährige „Summer in the City“-Reihe beschließen.

Die Verwunderung ist dabei durchaus verständlich, denn in der Natur würde man das Klangbild der 2016 in Brooklyn gegründeten Gruppe gewiss nicht zuerst verorten, eher in verlassenen Industriehallen oder gleich auf der Autobahn. Von wesentlichem Einfluss auf die Songs der New Yorker sind nämlich Kraftwerk und britische Post-Punk-Bands der späten Siebziger- und frühen Achtzigerjahre wie Human League, The Cure und Joy Division gewesen, an deren Sänger Ian Curtis die Stimmlage des Frontmanns Ian Richard Devaney gelegentlich erinnert.

Düsternis und Verzweiflung schwingen in den Songs von Devaney, Noell und dem Bassisten Alex MacKay aber nicht mit. Selbst die Kühle des New Wave lassen die drei New Yorker auf gewisse Weise wärmer erscheinen und nutzen das Klangbild des Genres eher als Ausgangspunkt für eine sehr aktuelle Interpretation einer von Synthesizern bestimmten Popmusik, die längst gelernt hat, die Maschinen zu lieben.

Vermutlich ist es kein Zufall, dass Devaney die Idee zu seiner Band gekommen sein soll, als er im Autoradio das Stück „Electricity“ hörte, die erste Single der britischen Band OMD, die einst ja den Kraftwerk-Sound adaptierte, ihn aber mit einer romantischen Note versah. Auch in manchen Synthesizer-Flächen Noells schwingt diese Geschichte mit, was Songs wie „A New Goodbye“ und „Weak In Your Light“ auch in der Dunkelheit schimmern lässt.

Überhaupt wirkt die Band während ihres gut siebzig Minuten langen Konzerts eher sonnenbeschienen beschwingt als introvertiert. Devaney schafft sich mit Verve in die Songs und MacKay und Noell sorgen für den nötigen Groove, um das Publikum vor dem Musikpavillon in Bewegung zu halten. Die Songauswahl aus den mittlerweile drei Alben des Trios ist dafür bestens prädestiniert, ist die aktuelle Setlist doch auf die zahlreichen Festivalauftritte ausgerichtet, die Nation



Frontmann: Ian Richard Devaney im Musikpavillon

Foto Felix Kaspar Rosic

Of Language in diesem Sommer in Europa absolvieren. Und gerade dort soll die Musik ja mitreißen.

Wie tanzbar die Klänge der Band sind, und dies nicht nur im Club, zeigt auch ihr Auftritt im Palmengarten, selbst wenn Synth-Pop in der traditionsreichen, vom Künstlerhaus Mousonturm veranstalteten Reihe immer noch etwas ungewohnt anmuten dürfte. Mit der Öffnung von „Summer in the City“ zu immer unterschiedlicheren Musikstilen ist gleichwohl ein frischer Wind eingekkehrt, der dem schönen Veranstaltungsort auch ein gemischteres und jüngeres Publikum beschert.

Diese glückliche Verbindung zu bewahren, wird eine wichtige Aufgabe für die Zukunft sein. Auch zum Abschluss der Konzertreihe hat der Mousonturm daran erinnern müssen, dass

ihm die Streichung eines bedeutenden Zuschusses aus dem Bundeshaushalt droht. Der Zuschuss beträgt derzeit 600.000 Euro im Jahr und wird zu einem guten Teil für das Programm ausgegeben. Der Entwurf für den Bundeshaushalt 2025 sieht vor, dass diese Förderung eingestellt wird. Der Mousonturm hofft hier noch auf ein Umdenken und hat eine Petition unter dem Titel „An der freien Kunst zu sparen, kostet zu viel“ gestartet.

Vielleicht sollte die Petition mit einer Auswahl der Musik unterlegt werden, die in diesem Jahr im Musikpavillon des Palmengarten präsentiert worden ist und von Soul über Samba und Fado bis hin zu Synth-Pop die Welt in einem Botanischen Garten aufscheinen ließ, die er als Palmengarten seit jeher beherrscht. CHRISTIAN RIETHMÜLLER



Emily

Von Florian Balke

Monet wirft gleich wütend mit seinen Seerosen um sich. Da hat er den Teich mit den Blumen für seine Bilder in jahrelanger Arbeit kultiviert, ganz zu schweigen vom Garten drum herum mit seinen Rosenbögen und Beeten und dem durchsonnten Wohnhaus mit der blau-weiß gekachelten Küche und dem gelb gestrichenen Esszimmer, und dann das. Fünf Minuten der neuen Staffel von „Emily in Paris“ spielen in Giverny.

Das reicht, um den Garten schon bald mit Besuchern zu fluten. Dabei liegt das Anwesen auch ohne den Erfolg der Serie, die bei Netflix derzeit so viele Zuschauer hat wie keine andere Produktion des Streamingdienstes, nicht gänzlich verlassen in der normannischen Spätsommer-sonne. Noch in diesem Jahr aber werden sich unter die Bewunderer von Monet und seinen Seerosen die Bewunderer von Emily mischen. Viele von ihnen fahren allein zu dem Zweck nach Frankreich, um den Spuren der jungen amerikanischen PR-Beraterin zu folgen, die als kluge Naivchen in der Fremde zahlreiche Pariser Abenteuer erlebt. Wundere sich niemand, wenn demnächst nach Barcelona und den Balearen auch in Giverny Protestplakate zu sehen sind, die gegen ein Übermaß an Tourismus protestieren.

Nützen wird es ebenso wenig wie das Augenrollen der Pariser über die bunt aufgemotzte Garderobe, die Serienmacher Darren Star seiner Schauspielerin Lily Collins umhängt. Aber er setzte ja schon in „Sex and the City“ eher auf Klotzen als auf Kleckern. Weniger verzei-lich ist, dass Emily auch in der vierten Staffel noch immer kein Französisch spricht, weiterhin vor allem Missgeschicke verursacht und nach wie vor nicht weiß, was sie will. Im Internet hat dazu jemand die nette Formulierung gefunden, die einzige Emily, die es verdient habe, nach Paris zu fahren, sei Emily, die zickige Assistentin von Meryl Streep in „Der Teufel trägt Prada“, unvergesslich gespielt von Emily Blunt. Selbst sie aber kam nicht bis Giverny. Mal sehen, welche Orte „Emily in Paris“ im Rest der Staffel noch unsicher macht.

Wechsel in Bad Hersfeld

Elke Hesse neue Festspiel-Intendantin

BAD HERSFELD Elke Hesse ist neue Intendantin der Bad Hersfelder Festspiele. Das gab Bürgermeisterin Anke Hofmann (parteilos) am Mittwoch bekannt. Die 1964 in Wien geborene Hesse übernimmt die Leitung der Festspiele zur Saison 2026. Sie studierte Tanzpädagogik, Theater- und Musikwissenschaften sowie Schauspiel am Wiener Konservatorium und stand anschließend in Hamburg und Düsseldorf auf der Bühne. Sie wechselte in das Team des Schauspielhauses Wien und des Theaters in der Josefstadt, ehe sie von 2005 bis 2009 schon einmal Intendantin in Bad Hersfeld war. Seitdem ist sie Direktorin des MuTh, des Konzertsaals der Wiener Sängerknaben am Augarten im zweiten Wiener Bezirk.

Hesse folgt auf Joern Hinkel, der 2023 angekündigt hatte, sein Bad Hersfelder Engagement nach acht Jahren an der Spitze der Festspiele im Sommer 2025 zu beenden. Der hessische Kunstminister Timon Gremmels (SPD) begrüßte Hesses Rückkehr in einer Mitteilung. Sie bringe wertvolle Erfahrungen aus ihrer früheren Zeit in Bad Hersfeld mit. Ihre Verbundenheit mit Nordhessen und ihre langjährige Expertise in der Kulturszene machten sie zur idealen Wahl, um die 1951 gegründeten Festspiele weiterzuentwickeln: „Ich bin fest davon überzeugt, dass sie die künstlerische Strahlkraft der Festspiele weiter steigern wird und bin schon jetzt gespannt auf ihr Programm.“ Die diesjährigen Bad Hersfelder Festspiele gingen am 18. August mit mehr als 103.000 Besuchern zu Ende. balk.



Elke Hesse